Deutscher Bundestag

36. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 11. März 1970

Inhalt:

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51

36. Sitzung

Bonn, den 11. März 1970

Stenographischer Bericht

Beginn: 9.00 Uhr

(A) **Vizepräsident Dr. Jaeger:** Die Sitzung ist eröffnet.

(Die Abgeordneten erheben sich.)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen. In den Vormittagsstunden des 5. März ist unser Kollege Werner **Jacobi** im Alter von 63 Jahren in der Kölner Universitätsklinik nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben.

Werner Jacobi wurde am 18. Januar 1907 in Dortmund geboren. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg, Berlin, Heidelberg und (B) Bonn, legte 1931 die juristische Staatsprüfung ab und trat in den Staatsdienst ein. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde Jacobi aus politischen Gründen entlassen.

Schon seit seiner Studentenzeit war er in der demokratischen Jugendbewegung tätig. Er gründete 1927 zusammen mit dem früheren Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb den Deutsch-Republikanischen Studentenbund und gehörte zu den Vorstandsmitgliedern dieser überparteilichen demokratischen Vereinigung. 1923 trat er in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein und wurde Mitglied mehrerer Fachausschüsse beim Parteivorstand und zahlreicher Fachgremien außerhalb der Partei.

Der Entlassung aus dem Staatsdienst folgte eine vierjährige Beschäftigung in der sauerländischen Metallindustrie als kaufmännischer Angestellter. Weil Jacobi in diesen Jahren weiter mit seinen emigrierten politischen Freunden korrespondiert hatte, wurde er 1937 wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat von der Gestapo verhaftet, abgeurteilt und nach Verbüßung der Zuchthausstrafe bis Kriegsende im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert.

Sofort nach 1945 stellte sich Werner Jacobi tatkräftig in den Dienst des Wiederaufbaus. Zunächst war er Landrat des Kreises Iserlohn, dann Oberbürgermeister der Stadt Iserlohn, und zwar von 1946 bis 1948. Zahlreiche Verpflichtungen übernahm er zusätzlich: Jacobi wurde Mitglied des Provinziallandtages Westfalen, Abgeordneter im Landtag Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender des Verfassungs- (C) ausschusses und Vorsitzender der SPD-Fraktion, außerdem stellvertretender Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau". Im Oktober 1947 wurde er von der nordrhein-westfälischen Regierung zum Staatskommissar zur Bekämpfung von Korruption und Mißwirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen berufen, ein Amt, das er bis 1950 innehatte.

Im Deutschen Bundestag gehörte Werner Jacobi zu den Männern der ersten Stunde. 1949 in das deutsche Parlament gewählt, war er seither ununterbrochen Mitglied. Der berufene Kommunalpolitiker erwies sich in diesem Hause als ein hervorragender, engagierter Experte in allen Fragen des Wohnungsbaus, der Städtebauförderung und der Raumordnung. Auch als Mitglied des Bundestages blieb er der Kommunalpolitik verbunden. Er war von 1950 bis 1956 Beigeordneter des Deutschen Städtetages und seitdem Hauptgeschäftsführer des Verbandes (D) kommunaler Unternehmen.

Ich spreche der Familie des verehrten Verstorbenen und der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die aufrichtige Anteilnahme des Hauses aus.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

Als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Jacobi ist am 9. März der Abgeordnete **Urbaniak,** als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Dohmann ist am 26. Februar der Abgeordnete **Welslau** in den Bundestag eingetreten. Meine Herren, ich begrüße Sie und wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Arbeit in unserer Mitte.

Es liegt Ihnen eine Liste von Vorlagen der Bundesregierung vor, die keiner Beschlußfassung bedürfen und die nach § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden sollen:

Vorlage des Bundeskanzlers

Betr.: **Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 1967 bis 1970**

Bezug: § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967

— Drucksache VI/391 —

zuständig: Haushaltsausschuß (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Finanzausschuß

Vorlage des Bundesminister der Verteidigung

Betr.: **Verbesserung der „Beschädigtenversorgung" der wehrpflichtigen Soldaten und ihrer Hinterbliebenen**

Bezug: Beschluß des Bundestages vom 27. Juni 1969

— Drucksache VI/441 —

Vizepräsident Dr. Jaeger

(A) zuständig: Verteidigungsausschuß
Haushaltsausschuß gem. § 96 GO

Vorlage des Bundesministers der Justiz

Betr. **Beeinträchtigung von Grundrechten durch gewalttätige Aktionen**

Bezug: Beschluß des Bundestages vom 30. Januar 1970

— Drucksache VI/479 —

zuständig: Sonderausschuß für die Strafrechtsreform (federführend)
Innenausschuß
Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Gegen die Überweisung erhebt sich kein Widerspruch. — Dann ist so beschlossen.

Folgende **amtliche Mitteilungen** werden ohne Verlesung in den Stenographischen Bericht aufgenommen:

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 6. März 1970 den nachstehenden Gesetzen zugestimmt bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 GG nicht gestellt:

Zehnten Strafrechtsänderungsgesetz

. . . Gesetz zur **Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes** (. . . BesÄndG)

Der Bundesrat hat in der gleichen Sitzung beschlossen, der vom Deutschen Bundestag in seiner 33. Sitzung am 25. Februar 1970 beschlossenen Weitergeltung der **Geschäftsordnung für das Verfahren nach Artikel 115 d des Grundgesetzes** und der **Geschäftsordnung des Gemeinsamen Ausschusses** zuzustimmen.

Der Bundeskanzler hat im Nachtrag zu seinem Schreiben vom 27. Januar 1970 zu dem Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes — Drucksache VI/304 — die Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates übersandt, die als zu Drucksache VI/304 verteilt ist.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat am 26. Februar 1970 die Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, FDP betr. **Investitionen für die Urananreicherung** — Drucksache VI/377 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache VI/454 verteilt.

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat am 24. Februar 1970 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Renger, Frau Schlei, Frau Schimschock, Dr. Schmidt (Krefeld),
(B) Frau Funcke und der Fraktionen der SPD, FDP betr. **Nebenwirkungen von Ovulationshemmern** — Drucksache VI/327 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache VI/464 verteilt.

Der Bundesminister des Innern hat am 27. Februar 1970 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Diemer-Nicolaus, Frau Funcke, Schmidt (Kempten), Frau Renger, Frau Schanzenbach und Genossen betr. **Beschäftigung von weiblichen Beamten und Angestellten im Bundesdienst** — Drucksache VI/272 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache VI/468 verteilt.

Der Bundesminister des Innern hat am 2. März 1970 die Kleine Anfrage des Abgeordneten Strauß und Genossen betr. **Besuch von Mitgliedern der amerikanischen Farbigenorganisation Schwarzer Panther** — Drucksache VI/393 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache VI/482 verteilt.

Der Bundesminister des Innern hat am 6. März 1970 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Vehar, Dr. Müller-Hermann, Rawe, Lemmrich, Weber (Heidelberg), Berding und Genossen betr. **Verminderung oder Beseitigung unzumutbarer Lärmbelästigung durch den Straßenverkehr** — Drucksache VI/412 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache VI/487 verteilt.

Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers des Auswärtigen hat am 10. März 1970 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Riedel (Frankfurt), Dr. Czaja, Dr. Marx (Kaiserslautern), Frau Kalinke, Frau Klee, Dr. Hauser (Sasbach), Stahlberg und Genossen betr. **Menschenrechte in Deutschland und der Deutschen** — Drucksache VI/448 — beantwortet. Sein Schreiben ist als Drucksache VI/490 verteilt.

Der Präsident hat am 4. bzw. am 6. März 1970 gemäß § 96 a der Geschäftsordnung die von der Bundesregierung als dringlich bezeichnete

Verordnung zur **Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs** (Nr. 25/69 — **Erhöhung des Zollkontingents für Walzdraht** — 2. Halbjahr 1969)

— Drucksache VI/461 —

Verordnung zur **Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs** (Nr. 8/70 — **Verlängerung der Zollaussetzungen für Stahlerzeugnisse)**

— Drucksache VI/475 —

Verordnung zur **Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs** (Nr. 7/70 — **Waren der EGKS — 1970)**

— Drucksache VI/476 —

mit der Bitte um fristgemäße Behandlung an den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft hat am 26. Februar 1970 mitgeteilt, daß der Ausschuß die nachstehenden Vorlagen zur Kenntnis genommen hat:

die Verordnung (EWG) Nr. 2541/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Aufstockung des Gemeinschaftszollkontingents für Rohmagnesium der Tarifnr. 77.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs**, (C)

die Verordnung (EWG) Nr. 2607/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Gerbstoffauszüge aus Eukalyptus der Tarifnummer ex 32.01 D des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 2610/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Zeitungsdruckpapier der Tarifnummer 48.01 des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 2609/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Leinengarne, roh (ausgenommen Garne aus Flachswerg), der Tarifnummer ex 54.03 B I a) des Gemeinsamen Zolltarifs, mit einer Lauflänge je kg von 30 000 m oder weniger zum Herstellen von gezwirnten Garnen für die Schuhindustrie oder von gezwirnten Kabelabbindegarnen (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 2610/09 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung der Gemeinschaftszollkontingente für auf Handwebstühlen hergestellte Gewebe aus Seide oder Schappeseide oder aus Baumwolle der Tarifnummern ex 50.09 und ex 55.09 des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 1611/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Auf teilungund Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Ferrosilizium der Tarifnummer 73.02 C des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 2612/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Ferrosiliziummangan der Tarifnummer 7302 D des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 2613/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Ferrochrom mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,10 Gewichtshundertteilen oder weniger und an Chrom von mehr als 30, doch nicht mehr als 90 Gewichtshundertteilen (hochraffiniertes Ferrochrom) der Tarifnummer ex 73.02 E I des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 2614/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Rohaluminium der Tarifnummer 76.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)**

die Verordnung (EWG) Nr. 2615/69 des Rates vom 15. Dezember 1969 über die **Eröffnung, Aufteilung und Verwaltung des Gemeinschaftszollkontingents für Rohmagnesium der Tarifnummer 77.01 A des Gemeinsamen Zolltarifs (1970)** (D)

Da alle Verordnungen bereits im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften verkündet worden und in Kraft getreten sind, erübrige sich eine besondere Berichterstattung an das Plenum.

Der Präsident des Bundestages hat entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 die nachstehenden Vorlagen überwiesen:

Verordnung des Rates zur **Festsetzung der Interventionspreise für Rübenrohzucker im Zuckerwirtschaftsjahr 1969/1970**

— Drucksache VI/414 —

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (federführend), Haushaltsausschuß mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Richtlinie des Rates über die **analytischen, pharmakologisch-toxikologischen und klinischen Vorschriften und Protokolle für Arzneimittelversuche**

— Drucksache VI/417 —

überwiesen an den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 über die **gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse hinsichtlich der Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr**

— Drucksache VI/443 —

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 986/68 hinsichtlich der **Beihilfen für Magermilch für Futterzwecke**

— Drucksache VI/444 —

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (federführend), Haushaltsausschuß mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Verordnung des Rates zur **Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch**

— Drucksache VI/469 —

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (federführend), Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheitswesen mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Vizepräsident Dr. Jaeger

(A) Verordnung des Rates zur **Festlegung der Grundregeln für den An- und Verkauf von Butter aus Milch, die zur Herstellung bestimmter Käsesorten verwendet wird**

— Drucksache VI/470 —

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Punkt 1 der Tagesordnung — Fragestunde — soll um 14 Uhr aufgerufen werden.

Ich rufe dann Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Beratung des **Jahresberichts 1969 des Wehrbeauftragten** des Bundestages

— Drucksache VI/453 —

Herr Abgeordneter Rasner!

Rasner (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Ältestenrat ist festgestellt worden, daß die Fraktionen des Hauses sich darüber einig sind, den Antrag zu stellen, daß der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages seinen Bericht hier begründet.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Auf Grund dessen frage ich den Herrn Wehrbeauftragten, ob er jetzt das Wort ergreifen will. — Bitte sehr, Herr Wehrbeauftragter Hoogen!

Hoogen, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es ist mir, um das Geschäftsordnungsmäßige vorauszuschicken, gesagt worden, daß ich meine Rede so einrichten möge, daß ich etwa in (B) 20 Minuten mit diesen einführenden Worten zum Jahresbericht zum Abschluß komme. Ich werde mich selbstverständlich gern danach richten.

Ich begrüße es sehr, meine Damen und Herren, daß dem Wehrbeauftragten in Abkehr von der bisherigen Übung zum erstenmal die Gelegenheit gegeben wird, seinen **Jahresbericht** mit einführenden Worten dem Hohen Hause persönlich vorzulegen. Bisher wurde der Bericht im schriftlichen Verfahren dem Präsidenten zugeleitet und mit formeller Zustimmung des Plenums an den Ausschuß für Verteidigung weitergeleitet, alles mehr oder weniger unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das ist in diesem Jahre erstmals anders. Ich bin davon überzeugt, das wird den Streitkräften und ihrem Auftrag, durch ihre Verteidigungsbereitschaft den Frieden zu sichern, zugute kommen.

Meine einführenden Worte können natürlich nicht den Sinn haben, Ihnen den Bericht im Eiltempo vorzutragen. Ich darf davon ausgehen, daß er bei der Vorbereitung der heutigen Sitzung in den Fraktionen und Arbeitskreisen zur Kenntnis gekommen ist. Infolgedessen kann ich mich darauf beschränken, meine Damen und Herren, Ihnen die Gedanken vorzutragen, die mich bei der Abfassung dieses Berichts und aller früheren Berichte sowie bei der ganzen Führung meines Amtes in den stark fünf Jahren bewegt haben.

Der Wehrbeauftragte ist das in der Verfassung verankerte Hilfsorgan des Parlaments bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle. Er soll dazu beitragen, diese Kontrolle im Verteidigungsbereich (C) effektiver zu machen. Der Jahresbericht ist eines von mehreren Mitteln zur Erreichung dieses Zweckes. Damit beantwortet sich auch die immer wieder an mich gerichtete Frage: Ist Ihr Bericht eigentlich ein Zustandsbericht, ist er ein Tätigkeitsbericht über Ihre Tätigkeit, ist er ein Rechenschaftsbericht? Ich glaube diese Frage nach dem Zweck der Institution des Wehrbeauftragten dahin gehend beantworten zu können, daß der Bericht sicherlich über die Zustände in der Bundeswehr, über das, was in der Bundeswehr los ist, etwas aussagt und gleichzeitig auch Anregungen für die zu ergreifenden Maßnahmen — in erster Linie natürlich seitens des Parlaments, aber naturgemäß auch seitens der Regierung — enthalten sollte.

Nach gesetzlicher Vorschrift ist der Bericht auf das Kalenderjahr abzustellen. Er schließt also mit dem 31. Dezember 1969 ab. Ich sage das mit Vorbedacht, weil sich nach dem 1. Januar 1970 im Verteidigungsbereich naturgemäß noch einiges ereignet hat, was selbstverständlich von mir zur Kenntnis genommen wurde, worüber ich aber im Zusammenhang mit meinem Bericht nicht sprechen kann; das würde einen Vorgriff in die Berichterstattung meines Nachfolgers im Amte darstellen.

Erkenntnisquellen gibt es für den Wehrbeauftragten eine ganze Reihe. Die verläßlichste ist immer noch das Gespräch mit den Soldaten und der Augenschein an Ort und Stelle bei der Truppe. Anstöße zu **Truppenbesuchen** gibt es viele. Aber Truppenbesuch ist nicht gleich Truppenbesuch. Das will besagen, es kommt darauf an, um welche (D) Truppe es sich handelt, ob es sich um eine Ausbildungskompanie handelt, ob es sich um Heer, Marine oder Luftwaffe handelt, ob es sich bei den vielen Truppen des Heeres um die eine oder andere handelt, ob es sich um Kampftruppen oder Versorgungseinheiten oder Transportverbände oder Schulen oder sonstige Ausbildungs- und Bildungsstätten der Bundeswehr handelt oder um die Teilnahme an Lehrgängen oder die Teilnahme an Tagungen. Immer sind die Fragen und Probleme völlig anders gelagert. Daraus folgert für die Arbeit und die Erkenntnisse des Wehrbeauftragten: Eine Aussage über die Bundeswehr in ihrer Gesamtheit, die schlechterdings uneingeschränkt für die ganze Bundeswehr zuträfe, gibt es fast nicht. Das habe ich in mehr als fünf Jahren gelernt und bin deshalb mit meinem Urteil, mit einer globalen Aussage, zurükhaltender geworden.

Das Bekanntwerden mit vielen Nöten und Sorgen und Unvollkommenheiten im Bereich der Bundeswehr, die keineswegs immer verschuldet zu sein brauchen, hatte notwendigerweise zur Folge, daß ich mich um die Abstellung dieser Mängel bemühen mußte und auch in nicht wenigen Fällen mit Erfolg bemüht habe. Dadurch wurde ich, ob ich das wollte oder nicht, durch die Natur der Sache, ich möchte fast sagen: reflexartig, zum Sachwalter der Interessen, der Anliegen und der Nöte der Soldaten. Über diesen Aspekt der **Aufgaben des Wehrbeauftragten** ist Mitte der 50er Jahre in diesem Hohen Hause bei der Beratung der Verfassungsergänzung

Wehrbeauftragter Hoogen

(A) aus Anlaß der Wiederaufrüstung und bei der Beratung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten expressis verbis diskutiert worden. Es ist damals von der „ambivalenten Natur des Amtes" gesprochen worden. Ich bitte alle, die sich für das Verständnis meines Amtes in diesem Sinne interessieren, die Protokolle hierüber nachzulesen. Auch diese, wenn ich sie so nennen darf, Sachwaltertätigkeit im Interesse der Soldaten hat mit dazu beigetragen, das anfänglich vorhandene **Mißtrauen gegen die Institution des Wehrbeauftragten** wenn nicht ganz zu beseitigen, so doch allmählich abzubauen.

Bei dem so notwendigen Abbau des Mißtrauens spielten bei mir auch die wenig guten Erfahrungen in der Zeit meiner eigenen Berufsausbildung in den 20er Jahren eine nicht geringe Rolle. Damals hat das Mißtrauen zwischen der Armee, sprich: Reichswehr, dem Staat und Teilen der Gesellschaft zu keinem guten Ende geführt. Als ich Ende 1964 mein Amt übernahm und wiederum ein um sich greifendes Unbehagen feststellen mußte, habe ich nach Mitteln und Wegen gesucht, um es zwar nicht im Keime zu ersticken — denn dazu war es fast schon zu spät —, aber um es allmählich abzubauen. Hierzu drängte mich die staatspolitische Verantwortung des Wehrbeauftragten auf Grund der Erfahrungen aus unserer Vergangenheit.

Hinzu kommt folgendes. Die serienmäßige Aufzählung von negativen Fällen und Vorkommnissen in der Bundeswehr in den Berichten der ersten Jahre mußte, auch wenn das Gegenteil immer
(B) expressis verbis versichert wurde, dazu führen, die Soldaten der Bundeswehr in einem negativen Licht erscheinen zu lassen. Das führte auf die Dauer unausbleiblich zu negativen Reaktionen. Hinzu kam, daß es auch noch falsch war. Denn von nur negativen Dingen konnte auch in der ersten Zeit der Bundeswehr keine Rede sein. Infolgedessen bin ich von dieser Art der Berichterstattung allmählich abgekommen und habe in meinem Ihnen vorliegenden Bericht auf Seite 26 ausdrücklich von **„lobenswerten Taten der Bundeswehr"** gesprochen.

(Beifall.)

Dieser Abschnitt ist keineswegs vollständig; so ist er auch nicht gedacht. Meine Damen und Herren, ich befinde mich in gar keiner einfachen Lage; denn die lobenswerten Dinge teilt mir niemand mit, und auf dem Dienstweg kann ich sie nicht erfahren.

(Abg. Rasner: Sehr richtig!)

Aber ich habe mir diesen Abschnitt meines Jahresberichts als eine Art Merkposten gedacht, damit die Jahresberichte für die Zukunft ein ausgewogenes Bild von gut und, wie soll ich mich ausdrücken, weniger gut enthalten.

Wenn ich heute an dieser Stelle auf die Frage der Wehrgerechtigkeit und der Inneren Führung nicht näher eingehe, bitte ich Sie, daraus nicht zu schließen, daß ich diesen beiden Problemkreisen nicht den Vorrang einräumte. Aber in meinem heutigen und auch in dem vorjährigen Bericht habe ich mich so eingehend dazu geäußert, daß weitere Darlegungen nur eine Wiederholung bedeuten würden.

Doch eines muß ich hervorheben: Wer täglich (C) die Meldungen über besondere Vorkommnisse in der Bundeswehr auf den Tisch gelegt bekommt und dabei die **große Zahl der Unfälle** sieht, die sich in der Bundeswehr ereignen, müßte ein Herz von Stein haben, wenn er auf die Dauer daran vorbeisähe. Die Zahlen sind in den früheren Berichten genannt worden. Sie sind für meine Begriffe erschreckend hoch. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag auf die Dauer mit diesen hohen Unfallzahlen — bezeichnenderweise ist die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang außerhalb des Dienstes höher als im Dienst — zufrieden geben werden.

Das gehört für meinen Begriff zum Bereich der Inneren Führung; denn zur Inneren Führung gehört auch die **Fürsorge für das Wohl der Soldaten.** Das hat der Gesetzgeber des Jahres 1956 im Soldatengesetz an drei Stellen — im Beamtenrecht steht das nur an einer Stelle — ausdrücklich hervorheben zu müssen geglaubt. In § 1 heißt es gleich im zweiten Satz:

> Staat und Soldaten sind durch gegenseitige Treue miteinander verbunden.

Intensiver konnte man die Verbindung zwischen dem Staat und seinen Soldaten fast nicht zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Nach § 10 ist jeder Vorgesetzte von Gesetzes wegen zur Fürsorge für seine Untergebenen verpflichtet; er begeht ein Dienstvergehen, wenn er (D) diese Pflicht verletzt. Meine Damen und Herren, nach der Struktur und den Aufgaben der Vorgesetzten — vom Chef der Kompanie, Batterie und Staffel angefangen bis oben hinauf — habe ich manchmal Bedenken, ob ein Vorgesetzter bei der Fülle seiner Aufgaben und der großen Zahl der Dienstvorschriften und der gesetzlichen Vorschriften diese Pflicht — trotz besten Willens — überhaupt erfüllen kann.

Drittens verpflichtet sich der Dienstherr, der Bund, in § 31 noch einmal, für das Wohl der Soldaten zu sorgen; es ist dort im einzelnen ausgeführt, worin er das erblickt.

Das, meine Damen und Herren, verpflichtet den Dienstherrn, die Vorgesetzten und, wie ich meine, auch das Hohe Haus, diese Pflichten zum Wohle der Soldaten mit Rücksicht auf ihre Aufgaben sehr, sehr ernst zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und FDP.)

Ich darf an dieser Stelle eine Ausnahme von meinem eingangs verkündeten Grundsatz machen, das, was sich im Jahre 1970 ereignet hat, zu übergehen. Ich kann das schwerlich tun, denn die Frage, wie es sich mit den **gedienten Studienbewerbern** verhalten sollte, habe ich in den drei letzten Jahresberichten immer wieder angesprochen. Ich habe gemeint, daß diejenigen, die sich zum Wohle der Gemeinschaft einem Opfer unterwerfen, sei es freiwillig, sei es, weil sie es müssen — jedenfalls tun sie es —, beim Eintritt in die Berufsausbildung bei

Wehrbeauftragter Hoogen

(A) gleichbleibenden Voraussetzungen den Vorzug haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und Abgeordneten der Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr beglückt über eine Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen" vom 10. Februar — auch das habe ich auf dem Dienstwege noch nicht erfahren —, in der es zum Eingang heißt:

> Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat in der vergangenen Woche

— also Anfang Februar —

> nach Billigung durch das Bundeskabinett vierzehn Thesen veröffentlicht.

Die These 9, von der ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten nur zwei Sätze verlesen darf, geht auf dieses Anliegen, Gott sei es gedankt, ein. Es heißt dort:

> 3. Für die Auswahl unter den Bewerbern sind ausschließlich folgende durch Tests und Interviews zu objektivierende Kriterien anzuwenden:

Es folgen einige andere Punkte, Wartezeit infolge vergeblicher Bewerbung oder Ableistung des Wehrdienstes, und dann heißt es unter Nr. 4:

> Auf Grund der in Nr. 3 genannten Kriterien wird die für die Zulassung maßgebende Rangfolge jedes Bewerbers ermittelt (...). Bei gleicher Rangfolge haben Bewerber mit einer (B) Wartezeit infolge von Wehrdienst den Vorrang.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß ich über diesen Teilerfolg — es ist in der Tat nur ein Teilerfolg — als ersten Anfang sehr glücklich bin.

Es gibt viele Unbehagen in der Bundeswehr. Eines führe ich darauf zurück, daß wir das große Fehl an Unteroffiziersdienstgraden — die Zahl 30 000 wird immer rund genannt — und Offiziersdienstgraden haben. Das ist nicht nur ein Ausfall der Zahl nach, sondern ein Ausfall an Vorgesetzten in der Bundeswehr, der sich auf das ganze Leben der Bundeswehr nun schon seit Jahren sehr nachteilig auswirkt. Deswegen hat man auch nach Schritten gesucht, dieses Übel zu beseitigen. Es lag nicht nur — im Anfang jedenfalls — auf finanziellem Gebiet. Ich persönlich glaube, daß man diesem Mangel dadurch beikommen könnte — und zwar ist das das Ergebnis einer fünfjährigen Erfahrung —, daß man das **Berufsbild des Soldaten** genauer umreißt, d. h. das Bild, das dem jungen deutschen Mann vorgestellt wird, wenn er sich entschließt, Berufsoffizier oder Offizier auf Zeit oder Unteroffizier auf Zeit zu werden, damit er weiß, woran er ist. Deswegen, meine ich, sollte man, wie man das in der Zeit seit 1949 in diesem Hohen Hause bei vielen Berufen getan hat, eine gesetzliche **Berufsordnung** schaffen, an die dann die Regierung und insbesondere der Regierungsapparat in Bonn und außerhalb Bonns gebunden sind, damit die Soldaten wissen, woran sie sind.

(C) Bei der Beratung meines Jahresberichts vom vergangenen Jahr am 27. Juni 1969 habe ich darauf bereits hingewiesen. Aus Zeitmangel mußte ich mich damals darauf beschränken, das mit sehr wenigen Worten zu tun. Es ist mir schwergefallen, im Laufe des letzten halben Jahres, d. h. im zweiten Halbjahr 1969, nicht mehr dafür tun zu können. Aber die Truppenbesuche, die ich seither gemacht habe, haben mich in meinem Entschluß bestärkt, Ihnen, meine Damen und Herren in diesem Hohen Hause, das noch einmal sehr, sehr nachdrücklich vorzutragen. Daß das Berufsbild des Soldaten nicht geordnet und in Anlehnung an das Beamtenrecht sehr unvollkommen geregelt ist, ist nicht dazu angetan, den Soldatenberuf attraktiv zu machen. Ich kann nur das wiederholen, was ich damals gesagt habe. Ich will es nicht vorlesen — was ich mir eigentlich vorgenommen hatte —, weil die Zeit schon fast abgelaufen ist.

Ich darf zusammenfassend noch sagen, woran es mir zu fehlen scheint. Wer sich unter den jungen deutschen Männern für den Soldatenberuf als Berufs- oder als Zeitsoldat interessiert, findet kaum eine Stelle, die ihm ganz verbindlich — und darauf kommt es an — Zusagen für die in Aussicht genommene Dienstzeit und auch für die Zeit nach der Beendigung des Soldatendienstes machen kann, insbesondere dann, wenn es sich um Zeitsoldaten mit acht- oder zwölfjähriger Dienstzeit handelt. Gerade hierauf kommt es mir an. Die sogenannte Berufsförderung erfüllt diese Forderung leider nicht. Eine verläßliche Beratung und Information und verbindliche Zusagen an die interessierten jungen Männer unter Einschaltung ihrer militärischen Vorgesetzten (D) sind das A und O der Gewinnung von Nachwuchs.

Die Verquickung des Berufsbildes eines Soldaten mit dem eines Beamten muß gelöst werden. Jeder, der sich für diese Frage interessiert, sollte nicht so sehr die Vorschriften darüber studieren, sondern sich der Mühe unterziehen, Bundeswehrfachschulen und Bundeswehrverwaltungsschulen zu besuchen und dort mit den Schülern — sprich: Familienvätern, deren Kinder selbst schon Schüler sind — zu sprechen, um ihre Sorgen und Nöte an Ort und Stelle kennenzulernen. Ich glaube, er wird dann genauso erschrocken nach Hause gehen, wie ich im letzten Jahr auch gegangen bin.

Diese Unvollkommenheiten halten natürlich manchen jungen Mann davon ab — und nirgendwo spricht sich das schneller herum als in der gut organisierten Bundeswehr —, den Soldatenberuf zu ergreifen. Dadurch kommt es zu dem, was ich eingangs gesagt habe, daß uns immer noch die Soldaten für Ausbildungszwecke fehlen, und zu all diesen Dingen, die eigentlich längst hätten abgestellt sein können.

Meine Damen und Herren, auf Seite 52 unten am Schluß meines Berichts habe ich einen sehr anspruchsvollen Satz niedergeschrieben, daß nämlich der **Wehrbeauftragte** des Deutschen Bundestages auch international eine gewisse Bedeutung erlangt habe. Ich glaube, ich schulde Ihnen dafür eine Aufklärung. Daß der Wehrbeauftragte seine Kollegen **in den skandinavischen Staaten** besucht, ist seit langem üblich, denn dorther ist ja die Institution ge-

Wehrbeauftragter Hoogen

(A) kommen. Im vergangenen Jahr war es so, daß der Wehrbeauftragte bei einer Großübung den Kommandeur einer Kriegsakademie eines befreundeten NATO-Staates kennenlernte und kurz darauf, d. h. zu Beginn dieses Jahres, eine Einladung erhielt, vor den Schülern und dem Lehrpersonal seiner Akademie ein Referat mit anschließender Diskussion zu halten. Ich habe das nicht mehr übernehmen können, sondern muß es meinem Nachfolger im Amte überlassen.

Für die Mitte dieses Jahres ist an einer kanadischen Universität eine wissenschaftliche Tagung über die Institution der Ombudsmänner in der westlichen Welt angesetzt, und zwar als wissenschaftliche Tagung von Staatsrechtlern und Lehrern der politischen Wissenschaften. Der Wehrbeauftragte ist aufgefordert, an dieser Tagung teilzunehmen und nach Möglichkeit auch dort auf Grund seiner Erfahrungen und der Regelung in der deutschen Verfassung ein Referat vorzutragen. Zu meinem Bedauern kann ich das nicht übernehmen, da es an mich als Amtsperson gerichtet war. Ich muß es meinem Nachfolger überlassen.

Vielleicht ist das die Folge davon, meine Damen und Herren, daß ich meine Jahrsberichte, wenn sie durch das Hohe Haus gebilligt sind, regelmäßig in französischer und englischer Sprache herausgebe und an die Militärattachés der befreundeten NATO-Mächte verteile.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU.)

(B) Ich glaube, daß das seine Folgen gehabt hat.

Meine Damen und Herren, ich lasse mich bei allen diesen Fragen einzig und allein von dem Gedanken leiten, wie ich mit geringen Kräften und vielleicht in ganz kleinem Bereich den deutschen Interessen und den Interessen der deutschen Streitkräfte dienen kann.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren! Zum Schluß obliegt es mir, **Dank** zu sagen, Dank zu sagen insbesondere meinem unmittelbaren Dienstvorgesetzten, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages. Ich bin sehr bedrückt, daß ich ihm aus Anlaß des Schicksalsschlages, der seine Familie getroffen hat, den Dank heute nicht an dieser Stelle sagen kann. Dank möchte ich aber auch dem Herrn Bundesminister der Verteidigung und seinen Mitarbeitern sagen, insbesonderer dem Generalinspekteur, denn bei ihm ressortiert als FüS die Innere Führung mit ihrer gesamten Problematik. Ich habe ganz besonderen Dank zu sagen für die große Loyalität, die die Herren seines Stabes mir in den ganzen Jahren gezeigt haben.

Dank möchte ich aber auch den Kommandierenden Generalen des Heeres, der beiden Luftwaffengruppen und dem Befehlshaber der Flotte sagen. Ich möchte auch den Präsidenten der Wehrbereichsverwaltungen für ihre sehr kräftige Unterstützung bei der Erledigung meiner Aufgaben Dank sagen. Dank sagen möchte ich auch meinen eigenen Mitarbeitern, die mich in den Stand gesetzt haben, Ihnen diesen (C) Bericht verhältnismäßig pünktlich — in diesem Jahre jedenfalls — vorzulegen.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, Dank möchte ich aber auch von dieser Stelle aus allen deutschen Soldaten sagen, die mich durch ihr mündlich und schriftlich bekundetes Interesse in den Stand gesetzt haben, das in diesen Bericht hineinzubringen, was Sie in ihm vorfinden.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Ich danke dem Herrn Wehrbeauftragten. — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Klepsch.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Abweichend von unserem sonstigen Brauch haben wir heute aus aktuellem Anlaß schon bei der Einbringung des **Berichts des Wehrbeauftragten** Gelegenheit genommen, eine erste Stellungnahme dazu vor diesem Hause abzugeben. Ganz sicher wird uns das nicht von der Verpflichtung entbinden, auch in diesem Jahr dafür Sorge zu tragen, daß möglichst bald, nach dem Abschluß der Beratungen des Verteidigungsausschusses, die Detailberatung vor diesem Hause vorgenommen wird. Daher können wir heute wohl davon absehen, auf die Details einzugehen. Vielmehr wird es unsere Aufgabe sein, den Jahresbericht in seinen Grundzügen zu würdigen und daran zu denken, daß wir (D) heute bei dem Amt des Wehrbeauftragten wiederum an einer Zäsur stehen.

Wie der vorjährige so zeichnet sich auch der diesjährige Bericht dadurch aus, daß er eine klare Gliederung, einen exakten Aufbau und präzise Aussagen zu allen in Betracht kommenden Problemen bietet. Er stellt einen vorzüglichen Querschnitt durch die Probleme der Bundeswehr dar und gibt infolge der Verschränkung der Bundeswehr mit unserer Gesellschaft an vielen Stellen einen sehr guten Einblick in die Problematik unserer Gesamtgesellschaft.

Zwangsläufig wendet sich der Bericht sowohl den Problemen der Integration in der Armee als auch dem Problem der Integration der Armee in unsere Gesellschaft zu. Hoogens Berichte haben sich immer dadurch ausgezeichnet, daß sie nicht nur eine Fülle sorgfältiger Untersuchungen von aktuellen Problemen der Bundeswehr enthielten, daß sie nicht nur, man könnte fast sagen: penetrant, aber geduldig, drängend und immer wieder bohrend — soeben haben wir eine Kostprobe davon erhalten — auf die unerledigten Fragen hingewiesen haben — auch der heutige Bericht enthält Merkposten, die als Aufforderung an dieses Hohe Haus, Maßnahmen zu treffen, aufzufassen sind —, sondern daß sie auch — und das ist eine vorzügliche Eigenschaft dieser Berichterstattung, gekrönt durch den letzten, der heute vor uns liegt — zu großen Sachzusammenhängen, zu Problemen, die wir im Zusammenhang überdenken sollten, Stellung genommen haben. Der heutige Bericht stellt zusammen mit dem vorangegangenen

Dr. Klepsch

(A) eine ausgezeichnete Zusammenfassung des **Fragenkreises der Inneren Führung** dar, über den in der Armee und in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren sehr viel diskutiert worden ist. Als Merkposten wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß vom Minister der Verteidigung eine Neuauflage des Handbuchs Innere Führung als ein Kompendium, als eine Art Lose-Blatt-Sammlung in Aussicht gestellt sei. Man hat schon den letztjährigen Bericht des Wehrbeauftragten in der Öffentlichkeit und in der Truppe als Grundlage für die Behandlung dieses Fragenkomplexes verwendet, wie das vom Hohen Haus gewünscht worden ist, und beide Berichte, der für 1968 und der für 1969, bieten ausgezeichnetes Material und einen guten Ausgangspunkt für eine Neuauflage des Handbuchs Innere Führung.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Es wäre gut, wenn neben den Reden von Ministern zur Definition des Begriffs „Innere Führung" auch diese präzise Sachaussage vom Bundesverteidigungsministerium möglichst bald verwendet werden könnte.

In seinem jetzigen Bericht nimmt der Wehrbeauftragte auch zum Problem des **Bildungswesens der Bundeswehr** Stellung. Nach Auffassung der CDU/CSU geht es dabei um eine Kardinalfrage, um die Bewältigung einer Fülle von Problemen, sei es der Nachwuchsförderung, sei es der Laufbahngestaltung, sei es aber auch der engen Verschränkung zwischen Armee und Gesellschaft.

(B) Wir sind daher auch der Auffassung, daß man im Verteidigungsausschuß, ausgehend von dieser Feststellung, möglichst bald zu einem **Hearing** über diesen Fragenkomplex kommen sollte. Daran sollten Lehrende und Lernende Anteil haben, damit wir uns gemeinsam überlegen, wie eine weitere Entwicklung und ein weiterer Ausbau des Bildungswesens erfolgen kann.

Der Wehrbeauftragte hat neben dem großen Komplex der Inneren Führung zu Recht den Komplex der **Wehrgerechtigkeit** hervorgehoben. Die Aufmerksamkeit, die seine Aussagen, die öffentliche Diskussion und unsere Beiträge dazu in der Öffentlichkeit und der Gesellschaft immer wieder gefunden haben, macht deutlich, wie notwendig die endgültige Bewältigung dieses Fragenkomplexes ist.

Ich begrüße daher, daß der Herr Wehrbeauftragte auf die Problematik hingewiesen hat, die sich aus der durch Art. 12 a des Grundgesetzes geschaffenen Gesamtsituation ergibt. Meine Fraktion ist durchaus der Auffassung, daß bei sorgfältigem Durchdenken des **Fragenkomplexes der Dienstpflichten** ein verbindender und lösender Vorschlag gefunden werden kann — wir werden uns bemühen, dazu baldmöglichst einen Beitrag zur Verfügung zu stellen —, der auch denjenigen **Kriegsdienstverweigerern**, von denen der Wehrbeauftragte zu Recht als von den von ihrer inneren Position her klar Überzeugten sprach, ihre durchaus gleichrangige Position in der Erfüllung ihrer Dienstpflichten gegenüber Staat und Gesellschaft zuerkannt. Wir sind der Auffassung, daß uns gerade Art. 12 a des Grundgesetzes eine Chance bietet, in dieser Frage in Abwendung von

(C) verklemmten Scheuklappensituationen des Anti-Denkens zu einer Gesamtlösung zu kommen, die für uns alle einen gesellschaftlichen Fortschritt ebenso wie einen Beitrag zur Befriedung der inneren Diskussion in Staat und Gesellschaft bringen mag.

Ich werde dabei auch nicht mit unserer Meinung zurückhalten, daß die Ausführungen, die zur Kriegsdienstverweigerung in diesem Bericht gemacht worden sind — gründend auf denen, die schon im Vorjahresbericht vermerkt wurden —, nur einen Teilaspekt zur Sachdiskussion beiträgt, der im Zusammenhang mit dem gesehen werden muß, was an anderer Stelle des Berichts zu Art. 12 a vorgetragen wurde, was ich mir beides zusammen als wertvollen Diskussionsbeitrag und wertvolle Anregung zu eigen machen möchte.

Wir haben bei dem Fragenkomplex der Wehrgerechtigkeit natürlich eine Fülle von Einzelproblemen zu sehen. Hier wurde in besonderer Weise auf die Frage der **Studenten** hingewiesen. Ich meine, hier sollten wir uns das hier auch vom Wehrbeauftragten immer wieder vorgetragene **Prinzip der Verhältnismäßigkeit** auch bei der Anwendung in Erlassen und Verfügungen des Ministers der Verteidigung vor Augen führen. Wir sollten also unbedingt dafür Sorge tragen, daß es nicht vorkommen kann — wir werden uns im Ausschuß mit aktuellen Einzelfällen dazu zu beschäftigen haben —, daß jemand, weil ihm 14 Tage vorzeitige Beurlaubung nicht gewährt werden können, etwa seinen Studienbeginn ein Jahr zurückstellen muß. Wir meinen, hier liegt ein Feld, bei dem wegen der Fülle der Problematik die Einzelberatung im Ausschuß noch manchen wertvollen Sachbeitrag zusätzlich erbringen mag. (D)

Ein anderer Fragenbereich, den wir sorgfältig weiter behandeln müssen, betrifft die Verbesserung der **Sozialstruktur in der Bundeswehr** und die Bewältigung der **gesetzgeberischen Arbeit**, um die wir uns — ich würde eigentlich sagen: interfraktionell, der Verteidigungsausschuß in allen seinen Fraktionen und Elementen — gemeinsam bemüht haben. Wir setzen diesen Kurs als CDU/CSU-Fraktion ganz bewußt fort; denn das ist etwas, was uns gemeinsam voll vor Augen steht. Dabei stehen wir vor der Notwendigkeit, die **Berufsförderung in der Bundeswehr** auf den neuen Stand zu bringen, also an das Arbeitsförderungsgesetz, das wir geschaffen haben, anzupassen, vor allen Dingen im Hinblick auf die Soldaten auf Zeit. Wir haben hier noch eine Fülle von Maßnahmen zu treffen, die keinen langen Aufschub dulden. Aber das sind sicher Detailfragen, denen wir uns besonders zuwenden müssen.

Wenn der Wehrbeauftragte hier die breite Palette von der Lösung des Wohnungsproblems bis hin zu den Fragen der Unfallversorgung in allen ihren Elementen wieder dargestellt hat, so ist das für uns alle Verpflichtung, jenen einzelnen Merkposten — zum einen von den Lösungsvorschlägen her, die er hier gemacht hat, zum anderen von anderen Lösungsvorschlägen her — zu untersuchen und so schnell wie möglich einer Bewältigung zuzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Klepsch

(A) Der Bundesminister der Verteidigung wird bei all diesen Fragen mit Sicherheit da die Unterstützung meiner Fraktion finden, wo es um diese Aufgaben geht.

Ich darf sagen, daß wir in den zurückliegenden Jahren, und zwar in der ganzen Amtszeit des Wehrbeauftragten Hoogen, auch die Diskussion um die **Institution des Wehrbeauftragten** gehabt haben. Sie wissen, daß bei der Schaffung dieser Institution die Meinungen in meiner Fraktion nicht ganz einheitlich gewesen sind und daß von nicht wenigen Soldaten in dieser Institution das personifizierte Mißtrauen gesehen wurde, das ihnen entgegengebracht werde. Das war durchaus nicht in Übereinstimmung mit den Intentionen des Gesetzgebers.

Ich möchte an dieser Stelle in bezug auf diese Institution auf das große Verdienst des Wehrbeauftragten Hoogen hinweisen, und zwar darauf, daß es in seiner Amtszeit gelungen ist, in breitestem Umfang in Öffentlichkeit und Armee — auch wenn diese oder jene Stimme sich erhob — diese Vorstellung abzubauen und jene andere Vorstellung in Öffentlichkeit und Armee breit zum Durchbruch zu bringen, die er hier eben wieder vorgetragen hat. Dabei handelt es sich um die Vorstellung von jener Mittlerstelle — wie er es in einer Passage seines Berichts nannte —, von jener Konfliktsregelungsstelle, aber auch von jener Stelle, wo der gesetzgeberische Auftrag, zum Schutz der Grundsätze der Inneren Führung als Hilfsorgan des Parlaments tätig zu sein, ebenso Erfüllung findet wie (B) die Mittlerfunktion, die darin besteht, uns die Probleme der Truppe, die Probleme der Integration von Staat und Gesellschaft, auch die Probleme innerhalb des Verteidigungsbereiches zwischen Verwaltung und Truppe, die zu lösen sind — wie es dieser Bericht ja wieder andeutet —, darzustellen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich glaube, das ist ein ganz großes Verdienst.

Wir haben bezüglich dieser Institution heute — das möchte ich gerade am Ende dieser Amtszeit sagen; ich sage das anerkennend für meine ganze Fraktion — eine Leistung vor uns, die von einer sehr schlechten Ausgangsposition her erbracht worden ist. Wenn Sie ein paar Jahre zurückdenken und sich noch einmal vor Augen führen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Belastungen der Wehrbeauftragte sein Amt angetreten hat, wenn Sie bedenken, welchen Belastungen diese Institution sowohl von ihrer inneren Struktur als auch von ihrem äußeren Ansehen her ausgesetzt war, dann wissen Sie, welcher Weg in diesen Jahren zurückgelegt wurde. Wenn wir die Institution heute betrachten, so sehen wir eine geordnete Dienststelle, die ihre Aufgabe nicht nur intern vorzüglich erfüllt, der heute nicht nur bescheinigt werden kann, daß eine gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Wehrbeauftragtem vorhanden ist, sondern der man auch zuerkennen muß, daß ihre Zusammenarbeit mit dem Fachaufsichtsgremium Verteidigungsausschuß vorzüglich gewesen ist. Durch die Leistungen dieser Institution ist es auch gelungen, in der Öffentlichkeit und weit ausstrahlend in die Truppe — nicht (C) nur durch die Besuche, sondern auch durch die dauernde Wirkung der uns vorgelegten vorzüglichen Berichte, die ja bleibenden Wert besitzen — einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit dieses Amtes zu schaffen. Das läßt mich auch meinen, daß dieses Amt, wie es heute dasteht, auch leistungsfähig ist, vielleicht noch einen weiteren Ausbau zu erfahren, vielleicht noch weitere Funktionen — etwa im Zusammenhang mit einem sorgfältigen Durchdenken der Konsequenzen des Art. 12 a des Grundgesetzes — übernehmen zu können. Das wird zu prüfen sein.

Ich glaube, man muß sagen, daß dieses Amt heute nicht nur innerhalb und außerhalb der Bundeswehr hohe Achtung und Ansehen genießt, sondern — und da stimme ich Ihnen völlig zu, Herr Wehrbeauftragter — daß auch im Ausland die Anerkennung allgemein ist. Dafür danke ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Wir haben heute eine Stunde, in der dieses Parlament von einem Wehrbeauftragten am Ende seiner vollen Amtszeit — ja, er hat sogar in der Erstattung des Berichts für 1969 unter Wahrnehmung der Monate, die über die eigentliche Amtszeit hinaus zur Erfüllung dieses Auftrags noch erforderlich waren, gewirkt — Abschied zu nehmen hat. Ich möchte für meine Fraktion sagen, daß wir bewegt waren, als wir dem seinerzeitigen Vorsitzenden des Rechtsausschusses, der so oft an der Rednertribüne dieses Hauses als Parlamentarier gestanden ist, zuhörten, ihm dann dieses Amt übertragen haben und daß wir glücklich sind, eine so geeignete Lösung gefunden zu haben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Sie haben aus diesem Amt das soziale und gesellschaftliche Gewissen der Bundeswehr gemacht. Für Sie stand die Innere Führung im Mittelpunkt Ihres Denkens, und wir wußten sehr wohl, daß das Problem der Integration der Armee in dem demokratischen Staat unlösbar mit diesem Fragenkomplex verbunden ist. Wir danken Ihnen dafür, daß Sie sich trotz aller Widrigkeiten, die mit der Auseinandersetzung gerade dieser Position verbunden sein mußten, entschlossen haben, das zum Zentrum Ihrer Aussagen in Ihren weitreichenden Berichten zu machen.

Ich möchte Ihnen und Ihren Bediensteten, Ihren Mitarbeitern in Ihrem Amt, an der Spitze Ihrem leitenden Beamten, Herrn Ministerialdirigent Dr. Schellknecht, ausdrücklich den Dank und die Anerkennung meiner Fraktion sagen und meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es unter Ihnen möglich geworden ist, eine fortgesetzte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen für die Bundeswehr und ihre Anliegen im Zusammenhang mit diesem Hause relevanten Stellen zu erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP.)

Ich danke Ihnen dafür und darf hoffen, daß wir bei den Ausschußberatungen viele der vorzüglichen Lösungsvorschläge, die Sie uns wieder unterbreiten, so schnell wie möglich zu einem Ergebnis bringen.

Dr. Klepsch

(A) Wir werden so energisch wie möglich daran mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Buchstaller.

Buchstaller (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der heutigen ersten Aussprachrunde zum **Jahresbericht 1969 des Wehrbeauftragten** soll — und das erwähnte auch Ihr Kollege Dr. Klepsch — der Sacherörterung im Verteidigungsausschuß und einer entsprechenden Plenardebatte nicht vorgegriffen werden. Dabei hat die SPD-Bundestagsfraktion — das sei heute schon vermerkt — den Wunsch, daß die Beratungen im Verteidigungsausschuß so zügig erfolgen können, daß die Plenardebatte zu dieser Sache noch vor der Sommerpause des Parlaments hier stattfinden kann. Bei dieser Lage werde ich mich auf einige wenige allgemein bezogene Feststellungen und Anmerkungen zu diesem Jahresbericht beschränken.

Nach den letzten Bemerkungen und dem Dank des Herrn Kollegen Dr. Klepsch an Sie, Herr Wehrbeauftragter, kommt man in die Versuchung, überhaupt keine kritische Sonde mehr an den Jahresbericht anlegen zu wollen, den Sie uns vorgelegt haben. Aber auch der Umstand, daß wir Ihren und Ihres Amtes Leistungen außerordentlich viel verdanken, sollte uns nicht davon Abstand nehmen lassen, diesem Jahresbericht auch einige kritische Bemerkungen anzufügen.

(B) Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten ist praktisch — so möchte ich ihn bezeichnen — eine ständige Fortschreibung über den Zustand der Bundeswehr und die Sorgen, Nöte und Probleme der Soldaten. Es ist beinahe beängstigend, daß sich kritische Feststellungen zu entscheidenden und brennenden Problemen von Jahr zu Jahr wiederholen, ganz einfach deshalb, weil man zu keinen oder nur zu halben Lösungen gekommen ist. Ich bin davon überzeugt, daß Verteidigungsminister Helmut Schmidt mit seinen Mitarbeitern bei der Auswertung der allgemeinen Bestandsaufnahme viele Anregungen des Wehrbeauftragten berücksichtigen und in das Weißbuch der Verteidigung aufnehmen wird.

Bevor ich zu einzelnen maßgebenden Punkten komme, einige generelle Betrachtungen zum Jahresbericht 1969. Ich persönlich habe den Eindruck, daß er in vielen Passagen zu wissenschaftlich, zu philosophisch und zu abstrakt formuliert ist. Wir müssen davon ausgehen, daß auch die Truppe ihn verstehen soll, daß auch der Soldat ihn verstehen soll. In einigen Passagen sind die wissenschaftlich absolut zutreffenden Erkenntnisse aber so formuliert, daß sie „unten" kaum verstanden werden können.

Ich darf Ihnen ganz ehrlich auch folgendes sagen, Herr Wehrbeauftragter. Ich bin sehr dafür, daß sich in Ihren Berichten Tatbestände und Feststellungen niederschlagen. Ich habe aber wenig Verständnis dafür, daß auch Vermutungen ausgesprochen werden, ohne daß sie sachlich untermauert sind. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen. Im Zusammenhang mit der Darlegung der Entscheidungen in den (C) Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer machen Sie die Anmerkung:

> Nach Auffassung kompetenter Sachkenner sind indes nur höchstens 30 % der Antragsteller als überzeugte Kriegsdienstgegner zu betrachten.

Daraus ergibt sich für mich selbstverständlich die Frage: 1. was sind hier kompetente Sachkenner, und 2. welches Material liegt Ihrer Behauptung zugrunde?

Um einen zweiten Punkt zu nennen, darf ich zitieren:

> Wie mir berichtet wird, nehmen Schulleitungen neuerdings in zunehmendem Maße eine ablehnende Haltung gegenüber den Jugendoffizieren ein.

„Wie mir berichtet wird"! — Wer hat berichtet? In welcher Größenordnung wurde berichtet? Welche Relationen sind dafür als Grundlage anzusehen? Und als letztes die Frage: Könnte diese Nichtbereitschaft auch im Verhalten des einen oder anderen Jugendoffiziers liegen?

Als drittes — um auf ein Steckenpferd zurückzukommen, das wir schon in der Debatte zum Bericht 1968 geritten haben — eine Bemerkung zu Ihrer Interpretation Ihrer Aufgabe, bei der Sie ja immer wieder neue Formulierungen finden. Im Jahresbericht 1968 war es die Formulierung: Mittler zwischen Streitkräften und Parlament. Diesmal haben Sie eine andere Formulierung gefunden: eine Art „Institut der Konfliktregelung". Ich meine, daß (D) wir bei der sehr einfachen Feststellung, daß der **Wehrbeauftragte Hilfsorgan des Parlaments** ist, bleiben sollten und nicht allzusehr noch theoretische Ergänzungen hinzufügen sollten. Zu Ihrer Formulierung „Institut der Konfliktregelung" möchte ich sagen: uns, dem Parlament, kommt es darauf an, daß Sie uns die Handhabe liefern, nicht Konflikte zu regeln, sondern nach Möglichkeit Konflikte zu lösen.

Ich darf Ihnen als letzte kritische Bemerkung — dann möchte ich damit aufhören — ganz ehrlich sagen, Herr Wehrbeuauftrager: Wenn ich mir Ihren Bericht ganz genau durchlese, dazu ist man ja als Abgeordneter und als Berichterstatter verpflichtet, dann habe ich den Eindruck, man könnte ihn, summarisch gesehen, so zusammenfassen: „Das Parlament hat eine Reihe von Versäumnissen, in der Truppe ist alles in bester Ordnung."

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Das heißt, man hat den Eindruck, daß der Großteil all dessen, was hier vermerkt ist, Anmerkungen und Anregungen an das Parlament sind, ohne daß zugleich eine Darstellung der allgemeinen Situation in der Truppe schlechthin gegeben wird.

Lassen Sie mich nun, Herr Wehrbeauftragter, auf einige der Sachpunkte eingehen.

Sie unterstreichen, und dafür sind wir Ihnen dankbar, die dominierende Rolle des **Schutzes der Grundrechte.** Wir begrüßen es sehr, daß Sie wiederum ein klares Bekenntnis zu den Grundsätzen

Buchstaller

(A) der **Inneren Führung** und den allgemeinen Postulaten dieser Grundsätze ausgesprochen haben. Sie unterstreichen Ihre Forderung nach der Lose-Blatt-Sammlung und Ergänzung des Handbuchs für Innere Führung, glauben, daß die Unterrichtung der Bataillonskommandeure, Kompaniechefs und Kompaniefeldwebel in Fragen der Inneren Führung noch deutlicher und umfänglicher sein muß, und wünschen keine Statuseinengung der Schule für Innere Führung.

Ich unterstreiche, Herr Hoogen, daß wir uns sehr darüber freuen, daß Sie — im Gegensatz zu anderen Auffassungen, die teilweise vertreten worden sind — ein ganz klares Ja zur **politischen Betätigung der Soldaten** ausgesprochen haben, nicht nur weil sie ein Grundrecht ist, sondern auch deshalb, weil damit ein Teil des Integrationsprozesses in unserer Gesellschaft vollzogen wird.

Sie haben bereits 1968 — und wiederholen es hier — auf den kooperativen Führungsstil und auf die Notwendigkeit der Anpassung an unsere gewandelte Welt hingewiesen. Die ungeheuren technischen und wissenschaftlichen Entwicklungen legen uns Konsequenzen auch in den Führungs-, Organisations- und Personalstrukturen der Streitkräfte auf. Herr Wehrbeauftragter, Sie haben deutlich gemacht, und von uns kann das nur voll und ganz unterstrichen werden, daß zum **militärischen Kämpfer** immer mehr die **technischen und Verwaltungsfunktionen** kommen.

Es muß auch vor diesem Hause festgestellt wer-
(B) den, daß der Offizier und der Unteroffizier mit allumfassender Verwendungsbreite tot ist. Neben der Funktion des Truppenführers müssen gleichwertig andere Funktionen, z. B. die des Technikers und des Verwaltungsspezialisten, wahrgenommen werden können. Wir von seiten der SPD-Bundestagsfraktion unterstreichen Ihre Forderung, daraus in den Fragen der Laufbahnregelung und der Besoldung Konsequenzen zu ziehen. Dazu gehört auch — Herr Dr. Klepsch hat ebenfalls darauf hingewiesen — eine **spezielle Ausbildung und Weiterbildung** in der Bundeswehr. Meine verehrten Damen und Herren, dazu gehört aber auch, daß das Wissen und Fachkönnen und die Ausbildung aus dem Zivilbereich so schnell wie möglich auf militärischem Gebiet nutzbar gemacht werden. Es ist eine klare Erkenntnis, daß wir nicht nur den Fachoffizier brauchen. Wir brauchen auch Fachleute und Spezialisten im Unteroffiziers- und Mannschaftsbereich.

Herr Wehrbeauftragter, ich schließe mich Ihrer Auffassung an, daß, wenn es gelingt, das zivile Fachwissen und -können, den Bildungsgrad und die Ausbildung aus dem Zivilbereich in der Bundeswehr voll gewürdigt und gewertet zu sehen, die Bundeswehr auch in der Lage sein wird, die **Nachwuchslücke** zu schließen. Diese jungen Menschen haben im Zivilleben etwas gelernt, was ihnen letztlich in der Bundeswehr zugute kommen muß. Sie sollen in der Bundeswehr Weiteres dazulernen, was ihnen bei der Rückkehr in das zivile Berufsleben wiederum von Nutzen sein sollte. Aus diesem Grunde besitzen Bildung und Ausbildung einen so ungeheuren Prioritätswert.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, sich in (C) diesem Zusammenhang die Studie des Inspekteurs der Luftwaffe zur Personalführung zu Gemüte zu führen. Eine solche Sicht der Personalplanung hat auch ihre Auswirkungen auf die **Einberufung der Wehrpflichtigen.** Die **Tauglichkeitsmerkmale** können sich nicht weiter ausschließlich an der Befähigung für Gepäckmärsche orientieren. Bei der Einziehung von Wehrpflichtigen muß die sachliche und funktionelle Verwendbarkeit entscheidend sein. Herr Minister, nur wenn der größte Teil, auch der beschränkt Tauglichen, nach diesen Gesichtspunkten zum Wehrdienst eingezogen wird, kommen wir der Wehrgerechtigkeit entscheidend näher.

Mit Recht hat der Wehrbeauftragte die Frage der **Wehrgerechtigkeit** zu einem dringenden Problem erhoben. Ich möchte hier aber doch hinzufügen, daß zur Wehrgerechtigkeit auch die allgemeine Gerechtigkeit gehört und daß diese Gerechtigkeit auch den **Ersatzdienstleistenden** zuteil werden muß. Schließlich muß man auch einmal erwähnen — ich glaube, das ist Rechtens —, daß **Kriegsdienstverweigerer,** die einen schweren Ersatzdienst leisten, einen größeren Beitrag zur Gemeinschaftsleistung aufbringen als Wehrpflichtbekennende, die nie in die Lage versetzt wurden, diesen Wehrdienst auch zu leisten. Natürlich machen uns allen die steigenden Zahlen der Kriegsdienstverweigerer Sorgen. Wir müssen uns aber noch viel mehr Sorgen über die 50 % junger Männer machen, die überhaupt keinen Dienst für die Gemeinschaft und für die Gesellschaft zu leisten gezwungen sind.

Herr Hoogen hat noch eine Vielzahl von anderen (D) Punkten in seinem Bericht angeschnitten: den Personalmangel bei Offizieren und Unteroffizieren, Probleme der Seelsorge; hier hat er wiederum die Frage nach Wert oder Unwert des feierlichen Gelöbnisses und der Eidesleistung aufgeworfen. Er sprach die Fragen der Fürsorge und der Versorgung an und kam zu Recht auf das so brennende Problem der Wohnungen, der Unterkünfte und der Mieten für Soldaten sowie auf die Soldatenheime zu sprechen. Sie dürfen versichert sein, Herr Wehrbeauftragter, daß die SPD-Bundestagsfraktion sich Ihrer Auffassung und nicht der Auffassung des Bundesrechnungshofes anschließt. In diesem Zusammenhang möchte ich unterstreichen, daß die **Einrichtung von Soldatenheimen** entscheidend und am wichtigsten gerade in den Einödstandorten ist. Von diesen Einrichtungen sollten wir uns auch nicht abbringen lassen.

(Abg. Wehner: Sehr wahr!)

Sie schneiden das leidige Thema der Wehrübungen an, einen Fragenkomplex, mit dem wir uns außerordentlich stark beschäftigen werden müssen. Sie sprechen von dem umfassenden Katalog des Wehrdisziplinarrechts und von vielem anderem. Es ist ein umfangreiches, ein riesiges Paket von Anregungen an den Verteidigungsminister, an das Verteidigungsministerium und Stoff genug für den Verteidigungsausschuß und dieses Parlament zu einer neuen umfangreichen Debatte und Diskussion als Ausgangspunkt für notwendige Entscheidungen.

Ich möchte Ihnen sehr dafür danken, Herr Wehrbeauftragter, daß Sie in Ihrem letzten Bericht den

Buchstaller

(A) Punkt **„lobenswerte Taten"** aufgeführt haben. Selbstverständlich könnten Sie — so gut kennen wir die Bundeswehr — einen nicht weniger dicken Katalog lobenswerter Taten zusammenstellen, als es der Jahresbericht selbst ist. Unsere Soldaten geben bei Flut- und Hochwasserkatastrophen, bei Waldbränden und anderen Einsätzen, wie Schneekatastrophen, ihr Bestes, strengen ihre Kälte bis zur Aufopferung an und leisten ihren Dienst bis zum Einsatz des Lebens. Dies muß nicht nur erwähnt werden, sondern den Soldaten ist dafür zu danken. Wir müssen ihnen aber auch für den alltäglichen Dienst danken, den sie leisten, damit wir in Sicherheit leben können.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Anregung, die Sie, Herr Wehrbeauftragter, in Ihren letzten Bericht einbezogen haben, kann und sollte, so meine ich, von Ihrem Amtsnachfolger weiter ausgebaut werden.

Sie, Herr Hoogen, haben heute Ihren letzten Jahresbericht dem Parlament zugeleitet und zum erstenmal auch ihn mündlich ergänzt und zu ihm Stellung genommen. Als erster der Wehrbeauftragten haben Sie die fünfjährige Amtsperiode durchgestanden und ihr sogar noch einige Monate hinzugefügt. Herr Dr. Klepsch war so nett, die Amtszeit des Herrn Wehrbeauftragten Hoogen noch einmal kurz Revue passieren zu lassen. Wir sollten nicht in den Irrtum verfallen, daß in dieser Amtszeit immer nur Sonnenschein und kein Ärger vorhanden gewesen wäre. (B) Sie haben nicht nur manches durchgestanden, Herr Wehrbeauftragter, sondern manches auch durchgelitten, glaube ich, und das ist gut so. Es ist gut, daß Sie in all diesen Punkten auch selber einmal die schwierigen Niederungen bürokratischer und anderer Hemmnisse durchlaufen mußten bis hin zum Problem der Menschenführung nicht nur in der Bundeswehr, sondern auch im Amt des Wehrbeauftragten. Ich glaube, daß das sehr gut ist. Aber genauso muß festgestellt werden, daß das **Amt des Wehrbeauftragten** trotz der teilweise sehr leidenschaftlichen Diskussion in Ihrer Legislaturperiode wesentlich gefestigt wurde und daß es in der Öffentlichkeit, im Parlament, in der Bundeswehr und bei den Soldaten Vertrauen genießt. Ich glaube, dieses Amt ist unter Ihrer Führung in den letzten Jahren außerordentlich stark in das Bewußtsein der Öffentlichkeit eingedrungen und hat sich als ein Element unserer politisch-parlamentarischen Demokratie manifestiert. Dazu bedurfte es manchmal einer sehr zähen Arbeit.

Ich weiß, Herr Hoogen — um etwas von der anfangs von mir geäußerten Kritik zurückzunehmen —, warum Sie jeden Jahresbericht mit dem Passus eingeleitet haben: „Zum Selbstverständnis des Amtes des Wehrbeauftragten." Sie haben es getan, weil gerade diese Institution so lange im Kreuzfeuer und im Meinungsstreit gestanden hat. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt, Herr Hoogen, daß die kommenden Jahresberichte schon sehr bald auf die einleitende Präambel „Zum Selbstverständnis des Amtes des Wehrbeauftragten" verzichten können, weil dieses Amt zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Das wird dann entscheidend mit Ihr Verdienst sein, Herr Hoogen. Dafür möchte ich Ihnen danken. (C)

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Im Namen der SPD-Bundestagsfraktion darf ich Ihnen, Herr Hoogen, und Ihren Mitarbeitern für diese großen Leistungen herzlich Dank sagen.

(Erneuter Beifall bei allen Fraktionen.)

Ich darf mich als Berichterstatter und Mitberichterstatter des Ausschusses dafür bedanken, daß wir auch Meinungsverschiedenheiten stets sachlich austragen konnten und daß Sie in den Auseinandersetzungen immer versucht haben, einen Grundsatz Ihres Berichts in den Vordergrund zu stellen: Wir müssen zusammen leben, wir müssen zusammen argumentieren, und wir müssen uns gegenseitig von der Richtigkeit unserer Argumente überzeugen. Das war auch die Grundlage der Zusammenarbeit, die wir mit Ihnen pflegen durften.

Noch einmal herzlichen Dank und alle guten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen!

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Jung.

Jung (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Jahresbericht 1969 des Herrn Wehrbeauftragten zeigt — wie es im übrigen schon der letzte Jahresbericht deutlich gemacht hatte — hohes Verantwortungsbewußtsein (D) und die Fähigkeit, die zwangsläufig auftretende Diskrepanz zwischen militärischen Sachzwängen und den Vorstellungen von einer demokratischen Gesellschaft richtig zu analysieren. Es ist, wie ich soeben schon sagte, besonders in den beiden letzten Jahren das Verdienst des Wehrbeauftragten gewesen, Probleme der Bundeswehr dem Parlament, und zwar dem ganzen Parlament, nicht nur den Kollegen, die im Verteidigungsausschuß tätig sind, deutlich zu machen und in anschaulicher Weise vorzulegen.

Das Parlament und der Ausschuß haben mit diesem Jahresbericht viel Material zur Diskussion erhalten. Ich möchte wie meine beiden Kollegen Dr. Klepsch und Buchstaller darauf verzichten, heute in die Detaildiskussion einzutreten, weil diese Detaildiskussion, wie ich glaube, in einer umfassenderen Verteidigungsdebatte zu führen ist, wenn nämlich die kritische Bestandsaufnahme abgeschlossen ist und das Weißbuch des Verteidigungsministers vorliegt.

Nur einige große Bereiche möchte ich herausgreifen und einige Grundsätze daraus beleuchten.

Zunächst einmal, Herr Wehrbeauftragter, zum Problem der **Kriegsdienstverweigerung.** Hier müssen wir im Ausschuß noch eingehend diskutieren, denn einige Darlegungen des Berichts über die Kriterien der Berechtigung eines Antrags auf Kriegsdienstverweigerung sind mir etwas zu unklar. Lassen Sie mich das verdeutlichen! Sie schreiben:

Jung

(A) Die hohe Anerkennungsquote mag damit erklärt werden können, daß die Prüfungsgremien häufig nicht in der Lage sind, zu prüfen und zu entscheiden, ob die vom Antragsteller vorgetragenen Gründe zu einer von der Verfassung geforderten ernstlichen Belastung seines Gewissens geführt haben oder ob er nur Umwelteinflüssen mannigfacher Art erlegen ist, die ihn zwar intellektuell beschäftigen und seine Auffassung zu politischen, militärischen und ethischen Fragen widerspiegeln, jedoch im Bereich seines Gewissens keine Auswirkungen im Hinblick auf die von Artikel 4 Abs. 3 GG geforderte Belastung gezeigt haben.

Herr Wehrbeauftragter, ich persönlich bin der Meinung, daß natürlich auch Umwelteinflüsse und politische und ethische Vorstellungen durchaus Einfluß auf das Gewissen haben können.

Mit Recht weisen Sie auf die Schwierigkeiten hin, das Gewissen eines Menschen im Wege eines justizförmigen Verfahrens beweiskräftig zu erforschen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir eine Unterscheidung zu machen haben zwischen den echten Gewissensgründen und der organisierten Manipulation. Ich habe bereits in der Debatte im vergangenen Jahr auf diese Probleme sehr deutlich hingewiesen.

Erfreulicherweise zeigen Sie hier auf — wir können das auch bei unseren Truppenbesuchen feststellen —, daß eine rückläufige Tendenz, insbesondere bei den Kriegsdienstverweigerern zu verzeichnen ist, die bereits in der Truppe sind, wenn auch die (B) absolute Zahl der Kriegsdienstverweigerer insgesamt leicht ansteigt. Ich glaube, daß unsere eindringlichen Forderungen im vergangenen Jahr und Ihre im Jahresbericht 1968 erhobene Forderung dazu beigetragen haben, daß der **Ausbau des Ersatzdienstes** — eine alte Forderung aller Fraktionen — intensiviert wurde und es auch bewirkt hat, daß die Zahl der Anträge rückläufig ist. Ich meine, hier muß noch einmal deutlich gemacht werden, daß ein sinnvoller Ausbau des zivilen Ersatzdienstes das Problem der Kriegsdienstverweigerer weitgehend selbst regelt. Vielleicht kann dann sogar auch das Anerkennungsverfahren, das hier mit Recht etwas in Frage gestellt wurde, großzügiger gehandhabt werden.

In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen des Wehrbeauftragten über die **freie Meinungsäußerung und Information** und über die **Notwendigkeit der Bildungsarbeit** beachtlich. Im Berichtsjahr — so sagt der Wehrbeauftragte — hat es zahlreiche Aktionen im Rahmen einer Antibundeswehrkampagne gegeben. Ich darf nochmals sagen, was ich schon im Vorjahr gesagt hatte: Wir müssen fordern, daß Verlautbarungen der außer- und antiparlamentarischen Opposition von den Vorgesetzten im staatsbürgerlichen Unterricht und in der aktuellen Information in sachlicher Weise besprochen werden, um den Soldaten das Rüstzeug zu geben, das sie in den Stand setzt, Verdrehungen und Halbwahrheiten zu erkennen und richtig zu bewerten. Insofern sind die Hinweise des Wehrbeauftragten auf die Notwendigkeit der **Verstärkung des staatsbürgerlichen Unterrichts in der Bundeswehr** von besonderer Bedeutung. Denn hier wie in anderen Institutionen, die (C) Ausdruck einer demokratischen Gesellschaft in einem demokratischen Staatswesen sein wollen, besteht die Aufgabe darin, dafür zu sorgen, daß sich die Bundeswehr von innen heraus gegen zersetzende Einflüsse wappnen kann. Das bedeutet konkret, daß den Soldaten durch intensivsten staatsbürgerlichen Unterricht das Rüstzeug gegeben werden muß, sich intellektuell gegen Angriffe zu wehren und nicht in emotionale Ausbrüche abzugleiten.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß sich **Verteidigungsauftrag und Friedensfunktion der Streitkräfte** nicht in Präsenz und Einsatzbereitschaft erschöpfen. Sie erfordern vielmehr die geistige Auseinandersetzung und das Wissen um die Zusammenhänge und die Abhängigkeit unserer staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung von der Erhaltung und Sicherung des Friedens. Hier sind die Hinweise und die Vorschläge insbesondere zur **Offiziersausbildung** außerordentlich positiv. Primär ist also Zersetzungsbestrebungen bestimmter Gruppen sachlich-intellektuell und erst sekundär formaljuristisch zu begegnen. Das ist z. B. im Zusammenhang mit der im Bericht vorgeschlagenen Novellierung des Gesetzes über die Anwendung des unmittelbaren Zwangs zu beachten.

Dies alles berührt auch den weiten Komplex der **Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft.** Dieser Zusammenhang wird im Bericht deutlich erkannt. Zu Recht wird insbesondere der Bereich der Inneren Führung herausgegriffen, der im vergangenen Jahr eine besondere Rolle in der öffentlichen Diskussion (D) gespielt hat. Hier wird das bestätigt, was wir schon wiederholt sagten, nämlich daß ein verbindliches **Konzept der Inneren Führung** fehlt, daß viel darüber diskutiert wurde, ohne daß man das Problem in den Griff bekam. Aber ich meine, daß die Diskussion nicht vergebens war. Jetzt muß sinnvoll strukturiert werden, und es müssen reale Konsequenzen gezogen werden. Ein erster Anfang wäre, daß ein kurzes Handbuch, ein verständlicher Leitfaden für Führer und Unterführer vom Verteidigungsministerium unverzüglich herausgegeben wird. Das Konzept der Inneren Führung muß unter dem Aspekt einer hochtechnisierten Armee gesehen werden.

Mit Recht sagt der Bericht, daß alteingewöhnte Institutionen unserer Gesellschaft heute eine **Krise der Autorität** erleben. Die Forderung nach Mitspracherecht und Mitbestimmung, kritisches Denken und verantwortliches Handeln machen naturgemäß auch vor der Bundeswehr nicht halt, und ich meine, das ist gut so; denn damit ist die Gewährleistung für eine Bundeswehr gegeben, die nicht Verlängerung einer Militärtradition, sondern Ausdruck und Spiegelbild einer hochindustrialisierten demokratischen Gesellschaft ist. Ich möchte hier jeden einzelnen Satz eines Interviews des Generalleutnants Steinhoff — der sich allerdings ausschließlich auf die Luftwaffe bezog — unterstreichen. Er macht deutlich, daß die Bundeswehr Teil einer Leistungsgesellschaft ist und die Maßnahmen in dieser Bundeswehr darauf abgestellt werden müssen.

Diese Gesellschaft muß sich mit ihren demokratischen Ansprüchen eben so weit konsolidieren, daß

Jung

(A) sie innere Verteidigungsbereitschaft entwickelt und die Bundeswehr als angemessenes Instrument hierfür betrachtet. Die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft muß durch Anpassung der Normen für die Bundeswehr an die Ansprüche der Gesellschaft unter Berücksichtigung der sachlich notwendigen Besonderheiten einer hochtechnisierten Armee erfolgen.

Der Bericht unterstreicht auch die **Bedeutung der kurzgeschlossenen Dienstwege,** die sich als informelle Kommunikationskanäle neben dem formalen System gebildet haben. Wir nehmen das mit besonderer Freude zur Kenntnis, denn wir wissen ja alle, wie oft wir uns schon in diesem Hause gerade über die Probleme der „Bürokratie in Uniform" gestritten haben, wenn ich das einmal so bezeichnen darf. Das scheint mir auch bei der kritischen Bestandsaufnahme des Verteidigungsministers ein besonderer Punkt zu sein, den wir in der großen Verteidigungsdebatte zu diskutieren haben.

Ein weiteres äußerst dringliches Problem, das hier schon wiederholt angesprochen wurde, ist die **Zulassung gedienter Bewerber zum Studium.** Meine Kollegen Klepsch und Buchstaller haben dies auch schon gesagt. Die Zulassung gedienter Studienbewerber wurde vom Wehrbeauftragten mit Recht als ein dringend zu lösendes Problem hingestellt, ebenso die Abstimmung der Termine von Entlassungen aus der Bundeswehr und Semesterbeginn an Hoch- und Fachschulen. Die Dringlichkeit der Lösung dieser Probleme ist unmittelbar einsichtig; unterbliebe sie, würde die Unruhe in der Truppe (B) weiter verstärkt, und die Attraktivität der Bundeswehr nach außen würde beeinträchtigt.

Außerdem kann man feststellen, daß eine Verzögerung der Ausbildung den Eingliederungsprozeß der gedienten Universitätsabsolventen in die Wirtschaft selbstverständlich beeinträchtigt. Im Bereich der Wirtschaft gewinnen auch die im Bericht genannten praktischen **Aspekte des Berufsbildes** an Bedeutung, so der Berufsförderungsdienst, dessen Ausbau und Verbesserung zur Eingliederung in das zivile Berufsleben notwendig sind.

Ich meine, darüber hinaus müssen wir die Frage der Anerkennung aller bei der Bundeswehr erworbenen Kenntnisse auch im zivilen Bereich behandeln, damit die Integration der Bundeswehr in die demokratische Gesellschaft durch eine solche Maßnahme noch mehr erleichtert wird, als dies bisher der Fall war. Es wurde auch deutlich, daß die mittlerweile eingeführte Fachoffizierlaufbahn durch die Erkenntnisse, die man in der Zwischenzeit gewonnen hat, unbedingt notwendig war; dies wird im Bericht ausdrücklich bestätigt.

Ein besonderer Schwerpunkt ist, wie alle Jahre, die Frage der Herstellung der **Wehrgerechtigkeit.** Im Bericht werden die Zahlen genannt: 60 % werden eingezogen, 30 % sind nur eingeschränkt tauglich. Herr Kollege Buchstaller hat vorhin mit Recht gesagt, daß die Funktionen in einer hochtechnisierten Armee nicht mehr vergleichbar sind mit den Funktionen einer Armee, die an der Notwendigkeit ausgerichtet war, pro Tag einige zig Kilometer zu Fuß zu marschieren. Ich meine allerdings auch, wir sollten deutlich machen, daß z. B. Überschriften in (C) der Presse wie „Nur die Dummen leisten Wehrdienst" natürlich nicht dazu angetan sind, das Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft zu heben.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich sagen, daß der Bericht eine Fülle von diskussionswürdigem Material und sehr viele brauchbare Vorschläge aufweist. Wir Freien Demokraten unterstreichen das **Selbstverständnis des Wehrbeauftragten,** wie es sich in den Worten dokumentiert: „rechtzeitige Offenlegung und Erörterung von Sachverhalten, von Strömungen und Entwicklungen positiver und negativer Art", „rechtzeitiges Erkennen unterschwelliger Tendenzen", um „einer möglichen Aufladung und Verschärfung von Konfliktsituationen entgegenzuwirken", „ ‚soziales Frühwarnsystem' des Parlaments".

Das Amt des Wehrbeauftragten ist ein unerläßliches **Institut zur Lösung sozialer Konflikte in den Streitkräften.**

(Glocke des Präsidenten. — Abg. Rasner: Er liest ab!)

Jedoch dürfen wir dieses Amt nicht zu einer Institution der Bearbeitung von Eingaben verkümmern lassen; denn sonst würde es unglaubwürdig werden. Daraus haben wir — der Ausschuß, das Ministerium und insbesondere das Parlament — die Konsequenzen zu ziehen. Im Zusammenhang mit dem Weißbuch und der kritischen Bestandsaufnahme werden wir die grundsätzlichen Probleme im einzelnen zu erörtern haben, um zukunftsweisende Perspektiven für Funktion und Aufgaben der Bundeswehr in einer offenen, mündigen Gesellschaft aufzuzeigen und (D) durch gesetzgeberische Akte in die Wirklichkeit umzusetzen.

Herr Wehrbeauftragter, wie meine beiden Kollegen möchte auch ich im Namen der Fraktion der Freien Demokratischen Partei unseren Dank an Sie und Ihre Mitarbeiter für die vorzügliche Leistung, die Sie mit diesem Bericht erbracht haben, aussprechen.

(Allseitiger Beifall.)

Nach den Ausführungen von Herrn Klepsch und Herrn Buchstaller bin ich überzeugt, daß ich im Namen aller Parlamentarier spreche, wenn ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern gegenüber Respekt und Anerkennung des Hauses zum Ausdruck bringe.

(Erneuter Beifall bei allen Fraktionen.)

Sie haben mit Ihren Berichten einen hohen Maßstab gesetzt. Jeder der Berichte, insbesondere die Berichte der beiden letzten Jahre, sind nach meiner Meinung Meilensteine auf dem Wege zum Ziel, die Bundeswehr voll in unsere demokratische Gesellschaft zu integrieren. Ich meine, daß diese Berichte Ihrem Nachfolger eine hohe Verpflichtung auferlegen. Wir wünschen Ihnen persönlich alles Gute und Ihrem Nachfolger viel Glück in der Fortsetzung des von Ihnen aufgezeigten Weges.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Herr Bundesminister der Verteidigung.

(A) **Schmidt,** Bundesminister der Verteidigung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier ist von allen Seiten der Dank an den Wehrbeauftragten ausgesprochen worden. Ich will mich zunächst — ich sage: zunächst — dem **Dank an die Institution** anschließen, einfach indem ich sage, daß die Erfahrungen, die wir mit der hier mehrfach zitierten „kritischen Bestandsaufnahme" im Gespräch mit Wehrpflichtigen und Vorgesetzten in der Truppe gewonnen haben, zu dem Eindruck geführt haben, daß der Verteidigungsminister, wenn es diese Institution nicht gäbe, sie heute beim Parlament beantragen müßte. Ich sage das deshalb — und ich bin dankbar dafür, daß das Parlament heute einmal von seiner Übung abgewichen ist und quasi eine erste Lesung des Berichts macht —, weil ich mit einer gewissen Besorgnis festgestellt habe, daß einige unserer schreibenden Kollegen in Organen, die die öffentliche Meinung beeinflussen, meinten, das Parlament oder gar der Verteidigungsminister nehme diese Institution nicht wichtig genug. Ich kann aus meiner — allerdings erst sehr kurzen — Amtserfahrung nur sagen, daß ich diese Institution für schlechthin unverzichtbar halte.

Ich möchte nun aber gegenüber den Kritikern dieser Institution und gegenüber solchen etwas hinzufügen dürfen, die sich bisweilen mit einer gewissen hämischen Akribie auf die vielerlei Punkte stürzen, die in den Berichten dieser Einrichtung notgedrungenerweise kritisch hervorgehoben werden müssen. Ich möchte nämlich sagen, daß es in unserer Gesellschaft wohl kaum einen institutionalisierten (B) Bereich gibt, für den so wie für die Bundeswehr von Staats wegen jedes Jahr eine Statistik der Beschwerden, der eigenen Fehler, der Führungsfehler und all dergleichen auf den Tisch des Hauses gelegt wird.

Ich wiederhole einen Gedanken, den ich vielfach ausgesprochen habe. Stellen Sie sich bitte einmal vor, welch enormer Segen an sozialer Frühwarnung — ich greife Ihren Ausdruck auf, Herr Hoogen, der wohl aus einem soziologischen Begriffsbereich stammt — für die deutsche Gesellschaft, auch fürs Parlament, gegeben gewesen wäre, wenn wir einen Beauftragten des Parlaments mit rechtzeitigen Berichten über die Situation an den deutschen Universitäten in den letzten 15 Jahren gehabt hätten

(Beifall auf allen Seiten)

oder wenn wir einen ähnlichen Beauftragten für die deutschen Gymnasien oder die Universitätskliniken gehabt hätten, wo sich heute ja auch einiges zeigt! Stellen Sie sich vor, was ein Parlamentsbeauftragter für die Universitätskliniken in solch einen Bericht schreiben müßte! Ich sage das nur, damit die mit Recht hervorgehobenen kritischen Punkte des Wehrbeauftragten im Vergleich zu anderen Institutionen in der richtigen Perspektive gesehen werden.

Was nun die **Kritik** gegenüber vorgefundenen Zuständen oder Vorkommnissen angeht, so finde ich hier hervorhebenswert, daß 2,1 % der Eingaben Verletzungen von Grundrechten, 21 % Verstöße auf dem Feld der Inneren Führung, 13 % auf dem Feld des Strafrechts- oder des Disziplinarwesens, aber

(C) **61 % Fälle aus dem Sozialbereich** betreffen. Das geht Sie, meine Damen und Herren, in diesem Parlament sehr viel an. Hier ist sehr weitgehend der Gesetzgeber angesprochen. Der Gesetzgeber sollte nicht meinen, er könne überall über Innere Führung debattieren, selber aber als eigentlicher Dienstherr auf diesem Felde nicht penibel sein zu müssen. Der Dienstherr hat nämlich gegenüber den Soldaten auch Pflichten.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten in der Mitte. — Abg. Dr. Zimmermann: Dienstherr sind Sie und nicht das Parlament!)

— Den Ausdruck „Dienstherr" benutze ich sehr ungern. Er ist Gesetzessprache. Ich halte ihn für ein schlimmes Relikt aus einem obrigkeitsstaatlichen Jahrhundert.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Herr Zimmermann, wenn Sie mir zurufen, ich sei der Dienstherr, dann will ich dem in aller Form widersprechen. Ich glaube, das ist eine sehr formale Betrachtung. Dieses **Parlament** ist letztlich **der eigentliche Dienstherr der deutschen Bundeswehr,** dieses Parlament.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Rasner: Es ist Ihrer!)

— Wir stimmen ja darin überein. Es ist eine Armee, die sich das Parlament geschaffen hat, zum erstenmal in der deutschen Militärgeschichte.

(Dr. Stark [Nürtingen]: Das ist keine Parlamentsarmee!) (D)

— Aber sehr wohl! Sie sind ein bißchen jung, Herr Kollege. Wenn Sie heute vor 15 Jahren in diesem Haus gesessen hätten, würden sie wissen — ich brauche mich nur an die Rolle von Herrn Dr. Jaeger zu erinnern, den ich im Augenblick hier nicht zitieren will, weil er der Sitzung präsidiert —, in welch entscheidender Rolle das Parlament die Grundlagen für die Bundeswehr gelegt hat und nicht irgend jemand anderes.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das Parlament hat sich auch diese Einrichtung geschaffen, die in der Person von Herrn Hoogen heute zu Wort kam.

Lassen Sie mich zur Einrichtung noch ein Wort sagen, da hier Statistiken zitiert werden. Von dieser Einrichtung machten ausweislich des Berichts von Herrn Hoogen im letzten Jahr Gebrauch: 1,3 % aller Mannschaften, 1,7 % aller Unteroffiziere und 1,2 % aller Offiziere. Diese drei Zahlen scheinen mir mit das Interessanteste am Bericht zu sein, weil man an ihnen nämlich sieht, wie sehr inzwischen **auch die Vorgesetzten** die Möglichkeiten ergreifen, die diese Einrichtung bietet.

Da ich bei Statistiken bin, möchte ich, Herr Hoogen, ein Wort zu den **Unfallziffern** sagen, die Sie vorhin in Ihrer Rede genannt haben. Die Bundeswehr hat im letzten Jahr durch tödlich verlaufene Unfälle im Dienst 105 Soldaten verloren, davon 26 durch Flugunfälle. Sie hat durch tödlich verlaufene

Bundesminister Schmidt

(A) außerdienstliche Unfälle 435 Soldaten, also viermal so viele, verloren — davon allein drei Viertel durch Unfälle mit privaten Kraftfahrzeugen.

Das ist einer der Gründe, die mich, wenn wir mit unseren Arbeiten soweit sind, dafür werden plädieren lassen, daß Sie, meine Damen und Herren, der Wiedereinführung der **Militärfahrkarte** zustimmen, die dem wehrpflichtigen Mann eine Familienheimfahrt am Wochenende erlaubt, ohne daß er sie aus seinem relativ schmalen Wehrsold bezahlen muß, wieder eingeführt wird, damit das mit dieser wilden Fahrerei auf den Autobahnen aufhört.

(Beifall auf allen Seiten.)

Ich möchte auch noch ein Wort zu zwei anderen Bemerkungen sagen, die Herr Klepsch und Herr Jung zu den wirklich schrecklichen Kalamitäten zwischen den Kultusministern und den **Universitäten** und **Fachschulen** hinsichtlich des **Semesterbeginns** gemacht haben. Jeder fängt zu anderen Terminen an, jeder macht's, wie er es will, und nimmt keine Rücksicht auf den Schwächsten in diesem Zusammenhang, nämlich den Wehrpflichtigen, der studieren möchte.

(Beifall auf allen Seiten.)

Alle Amtsvorgänger haben sich, soweit ich das aus den Akten sehen kann, große Mühe gegeben, mit den Kultusministern zu Lösungen zu kommen. Die Kultusminister sind ja nun auch nicht Leute, die anordnen können; die Universitäten genießen Autonomie und rühmen sich ihrer in diesen Tagen ganz

(B) gewaltig. Sie lassen sich da wenig hineinreden. Ich kann nur wünschen, daß in Deutschland das wenigstens genauso einheitlich geregelt wird wie der Schulbeginn bei den allgemeinbildenden Schulen.

(Beifall auf allen Seiten.)

Der Verteidigungsminister kann nur hoffen, daß Sie in Ihren Ländern, bei Ihren Landtagskollegen, ein bißchen Wind in dieser Richtung machen. Der Bund ist nicht eine Instanz, die hier durch Bundestagsbeschluß oder durch Regierungsbeschluß etwas ändern könnte. Uns steht nur das Mittel der Überredung, der Überzeugung zur Verfügung.

Was nun Ihre Rüge angeht, Herr Klepsch: die Sonderregelungen in den vergangenen zwei Jahren für eine bestimmte Gruppe von Studenten sind — das ist die praktische Erfahrung — dem Bemühen um Wehrgerechtigkeit nicht dienlich gewesen.

(Abg. Dr. Klepsch: 14 Tage!)

— Die 14 Tage machen bei mindestens sechs Semestern Studium den Kohl auch nicht fett. Den Studenten möchte ich mal persönlich sprechen, der behauptet, wegen 14 Tagen etwa sein Studium nicht richtig absolvieren zu können! Wenn Sie das Problem anders stellen und sagen, daß er deswegen sein Semester überhaupt nicht hat antreten können

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Augenblick! —, dann kann ich nur sagen: Soviel Kurzsichtigkeit der zuständigen Universitätsbehörde macht allerdings eine solche Einrichtung wie einen Beauftragten des Parlaments für den Hochschulbereich dringend notwendig! Einen Studenten bei

(C) einem sechs- oder achtsemestrigen Studium deshalb nicht zuzulassen, weil er sich 14 Tage später — ich darf mich einmal so ausdrücken — einschulen lassen müßte, finde ich unerhört.

(Beifall auf allen Seiten.)

Herr Klepsch, ich rede von dem Problem, weil ich es kenne; mir ist es nicht erst bekannt, seit Sie es heute morgen vorgebracht haben. Auf der anderen Seite glauben Sie mir bitte: die Sonderregelung, die Herr von Hassel und später auch Herr Schröder versuchsweise von Fall zu Fall ermöglicht haben, hat sehr viel böses Blut bei denen gemacht, die nicht unter diese Sonderregelung fielen. Jemand, der wie ich und wie auch Sie die Notwendigkeit zu mehr Gleichheit in der Behandlung der jungen Männer erkennt, muß da ein bißchen vorsichtig sein. — Bitte!

Vizepräsident Dr. Jaeger: Eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Klepsch.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Herr Minister, wenn Sie das Protokoll nachsehen, werden Sie feststellen, daß ich ausgerechnet diesen Fall, von dem Sie jetzt sprechen, meine. Ich habe es an dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel, von dem der Wehrbeauftragte spricht, aufgehängt.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Ich bitte, eine Frage zu stellen!

(D)

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Die Frage kommt gleich. Meine Frage an Sie, Herr Minister, lautet, ob Sie nicht bereit sind, zu überprüfen, ob man für diejenigen, die ein volles Jahr dadurch verlieren, diese Sonderregelung mit den 14 Tagen vorzeitigen Urlaub nicht beibehalten sollte.

Schmidt, Bundesminister der Verteidigung: Herr Klepsch, wenn jemand im Ernst ein volles Jahr verlieren müßte, würde ich gar keinen Zweifel haben, dies als eine besondere Härte ansehen zu müssen. Daran besteht gar kein Zweifel.

(Beifall. — Abg. Dr. Klepsch: Ihr Haus bezweifelt das!)

Aber ich wäre dankbar, wenn Sie den Nachdruck, den Sie in den Beifall gelegt haben, den Sie mir auf diese Antwort geben, viel mehr in die Auseinandersetzung mit den Behörden legten, die für diese Semesterbeginne in Deutschland zuständig sind.

(Beifall auf allen Seiten.)

Ich kann da auch nichts anderes als bitten und reden. Ich habe in den Akten gesehen, was schon mein Amtsvorgänger und dessen Amtsvorgänger auf diesem Feld alles gebeten und geredet haben.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Damm?

Schmidt, Bundesminister der Verteidigung: Aber gern.

(A)

Damm (CDU/CSU): Herr Minister, wenn Sie die Dinge so betrachten, wie Sie soeben sagen, warum sind dann vor vier oder acht Wochen durch Ihr Haus Anordnungen ergangen, Anträgen auf vorzeitige Beurlaubung, und zwar für einen Zeitraum von 14 Tagen, nicht stattzugeben, obwohl diese Anträge mit dem Hinweis gestellt worden sind, daß die Petenten bei Ablehnung ihr Studium nicht beginnen könnten und mehr als ein Jahr verlieren würden und sogar Gefahr liefen, ein Jahr später für ein Ingenieurschulstudium gar nicht zugelassen zu werden?

Schmidt, Bundesminister der Verteidigung: Herr Damm, was Sie da als Erlaß oder Anordnung zitieren, ist, so wie Sie es zitieren, falsch zitiert. Ich bleibe bei der eben gegebenen Antwort. Wenn in einem Einzelfall wirklich jemand ein Jahr verlieren sollte, würde ich das als eine besondere Härte ansehen und wollte es auch so behandelt wissen, Herr Damm.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage des Abgeordneten Damm, Herr Bundesminister?

Damm (CDU/CSU): Herr Minister, würden Sie die Freundlichkeit haben, die Antworten, die Ihr Parlamentarischer Staatssekretär zu diesen Fragen, und zwar im negativen Sinne, hier in der Fragestunde erteilt hat, einzusehen und zu bekennen, daß Ihr Hinweis leider nicht den Tatsachen entspricht?

(B)

Schmidt, Bundesminister der Verteidigung: Ich bin gern bereit, auch mit Ihnen persönlich darüber zu sprechen, Herr Damm.

Ich wollte, was die Institution des Wehrbeauftragten angeht, auch im Namen der Soldaten, zu deren Sprecher ich mich hier machen muß, dafür Dank sagen, daß diese Institution die Respektierung der Grundrechte der Soldaten und die Innehaltung der Grundsätze der Inneren Führung gegenüber den Soldaten überwacht. Dieser Schutz des Parlaments für den einzelnen Soldaten in seinem persönlichen Anliegen, dieser Schutz, den das Parlament ihm gewährt, macht, dargestellt in der Institution des Wehrbeauftragten und seiner Tätigkeit, für viele wehrpflichtige Soldaten zugleich die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat zum erstenmal selbst erlebbar. Das merken Sie, wenn Sie mit Wehrpflichtigen in Garnisonen debattieren. Der Verteidigungsminister jedenfalls muß für jede Hilfe dankbar sein, die aus dieser Institution kommt.

Ich möchte aber **auch der Person** ein Wort des **Dankes** sagen. Einmal in dem Sinne, in dem es vorhin der Kollege Buchstaller ausgeführt hat, weil nämlich Herr Hoogen derjenige war, der diesem Amt — wie es scheint — für längere Zeit Kontur gegeben hat, und zum anderen, weil er auf vielfältige Weise auch zur öffentlichen Diskussion über die Aufgaben und die Erfahrungen auf dem Feld der Inneren Führung beigetragen hat. Ich denke dabei auch an Ihre begrifflichen Distinktionen, vor allem im vorjährigen Bericht. Mancher Vorgesetzte in der Armee hat daraus intellektuelle Anregungen erfahren. Die Berichte des Wehrbeauftragten werden ja bis zu den Kompanien verteilt. Natürlich, Herr Hoogen, gibt es auch Stimmen, die andere Begriffsschöpfungen, andere Begriffszuordnungen, andere Unterscheidungen für ebenso zweckmäßig oder richtig halten. Ich denke, daß mag auf sich beruhen, weil ich im Grunde begrüße, daß über den Komplex der Aufgaben überhaupt öffentlich debattiert wird.

(C)

Allerdings scheint mir bei dieser Diskussion zweierlei notwendig: Erstens daß sie nicht im luftleeren Raum von Menschen geführt wird, die selber die Truppe nicht kennen und sich nicht die Mühe geben, sich in den Alltag der Truppe hineinzuversetzen. Die **öffentliche Diskussion** muß in Berührung mit der Praxis und **unter Auswertung der Erfahrungen der Praxis** geführt werden. Dieses Erfordernis ist nicht bei allen erfüllt, die an ihr teilnehmen, wie ich feststelle, wenn ich die Zeitung lese. Zweitens müssen bei all dieser Praxisbezogenheit, von der ich eben sprach, sich umgekehrt die Vorgesetzten in der Bundeswehr selbst immer wieder Mühe geben, hinter den praktischen Aufgaben, hinter der Praxis des Truppenalltags die Frage nach dem Sinn und nach den Werten, an denen wir uns orientieren, an denen sich auch die Praxis der inneren Führung orientiert, nicht untergehen zu lassen und die Antworten darauf für die Soldaten durchsichtig und hörbar zu machen.

Ich sagte, ich begrüße, daß darüber debattiert wird. Es ist inzwischen öffentlich wohl bemerkt worden, daß ich mich weigere — das ist eine Teilantwort indirekt auch auf die Frage von Herrn Jung —, Denkschemata oder Denkbahnen auf diesem Gebiet durch den Minister auf dem Erlaßwege vorzuschreiben. Das fände ich nicht gut. **In der Bundeswehr** gilt im Prinzip für Erziehungsfragen — zum Beispiel für Erziehungsfragen — dasselbe, was in der Gesamtgesellschaft gilt, nämlich **Meinungsfreiheit für jedermann,** für Generale wie für Leutnante, für Unteroffiziere wie für Wehrpflichtige. Das möchte ich festhalten. (D)

(Beifall auf allen Seiten.)

Ich bin dagegen, daß die Führung die Praxis allzu sehr gängelt.

Eine der Erfahrungen aus der kritischen Bestandsaufnahme, die man bisher als feststehend bezeichnen kann, ist die, daß Diskussion unter Soldaten und Gehorsam sich keineswegs ausschließen — wie manche Altkonservative vielleicht denken könnten —, sondern im Gegenteil sich sehr gut ergänzen. Etwas, was vorher durchdebattiert worden ist, ist, wenn es dann später zu einer bestimmten Meinungsbildung, zum Entschluß und zum Befehl führt, sehr viel leichter zu begreifen. Das ist heute eine notwendige Sache in vielen Fällen: die Motivation oder den **Zweck eines Befehls** auch begreiflich zu machen, unabhängig davon, daß ihm gehorcht werden soll und gehorcht wird. Der Gehorsam fällt nämlich etwas leichter, wenn man begreift, weshalb und warum. Zumal jüngeren Leuten fällt der Gehorsam leichter, wenn sie begreifen können, wozu und warum.

Bundesminister Schmidt

(A) Ich möchte hier ein wenig das Verteidigungsministerium und meine Amtsvorgänger in Schutz nehmen gegenüber ein paar unterschwelligen Bemerkungen, die ich heute morgen gehört habe: gegenüber dem Vorwurf, es habe an einem **Konzept der Inneren Führung** der Bundeswehr gefehlt. Das ist, glaube ich, mindestens eine falsche Formulierung, wenn nicht in der Sache eine falsche Vorstellung. Es fehlt nicht an einem Konzept. Es mag an einer verbindlichen Darstellung fehlen, leicht faßlich, für die Hand desjenigen, der nicht allzuviel lesen und begreifen möchte. Das mag so sein. Es gibt nämlich mehrere solcher leicht faßlichen Darstellungen.

(Abg. Rommerskirchen: Sagen Sie das mal Herrn Schultz!)

— Ich sage es für jedermann.

(Heiterkeit.)

Ich kann mich erinnern, Herr Kollege Rommerskirchen, daß ein Kollege Ihrer Fraktion nach dem neuen Kompendium, was also notwendig sei, auch schon gefragt hat.

(Abg. Rommerskirchen: Da sind wir alle einig!)

Ich bin gar nicht so sicher, daß das so dringend notwendig sei. Ich bin dagegen, den Soldaten das Denken abzunehmen. Das, was an den Prinzipien der Inneren Führung feststeht, das hat der Deutsche Bundestag ins Grundgesetz hineingeschrieben, zumal in die Grundrechtsartikel. Das, was feststeht

(B) und unveränderlich sein soll, hat der Deutsche Bundestag des weiteren ins Soldatengesetz und in eine Vielzahl von anderen Gesetzen hineingeschrieben. Es gibt manches andere, was inneres Gefüge ausmacht, Herr Rommerskirchen, z. B. Personalwirtschaft. Eine miese Personalwirtschaft von oben kann überhaupt nicht durch noch so viel Idealismus und Pflichterfüllung von unten wieder wettgemacht werden.

(Beifall auf allen Seiten.)

Was soll da die Truppe mit dem Handbuch?

(Abg. Dr. Hammans: Das gilt für andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung auch!)

— Diese Lebenserfahrung, die ich hier eben preisgebe, gilt für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung, durchaus. Für die Bundeswehr auch, aber nicht nur.

(Beifall auf allen Seiten.)

Ich sagte, Herr Rommerskirchen — wenn ich mich noch einmal ein bißchen mit Ihrem Zwischenruf beschäftigen darf —, der wesentliche Teil der Darstellung dessen, was die Grundprinzipien der Inneren Führung ausmacht, steht im Grundgesetz und in den Gesetzen, wo die Rechts- und Pflichtenposition des Soldaten festgelegt ist. Wir sollten uns hüten, den übrigen Teil, der moderne Menschenführung im Alltag der Verwaltung oder der Truppenpraxis angeht, der moderne Führung im Unterricht betrifft, der Personalführung, Personalwirtschaft angeht, der Ausbildungsmethoden, der Laufbahngestaltung angeht, etwa zu kanonisieren. Es gibt Leute, die in Gefahr

(C) sind, aus der Inneren Führung eine militärische Quasi-Theologie zu machen. Dem möchte ich nicht gern auf dem Erlaßwege noch meine Hilfe angedeihen lassen.

(Abg. Dr. Martin: Sehr gut!)

Die Innere Führung darf nicht, so möchte ich ein bißchen zuspitzen, zu einer von Staats wegen verbindlichen Ideologie denaturiert werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU/CSU.)

— Bitte schön, Herr Rommerskirchen!

Rommerskirchen (CDU/CSU): Herr Minister, da volle Übereinstimmung besteht: sind Sie nicht der Auffassung, daß z. B. Graf Baudissin etwas zu viel Kanonisierung und etwas zu viel Ideologisierung vornahm und daß es wirklich richtig wäre, das auf erkennbare, griffige Formeln — wenn Sie so wollen — zurückzuführen, die dann jedermann eingängig sind und in sein Handeln, in verantwortliche Menschenführung einmünden?

Schmidt, Bundesminister der Verteidigung: Herr Rommerskirchen, ich bin da ein bißchen befangen. Ich bin mit dem Grafen Baudissin seit 15, 16 Jahren gut bekannt und in den letzten zehn Jahren beinahe, muß ich sagen, befreundet. Ich bin ein bißchen befangen. Ich glaube, daß der Staat, daß die Gesellschaft, daß der Deutsche Bundestag bei allem, was sie im einzelnen an den Gedanken, die dieser Mann produziert hat, kritisch betrachten mögen, Grund haben, diesem Mann für seine Leistungen in den fünfziger Jahren innerlich dankbar zu sein, (D)

(lebhafter Beifall bei der SPD — Beifall bei der FDP)

ob sie es nun ausdrücken wollen oder nicht. Was er tat, hat damals einige Zivilcourage nicht nur gekostet, sondern auch anderen vorgemacht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das bestreiten wir nicht!)

Ich teile nicht alle seine Positionen, aber ich teile den grundsätzlichen Impetus, der von da her kam. Übrigens nicht nur von da her; das muß man der Gerechtigkeit wegen auch sagen. Es gibt auch andere, die auf diesem Felde große Verdienste haben, einige Offiziere, die heute noch im Dienst sind, und andere, die gleich Baudissin inzwischen ausgeschieden sind. Vielleicht darf ich, wenn hier von ausgeschiedenen Generalen die Rede ist, z. B. den Namen des Grafen Kielmannsegg in diesem Zusammenhang erwähnen. Also es gibt auch andere, die auf diesem Gebiet große Verdienste haben, und wenn ich als Beispiel diesen zweiten Namen nenne, dann sind damit auch gewisse Nuancen angedeutet.

Was aber die Auseinandersetzung über solche Meinungen angeht, so habe ich vorhin schon gesagt: Generale, Leutnants, Unteroffiziere und Wehrpflichtige haben das gleiche Recht auf Meinungsfreiheit in der Bundeswehr. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Die **Bundeswehr** ist eine **pluralistische Armee.** Es fällt einigen älteren Angehörigen des Offizierskorps schwer, diesen Tatbestand zu akzeptieren. Wir haben auch ein plura-

Bundesminister Schmidt

(A) listisches Offizierskorps. Es wird in dieser Gesellschaft kein homogenes Offizierskorps mehr geben. Ich bin darüber gar nicht traurig, ich finde das vielmehr ganz richtig; denn es zeigt den Integrationsgrad, der hier besteht, den Grad der gegenseitigen Durchdringung mit den Strukturen der Gesamtgesellschaft. Aber für manche ist das traurig. Ich verstehe deren Traurigkeit. Aber es wird so sein, und ich denke, es muß so sein, daß wir auch eine pluralistische Armee haben, was die Gesinnungen und die Vorstellungen, die Weltanschauungen, die Ideologien — wie immer Sie wollen — der Soldaten angeht. Ich würde mich auch aus diesem Grunde sehr hüten, von Staats wegen oder von mir als Verteidigungsminister aus eine verbindliche Ideologie der Inneren Führung oktroyieren zu wollen.

Ich will mich kurz fassen und überschlage manches, was mir aus den Anregungen der vier Redner vor mir eigentlich aufnehmenswert erschienen war, möchte aber doch in dem Zusammenhang dem, was ich auf Herrn Rommerskirchens Zwischenruf extemporierend gesagt habe, eines noch hinzufügen dürfen. Es gibt draußen im Lande eine ganze Menge Kritiker — es gibt auch in der Armee einige —, die dem gegenwärtig amtierenden Verteidigungsminister vorwerfen, daß er nicht schon längst die **Diskussion über die** sogenannte **Studie des Führungsstabes** des Heeres oder die Diskussion über die sogenannten **Leutnantsthesen** aus Hamburg „geregelt" oder „eindeutig kanalisiert" oder „beendet" habe. Ich will demgegenüber sagen: Ich habe mit Bewußtsein genau das Gegenteil getan. Ich habe diese Diskussion überall gefördert und sie auf vielen Tagungen mit Soldaten innerhalb der Bundeswehr selbst geführt, weil eine Unterdrückung der Diskussion über Fragen, die aufgetreten sind, genau das Gegenteil von richtig verstandenen Grundsätzen der Inneren Führung gewesen wäre. (B)

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Das sage ich auch an die Adresse einiger Anhänger meiner eigenen Partei. Man kann Menschen nicht überzeugen, indem man ihnen von oben einen Befehl mit neuen pädagogischen Grundsätzen auf den Schreibtisch packt. Man kann sie nur überzeugen, wenn man mit ihnen in einer Diskussion geistig ringt, die möglicherweise lange dauern muß. Anders ist das nicht denkbar.

(Beifall.)

Aber es liegt mir doch am Herzen, noch eines zu sagen, wenn das Hohe Haus bereit ist, noch ein paar Minuten an mich zu verwenden. Es liegt mir am Herzen zu sagen, daß die Diskussion dann irreführend, ja, sogar gefährlich werden kann, wenn das Gespräch über Fragen der Inneren Führung die gesetzlichen oder gar die grundgesetzlichen Grundlagen verläßt, ohne daß dies klar ausgesprochen oder begründet wird. Es gibt hier und da den Versuch, Diskussionen über Fragen der Inneren Führung in ganz etwas anderes umzufunktionieren.

Diejenigen, die sich aus innerer Neigung oder aus Gewissensüberzeugung besonders diesen Fragen der Inneren Führung zugewandt fühlen, müssen auch wissen, daß neben der grundgesetzlichen und gesetzlichen Fixierung der Grundlagen der Inneren Führung ebenso das, was dem noch vorangeht, grundgesetzlich und gesetzlich fixiert ist, nämlich die **Existenz der Streitkräfte** und ihre **Verteidigungsaufgabe.** Innere Führung würde dann nicht nur in Mißkredit, sondern in große Schwierigkeiten geraten, wenn sie als Mittel verstanden werden sollte oder mißbraucht werden sollte, die Streitkräfte zu etwas anderem als dem, was das Grundgesetz mit ihnen gewollt hat, umzufunktionieren. Der Beitrag der Streitkräfte zur Friedenssicherung liegt in erster Linie, wie wir alle wissen, in unserem Beitrag zur Abschreckung im Rahmen des Bündnisses. Diese Aufgabe haben die anderen Armeen gemeinsam mit uns. Dieser Beitrag und der militärische Schutz durch das Bündnis sind notwendige Voraussetzungen für unsere Politik, insbesondere auch für unsere Entspannungs- und Abrüstungspolitik — niemand wünscht sie mehr als ein Soldat. (C)

Diese kurze Einfügung, die Ihnen als Abschweifung erscheinen mag, erscheint mir notwendig, weil gelegentlich in Diskussionen über Fragen der Inneren Führung, und zwar häufig von Außenstehenden, von Leuten außerhalb der Bundeswehr, der Auftrag gestellt wird, im Rahmen der Diskussion über Innere Führung sei dem Soldaten gefälligst klarzumachen, daß der Waffengebrauch, den er zu erlernen habe, dem Schutz von Staat und Gesellschaft heute in Wirklichkeit nicht mehr dienen könne. Dies geht mir nun eindeutig zu weit. Das will ich hier deutlich sagen. (D)

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Wer den Beitrag der Streitkräfte zur gemeinsamen Sicherung in den Gesamtzusammenhang der Politik dieses Staates nicht einordnen kann und ihn nicht von dem Gesamtzusammenhang der Politik her interpretiert, überfordert nicht nur die Innere Führung und den Soldaten. Er muß es sich gefallen lassen, von mir ein Militarist genannt zu werden, Militarist in dem Sinne, daß er politische Probleme militärisch isoliert zu betrachten und zu beurteilen sucht.

Ich würde gerne noch etwas zu Ihren Bemerkungen über das Berufsbild, Herr Hoogen, sagen. Sie haben von einer — wenn ich es mir richtig notiert habe — **gesetzlichen Berufsordnung** für **„das Berufsbild"** des Soldaten gesprochen. Erlauben Sie mir, daß ich vor dem Hause meine deutlichen Zweifel zum Ausdruck bringe bei aller Hochachtung vor vielen Passagen des Berichts im übrigen und insbesondere gegenüber Ihrem vorjährigen Bericht, der mich damals als Abgeordneten in mancher Weise noch mehr interessiert hat als der gegenwärtige, weil er eine Fülle von Erfahrungsstoff in Einzelfällen ausbreitete. Aber was die gesetzliche Regelung „des Berufsbildes" angeht, so ist zunächst einmal der Ausdruck „Berufsbild" in der Gesetzessprache ein bereits benutzter Terminus technicus. Das wissen die Arbeitsrechtler. Es gibt bestimmte Vorstellungen, die man damit verbindet. Ich glaube nicht, daß

Bundesminister Schmidt

(A) es in dem Sinne ein Berufsbild des Soldaten im Singular gibt.

(Abg. Dr. Schmidt [Wuppertal]: Auch nicht für den Berufssoldaten?)

— Nein, auch nicht für den Berufssoldaten, Her Kollege Schmidt. Das glaube ich nicht.

Wenn Sie zu irgendeinem Luftwaffengeschwader gehen und sich mit den Flugzeugführern unterhalten, an die wir alle gerade gestern und heute in einem besonderen Zusammenhang wieder gedacht haben, gibt es gar keinen Zweifel — für Sie nicht und für niemanden —, daß es ein ausgeprägt soldatischer Beruf ist, den sie ausüben, im Jabo-Geschwader beispielslweise. Wenn Sie in demselben Geschwader in den nächsten Kasernenblock gehen, finden Sie dort 200 Leute, die ihr ganzes militärisches Leben nichts anderes tun, als sechs-, siebenmal innerhalb von drei Wochen auf Wache zu ziehen und diesen riesigen Flugplatz zu bewachen. Ihr ganzer militärischer Lebensinhalt besteht nur darin.

(Zurufe von der CDU/CSU: Das sind Wehrpflichtige!)

— Und die Wehrpflichtigen haben Unteroffiziere und Feldwebel zu Vorgesetzten. Es ist doch ein Wachhabender auf der Wache. Dann kann man sich schon fragen: wie groß ist eigentlich der Unterschied zur Wach- und Schließgesellschaft?

(Zurufe von der CDU/CSU. — Abg. Dr. Barzel: Das war nicht so gut, Herr Schmidt!)

(B) — Bitte sehen Sie sich mal an, Herr Barzel, was das für eine entsetzliche und mit soldatischem Beruf wenig zu tun habende Sache ist, jahraus jahrein auf Wache gehen zu müssen, in einem bestimmten Häuschen stehen zu müssen, aufzupassen, daß irgend etwas nicht gestohlen wird, was eh nur einmal im Jahrhundert vorkommt.

(Abg. Dr. Barzel: Aber mit so einem Wort ist dieser Dienst nicht hinlänglich beschrieben!)

— Ich lege mich ja gern mit Ihnen an, Herr Barzel. Es wird ja auch Zeit, daß das einmal passiert.

(Abg. Dr. Barzel: Es wird höchste Zeit!)

— Legen Sie es nicht so auf die Waagschale.

Ich möchte Ihnen das dritte Beispiel geben: der Mann in demselben Jagdbombergeschwader, der die Starfighter oder vielmehr nur ein bestimmtes kleines Teil aus dem Starfighter, das er beherrscht, wartet und dessen ganzer Beruf darin besteht, das immer so akkurat und zuverlässig wie möglich zu warten. Er ist nicht Dienstvorgesetzter von 30 oder 40 Soldaten, aber er ist Feldwebel und hat diese Geräte zu warten. Das kann er auch, er ist Meister. Wie unterscheidet der sich eigentlich von dem anderen Meister, der in Hamburg-Fuhlsbüttel auf der Instandsetzungswerft der Deutschen Lufthansa Flugzeuge ähnlicher Kompliziertheit mit ähnlicher Akkuratesse und ähnlicher Verantwortung zu warten hat?

(Abg. van Delden: Er unterscheidet sich im Geld!)

(C) — Sie nehmen mir das Wort von den Lippen. Er unterscheidet sich nur darin, daß er schlechter bezahlt wird und daß er zusätzlich gegenüber dem Techniker in der zivilen Luftwerft gewisse Einschränkungen seiner bürgerlichen Freiheiten als Soldat hinnehmen muß, wie sie im Soldatengesetz für ihn vorgeschrieben sind.

Damit bin ich jetzt bei der positiven Antwort auf die Frage nach dem Berufsbild. Gemeinsam ist den Soldaten die **Rechte- und Pflichtenposition,** wie sie sich aus dem Grundgesetz und aus dem Soldatengesetz ergibt. Das ist gemeinsam, aber das schafft noch nicht ein gemeinsames Berufsbild. Im Gegenteil, ich würde wünschen, daß wir alle mehr und mehr dazu kämen — hier ist mit großer Zustimmung Steinhoff zitiert worden, der sich vom Spezialistentum sehr viel verspricht —, zu begreifen, daß es heutzutage sehr viele, sehr verschiedene, sehr verschiedenartige soldatische Berufe gibt und daß z. B. die Idee von dem Einheitsoffizier wirklich tot und zu Ende sein muß.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe vorhin eine Bemerkung gemacht, mit der ich, indem ich sie wiederaufnehme, auch schließe. Ich habe vorhin, glaube ich, folgendes gesagt: Wenn das Parlament über die Innehaltung der Grundsätze der Inneren Führung in der Truppenpraxis wachen will — es hat dafür sogar eine Institution geschaffen, die in hervorragender Weise von Herrn Hoogen ausgefüllt worden ist —,

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) sollte es sich bitte darüber im klaren sein, daß zur Inneren Führung auch gehört, daß es denjenigen, denen man Pflichten auferlegt, denen man Vorschriften macht, wie sie mit Menschen umgehen sollen, dann auch als Dienstherr dabei helfen muß — ich sage noch einmal: das Parlament ist letztlich der Dienstherr —, ihre Pflichten zu erfüllen. Wenn es heute, wie Herr Hoogen vorhin gesagt hat, in der Bundeswehr über 30 % unbesetzte Unteroffiziersstellen gibt — stellen Sie sich einmal vor, in den deutschen Volksschulen wären 30 % der Lehrerstellen nicht besetzt — —

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch der Fall!)

— Nein, nein, das ist nicht der Fall. Bei uns in Hamburg ist es nur 1 %. Ich weiß nicht, aus welchem Landesteil Sie kommen; ich weiß nicht, für welche Provinz Sie sprechen, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Zurufe von der CDU/CSU: Hessen! — Berlin!)

Ich sage: unbesetzt, und zwar nicht etwa deshalb, weil die Leute gerade Urlaub haben oder krank sind, sondern überhaupt nicht vorhanden. Angesichts dieser Tatsache muß sich das Parlament fragen, ob es selber alles Notwendige getan hat, um dieser Not Herr zu werden. Hier führt man vielerlei rechtliche, disziplinarische und philosophische — unter welchem Gesichtspunkt Sie es auch immer sehen wollen — Gründe an. Manche begründete Rüge richtet sich in Wirklichkeit gegen jemanden, der in der Truppe durch die Aufgaben, die ihm

Bundesminister Schmidt

(A) gestellt werden, sehr stark überfordert ist, eben weil die nötigen jungen Offiziere und Unteroffiziere nicht vorhanden sind und er alles zusammen allein machen muß.

Ich habe auf einer Tagung von Leutnanten und Oberleutnanten, die wir im Zusammenhang mit der Bestandsaufnahme durchgeführt haben, ein schlimmes Wort gehört. Die jungen Leute machten übrigens einen vorzüglichen Eindruck und waren in zweierlei Weise besonders beeindruckend: einmal in der Darstellung ihres Hungers nach mehr Bildung und mehr Ausbildung, die sie sich als junge Offiziere wünschten, zum anderen hinsichtlich der Akkuratesse, mit der sie diskutieren konnten, der Prägnanz, mit der sie sprachen. Dort wurde aber, wie gesagt, ein schlimmes Wort produziert. Jemand sagte nämlich unter Zustimmung seiner Kameraden, sie seien inzwischen in die Lage der Notwendigkeit zum „selektiven Gehorsam" gekommen. Das war nicht so gemeint, daß der Mann ungehorsam sein oder dartun wollte, sie alle seien ungehorsam, sondern es war so gemeint: Wir sollen so viel gleichzeitig tun, daß wir uns halt das, was wir wirklich tun können, aussuchen müssen. Das andere sollen wir zwar auch tun, aber das können wir gar nicht gleichzeitig. Wir sollen so viel gleichzeitig tun, daß wir selektieren müssen.

Das ist eine schlimme Situation, und das führt dann bei Älteren, die nicht mehr ganz so viele seelische Widerstandskräfte haben, irgendwann auch in die Resignation, wie hier und da deutlich zu beobachten ist. Ich meine also, wenn von Fürsorge (B) die Rede ist — ich bin Herrn Hoogen sehr dankbar für die Hinweise in seinem Bericht auf das Gebiet der Truppenfürsorge im allgemeinsten Sinne —, daß es Sache des Parlaments sein wird, in Zukunft auf diesem Feld selber auch etwas zu tun.

Was mich angeht, will ich dazu nur sagen: Hier ist mehrfach das beabsichtigte **Weißbuch** angesprochen worden. Sie werden es so rechtzeitig bekommen, daß hier vor den Sommerferien darüber debattiert werden kann.

(Abg. Dr. Klepsch: Ende Mai!)

Man wird dann der Plenardebatte des Hauses über dieses Papier entnehmen können, was das Haus denkt, und es werden die Sommerferien daraufhin genutzt werden, um, soweit notwendig, darauf basierende Gesetzesvorlagen zu erarbeiten.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren, daß die große Mehrzahl der Soldaten, angefangen von den Wehrpflichtigen über die Unteroffiziere bis ins Offizierskorps und zu den Generalen, innerlich nur zu sehr darauf wartet, am allgemeinen Fortschritt der Gesellschaft teilzunehmen. Manches können die Soldaten aus Eigenem tun, manches müssen wir als Legislative oder als Bundesregierung dazu tun. Auch das sollte man aus dem Bericht des Herrn Wehrbeauftragten erkennen.

(Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der (C) Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung.

(Abg. Dr. Barzel: Was ist das denn? Was sind das denn für Regelungen? Wir haben noch einen Redner gemeldet!)

Berkhan, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht über Gebühr in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Aber der Kollege Damm hat hier meinen Namen genannt, und das gibt den Anlaß, Ihnen mitzuteilen, daß es nach den Feststellungen, die ich in der kurzen Zeit bisher treffen konnte, keinen einzigen Soldaten gibt, der als Wehrpflichtiger ein Jahr seiner Ausbildung als Student verloren hat, weil er unzeitgemäß entlassen worden ist.

(Zuruf von der CDU/CSU.)

Darüber hinaus will ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß am 23. dieses Monats die Abschlußphase der Verhandlungen zwischen der Kultusministerkonferenz, der Rektorenkonferenz und dem Bundesministerium der Verteidigung beginnt zu dem Zwecke, eine Abstimmung zu erreichen, die es ermöglicht, **Wehrpflicht und Studienbeginn** miteinander abzugleichen. Ich bin der Überzeugung, daß uns eine Sonderregelung diesen Termin nicht so frühzeitig beschert hätte. Die Ablehnung einer neuen Sonderregelung konnte ich aber hier vor dem Hause vertreten, weil § 8 Abs. 3 der Soldatenurlaubsverordnung es zuläßt, daß Bataillonskommandeure in (D) Härtefällen bis zu vierzehn Tagen Urlaub gewähren und, sofern die vierzehn Tage nicht ausreichen, der Divisionskommandeur vier Wochen genehmigen kann.

(Zuruf: Das wissen wir auch!)

Bataillonskommandeur und Divisionskommandeur sind näher bei den Truppen als beispielsweise der Bundesminister der Verteidigung.

Ich will abschließend feststellen, daß ich Verständnis dafür habe, daß diese Frage hier immer wieder eine Rolle spielt. Ich aber bitte darum, dafür Verständns zu haben, daß eine generelle Regelung durch den Bundesminister der Verteidigung notwendiger und vernünftiger ist, als wenn alle Jahre wieder Ausnahmeregelungen getroffen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Zimmermann.

Dr. Zimmermann (CDU/CSU): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe es von Anfang an bedauert, daß der Ältestenrat für die Aussprache über den Bericht des Wehrbeauftragten nur einen Sprecher je Fraktion vorgesehen hat, weil ich meine, daß gerade dieser Bericht des Wehrbeauftragten Anlaß zu einer größeren und ausführlicheren Debatte über die Bundeswehr, nicht etwa

Dr. Zimmermann

(A) über die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland, hätte sein sollen.

Nun hat der Herr Bundesminister der Verteidigung, was ja bei diesem Anlaß sehr nahe lag, das Wort ergriffen und hat einiges gesagt, was in seinem Gehalt weit über den Bericht und über das, was die Sprecher der drei Fraktionen zu diesem Bericht anzumerken hatten, hinausgeht. Ich will im Interesse des Hauses, das ungewöhnlich gut besetzt ist und das, wie ich bei den Ausführungen des Herrn Ministers sehen konnte, eine solche Debatte wohl sehr gerne gesehen hätte, darauf nicht näher eingehen. Ich will den Zeitplan des Hauses nicht stören, die wichtigen Probleme der Landwirtschaft und andere, vor allem die Wahl des Nachfolgers des gegenwärtigen Wehrbeauftragten. Aber einige Bemerkungen zu diesem Eröffnen einer Debatte durch den Herrn Minister muß ich doch machen, vor allem zu seiner Interpretation des Begriffs **„Dienstherr"**.

Herr Kollege Schmidt, ganz so einfach dürfen Sie es sich nicht machen. Sie können nicht einfach sagen, Sie liebten dieses Wort nicht. Der Meinung kann man sein. Aber es gibt dieses Wort; es ist da. Es ist in der Verfassungswirklichkeit und im Sprachgebrauch

(Abg. Dr. Klepsch: Art. 56!)

täglich in unseren Gesetzen und in unserem Grundgesetz anzuwenden. Sie können also nicht einfach sagen, Sie liebten es nicht, und eigentlich seien Sie auch nicht der Dienstherr der Bundeswehr, sondern das sei das Parlament, das seien wir alle. Das ist (B) eine sehr nette Sache, daß Sie mit uns etwas so Wichtiges wie die Dienstherrneigenschaft teilen wollen. Herr Minister, wollen Sie mit uns auch den Oberbefehl teilen?

(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Sehen Sie, das ist nicht ganz voneinander zu trennen. Sie — und nicht das Parlament — sind nun einmal Oberbefehlshaber der Streitkräfte im Frieden und damit auch Dienstherr. Warum? — Der Begriff „Dienstherr" ist, wie wir heute wissen, ganz anders auszulegen als das, was man früher unter „Dienst" und „Herr" im strengsten und altpreußischen Sinne verstanden wissen wollte. Aus der Dienstherrneigenschaft fließt gerade die Fürsorgeverpflichtung, die nur der Dienstherr hat und die ihm niemand abnehmen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Das eine bedingt das andere. Es ist ganz klar, daß aus der Ministerverantwortlichkeit, die Sie, Herr Kollege Schmidt, als Oberbefehlshaber und als Dienstherr haben, als der, der allein die Fürsorgepflicht gegenüber seinen ihm Anvertrauten hat — auf Grund der von diesem Hause erlassenen und noch bestehenden Gesetze —, daß also aus dieser Ministerverantwortlichkeit, die Oberbefehl und Dienstherrneigenschaft bedingen, Ihre ganz persönliche Verantwortung wächst, eine Verantwortung, die Ihre Vorgänger in schwierigen Zeiten tragen mußten, getragen haben und aus der sie Konsequenzen zu ziehen hatten.

Ich erlaubte mir diese Anfügungen, weil ich meine, daß auch dann, wenn 61 % der Beschwerden **soziale Fragen** betreffen, die mit der Fürsorgepflicht zusammenhängen, juristische Begriffe so gesehen werden müssen, wie sie sind, und man nicht mit einer großen Geste die Dienstherrneigenschaft auf das ganze Haus verlagern sollte. Sie wissen ganz genau, daß dieses Haus — nicht nur meine Fraktion, dieses Haus — bereit ist, Sie auf dem Wege der Gesetzgebung bei der Lösung sozialer Probleme in der Bundeswehr in jeder Beziehung zu unterstützen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der Regierungsparteien.)

Sie wissen ebenso gut, daß vieles dabei von solcher Komplexität ist, daß es sich Initiativen und Anträgen aus diesem Hause entzieht, weil die Vorarbeiten ohne engste Befassung mit Ihrem Haus gar nicht zu machen sind.

Es gibt aber eine ganze Reihe von Fragen, die Sie auch ohne dieses Haus lösen können. Lassen Sie mich eines von vielem herausgreifen, was nebensächlich erscheinen mag, aber gar nicht so nebensächlich ist: Längst gehört z. B. der **Erlaß** aufgehoben, der vor 10 Jahren sicher berechtigt war, daß kein Zivilangestellter und kein Soldat der Bundeswehr nach **Jugoslawien** in **Urlaub** fahren darf. Der ist obsolet, der ist überflüssig, der ist veraltet. Er entbehrt heute jeder Grundlage. Er kann jederzeit aufgehoben werden. Das nur als Beispiel dafür, daß es viele Dinge auch in diesem Hause gibt, wo Sie Parlament und Gesetzgeber nicht brauchen, wo Sie schon vor dem Abschluß Ihrer Bestandsaufnahme durchaus handeln können; ein großes Feld, ein weites Spektrum, und nach wie vor, Herr Minister (D) Schmidt, immer gute Zusammenarbeit, nur mit einer Trennung der Gewalten, die einfach nicht wegzuwischen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Herr Bundesminister der Verteidigung.

Schmidt, Bundesminister der Verteidigung: Das muß ja nun kommen, Herr Zimmermann; die fünf Minuten müssen Sie auch noch drangeben.

Das Beispiel, das Sie gebraucht haben, akzeptiere ich. Ich will mich nächste Woche darum kümmern. Es gibt tausend derartige Beispiele; ich könnte auch sagen: zweitausend. Ich bin sicher, daß ich Ihnen nach 14 Tagen den Beweis für zweitausend Beispiele führen könnte. Nur würde ich Ihnen nicht empfehlen, sie hier alle vorzubringen; denn sie treffen weniger mich als andere.

(Abg. van Delden: Es brauchen nicht alle zweitausend aufgehoben zu werden! — Zuruf des Abgeordneten Stücklen.)

— In Zukunft; ich bin noch nicht so lange da. Vorher waren andere da.

Daß etwa für die ganze Bundeswehr zentral die Papierkörbe nach öffentlicher Ausschreibung in Koblenz beschafft werden müssen, auch die Papierkörbe für Flensburg und Mittenwald, wäre auch ein Beispiel dieser Art,

(Heiterkeit)

Bundesminister Schmidt

(A) und zwar mit technischen Lieferbedingungen; da wird genau beschrieben, wie die Papierkörbe aussehen müssen. Lassen wir das.

Ich möchte auf den ernsten Punkt eingehen, der hier, wenn auch kollegialen Tones, vorgebracht wurde, den **„Dienstherrn"**. Ich habe das Wort gebraucht und habe nachher hinzugefügt, ich liebte das Wort nicht sonderlich, und dabei bleibe ich. Ich halte es von dem Begriff her für ein Relikt.

Ich will keineswegs, Herr Zimmerman, die Verantwortung verwischen zwischen der Bundesregierung und dem Parlament oder zwischen einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung und dem Parlament. Der Verteidigungsminister, dem im Grundgesetz eine bestimmte Aufgabe zugemessen ist, ist in besonderer Weise ein einzelnes Mitglied der Bundesregierung. Keineswegs will ich das verwischen. Übrigens, diese besondere Aufgabe hat der Verteidigungsminister, wie Sie mit Recht zitiert haben, im Frieden. Der Vollständigkeit halber hätten Sie dann die besondere Aufgabe des Bundeskanzlers, die wir beide auch bejahen, mit zitieren sollen. Es ist manchmal bei Bundeskanzlern so gewesen, daß sie die nie im Blick gehabt hatten und dann in gewissen Situationen plötzlich erschreckt waren über das, was sie eigentlich alles hätten wissen müssen.

Nun die **Fürsorge!** Ich akzeptiere gern, höre gern und quittiere gern, daß die CDU/CSU — ich weiß nicht genau, ob Sie für die Fraktion oder nur für Ihre eigene Überzeugung gesprochen haben —, daß (B) Sie sagen, wir wollen helfen, aus Fürsorgegründen Gesetze zu ändern. Genau das habe ich aber auch gemeint. Darauf sind die Soldaten angewiesen. Es ist nicht so, daß die Fürsorge — und das ist der Punkt, den ich zurückweisen muß — ausschließlich Sache des Verteidigungsministers wäre. Der kann nur im Rahmen der ihn bindenden Gesetze tätig werden, und an vielen Stellen müssen die Gesetze noch weiterhin geändert werden, wenn wir uns darin einig sind.

Ich habe vor ein paar Tagen eine Plenardebatte nachgelesen, als, glaube ich, Herr von Hassel Verteidigungsminister war — es kann auch schon Herr Schröder gewesen sein. Da habe ich, als Abgeordneter sprechend, dies Amt des Verteidigungsministers qualifiziert, was es für den Inhaber des Amtes an Belastung bedeutet. Machen Sie bitte die Last nicht noch größer, indem Sie mich zum Alleinverantwortlichen für die Fürsorge in der Bundeswehr stempeln. Das bin ich nun wirklich nicht, kann ich auch nicht sein, denn der Verteidigungsminister ist eben an geltende Gesetze gebunden, z. B. was Besoldung angeht, z. B. was Zulagen angeht für bestimmte Funktionen, z. B. was Mietzuschüsse für Soldaten angeht, die alle zwei Jahre versetzt werden und an jedem Standort, an den sie neu hinkommen, zunächst einmal eine höhere Miete zahlen müssen als die, die sie am vorigen Standort bezahlt haben. Das sind alles Dinge, die der Verteidigungsminister allein nicht ändern kann, zu denen er aber Ihnen gesetzgeberische Vorschläge machen wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Damm. (C)

Damm (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist nur eine sporadische Debatte, und ich antworte lediglich auf die Zwischenbemerkung, die der Kollege Berkhan von diesem Platz aus gemacht hat.

Meine Damen und Herren, es gibt Beweise — einen Fall, Herr Berkhan, haben wir schriftlich miteinander verhandelt —, daß jemand, der **Soldat** ist und einen Antrag gestellt hatte, 14 Tage vorher entlassen zu werden, um sein **Studium** an der Ingenieurschule aufzunehmen, von seinem Divisionskommandeur einen negativen Bescheid erhalten hat — das war vor etwa acht Wochen —, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß vom Verteidigungsministerium eine entsprechende Anweisung ergangen sei, anders als noch vor einem halben Jahr zu handeln, weil inzwischen ein Gerichtsurteil vorliege, daß man in Kauf nehmen müsse, daß es eine zumutbare Härte sei, wenn man dadurch mindestens ein Semester verliere. Dieser junge Mann, von dem ich hier rede — den Fall kennen Sie genauso wie ich —, hatte in seinem Gesuch zum Ausdruck gebracht, daß er in Hamburg überhaupt erst wieder in einem Jahr sein Studium beginnen könne, daß er also nicht nur ein halbes Jahr, sondern ein ganzes Jahr verlieren würde und daß noch hinzukäme, daß es zweifelhaft sei, ob er in einem Jahr überhaupt den Numerus clausus wieder würde durchbrechen können. (D)

Das war gemeint, Herr Berkhan, als ich hier den Verteidigungsminister auf die seltsame Unflexibilität seines Ministeriums in solchen Fällen vor acht Wochen hinwies. Inzwischen ist durch die Interpellationen zahlreicher Kollegen dieses Hauses und in den mündlichen Antworten in den Fragestunden Ihre Haltung flexibler geworden. Meine Frage an den Minister war ja auch, warum es erst zu dieser unflexiblen Haltung und der Verwirrung bei den Antragstellern hatte kommen müssen.

Meine Damen und Herren, eine zweite kleine Bemerkung. Der Verteidigungsminister hat sich hier als Propagandist für die Hansestadt Hamburg betätigt und darauf hingewiesen, wir hätten nur einen Lehrermangel von 1 %. Einen Lehrermangel von 1 % haben wir, was die Zahl der unbesetzten Stellen betrifft. Der Schulsenator in Hamburg hat eigens zum Ausdruck gebracht, man könnte und müßte viel mehr Lehrer haben, man habe aber gar nicht mehr Stellen in den Haushalt eingebracht, weil man glaube, man könne sie doch nicht besetzen. Der Lehrermangel ist also wesentlich größer. Es gibt einen objektiven Beweis dafür, Herr Kollege Schmidt. Vor zwei Wochen haben in Hamburg 4000 Lehrer demonstriert, sind auf die Mönckebergstraße gegangen, weil sie der Meinung sind, daß die Schulverhältnisse in Hamburg noch nie so schlecht waren, wie sie zur Zeit sind. Ich darf hinzufügen, Herr Kollege Schmidt: seit zwölf Jahren regieren in Hamburg die Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(A) **Damm**

Ein allerletztes Beispiel, auch zum Thema „Dienstherr". Wir wollen sicherlich die Verantwortung des Parlaments für die Bundeswehr nicht verkleinern. Aber es gibt eben nur die Möglichkeit, daß wir Gesetze beschließen oder generelle Beschlüsse fassen oder das Geld zur Verfügung stellen. Wenn dann der Minister nicht das tut, was seine Sache ist, können wir uns auf den Kopf stellen:

(Abg. Wehner: Ob Ihr Kopf das aushält?)

wir werden immer wieder dieselben Kalamitäten erleben. Ein Beispiel ist die **Fachoffizierlaufbahn,** eine Sache, die wir hier gemeinsam für vernünftig gehalten und beschlossen haben. Ihre Verwirklichung ist leider noch nicht so, daß die Verwirrung bei den in Frage kommenden Feldwebeln endlich beseitigt wäre. Anstatt dem Wunsch des gesamten Parlaments und des Verteidigungsausschusses zu folgen, alle in Frage kommenden Unteroffiziere persönlich zu unterrichten, ist jetzt vor wenigen Tagen wieder über den Dienstweg ein Ukas ergangen, der darlegt, wie man Fachoffizier werden kann; aber die versprochene Information an alle Ober- und Hauptfeldwebel ist nicht ergangen. Was sollen wir anderes tun, als den Verteidigungsminister bitten? Die Verwaltungskompetenz, Herr Minister Schmidt, haben wir nicht, sondern Sie. Ich meine, wir sollten Ihnen in einem zustimmen: die Erwartungen an Sie, Sie wären der „Traum-Minister", sind sicher überspannt. Sie können nicht alles anders machen, als es vorher gewesen ist. Manches können Sie vielleicht besser;

(B) (Beifall bei der SPD)

aber Sie können nicht alle Erwartungen erfüllen. Ohne den Verteidigungsminister und seine volle Verantwortlichkeit als Chef des Ministeriums und der Bundeswehr ist nun allerdings auch der Bundestag nicht in der Lage, Mißstände bei der Bundeswehr zu beseitigen. Sie werden also wahrscheinlich nicht umhinkönnen, das zu tun, was auch Kollegen vor Ihnen haben tun müssen, nämlich dafür zu sorgen, daß in Ihrem eigenen Laden Ordnung herrscht.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Wehner: Lassen Sie sich in die Bürgerschaft wählen!)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Wird weiter das Wort gewünscht?

(Abg. Wehner: Kein Hamburger mehr da! — Abg. Rasner: Harburger!)

— Ich bin den Hamburger Kollegen dankbar, daß sie nicht alle das Wort ergreifen.

Ich schließe die Aussprache und schlage Ihnen vor, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten an den Verteidigungsausschuß zu überweisen. — Widerspruch erfolgt nicht; es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 3 der heutigen Tagesordnung auf:

Wahl des Wehrbeauftragten des Bundestages

Nach § 13 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten vom 26. Juni 1957 in Verbindung mit § 116 a der Geschäftsordnung wählt der Bundestag den Wehrbeauftragten in geheimer Wahl mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Stimmberechtigt sind bei dieser (C) Wahl alle Mitglieder des Hauses, auch die Berliner. Eine Aussprache findet nicht statt. Es können deshalb jetzt nur Wahlvorschläge gemacht werden.

Die Fraktion der Freien Demokratischen Partei hat mir mit Schreiben vom 9. März 1970 den Abgeordneten Fritz-Rudolf Schultz benannt. Werden außer ihm noch weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß dem Hause nur der Wahlvorschlag der FDP-Fraktion vorliegt, in dem der Bundestagsabgeordnete Fritz-Rudolf Schultz vorgeschlagen wird. Ich habe festgestellt, daß der Vorgeschlagene die Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten erfüllt, d. h. insbesondere, daß er mindestens ein Jahr Wehrdienst geleistet hat.

Ich darf nunmehr zum Wahlverfahren kommen. Um den zeitraubenden Namensaufruf zu vermeiden, haben Sie in der Wandelhalle Wahlausweise erhalten oder können sie dort sofort abholen. Diese Ausweise bitte ich den Schriftführern vor dem Betreten der Wahlzelle abzugeben. Die Schriftführer werden bei der Abgabe des Wahlausweises eine Stimmkarte nebst Umschlag aushändigen. Die Stimmkarten müssen in der Wahlzelle ausgefült und in den Wahlumschlag gelegt werden. Die Kennzeichnung der Stimmkarte oder das Einlegen in den Wahlumschlag außerhalb der Wahlzelle führt zur Zurückweisung des Abstimmenden. Er verliert allerdings nicht das Recht, seine Stimmabgabe vorschriftsmäßig zu wiederholen.

Ich schlage vor, wie folgt abzustimmen: Wer für den Vorschlag Fritz-Rudolf Schultz ist, schreibt ja. (D) Sollten Sie allerdings den Namen schreiben, so ist auch das eine gültige positive Abstimmung; einfacher aber ist es sicherlich, ja zu schreiben. Wer gegen den Vorschlag ist, schreibe nein. Wer sich der Stimme enthalten will, gebe eine weiße Stimmkarte ab. Gewählt werden kann ausschließlich der vorgeschlagene Kandidat. Stimmkarten, die andere Namen tragen oder mit Zusätzen versehen sind, sind ungültig. Auch die Verwendung anderer als der amtlichen Stimmzettel macht die Stimme ungültig.

Ich bitte nun die Schriftführer, die ihren Dienst an den Wahlurnen und an den Wahlzellen übernommen haben, ihre Plätze einzunehmen. Sie, meine Damen und Herren, bitte ich, sich zu einer der beiden Wahlurnen zu begeben und dort die Stimmkarten einzuwerfen.

Ich eröffne die Wahl. —

Meine Damen und Herren, ich darf die Pause, die durch die Stimmabgabe entsteht, dazu benutzen, hier sieben **Senatoren aus Vietnam** willkommen zu heißen.

(Beifall.)

Sind noch Damen und Herren im Saal, die ihrer Abstimmungspflicht nicht genügt haben? —

Ich schließe die Abstimmung. Die Auszählung beginnt. —

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat fahren wir während der Auszählung mit der Beratung fort. Ich rufe daher die Punkte 8 bis 16 der Tagesordnung auf:

Vizepräsident Dr. Jaeger

(A)

8. Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Straffreiheit **(Straffreiheitsgesetz 1970)**

   — Drucksache VI/486 —

9. a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über **technische Assistenten in der Medizin** (MTA-G)

   — Drucksache VI/385 —

   b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Jungmann, Frau Kalinke und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes **über technische Assistenten und Gehilfen in der Medizin** (MTAG-G)

   — Drucksache VI/445 —

10. Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Schmid-Burgk, Dr. Pohle, Porzner, Dr. Koch, Frau Funcke, Freiherr von Kühlmann-Stumm und den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Mineralölsteuergesetzes 1964**

    — Drucksache VI/389 —

11. Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Kaffeesteuergesetzes und des Teesteuergesetzes**

    — Drucksache VI/396 —

(B)

12. Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. September 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik zur **Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern bei den Unternehmungen der Luftfahrt**

    — Drucksache VI/397 —

13. Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Dittrich, Draeger, Seibert und Genossen eingebrachten Entwurfs eines **Zweiten** Gesetzes zur **Ergänzung des Gesetzes zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen**

    — Drucksache VI/402 —

14. Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD, FDP

    betr. **Vorlage eines Entwurfs für ein Verwaltungsverfahrensgesetz**

    — Drucksache VI/409 —

15. Erste Beratung des von den Abgeordneten Engelsberger, Strauß, Dr. Pohle, Haage (München), Schmidt (Kempten), Ollesch und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes**

    — Drucksache VI/428 —

(C)

16. Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs** (Speiseessig)

    — Drucksache VI/429 —

Das Wort wird nicht gewünscht.

Der Ältestenrat schlägt vor, Punkt 8 an den Sonderausschuß für die Strafrechtsreform als federführender Ausschuß sowie an den Innenausschuß zu überweisen.

Beide Gesetzentwürfe unter Punkt 9 der Tagesordnung sollen nach dem Überweisungsvorschlag des Ältestenrates dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit als federführendem Ausschuß sowie dem Ausschuß für Wirtschaft überwiesen werden.

Der Überweisungsvorschlag des Ältestenrates zu Punkt 10 der Tagesordnung geht dahin, den Gesetzentwurf dem Finanzausschuß zu überweisen.

Dasselbe gilt für die Punkte 11 und 12 der Tagesordnung.

Der Ältestenrat schlägt zu Punkt 13 der Tagesordnung vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung als federführendem Ausschuß, dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen als mitberatendem Ausschuß sowie dem Haushaltsausschuß gemäß § 96 der Geschäftsordnung zu überweisen.

Der Antrag unter Punkt 14 der Tagesordnung soll nach dem Vorschlag des Ältestenrates dem Innenausschuß überwiesen werden. (D)

Zu Punkt 15 schlägt der Ältestenrat vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zu überweisen.

Der Überweisungsvorschlag des Ältestenrates zu Punkt 16 der Tagesordnung lautet, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Wirtschaft als federführendem Ausschuß sowie dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen.

Ist das Haus mit den vorgeschlagenen Überweisungen einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Punkte 21, 22 und 23 auf:

21. Beratung des Mündlichen Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß) — Immunitätsangelegenheiten —

    betr. **Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Müller-Hermann gemäß Schreiben des Bundesministers der Justiz vom 29. September 1969**

    — Drucksache VI/422 —

    Berichterstatter: Abgeordneter Schulte (Unna)

22. Beratung des Mündlichen Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß) — Immunitätsangelegenheiten —

Vizepräsident Dr. Jaeger

(A) betr. **Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Bundesminister Schmidt gemäß Schreiben des Bundesministers der Justiz vom 8. Dezember 1969**

— Drucksache VI/423 —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Stark (Nürtingen)

23. Beratung des Mündlichen Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß) — Immunitätsangelegenheiten—

betr. **Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Wehner gemäß Schreiben des Bundesministers der Justiz vom 10. Dezember 1969**

— Drucksache VI/424 —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Stark (Nürtingen)

Wünscht einer der Herren Berichterstatter das Wort? — Das ist nicht der Fall. Das Haus wünscht es auch nicht.

Wird das Wort zur Aussprache verlangt? — Das ist nicht der Fall.

Ist das Haus damit einverstanden, daß wir der Einfachheit halber, da in allen Fällen der gleiche (B) Antrag gestellt ist, gemeinsam abstimmen? — Ich höre keinen Widerspruch.

Wer den Ausschußanträgen auf den Drucksachen VI/422, VI/423 und VI/424 zustimmen will, der gebe ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Keine Gegenstimme. Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Punkte 24 bis 26 der Tagesordnung auf:

24. Beratung des Mündlichen Berichts des Haushaltsausschusses (7. Ausschuß) über die von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschläge der EG-Kommission für eine Verordnung des Rates zur Verlängerung der Haushaltsordnung über die **Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften** und über die **Verantwortung der Anweisungsbefugten und der Rechnungsführer für 1970**

eine Verordnung des Rates zur **Durchführung der Rechnungslegung und Rechnungsprüfung**

— Drucksachen VI/190, VI/451 —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Althammer

25. Beratung des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (8. Ausschuß) über die von der Bundesregierung erlassenen

Verordnungen über die **Erhebung einer Ausgleichsabgabe zur Sicherung der deutschen Landwirtschaft**

(C) Verordnungen zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 19/69 und 2/70 — **Angleichungszölle für Verarbeitungsweine griechischer Erzeugung)**

Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 23/69 — **Zollaussetzung für Sprotten und Kaviar)**

— Drucksachen VI/59, VI/147, VI/173, VI/214, VI/314, VI/315, VI/462 —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Giulini

26. Beratung des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft (8. Ausschuß) über die von der Bundesregierung erlassene

Achtzehnte Verordnung **zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung**

Achtunddreißigste Verordnung **zur Änderung der Einfuhrliste** — Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz —

Zwanzigste Verordnung zur **Änderung der Ausfuhrliste**

— Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung —

— Drucksachen VI/207, VI/209, VI/210, VI/463 —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Giulini

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? — Das Haus wünscht es auch nicht.

(D) Wird das Wort zur Aussprache verlangt? — Das ist nicht der Fall.

Ist das Haus damit einverstanden, daß wir der Einfachheit halber gemeinsam abstimmen? — Ich höre keinen Widerspruch.

Ich komme zur Abstimmung über die Ausschußanträge auf den Drucksachen VI/451, VI/462 und VI/463. Wer zustimmen will, der gebe ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Das sind alles Routinepunkte gewesen. Jeder weitere Punkt benötigt, soweit ich sehe, Redner.

(Zurufe: 18! — 19! — 20!)

— Die Punkte 18 und 19 sind zweite Beratungen und Schlußabstimmungen. Aber wir könnten das machen, weil vermutlich keine Wortmeldungen vorliegen.

Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzvertrag vom 7. Februar 1969 zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages vom 7. Mai 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über **Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter**

— Drucksache VI/275 —

Vizepräsident Dr. Jaeger

(A)

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (10. Ausschuß)

— Drucksache VI/458 —

Berichterstatter: Abgeordneter Maucher

(Erste Beratung 26. Sitzung)

Ich danke dem Berichterstatter für seinen Schriftlichen Bericht.

Ich rufe in zweiter Beratung die Art. 1 bis 6, Einleitung und Überschrift auf. — Das Wort wird nicht gewünscht.

Wer den aufgerufenen Bestimmungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zur Schlußabstimmung. — Das Wort wird nicht gewünscht. Wer in der Schlußabstimmung dem Gesetzentwurf zuzustimmen wünscht, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Auch keine Enthaltungen. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Punkt 19 auf:

Zweite Beratung und Schlußabstimmung zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. Januar 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die **Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit**

(B)

— Drucksache VI/277 —

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (10. Ausschuß)

— Drucksache VI/459 —

Berichterstatter: Abgeordneter Folger

(Erste Beratung 26. Sitzung)

Ich danke dem Berichterstatter für seinen Schriftlichen Bericht und rufe in zweiter Beratung die Art. 1 bis 4, Einleitung und Überschrift auf. — Das Wort wird nicht begehrt.

Wer den aufgerufenen Artikeln zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Ich frage vor der Schlußabstimmung, ob das Wort gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Schlußabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf als Ganzem zuzustimmen wünscht, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es stimmt niemand dagegen. Enthaltungen? — Auch keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen!

Ich rufe jetzt noch Punkt 20 auf:

Beratung der **Sammelübersicht 2** des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) **über Anträge** von Ausschüssen des Deutschen Bundestages **zu Petitionen** und **systematische Übersicht** über die beim Deutschen Bundestag in der Zeit vom 18. Oktober 1965 bis 19. Oktober 1969 eingegangenen Petitionen (C)

— Drucksache VI/411 —

Das Wort wird nicht gewünscht.

Wer dem Antrag des Ausschusses zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Keine Gegenstimmen! Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen!

Meine Damen und Herren, da die Auszählung noch länger dauert, schlage ich vor, daß wir jetzt mit Punkt 17 fortfahren und eventuell nach dem ersten Redner in der dritten Beratung zur Feststellung des Ergebnisses unterbrechen. — Sie sind einverstanden.

Ich rufe dann Punkt 17 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über den **Wegfall des von Rentnern für ihre Krankenversicherung zu tragenden Beitrags**

—Drucksache VI/220 —

a) Bericht des Haushaltsausschusses (7. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

— Drucksache VI/465 —

Berichterstatter: Abgeordneter Krampe

b) Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (10. Ausschuß) (D)

— Drucksache VI/457 —

Berichterstatter: Abgeordneter Geiger

(Erste Beratung 25. Sitzung)

Ich danke dem Berichterstatter Abgeordneten Geiger für seinen Schriftlichen Bericht. Wird das Wort zur Ergänzung gewünscht? — Bitte sehr!

Geiger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Geehrte Herren! Zu dem Gesetz über den **Wegfall des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner** liegt ein umfangreicher Schriftlicher Bericht vor. Diesem Bericht ist vor allen Dingen ein Zahlenmaterial angegliedert, an Hand dessen man auch die zukünftige finanzielle Entwicklung der Rentenversicherung verfolgen kann.

Regierung und Ausschuß haben es sich nicht leichtgemacht bei der Behandlung dieses Gesetzentwurfs und sind sehr gewissenhaft vorgegangen. Im Ausschuß gab es Meinungsverschiedenheiten und lange Erörterungen und Diskussionen. Die Opposition hat dabei Ausführungen etwa in der Art gemacht, wie sie bei der ersten Lesung dieses Entwurfs vorgetragen wurden. Sie hat vor allen Dingen die Frage gestellt, ob es überhaupt zweckmäßig ist, den Rentnern den 1967 auferlegten Beitrag zurückzugewähren. Sie hat den Gedanken erörtert, ob es nicht zweckmäßiger wäre, diesen Beitrag weiter zu erheben, etwa zugunsten der Krankenversicherung oder aber, um einen weiteren finanziellen Spiel-

(A) raum für andere Maßnahmen innerhalb der Rentenversicherung zu haben. Demgegenüber waren die Koalitionsparteien der Auffassung, daß die Belastung, die den Rentnern während der Rezession zum Ausgleich des Bundeshaushalts zugemutet worden ist, jetzt in der Hochkonjunktur in Wegfall kommen und ausgeglichen werden sollte.

Eine solche Festlegung war nach Auffassung der Koalitionsparteien für die Rentenversicherung auch finanziell zumutbar. Das hat sich bei der Anhörung der Sachverständigen bestätigt. Die Sachverständigen haben im übrigen die **Vorausberechnungen der Bundesregierung** als sehr realistisch bezeichnet und in ihren Sachverständigenbeiträgen die Möglichkeit als durchaus gegeben angesehen, diesen Beitrag wieder wegfallen zu lassen.

Trotz langer Diskussion und gründlicher Erörterung der Probleme wurden von der Opposition keine Anträge gestellt, so daß zum Schluß ein einstimmiger Beschluß zustande kam, den Rentnern mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres die bisher einbehaltenen zwei Prozent für den sogenannten Rentnerkrankenversicherungsbeitrag wiederzugewähren und die Last, die ihnen bei der Rezession auferlegt worden war, wieder zu beseitigen. Die Bundespost wird aller Voraussicht nach die Nachzahlungen mit Wirkung vom 1. Januar diesse Jahres mit der Juni-Rente im Monat Mai zur Auszahlung bringen können.

(Beifall bei der SPD.)

(B) **Vizepräsident Dr. Jaeger:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich komme nunmehr in der zweiten Beratung zu den Art. 1 und 2 sowie Einleitung und Überschrift. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer den aufgerufenen Bestimmungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Ich komme zur

dritten Beratung

und eröffne die allgemeine Aussprache. — Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Schellenberg.

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Einführung des **Rentnerkrankenversicherungsbeitrags,** der heute wegfallen soll, hat im Dezember 1967 Herr Kollege Stingl als Sprecher der CDU folgendes prinzipiell erklärt: „Der Beitragsanteil, den nunmehr die Rentner zu tragen haben, ist vergleichbar mit dem Beitragsanteil der in Arbeit stehenden Arbeitnehmer." Das war also eine grundsätzliche Bejahung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags durch die CDU/CSU. Als die Bundesregierung Anfang November 1969 den Wegfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags beschloß, war es deshalb nicht überraschend, daß die CDU/CSU gegen eine Beseitigung dieses Rentnerkrankenversicherungsbeitrags Stellung nahm. Allerdings geschah das in einer Weise, die alle Merkmale sozialpolitischer Konzeptionslosigkeit trug. Das möchte ich an einigen Beispielen beweisen.

1. Am 12. November behauptete der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU, der von uns allen sehr geschätzte Herr Kollege Dr. Götz, in einer Fraktionsmitteilung: Die **Finanzierungsgrundlagen der Rentenversicherung** werden durch den Wegfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags gefährdet. Das war ein schwerer Vorwurf. Er hinderte die CDU/CSU allerdings nicht, am nächsten Tage, nämlich am 13. November, unter Berufung auf diese von der Bundesregierung beabsichtigte Streichung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags auch für Kriegsopfer eine entsprechende Leistungsverbesserung zu fordern; dies, obwohl in der Kriegsopferversorgung überhaupt kein Rentnerkrankenversicherungsbeitrag abgezogen worden war. — (C)

2. Am darauffolgenden Tage, nämlich am 14. November, gab es hier im Hause in der Fragestunde Fragen und Dringlichkeitsfragen der CDU mit rund 30 Zusatzfragen von CDU/CSU-Abgeordneten, die sich ausnahmslos gegen einen Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags richteten.

(Widerspruch bei der CDU/CSU.)

Drittens — —

(Abg. Dr. Götz meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Ja, bitte, Herr Kollege Dr. Götz.

Dr. Götz (CDU/CSU): Herr Professor, ist Ihnen nicht in Erinnerung, daß zu jenem Zeitpunkt, als wir im November aus Sorge um die Sicherstellung der (D) finanziellen Leistungskraft der Rentenversicherung Bedenken im Zusammenhang mit der Streichung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags äußerten — und es scheint mir ein berechtigtes Anliegen zu sein, solche Bedenken in einer Frage zu äußern, wenn es um das Kernstück der sozialen Sicherheit geht —, die neuen Vorausberechnungen des Bundesarbeitsministeriums, die die Grundlage für unsere Entscheidung im Ausschuß bildeten, noch nicht vorlagen und daß diese Bedenken vor dem Hintergrund der alten Berechnungen geäußert wurden, die dem dritten Rentenversicherungsänderungsgesetz zugrunde lagen?

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Kollege Dr. Götz, jeder in diesem Haus wußte auch damals, daß nach Vorlage des Regierungsentwurfs die Finanzgrundlagen selbstverständlich sehr sorgfältig geprüft werden mußten.

Jetzt komme ich zu meinem Punkt 3. Die CDU/CSU-Fraktion hat am 3. Dezember eine kleine Anfrage über die **finanziellen Grundlagen bei Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags** mit vier Fragen und acht Unterfragen eingebracht, dies obwohl doch jedes Mitglied des Hauses wissen mußte, daß gerade diese Finanzdinge noch Gegenstand ausführlicher Ausschußberatungen sein würden und sein mußten.

4. Bei der ersten Lesung des Regierungsentwurfs über den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags nahmen fünf Sprecher der CDU das Wort

Dr. Schellenberg

(A) und haben sechs verschiedene Meinungen vorgetragen.

(Abg. Härzschel: Das ist ein Märchen!)

— Herr Kollege Härzschel, ich beweise meine Behauptung natürlich.

Erster CDU-Einwand: vorrangig sei eine Reform der Krankenversicherung; also Gesamtreform der Krankenversicherung, nicht Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags.

(Abg. Dr. Schmidt [Wuppertal]: Ganz vernünftiger Gedanke!)

— Mag sein, aber die CDU-Einwände waren Zeichen von Konzeptionslosigkeit. Dies und jenes haben Sie bei der 1. Lesung gesagt, Sie hatten aber keine Alternative; das war und ist Ihre Schwäche.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie denken, Angriff ist die beste Verteidigung!)

Der zweite CDU-Einwand: vorrangig sei die Einführung einer Mindestrente.

Dritter CDU-Einwand: vorrangig — alles in der ersten Lesung vorgetragen — sei die Erhöhung der Witwenrenten.

Vierter CDU-Einwand, Herr Kollege Härzschel: vorrangig sei die Erhöhung der Ausgaben für die Rehabilitation.

Fünfter CDU-Einwand: vorrangig sei die Aktualisierung der Bemessungsgrundlage.

Sechster CDU-Einwand: vorrangig sei die Einführung einer Einkommensgrenze im Zusammenhang (B) mit dem Krankenversicherungsbeitrag der Rentner.

Meine Damen und Herren der CDU/CSU, Sie haben damals in der ersten Lesung Alternativen angekündigt. Bei den Ausschußberatungen haben Sie aber keine Alternativen vorgelegt. Sie haben im Ausschuß eine Rede-Filibusterei betrieben, doch es ist kein Antrag zur Sache von der CDU gestellt worden. Sie hatten nämlich in Wirklichkeit keine Alternative zur Regierungsvorlage. Das kommt ja auch darin zum Ausdruck daß Sie jetzt in der zweiten und dritten Lesung ebenfalls keine Anträge stellen.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Maucher?

Dr. Schellenberg (SPD): Ja, gern.

Maucher (CDU/CSU): Herr Kollege Schellenberg, wenn Sie jetzt beklagen, wir hätten keine Alternativen: Hätten wir sie gebracht, hätten Sie dann auf den Einwand verzichtet: „Woher kommt die Dekkung?"?

Dr. Schellenberg (SPD): Aber lieber Herr Kollege Maucher, Sie müssen doch erst einmal eine Alternative beantragen; dann werden wir darüber beraten und erklären, ob es eine sinnvolle Alternative ist, für die eine Deckung zu suchen ist. Sie können aber nicht bei der 1. Lesung im Plenum sechs verschiedene Ansichten vortragen, dabei erklären, im Ausschuß gebe es Alternativanträge; bei (C) den Ausschußberatungen redet dann der einzelne CDU-Abgeordnete zwar fünf- bis sechsmal, aber es folgt immer noch kein Änderungsantrag, der dem Ausschuß die Möglichkeit gibt, über eine Alternative zu beraten und abzustimmen.

Bitte schön, Herr Kollege!

Franke (Osnabrück) (CDU/CSU): Herr Kollege Professor Schellenberg, halten Sie denn das für eine Alternative, daß der Herr Minister in Berlin erklärt, es bliebe noch genügend Spielraum für die Einführung flexibler Altersgrenzen, und daß einen Tag später Staatssekretär Auerbach im Ausschuß erklärt, für weitere strukturelle Verbesserungen sei kein Geld mehr vorhanden?

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Kollege Franke, wenn Sie eine Frage an den Minister haben, dann stellen Sie sie in der Fragestunde oder nehmen Sie nachher das Wort, um den Minister selbst zu fragen. Ich sage Ihnen aber schon heute, daß die von der Bundesregierung in der Regierungserklärung angekündigte **Überprüfung der Altersgrenze** eine Konzeption ist, die wir für außerordentlich sinnvoll halten. Ich bin der Auffassung, daß wir diese Konzeption des Ministers noch im Laufe dieser Legislaturperiode an Hand konkreter Unterlagen der Bundesregierung prüfen und — wie ich hoffe — auch zur Entscheidung bringen werden. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD.)

Sie können sich dann also, Herr Kollege Franke, bezüglich solcher Alternative sehr rege betätigen. Jetzt ist es aber — insofern war der Schritt der Bundesregierung völlig richtig — das Notwendigste, erst einmal die Ungerechtigkeiten, die im Zusammenhang mit der Rezession entstanden waren, zu beseitigen.

Ich stelle also fest: Die CDU hat im Ausschuß keine Konzeption in Gestalt einer Alternative entwickelt.

5. Weiter zu den Ausschußberatungen. Wir haben im Ausschuß sehr gründlich Sachverständige, die anerkanntesten Sachverständigen, zu den Finanzgrundlagen des Regierungsentwurfs gehört. Das war am 29. Januar. Am nächsten Tage hieß es in einer Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion, sie sei von dieser Sachverständigenanhörung nicht befriedigt. Sie wolle deshalb „zusätzlich noch weitere Sachverständige arbeitskreisintern hören".

(Abg. Dr. Götz: Was ist daran schlecht?)

— Herr Kollege Götz, ich bestreite Ihnen das Recht hierzu nicht; aber es war immerhin ein ungewöhnliches Verfahren. — Bitte, Herr Kollege Dr. Götz!

Dr. Götz (CDU/CSU): Herr Professor Schellenberg, sind Sie nicht vielmehr der Meinung, daß es eigentlich ein ungewöhnliches Verfahren des Ausschusses war, bei dieser schwierigen Frage nicht z. B. auch, wie von uns beantragt, den Verband der Ren-

(A) Dr. Götz

tenversicherungsträger und die Bundesanstalt für Angestelltenversicherung in Berlin zu hören, die ja durch diesen Beschluß nicht unerheblich belastet wird?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Kollege Dr. Götz, Sie irren. Die CDU/CSU-Fraktion hat einen solchen Antrag nicht gestellt, sondern nach gründlicher Diskussion dieser Frage ausdrücklich darauf verzichtet, diese Sachverständigen zu hören. Das war der Tatbestand. Es tut mir leid, Ihnen das entgegenhalten zu müssen. — Bitte schön, Herr Kollege Maucher.

Maucher (CDU/CSU): Herr Kollege Schellenberg, war der Grund nicht etwa der, daß, wenn wir das nicht getan hätten, uns der Vorwurf gemacht worden wäre, wir verzögerten die Sache?

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Kollege Maucher, ich habe vorhin schon von Filibusterei der CDU im Ausschuß gesprochen; aber die Sache kam dann trotzdem schließlich noch zum guten Ende. — Herr Kollege Dr. Götz, bitte!

Dr. Götz (CDU/CSU): Es ist richtig, daß wir den Antrag zwar gestellt, aber dann zurückgezogen haben. Aber ist Ihnen in Erinnerung, Herr Professor, daß die knappe Mehrheit des Ausschusses uns sehr deutlich zu verstehen gegeben hat, sie werde diesen zusätzlichen Antrag einfach durch Abstimmung ablehnen? (B)

Dr. Schellenberg (SPD): Nein, Herr Kollege Dr. Götz, wir haben uns über die Anhörung der Sachverständigen gründlich und freimütig unterhalten. Es kam eine einstimmige Auffassung des Ausschusses zustande, welche Sachverständigen gehört werden sollten. Wenn Sie, Herr Kollege Dr. Götz, nach der Anhörung dieser sehr anerkannten Sachverständigen der Auffassung gewesen wären, es müßten noch weitere Sachverständige gehört werden, dann wäre es wohl das Nächstliegende gewesen, im Ausschuß einen solchen Antrag zu stellen. Das haben Sie nicht getan; Sie zogen es vor, arbeitskreisintern weitere Sachverständige zu hören.

Aber — und das ist für mich politisch das Entscheidende — offensichtlich hat diese ihre außergewöhnliche Anhörung weiterer Sachverständiger nicht zu dem von Ihnen erhofften Ergebnis geführt; denn die Öffentlichkeit hat über das Ergebnis dieser zusätzlichen Anhörung der Sachverständigen, die so großartig angekündigt wurde, nichts mehr gehört.

6. Nun zum Höhepunkt der Auseinandersetzung über die Beseitigung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner. Bei der **Haushaltsberatung** haben nicht weniger als drei Sprecher der CDU sich allgemeinpolitisch, unabhängig von dem sozialpolitischen Teil der Aussprache, gegen den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages gewandt. Ihr Fraktionssprecher, Herr Kollege Wörner, hat in der allgemeinen Aussprache über den Haushalt heftig gegen die Beseitigung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages polemisiert. (C)

(Zurufe von der CDU/CSU: Stimmt nicht!)

— Ach, das könnte ich Ihnen vorlesen, wenn Sie wollen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bitte!)

— Er hat gesagt, der Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages sei ein Eingriff in das Rentensystem. Na, damit wurden doch wohl die Tatsachen auf den Kopf gestellt, denn der Rentnerkrankenversicherungsbeitrag, die Kürzung der Rente, ist ein Eingriff in die Rentenversicherung, aber nicht die Beseitigung dieses Unrechts. Diese eigenartige Auffassung der CDU bei der Haushaltsdebatte hat aber die Kollegen der CDU im Ausschuß — was ich dankbar anerkenne — nicht gehindert, trotz anfänglicher prinzipieller Polemik gegen den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages eine Woche später ohne weitere Sachdiskussion für den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags zu stimmen. Heute haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, in der zweiten Lesung dem Regierungsentwurf mit den Änderungen des Ausschusses zugestimmt. Es freut uns natürlich sehr, wenn Sie einer Regierungsvorlage einmütig zustimmen, nachdem Sie hart gegen sie polemisiert haben.

(Abg. Dr. Götz: Ich habe den Eindruck, es paßt gar nicht in Ihr Konzept, daß wir zugestimmt haben! Das ist mal etwas anderes!)

— Nein, Herr Kollege Götz, Ihre Zustimmung paßt uns sehr wohl. Aber nachdem Sie vier Monate gegen den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags polemisiert hatten, (D)

(Abg. Dr. Götz: Das ist einfach falsch!)

ist es immerhin überraschend, wenn Sie dann zustimmen, ohne einen Sachantrag zu stellen.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Herr Schellenberg, schlicht falsch!)

Das muß doch vermerkt werden, vor allen Dingen deshalb, weil das Hickhack der CDU um den Rentnerkrankenversicherungsbeitrag zu einer Unruhe bei den Rentnern geführt und dazu beigetragen hat,

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Das Weihnachtsgeld hat zur Unruhe bei den Rentnern beigetragen!)

daß wir — — Bitte schön, Herr Kollege Franke!

Franke (Osnabrück) (CDU/CSU): Herr Professor Schellenberg, ist die Unruhe bei den Rentnern nicht vielmehr dadurch entstanden, daß der Unglücksrabe Nr. 1 dieser Regierung, Herr Minister Arendt, den Rentnern erst ein Weihnachtsgeld versprochen hatte und dann auf den Ausweg des 2%igen Krankenversicherungsbeitrags auswich?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Kollege Franke, diese Bemerkung zeigt, daß Sie aus den vier Monaten Diskussion über den Fortfall des Rentnerkran-

(A) kenversicherungsbeitrags immer noch nichts gelernt haben.

(Zurufe von der Mitte.)

Wie war die Sache? Die Bundesregierung und der neue Bundesarbeitsminister haben gründlich und sorgfältig überlegt, was Positives für die Rentner geschehen kann. Das war eine gute Überlegung. Insbesondere hätten Sie dieses Wollen sofort unterstützen und fördern und nicht erst vier Monate Unruhe schaffen sollen.

Meine Damen und Herren von der CDU/CSU, auf Grund Ihrer Polemik hat es in der Öffentlichkeit doch leider wieder eine Auseinandersetzung darüber gegeben, ob unsere Renten solide finanziert sind oder nicht. Das war das Ergebnis Ihres Hickhacks. Wenn Sie sich von vornherein zum Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags bekannt hätten, hätte ich mich gefreut und gesagt: Wir sind einstimmig dieser gleichen Meinung, und lassen Sie uns die Sache schnell annehmen. Aber da Sie erst prinzipiell für den Rentnerkrankenversicherungsbeitrag waren und dann vier Monate gegen seinen Fortfall polemisiert haben, muß ich Ihnen heute vorhalten, wie eigenartig Ihr Verhalten in diesen vier Monaten war.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Dr. Schellenberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Böhme?

Dr. Böhme (CDU/CSU): Herr Kollege Schellenberg, würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß die SPD, wenn sie in den vier Monaten der (B) Diskussion die Konjunktur richtig erkannt hätte, heute diesen Antrag nicht mehr eingebracht hätte?

Dr. Schellenberg (SPD): Lieber Herr Kollege Böhme, daß Sie die Frage der Beseitigung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags auf Grund einer günstigen Finanzentwicklung der Rentenversicherung mit der konjunkturpolitischen Auseinandersetzung in Verbindung bringen, zeigt, daß Sie die Grundlagen, für die wir — das darf ich sagen —, SPD, CDU und FDP, gemeinsam seit 1957 eingetreten sind, die Renten den Löhnen und Gehältern anzupassen — unabhängig von der jeweiligen Konjunkturentwicklung —, leider noch nicht verstanden haben. Aber ich habe die besten Hoffnungen. Sie sind jetzt neues Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses und werden sich bald, wie ich hoffe, zu diesen gemeinsamen Grundsätzen bekennen.

Im Hinblick auf die bisherige Einstellung der CDU habe ich die Frage — ich wäre sehr dankbar, wenn der Sprecher der CDU/CSU darauf einginge —, ob Sie nun eigentlich Ihre grundsätzliche Auffassung zum Rentnerkrankenversicherungsbeitrag revidiert haben. 1967 haben Sie ihn bejaht, heute wollen Sie seiner Abschaffung zustimmen —. Bitte geben Sie eine klare Auskunft; sonst entsteht nämlich leicht der Verdacht, Sie ließen sich zum Fortfall des Beitrages von taktischen Erwägungen bestimmen.

(Abg. Maucher meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Ja, Herr Kollege Maucher!

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und (C) Herren, der Redner hat seine Redezeit bereits überschritten. Ich gebe ihm gern noch fünf Minuten zu, weil er so oft gefragt worden ist. Das bedeuet aber, daß Sie jetzt keine Zwischenfragen mehr stellen können.

(Abg. Maucher meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage.)

Dr. Schellenberg (SPD): Der Herr Präsident läßt das leider auf Grund der Situation nicht zu.

Herr Präsident, es war mir mitgeteilt worden, ich hätte 25 Minuten Redezeit.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Die sind auch eingestellt worden. Ich gebe Ihnen aber noch fünf Minuten, weil Sie so oft unterbrochen worden sind.

Dr. Schellenberg (SPD): Das war die Haltung der CDU.

Jetzt zur Haltung der SPD. Wir haben, seitdem über einen Rentnerkrankenversicherungsbeitrag gesprochen wird, diesen immer als nicht sinnvoll bezeichnet, und zwar deshalb,

(Abg. Franke [Osnabrück]: Arthur Killat!)

weil er die Rente nach den Grundsätzen der Rentenversicherungsreform von 1957 verschlechtert. Wir haben dem Beitrag damals in der Rezession notgedrungen zugestimmt, um die dynamische Rente zu retten. (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Na also!)

Aber weil wir den Rentnerkrankenversicherungsbeitrag für eine unerfreuliche Sache halten, haben wir es außerordentlich begrüßt, daß die Bundesregierung alsbald nach ihrer Konstituierung den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags eingeleitet hat, um damit die Kürzung der Renten zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben aber stets betont und betonen es auch heute, daß die Beseitigung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages auf keinen Fall die langfristige Finanzierung der Renten gefährden darf. Das ist für uns schon deshalb eine Selbstverständlichkeit, weil wir beim Rentenfinanzierungsgesetz auf die 15jährige langfristige Vorausberechnung gedrungen haben.

Meine Damen und Herren, die Annahmen, die damals gemacht wurden, beruhten auf Feststellungen vom Sommer 1968. Im Jahreswirtschaftsbericht 1969 wird damals von einer Unsicherheit in der Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung gesprochen. Unter diesen Umständen war es damals gerechtfertigt, äußerst vorsichtig zu kalkulieren. Aber wir müssen jetzt sagen: wer auf Dauer zu vorsichtig kalkuliert, unrealistisch kalkuliert, der kalkuliert auch unsolide. Solche Schätzungen sind unsolide, denn sie führen zu zu niedrigen Renten und zu hohen Beiträgen. Deshalb war es richtig, die damaligen Vorausberechnungen nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand zu überprüfen.

Dr. Schellenberg

(A) Aus den von der Bundesregierung vorgelegten Vorausberechnungen, die immer noch vorsichtig sind, ergibt sich, wenn es bei dem gegenwärtigen Rechtsstand bleibt, daß selbst auf dem Höhepunkt des Rentenberges die Rücklagen fast doppelt so hoch sein werden wie die von dem Gesetzgeber geforderte Mindestrücklage. Bei einer solch günstigen Finanzentwicklung der Rentenversicherung ist es nicht zu rechtfertigen, weiterhin an der Kürzung der Renten durch den Rentnerkrankenversicherungsbeitrag festzuhalten.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb ist es dringend geboten, wie der Ausschuß entsprechend der Regierungsvorlage beschlossen hat, den Rentnerkrankenversicherungsbeitrag vom 1. Januar an in Fortfall zu bringen. Das kommt nicht nur den Rentnern zugute, sondern verbessert auch die Renten von morgen und übermorgen. Das Gesetz, das wir jetzt verabschieden werden, dient somit langfristig gesehen auch den Interessen der Versicherten. Im übrigen wird durch den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags das Verwaltungsverfahren außerordentlich erleichtert.

Außerdem wird durch die Beseitigung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags bei Millionen von Menschen der Unmut darüber ein Ende finden, daß sie wegen des Pauschalverfahrens des Abzugs meinen, es würde ihnen der Rentnerkrankenversicherungsbeitrag doppelt und dreifach abgezogen, der in Wirklichkeit überhaupt kein Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung ist, sondern ein Beitrag
(B) zur Sanierung der Rentenversicherung und der Bundesfinanzen.

Meine Fraktion bittet die Bundesregierung, jetzt nach Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens alles zu tun, damit den Rentnern die abgezogenen Beträge möglichst bald zurückgezahlt werden. Angesichts der Tatsache, daß die Öffentlichkeit seit November über den Fortfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags redet, verstehen es unsere Rentner einfach nicht, weshalb ihnen immer noch jeden Monat die zwei Prozent abgezogen werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Da es im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf und im Zusammenhang mit Ihrer zwiespältigen Haltung, meine Damen und Herren von der CDU, häufig düstere Finanzprognosen hinsichtlich der Rentenversicherung gegeben hat, lassen Sie mich zum Abschluß der Beratungen auch eine Prognose stellen. Die von der Bundesregierung vorgelegten neuen Vorausberechnungen sind, gemessen an den Erfahrungen, die wir in bezug auf die Entwicklung des Beitragsaufkommens in der Rentenversicherung seit 1957 gewonnen haben, sehr vorsichtig; so vorsichtig, daß dieses Haus — und das ist meine Prognose — in nicht zu ferner Zukunft wegen der weit günstigeren tatsächlichen Finanzentwicklung der Rentenversicherung neue Entscheidungen über Verbesserungen des Leistungsgefüges unserer Rentenversicherung treffen wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Götz: Hoffentlich haben Sie eine glücklichere Hand als Ihr Kollege Schiller!)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und (C) Herren, ich unterbreche diesen Punkt der Tagesordnung und kehre zum vorher behandelten zurück, der **Wahl des Wehrbeauftragten.**

Ich kann Ihnen nunmehr das **Ergebnis der Wahl** bekanntgeben. Es wurden insgesamt 449 Stimmkarten abgegeben. Die Zahl der Ja-Karten betrug 268, die Zahl der Nein-Karten 127, die Zahl der ungültigen Stimmkarten 4, die Zahl der Stimmenthaltungen 50. Mithin sind für Herrn Abgeordneten Schultz 268 Stimmen abgegeben. Gewählt ist gemäß § 13 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält. Die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages einschließlich der Mitglieder des Landes Berlin beträgt 260. Da auf den Abgeordneten Schultz 268 Stimmen entfallen sind, ist er hiermit rechtmäßig zum Wehrbeauftragten gewählt.

Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Schultz: Nehmen Sie die Wahl an?

Schultz (Gau-Bischofsheim) (FDP): Ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Ich stelle fest, daß Herr Abgeordneter Schultz die Wahl angenommen hat. Da Sie die Wahl angenommen haben, haben Sie sicherlich die Absicht, Ihr Mandat als Abgeordneter niederzulegen. Ich darf Sie fragen, ob Sie diesen Verzicht jetzt aussprechen wollen.

Schultz (Gau-Bischofsheim) (FDP): Ich lege hiermit mein Mandat als Abgeordneter des Deutschen Bundestages nieder. (D)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Haus hat dies für sein eigenes Protokoll hiermit zur Kenntnis genommen. Der Mandatsverzicht ist damit rechtskräftig. Ich stelle fest, daß Herr Schultz sein Mandat niedergelegt hat und zum Wehrbeauftragten gewählt ist.

Der Wehrbeauftragte hat nach § 14 Abs. 4 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages bei der Amtsübernahme den in Art. 56 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Eid zu leisten. Ich rufe daher Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Vereidigung des Wehrbeauftragten des Bundestages.

Ich bitte Sie, Herr Schultz, heraufzutreten und den Eid zu leisten.

(Die Abgeordneten erheben sich.)

Herr Schultz, ich darf Ihnen das Grundgesetz vorlegen. Vielleicht nehmen Sie es in die linke Hand, heben die rechte Hand und sprechen den Eid.

Schultz, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages: Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des Deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und

Wehrbeauftragter Schultz

(A) Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Ich stelle fest, daß Herr Schultz als Wehrbeauftragter vereidigt ist. — Ich darf Ihnen die Glückwünsche des Hauses und meine eigenen aussprechen. Mögen Sie in Segen in Ihrem Amte walten!

(Beifall.)

Schultz, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages: Vielen Dank, Herr Präsident!

(Die drei Fraktionsvorsitzenden beglückwünschen den Wehrbeauftragten zu seiner Wahl.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren, nach § 15 Abs. 3 Ziffer 1 des Wehrbeauftragtengesetzes endet mit der Ernennung des Nachfolgers das Amt des **bisherigen Wehrbeauftragten.** Damit ist Herr **Hoogen,** der heute noch in diesem Hause gesprochen hat, aus seinem Amte ausgeschieden.

Sie, Herr Hoogen, haben das Amt des Wehrbeauftragten vor fünf Jahren unter nicht leichten Bedingungen angetreten. Sie hatten, wie jedermann weiß, gerade in der Anfangszeit Ihrer Tätigkeit schwierige Probleme zu bewältigen. Nach Abschluß Ihrer Amtszeit kann ich feststellen, daß das **Amt des Wehrbeauftragten** in den letzten Jahren seinen Auftrag zum Nutzen von Parlament und Bundeswehr (B) voll erfüllt und an Ansehen gewonnen hat.

Bevor Sie Wehrbeauftragter wurden, haben Sie, Herr Hoogen, hier im Parlament an hervorragender Stelle an dem Ausbau und der Fortentwicklung unserer rechtsstaatlichen Ordnung mitgewirkt. Sie brachten damit für das Amt des Wehrbeauftragten wesentliche Voraussetzungen mit. Es ist ja der Auftrag des Wehrbeauftragten, daran mitzuwirken, daß die Bundeswehr ihre Aufgaben unter den Bedingungen und Voraussetzungen eines modernen freiheitlichen Rechtsstaates erfüllt. Sie, Herr Hoogen, haben in Ihrer Amtsführung deutlich gemacht, daß es zwischen diesen Grundsätzen und der Erfüllung militärischer Aufgaben keinen Gegensatz zu geben braucht, daß vielmehr gerade das Bestehen unserer **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** und die Notwendigkeit ihres Schutzes der **Bundeswehr** ihre Daseinsberechtigung gibt. Die Bundeswehr ist, wie der Soldateneid besagt, zur Verteidigung des Rechts und der Freiheit da. Schon deswegen kann die Bundeswehr in ihren eigenen Reihen bei der Ausführung ihres Auftrages keine andere Ordnung gelten lassen als eine solche, die rechtsstaatlichen Anforderungen gerecht wird.

Wir wissen natürlich alle, daß in der Praxis immer wieder **Spannungen** zwischen den Erfordernissen des Rechts und den Anforderungen des militärischen Auftrags auftreten. Einzelne Soldaten — und es sind oft nicht einmal die schlechtesten — empfinden Rechtsvorschriften bei der Durchführung ihrer militärischen Aufgaben bisweilen als hinderlich. Das braucht jedoch nicht zu bedeuten, daß ihnen Rechtsempfinden schlechthin fehlt. In den (C) meisten Fällen ist es soldatischer Übereifer, der zu einer Vernachlässigung der rechtlichen Aspekte führt. Der Wehrbeauftragte hilft diesen Soldaten, indem er ihnen klarmacht, wie die Gewichtsverteilung im Einzelfalle ist oder hätte sein sollen. Damit bewahrt er vor allem die Untergebenen vor falschen Befehlen oder Maßnahmen von Vorgesetzten.

Die **Grundsätze der Inneren Führung** sind dann verwirklicht, wenn jeder Soldat gewiß ist, daß seine Vorgesetzten nur das militärisch Notwendige von ihm verlangen und dabei immer seine Persönlichkeit respektieren. Der Wehrbeauftragte verhilft Untergebenen zu ihrem Recht, wenn ihnen Unrecht geschehen ist. Er sagt ihnen aber auch mit der sachlichen Autorität, die sein Amt nach dem Willen des Grundgesetzes hat, wo die Grenzen ihrer Rechte und ihrer Ausübung liegen.

Ohne **Befehl** und **Gehorsam** kann keine Armee ihren Auftrag erfüllen. Sie kann es aber um so besser, je richtiger die den Vorgesetzten gegebene Befehlsgewalt gehandhabt wird. Eine moderne Armee braucht nicht den gedrillten, nicht den abgerichteten Soldaten, sondern den durch freiwilligen Gehorsam gebundenen Mann, der seine Aufgaben mitdenkend erfüllt. Moderne Streitkräfte brauchen Vorgesetzte, die ihren Untergebenen die Einsicht in die Notwendigkeit ihres Tuns vermitteln und ihnen durch eigene Leistung Vorbild sind. Dann können sie ihre Befehle ebenso mit sachlicher wie mit menschlicher Autorität geben. Eine moderne (D) Armee braucht aber auch den Untergebenen, der seine Aufgabe innerhalb des Gesamtkörpers der Streitkräfte übernimmt, sich in diesen einordnet und sich zum Prinzip von Befehl und Gehorsam bekennt.

In dieser Situation soll der Wehrbeauftragte nach beiden Seiten helfen. Er ist also kein Hindernis für die Schlagkraft der Bundeswehr, sondern dient in zeitgemäßer Weise ihrer Erhaltung und Erstarkung. Seine Mittel sind Aufklärung und Überzeugung sowohl der Vorgesetzten als auch der Untergebenen. Das geschieht am besten und wirksamsten im unmittelbaren menschlichen Kontakt und ohne öffentliches spektakuläres Anprangern von Verfehlungen und Mißständen.

Andererseits hat der Bundestag und durch ihn die Öffentlichkeit Anspruch darauf, zu erfahren und zu diskutieren, wie es in der Bundeswehr mit der Praxis der Inneren Führung und der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze aussieht. Es mag manchmal schwer sein, hier das richtige Maß zu finden.

Dazu kommt folgendes. Wir stehen heute vor neuen und keineswegs leicht zu lösenden Problemen. Auf der einen Seite wird die Bundeswehr durch eine kritische **junge Generation** vor neue Fragen gestellt, Fragen, die wir hören und beantworten müssen. Andererseits aber ist die Bundeswehr dem Versuch **extremer politischer Kräfte** ausgesetzt, die den Umsturz der Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaates erzwingen und deshalb die Streitkräfte verunsichern und zur Auf-

Vizepräsident Dr. Jaeger

(A) lösung treiben wollen. Mit dieser Problematik kann nur eine Bundeswehr fertig werden, die, gestützt auf Verfassung und Gesetz und damit nicht zuletzt auf die Grundsätze der Inneren Führung, sachlich angemessen reagiert. Auch hier ist der Wehrbeauftragte angesprochen.

Gerade Sie, Herr Hoogen, haben durch unmittelbaren Kontakt mit der Bundeswehr Hilfen gegeben und zugleich den Bundestag weder beschönigend noch übertreibend sachlich so unterrichtet, daß hier im Plenum des Hauses und im Verteidigungsausschuß notwendige Überlegungen angestellt und akute Probleme der Bundeswehr auf einer guten Grundlage diskutiert werden konnten.

Ich bin sicher, im Namen des ganzen Hauses zu sprechen, wenn ich Ihnen, Herr Hoogen, für Ihre Tätigkeit als Wehrbeauftragter in den vergangenen fünf Jahren den Dank des Deutschen Bundestages ausspreche.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen.)

Der Herr Bundespräsident hat Ihre Verdienste dadurch gewürdigt, daß er Ihnen das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen hat. Wir sprechen unsere Glückwünsche aus.

(Erneuter Beifall.)

Ich darf Sie nunmehr bitten, Herr Hoogen, hier heraufzukommen und Ihre Entlassungsurkunde entgegenzunehmen. Nochmals den Dank des Hauses!

(Beifall.)

(B) Meine Damen und Herren, wir stehen am Ende der vormittäglichen Sitzung. Ich unterbreche bis 14 Uhr.

(Unterbrechung von 12.58 bis 14.02 Uhr.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir fahren in der Behandlung der Tagesordnung fort. Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Fragestunde

— Drucksachen VI/480, VI/488 —

Als erste Frage rufe ich die Frage 111 des Abgeordneten Dr. Häfele auf:

Ist die Bundesregierung, die nach den Worten von Bundeskanzler Brandt in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 mit der Demokratie erst richtig anfängt, bereit, der parlamentarischen Opposition die finanzielle Möglichkeit zu bieten, jeweils auf Inserate der Bundesregierung, wie in den Zeitungen vom 28. Februar 1970 „Die Bundesregierung informiert", eine Gegendarstellung zu geben?

Herr Staatssekretär Ahlers!

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich die beiden Fragen des Abgeordneten Dr. Häfele gemeinsam beantworten.

Vizepräsident Dr. Schmid: Dann rufe ich noch die Frage 112 des Abgeordneten Dr. Häfele auf:

Worin besteht nach Ansicht der Bundesregierung der Unterschied zwischen Information und Propaganda?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, nach der Vorbemerkung zu Kap. 04 03 des Haushaltsplanes hat das Presse- und Informationsamt die Politik der Bundesregierung gegenüber den Organen des Nachrichtenwesens zu vertreten sowie die deutsche Bevölkerung über die politischen Ziele und die Arbeit der Bundesregierung zu unterrichten. Das Bundespresseamt verfügt deshalb über keine Haushaltsmittel für die **Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Ziele und die Arbeit der Opposition.** Bei unserer Auslandsarbeit und auch im Rahmen der politischen Bildung und bei einigen anderen Projekten werden die Opposition als solche und auch ihre Ansichten naturgemäß berücksichtigt. Die Möglichkeit einer Finanzierung von Gegenanzeigen in der Öffentlichkeitsarbeit im Innern ist aber nicht vorgesehen. Derartige Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit — z. B. für die Darstellung gemeinsamer politischer Ziele und Absichten aller Bundestagsparteien — müßten, soweit dies rechtlich zulässig ist — und das ist wegen der Problematik der Parteienfinanzierung ja ein wenig umstritten — gesondert ausgewiesen und nach meiner Ansicht eventuell auch von einer anderen Stelle als dem Bundespresseamt verwaltet werden. (C)

Ich komme jetzt zu der Frage nach dem **Unterschied zwischen Information und Propaganda.** Wenn man vom Sprachgebrauch ausgeht und keine wissenschaftliche Definition versucht, dann stellt dieses Problem sich meiner Meinung nach wie folgt dar: Propaganda ist ein Mittel des politischen Kampfes. Sie ist immer gegen jemanden, gegen eine andere politische Gruppe gerichtet. Sie ist aggressiv und polemisch und arbeitet sicher auch oft mit unwahren Feststellungen. Eine solche Propaganda verbietet sich für eine Behörde, die mit Steuergeldern arbeitet, nach meiner Ansicht von selbst. (D)

Information darf im Unterschied dazu niemals gegen eine bestimmte politische Gruppe oder bestimmte politische Absichten gerichtet sein und muß — das möchte ich hier, auch im Hinblick auf die Frage, die gleich kommt, betonen — einen hohen Wahrheitsgehalt haben.

Die **Anzeigenaktionen der Bundesregierung** sind, so möchte ich es umschreiben, werbende Informationen. Sie stellen in dem von mir gemeinten Sinn keine Propaganda dar und sind nach unseren Erfahrungen ein wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, wie sie als Auftrag für das Bundespresseamt in den Vorbemerkungen zu Kap. 04 03 vorgesehen ist.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Dr. Häfele (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, sind Sie also in der Tat der Meinung, daß bei diesem Inserat vom 28. Februar, wie es wohl in den meisten Zeitungen veröffentlicht worden ist, eine reine Information der Bundesregierung vorgelegen hat und nicht etwa eine propagandistische Sympathiewerbung, ganz abgesehen davon, daß die Glaubwürdigkeit gar nicht so groß ist, etwa in der Frage der Stabilität, wenn die Propagandathese im Gegensatz zur wirklichen Lage steht?

(A) **Ahlers,** Staatssekretär, Bundespressechef: Darf ich auf diesen Ausdruck zurückzukommen, den Sie soeben selber benutzt haben, Herr Abgeordneter: das ist Sympathiewerbung, aber keine Propaganda. Ich räume gerne ein — ich habe das hier schon öfters getan —, daß Information dieser Art natürlich einen werbenden Charakter hat. Aber ich halte das nicht nur für zulässig, sondern ich halte das auch für notwendig. Denn man muß sich doch immer vor Augen halten, daß selbst eine werbende Information für die Bundesregierung einen allgemeinen informationsmäßigen Charakter hat, der zugleich der Gesamtpolitik eines Staates zugute kommt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Noch eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Häfele.

Dr. Häfele (CDU/CSU): Wenn Sie das für zulässig halten — ich will nicht bestreiten, daß man es für zulässig halten kann —, sind Sie dann nicht der Meinung, Herr Staatssekretär, daß man aus Gründen der Waffengleichheit, damit das parlamentarische System, der parlamentarische Staat funktioniert, auch die Möglichkeit schaffen müßte — sie ist heute nicht gegeben, wie Sie mit Recht ausgeführt haben —, daß für die parlamentarische Opposition — nicht für eine Partei, sondern für die parlamentarische Opposition als Institution — ähnliche finanzielle Mittel zur Verfügung stehen?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, das ist ein Gedankengang, dem ich
(B) persönlich sehr nahe stehe. Außer in Schleswig-Holstein haben wir allerdings in keinem Bundesland und auch nicht im Bund bereits jene Verfassungslage erreicht, in der ganz klar zwischen Regierung und einer, sagen wir einmal, von der Verfassung her sanktionierten Opposition getrennt wird. Sie verstehen, was ich meine. Es ist ein Problem unseres Verfassungsrechts und nicht nur der Verfassungswirklichkeit. Dennoch bin ich der Auffassung, daß man sich durchaus überlegen sollte, ob man nicht Wege zu diesem Ziel beschreiten könnte. Das würde sich sicherlich auch in der einen oder anderen Form auf die Öffentlichkeitsarbeit auswirken müssen.

Ich habe gestern abend zufällig eine Begegnung mit einer Reihe von Abgeordneten gehabt. Da haben wir auch dieses Thema besprochen. Ich weiß natürlich, daß es auch berechtigte Elemente der Kritik an diesen Anzeigenaktionen geben kann. Ich überlege mir z. B., ob man nicht die Anzeigenaktionen zeitlich so placieren sollte, daß sie mehr im Zusammenhang mit den Beratungen des Bundestages über entsprechende Projekte der Bundesregierung erscheinen als in dem Augenblick, in dem meinetwegen das Kabinett diese Dinge verabschiedet. Ich gabe zu, das ist nur ein Teilproblem des Gesamtproblems, das Sie angeschnitten haben. Eine reine Regierungsstelle wie das Bundespresseamt kann Fragen wie die Darstellung der Finanzierung der Ziele und Absichten der Opposition im Rahmen einer Öffentlichkeitsarbeit natürlich nicht allein lösen. Das müßte dann einmal im Haushaltsausschuß besprochen werden.

Vizepräsident Dr. Schmid: Sie haben noch (C) zwei Zusatzfragen, weil Sie zwei Fragen gestellt haben.

Dr. Häfele (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, nachdem Sie zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie dem Gedanken nahe stehen, eventuell auch für die parlamentarische Opposition diese Möglichkeit zu schaffen, frage ich: Würden Sie sich dafür einsetzen, daß die Bundesregierung, natürlich im Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag, weil es ja letztlich haushaltsmäßig Mittel des Deutschen Bundestages sein müßten, für diesen Zweck einen Titel einstellt?

(Abg. Wienand: Für alle Parteien!)

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Ich wäre auf jeden Fall gern bereit, diese Frage mit dem Präsidium des Bundestages und vor allem mit dem Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, das ja hier demnächst eingerichtet wird, einmal ausgiebig zu diskutieren.

Vizepräsident Dr. Schmid: Letzte Zusatzfrage!

Dr. Häfele (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, räumen Sie ein, daß es hierbei nicht um das Problem der Parteienfinanzierung, zu der das Bundesverfassungsgericht in der berühmten Entscheidung seine Meinung geäußert hat, sondern um die Frage der Waffengleichheit zwischen den Möglichkeiten der Bundesregierung und der Institution der parla- (D) mentarischen Opposition geht?

(Abg. Wienand: Nach 20 Jahren!)

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Ich räume auf jeden Fall ein, daß das Thema der Waffengleichheit berührt ist. Nach meinen, wie ich gern zugebe, unvollkommenen verfassungsrechtlichen Kenntnissen kann ich nicht einräumen, daß die Frage des Verfassungsrechts nicht berührt ist. Denn wenn Sie sich die entsprechenden Urteile, insbesondere das Haupturteil des Verfassungsgerichts zu diesem Thema, ansehen, also das Urteil, auf Grund dessen die Parteienfinanzierung beschlossen wurde, werden Sie feststellen, daß das Bundesverfassungsgericht in der Tat einen genauen Unterschied zwischen den Möglichkeiten macht, die der Regierung, und denen, die den Oppositionsparteien oder der Oppositionspartei zur Verfügung stehen. Sie kennen das berühmte Wort eines großen Verfassungsrechtlers, daß es eine „Prämie des Machtbesitzes" gibt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter Ott, eine Zusatzfrage.

Ott (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, würden Sie mir beipflichten, wenn ich behaupte, daß die Opposition in einem demokratischen Rechtsstaat der Regierungskoalition gleichwertig ist.

(Abg. Wehner: Seitdem die CDU/CSU Opposition ist!!)

Ott

(A) und daß aus dieser Gleichwertigkeit — — Ja, ja, auch wenn Sie mit dem Kopf schütteln, mein Herr da hinten auf der Regierungsbank.

(Lachen bei der SPD. — Abg. Wehner: Sie dürfen auch mit dem Kopf schütteln!)

Das steht Ihnen überhaupt nicht zu. Aber wenn Sie mit dem Kopf schütteln, muß ich Ihnen sagen: Sie scheinen sehr wenig vom demokratischen Rechtsstaat zu wissen. Denn ohne Opposition gibt es keinen demokratischen Rechtsstaat; das nebenbei.

(Zuruf von der SPD: Die Opposition redet nickend!)

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Ich habe doch gar nicht mit dem Kopf geschüttelt!

Ott (CDU/CSU): Sie nicht, aber jemand hinter Ihnen auf der Regierungsbank. Das steht diesem Herrn gar nicht zu. Er soll sich dann lieber zu Wort melden; aber das darf er hier ja nicht.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter Ott, stellen Sie bitte F r a g e n !

(Abg. Dr. Apel: Das finde ich auch! Sehr richtig!)

Halten Sie keine Plädoyers!

(B) **Ott** (CDU/CSU): Ich fahre fort. Würden Sie mir angesichts der von Ihnen vorhin getroffenen feinsinnigen Unterscheidung zwischen Propaganda und Aufklärung zustimmen, wenn ich sage, daß die Beurteilung dessen, was Propaganda und was Aufklärung ist, vollkommen subjektiv ist und die Regierung daher die Verpflichtung hätte, entweder „Volksaufklärung" oder „Propaganda" über die Inserate zu schreiben?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen schon deshalb nicht zustimmen, weil ich das in der Vergangenheit durch das Dritte Reich belastete Wort „Aufklärung" überhaupt nicht benutzt habe.

(Abg. Ott: Trotzdem ist es geschehen!)

Wir haben über den Unterschied zwischen Propaganda und Information gesprochen. Ich bedanke mich für das Kompliment, daß diese Unterscheidung „feinsinnig" gewesen sei. Dennoch glaube ich, daß es uns einfach schon die Lebensgewohnheiten oder die Lebenspraxis, in der wir uns bewegen, jederzeit ermöglichen, eine Trennung zwischen Propaganda und Information vorzunehmen, selbst wenn das gewissermaßen im dialektischen oder wissenschaftlichen Sinne nicht ohne weiteres möglich ist. Wir wissen z. B., daß auch eine bedeutende Abteilung des Vatikans „Propaganda Fidei" heißt, und damit ist sicher eine andere Form der Propaganda gemeint als diejenige, die wir von Goebbels und aus der kommunistischen Lehre kennen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Im übrigen ist es (C) Aufgabe dieser vatikanischen Kongregation, um die Verbreitung des rechten Glaubens besorgt zu sein.

(Heiterkeit.)

Sie haben noch eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

Ott (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, ich bin hier für die Propaganda des Vatikans nicht zuständig. Das wollte ich unterstreichen, damit Sie nicht falsche Vergleiche ziehen.

Mich interessiert Ihre Propanganda. Sind Sie, da feststeht, daß Sie in den letzten Monaten verschiedentlich Anzeigen gebracht haben, die sich nachher mindestens als nicht zeitgerecht richtig erwiesen haben, nicht dennoch mit mir der Meinung, daß das eigentlich Propaganda war, weil zum Zeitpunkt des Erscheinens bestimmte Dinge bereits überholt waren und nicht mehr der Information gegolten haben?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, ich glaube nicht, daß die Dinge überholt waren. Unsere Aktionen waren vielleicht etwas vorfristig. Ich würde das nicht als Propaganda bezeichnen. Die Grenze wäre bei mir erreicht, wenn man auf diese Weise Informationen verbreitete, die sich nachher als nicht zutreffend herausstellen. Das wäre auch eine Grenze, die ich, soweit man das jedenfalls in der eigenen Verantwortlichkeit verhindern kann, niemals überschreiten würde. (D)

Ich stimme Ihnen darin zu, daß Anzeigenaktionen, die gewissermaßen auch nur Elemente für berechtigte Kritik enthalten, eigentlich vermieden werden sollten und eine Behörde wie die meine dafür sorgen müßte, daß eine solche Kritik nicht möglich ist. Auf dieses Thema kommen wir sicher gleich. Insoweit stimme ich Ihnen natürlich zu. Nur, ich würde, wenn solche Fehler mal passieren sollten — bisher, glaube ich, sind sie noch nicht pasiert —, nicht sagen, das sei dann Propaganda; das war dann eben einfach ein Fehler.

Ott (CDU/CSU): Meine letzte Frage, Herr Präsident — —

(Abg. Dr. Apel: Nur e i n e Zusatzfrage! Das ist jetzt schon die dritte!)

— Sie dürfen mitunter auch mehr fragen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Es sind zwei Fragen gestellt. Also gibt es der Übung dieses Hauses nach vier Zusatzfragen, obwohl ich der Meinung bin — aber ich wollte nicht entgegen der Übung handeln —, daß die Verdoppelung der jedem zustehenden zwei Zusatzfragen bei einer gespaltenen Frage nur dem Fragesteller zusteht, während Dritte, die sich an Zusatzfragen wagen wollen, ein Recht auf die üblichen zwei haben. Aber ich will noch einmal,

(Abg. Ott: Gnade vor Recht ergehen lassen!)

Vizepräsident Dr. Schmid

(A) weil Sie vielleicht noch sehr Wesentliches beizutragen haben, Ihnen noch eine Zusatzfrage geben.

(Abg. Dr. Apel: Nein! Er hat schon zwei gehabt! — Gegenruf von der CDU/CSU: Sie kritisieren den Präsidenten!)

Ott (CDU/CSU): Herr Präsident, ich danke Ihnen, daß Sie Gnade vor Recht ergehen lassen. — Herr Staatssekretär, darf ich Sie fragen — —

(Zuruf von der SPD: Das ist die dritte Frage!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich wollte mit meiner Bemerkung nicht sagen, daß Sie der Gnade des Präsidenten bedürften; ich wollte Ihnen nur schlicht das Wort erteilen.

Ott (CDU/CSU): Ich danke Ihnen.

Herr Staatssekretär, darf ich Sie fragen: Wann werden Sie etwas unternehmen, damit die gegenwärtige Ungleichheit zwischen der Aufklärungsaktion der Bundesregierung und dem Unvermögen der Opposition, dazu Stellung zu nehmen, — —

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

— Ja, mangels finanzieller Mittel, meine Herren! Sie sitzen an den Fleischtöpfen Ägyptens und essen sich satt. — Was würden Sie unternehmen, damit diese Ungleichheit beseitigt wird, die darin besteht, daß die Regierung aus dem Steuertopf Aufklärung geben (B) kann und die Opposition als gleichberechtigter Bestandteil eines demokratischen Staates dazu nicht Stellung nehmen kann?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, ich muß — was ich immer ungern tue — hier erklären, daß das außerhalb meiner Kompetenz liegt. Auf jeden Fall aber werde ich das Thema im Haushaltsausschuß einmal zur Sprache bringen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Damit sich nicht falsche Gerüchte bilden: Ich glaube, der Abgeordnete Ott hat mit seinem Wort „Unvermögen" nicht sachliches Unvermögen gemeint, sondern lediglich finanzielles.

(Heiterkeit. — Abg. Dr. Apel: Man weiß das nicht so genau, Herr Präsident!)

Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Raffert.

Raffert (SPD): Herr Staatssekretär, wenn es Ihnen aus verfassungsrechtlichen und finanziellen Gründen nicht möglich ist, der Opposition in der Form zu helfen, wie es in den Fragen der beiden Kollegen intendiert wurde, sind Sie bereit und in der Lage, mit den Möglichkeiten Ihres Amtes dafür zu sorgen, daß wenigstens der Informationsstand der Opposition gehoben werden kann?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, wir geben uns jede Mühe, hier gewissermaßen Nachhilfeunterricht zu erteilen, wenn (C) es erforderlich ist, aber ich habe im allgemeinen festgestellt, daß der Informationsstand — —

(Abg. Dr. Klepsch: Unverschämtheit! Eine Ahlerssche Unverschämtheit! Eine Lümmelei ist das! Beleidigt die Abgeordneten der Opposition! — Weitere erregte Zurufe von der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Meine Damen und Herren, dieser Ausdruck war nicht unparlamentarisch. Er war nicht freundlich, aber er war nicht unparlamentarisch.

(Abg. Dr. Klepsch: Er gehört ja auch nicht zum Parlament! Er darf das Parlament unparlamentarisch angehen!)

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Ich habe festgestellt, daß es dessen im allgemeinen nicht bedarf. Sie haben mich nicht ausreden lassen.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Meine Damen und Herren, insbesondere in den vorderen Bänken! Die von der Regierungsbank aus Sprechenden haben dieselben Rechte wie die Abgeordneten bei der Wahl ihrer Worte und unterstehen dem Rügerecht des Präsidenten, wie das Haus überhaupt. Doch hier habe ich keinen Anlaß gesehen, eine Rüge zu erteilen; denn die gebrauchte Redewendung war nach den Gewohnheiten des Hauses nicht unparlamentarisch. Sie dürfen es mir glauben.

Hier ist noch eine Zusatzfrage. (D)

Raffert (SPD): Herr Staatssekretär, ist es aber nicht so, daß die Abgeordneten, die der Oppositionsfraktion angehören, in gleicher Weise die Fazilitäten Ihres Hauses nutzen können wie die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, etwa Nachrichtendienste usw., so daß mindestens in diesem Felde bereits eine Gleichstellung geschehen ist?

(Abg. Damm: Das ist nicht das Thema! Das hat mit der Frage nichts zu tun!)

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Das ist absolut richtig, Herr Abgeordneter, Nur, wenn ich die Fragen richtig verstanden habe, die vorhin gestellt wurden, so bezogen sich die auf eine andere Problematik, nämlich die Waffengleichheit in der Form der Verwendung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit.

(Abg. Damm: Sehr richtig! Das war Nachhilfeunterricht!)

Ich kann nur noch einmal wiederholen, daß es außerhalb der Kompetenzmöglichkeiten des Leiters des Presse- und Informationsamtes liegt, dieses Problem zu regeln.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter Dr. Gölter.

Dr. Gölter (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, wären Sie bereit, Ihre in Ihrer ersten Antwort ge-

Dr. Gölter

(A) brauchte Begriffsschöpfung „von hohem Wahrheitsgehalt" mir näher zu erläutern, mir insbesondere den Unterschied zwischen hohem Wahrheitsgehalt und Wahrheitsgehalt zu erklären?

(Abg. Wienand: Da müssen Sie Adenauer nehmen! Der kannte sogar drei! — Abg. Moersch: Die einfache, die reine und die lautere Wahrheit!)

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Der reine Wahrheitsgehalt, Herr Abgeordneter, kann dennoch of zu falschen Schlußfolgerungen führen. Mit „hohem Wahrheitsgehalt" meine ich, daß man schon Mißverständnisse antizipierende Formulierungen wählen sollte — oder sich bemühen sollte, sie so zu wählen, daß Mißverständnisse ausgeschlossen werden.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich glaube, daß wir nicht die Aufgabe und nicht die Möglichkeit haben, zu definieren — gewissermaßen urbi et orbi —, was alles Wahrheit bedeuten kann. Wir kämen sonst in die Versuchung, Anekdoten erzählen zu wollen, in denen von den verschiedenen Möglichkeiten gehandelt wird, darzulegen, was alles unter Wahrheit verstanden werden kann. Also lieber nicht!

Herr Abgeordneter Moersch!

Moersch (FDP): Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, daß sich die CDU/CSU-Fraktion auf ähnliche, fast gleichlautende Fragen der damaligen (B) FDP-Opposition strikt geweigert hat, der Opposition auch nur die Gleichheitschance in der Information einzuräumen, wie sie heute von hier gefordert wird?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Das ist richtig, Herr Abgeordneter.

(Abg. Dr. Häfele: „Die Demokratie fängt erst richtig an"! — Gegenrufe von der FDP.)

Moersch (FDP): Können Sie dann auf die Zwischenrufe der Opposition bestätigen, daß hier ein schönes Beispiel für den Fortgang der Erkenntnis durch Erfahrung vorliegt?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Jawohl, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Wörner.

Dr. Wörner (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, könnten Sie dann mit eben jener Süffisanz auch bestätigen, daß offensichtlich die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch gewisse Parteien oder das Mittragen durch gewisse Parteien ebenfalls zu Sinneswandel führen kann, wie es hier an der Haltung Ihres Koalitionspartners offenbar wird?

Vizepräsident Dr. Schmid: Meine Damen und (C) Herren, diese Frage lasse ich nicht zu, aus einem ganz einfachen Grunde: Es ist nicht Sache der Fragestunde, philosophische Begriffe zu klären oder gar geschichtliche Erfahrungen zu interpretieren und darzutun, wozu einen der Wandel der Verhältnisse bringen kann. Es muß konkret gefragt werden: Ist das geschehen, ist das nicht geschehen? Das gilt für alles und für jedes.

Die Frage ist beantwortet. Wir haben jetzt noch die Dringlichkeitsfragen des Abgeordneten Klepsch.

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich auch die beiden Fragen des Herrn Abgeordneten Klepsch gemeinsam beantworten.

(Abg. Dr. Klepsch: Einverstanden!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Dann rufe ich die Fragen 1 und 2 des Herrn Abgeordneten Dr. Klepsch auf Drucksache VI/488 auf:

Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Haushaltsplan 1970 „auch mehr Geld . . . für neue Krankenhäuser" bereitstellt, wie eine Anzeige des Bundespresseamtes mitteilt, die am Samstag, dem 28. Februar 1970, in zahlreichen großen Tageszeitungen, wie der Mainzer Allgemeinen Zeitung, erschien?

Wenn nicht, ist die Bundesregierung bereit, den richtigen Tatbestand durch eine gleiche Annoncenaktion den Lesern dieser Zeitungen mitzuteilen?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Es ist nicht richtig, Herr Abgeordneter, daß in der **Anzeige des Bundespresseamts** die Behauptung aufgestellt wird, im Haushaltsplan 1970 werde auch **mehr Geld für neue Krankenhäuser** bereitgestellt. Das Mißverständnis, um das es sich hier handelt, ergibt sich daraus, daß sich die Anzeige nicht nur mit dem Haushaltsplan für 1970 befaßt, sondern auch mit den Absichten der Bundesregierung im Rahmen ihres Reformprogramms, also im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung. Wörtlich heißt es in diesem Zusammenhang: „Darum gibt die Bundesregierung für das Reformprogramm Jahr für Jahr mehr Geld aus", und unter den dann aufgezählten Vorhaben werden auch die neuen Krankenhäuser erwähnt. (D)

Dem Presseamt ist selbstverständlich bekannt, daß im Haushaltsplan 1970 in Einzelplan 15 ein Ansatz von 24 Millionen DM für Darlehen zum Ausbau von Krankenhäusern und zusätzlich eine Verpflichtungsermächtigung von 15 Millionen DM für diesen Zweck enthalten ist. Ab 1971 aber — und darauf bezieht sich der Text der Anzeige — will die Bundesregierung durch Übernahme des Schuldendienstes auch zum Neubau von Krankenhäusern beitragen.

Im einzelnen ist folgende Progression vorgesehen: 1971 7 Millionen DM für ein Gesamtvolumen von 200 Millionen DM, 1972 35 Millionen DM Schuldendienst für ein Gesamtvolumen von 400 Millionen DM und 1973 76 Millionen DM für 466 Millionen DM. Diese Steigerungsraten zeigen, welche Bedeutung die Bundesregierung dem Neubau von Krankenhäusern in den kommenden Jahren beimißt.

Selbstverständlich wäre es unmöglich, wenn die Bundesregierung die Öffentlichkeit in Zeitungsanzeigen irrezuführen versuchte. Aber dies ist, wie

Staatssekretär Ahlers

(A) gesagt, nicht geschehen und wird auch nicht geschehen.

Um nun auf Ihre zweite Frage zu kommen, Herr Abgeordneter: Sollte sich einmal ein Fehler einschleichen, so glaube ich, daß es zugleich wirksamere und weniger aufwendige Mittel gibt, einen solchen Fehler zu korrigieren, z. B. auf einer Pressekonferenz oder in einer Fragestunde wie jetzt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Meine erste Zusatzfrage, Herr Präsident, wenn Sie gestatten. Der Text der Anzeige, der mir hier vorliegt und auf den sich meine Frage gründet, geht davon aus, daß gesagt wird: Die Bundesregierung sichert mit ihrem Haushaltsplan 1970 Stabilität, Reform und sozialen Fortschritt. Unter der Überschrift „sozialer Fortschritt" — das ist dann in drei Spalten eingerückt — kommt die Behauptung, daß auch mehr Geld für neue Krankenhäuser ausgegeben werde. Sicher ist auch in der Annonce enthalten, daß man „Jahr für Jahr" mehr tun wolle, aber aus dem Text muß der Leser den Eindruck gewinnen, daß es sich um das Jahr 1970 handelt. Ich entnehme nun Ihrer bisherigen Antwort, daß für das Jahr 1970 für neue Krankenhäuser keinerlei Mittel vorgesehen sind.

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Das ist richtig, Herr Abgeordneter.

(B) **Vizepräsident Dr. Schmid:** Zweite Zusatzfrage.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Wenn das der Fall ist, warum hat dann der amtierende Leiter des Bundespresseamts, Niebel, zunächst behauptet, daß im Haushalt 1970 mehr Geld für neue Krankenhäuser vorhanden sei?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, ich war zu diesem Zeitpunkt in London. Es tut mir leid, ich kann nicht einmal bestätigen, daß er das behauptet hat, geschweige denn, daß ich erklären könnte, warum er es behauptet hat, wenn er es behauptet hat.

Vizepräsident Dr. Schmid: Noch eine Zusatzfrage.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Habe ich nur noch eine, Herr Präsident?

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich meine das Wort „eine" nicht arithmetisch, sondern als unbestimmten Artikel.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Soll ich Ihrer letzten Antwort entnehmen, daß Sie sich mit der Frage seit Ihrer Rückkehr nicht beschäftigen konnten?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Doch, selbstverständlich, Herr Abgeordneter, ich habe nur, ehrlich gesagt, nicht mehr im Kopf, was Herr Niebel (C) — wenn Sie auf die Pressekonferenz abzielen — dort gesagt hat. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß Herr Niebel etwas gesagt hat, was nicht mit den Tatsachen übereinstimmt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Letzte Zusatzfrage.

Dr. Klepsch (CDU/CSU): Letzte Zusatzfrage: Herr Ahlers, ich entnehme Ihren Antworten, daß Sie nicht bereit sind einzuräumen, daß ein Leser, der diese Anzeige zur Kenntnis nimmt, zweifelsfrei davon ausgehen muß, daß Sie ihm für das Jahr 1970 mehr Geld für neue Krankenhäuser in Aussicht gestellt haben.

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, wenn Sie meine Antworten zu den vorherigen Fragen von Herrn Dr. Häfele genau verfolgt haben, werden Sie doch festgestellt haben, daß meine Einstellung die ist, daß auch solche Anzeigen so formuliert sein sollten, daß jedes Mißverständnis ausgeschlossen ist.

Ich räume gerne ein, daß, wenn man so genau an diesen Text herangeht, wie Sie es hier tun und mit Recht tun, die Möglichkeit eines solchen Mißverständnisses gegeben ist, obwohl, wenn man, wie gesagt, noch penibler an den Text herangeht, dieses Mißverständnis wiederum eigentlich nicht auftreten kann.

Ich kenne natürlich auch die einschlägigen presserechtlichen Urteile des Bundesgerichtshofes und (D) weiß, daß man in Artikeln und sicher auch in Anzeigen auf den flüchtigen Leser abstellen muß, und in bezug auf den flüchtigen Leser würde ich Ihnen zugeben, daß hier nicht genau genug formuliert worden ist.

Vizepräsident Dr. Schmid: Da wir uns hier schon recht akademisch unterhalten, möchte ich auch einen kleinen Beitrag leisten. Ich hätte eigentlich die letzte Zusatzfrage auch nicht zulassen dürfen, denn Sie können nicht fragen, ob die Regierung den Eindruck haben kann, daß ein Dritter einen bestimmten Eindruck vom Text einer Anzeige haben könnte.

(Abg. Dr. Klepsch: Er sollte nur sein eigenes Werk beurteilen, Herr Präsident!)

Herr Abgeordneter Schulze-Vorberg!

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, daß diese Anzeige im Prinzip gute Absichten für künftige Jahre verkündet hat, jedenfalls soweit es die Krankenhäuser betrifft, daß aber die Behauptung „Jahr für Jahr mehr Geld" tatsächlich für das Jahr 1970, also für dieses Jahr falsch ist, auch für den gründlichen Leser? Das möchte ich im Gegensatz zu Ihrer Auffassung von eben feststellen.

(Zuruf des Abg. Moersch.)

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Nein, Herr Abgeordneter, das Mißverständnis liegt darin,

Staatssekretär Ahlers

(A) daß in der Tat die Anzeige in bezug auf den Haushalt 1970 aufgerissen ist, daß sie dann aber in dem Mittelteil unter dem Stichwort „Reformen" vom Haushalt 1970 weg auf die Zielvorstellungen der Bundesregierung in bezug auf die mehrjährige Finanzplanung übergeht. Unter diesem Kapitel, wo es wörtlich heißt: „Jahr für Jahr mehr Geld", tauchen erst die neuen Krankenhäuser auf. Aber ich räume gern ein: für den flüchtigen Leser mag es so aussehen, als ob hier auch schon im Haushalt 1970 Beträge eingesetzt würden. Daher kommt dieses Mißverständnis.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage, Herr Schulze-Vorberg.

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, ich möchte gerade auch in Richtung des gründlichen Lesers fragen: Muß nicht auch er zu der Überzeugung kommen, es gäbe auch im Haushalt 1970 mehr, wenn es von Jahr zu Jahr mehr gibt? Genau das ist ja nicht der Fall.

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Nein, Herr Abgeordneter, da möchte ich sagen, daß der gründliche Leser sich das auch anders denken könnte.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Maucher.

(B) **Maucher** (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, wenn ich aus Ihren Äußerungen entnehme, daß das die einzige Anzeige dieser Art ist, durch die solche Mißverständnisse entstehen können?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, wenn Sie die Mißverständnisse auf die Vergangenheit beziehen, nein. Ich weiß, daß die Bundesregierung schon einmal eine Anfrage bezüglich einer Anzeige beantwortet hat, in der es auch um das Problem eines Mißverständnisses ging.

Maucher (CDU/CSU): Also Sie geben zu, daß es bereits bei mehreren Anzeigen Mißverständnisse gegeben hat?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Bei einer.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter Czaja, eine Zusatzfrage.

Dr. Czaja (CDU/CSU): Herr Ahlers, da Sie zugeben, daß es für den normalen Leser mißverständlich ist, frage ich Sie: Wollen Sie nicht doch wagen, den gleichen finanziellen Aufwand für die Aufklärung des Mißverständnisses bereitzustellen wie für die irrige Meldung selbst?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Nein, Herr Abgeordneter, das wäre auch schon nach dem

(C) Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht möglich. Das einzige Mißverständnis, das überhaupt aufgetaucht sein kann, kann sich nur auf das Adjektiv „neu" beziehen. Ich wüßte nicht, wie man überhaupt eine Gegenanzeigenaktion nur in bezug auf den Begriff „neu" starten sollte. Ich glaube, wenn ein solches Mißverständnis vorliegt, reicht es aus — das habe ich auch vorhin in der Antwort an Herrn Klepsch gesagt —, auf diese Frage in einer Pressekonferenz oder in einer Fragestunde einzugehen.

(Abg. Dr. Czaja: Ich hoffe, daß Ihnen das bei gutem Willen nicht schwerfallen wird!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter Niegel, eine Zusatzfrage.

Niegel (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, werden Sie aus den Erfahrungen, die Sie jetzt und mit vergangenen Anzeigen gemacht haben, die Konsequenzen ziehen, mit diesen Anzeigenaktionen künftig sehr vorsichtig umzugehen, zumal Sie zugegeben haben, daß man mit Pressekonferenzen unter Umständen mehr erreichen kann?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, das habe ich nicht zugegeben. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß eine Pressekonferenz oder eine Fragestunde ein wirksameres Mittel wäre als eine von vielen Seiten sicher nicht so beachtete Anzeige, um ein solches eventuell entstandenes Mißverständnis auszuräumen. Generell (D) muß ich sagen: Ich halte die Anzeige für ein sehr wirksames und vernünftiges Mittel der Öffentlichkeitsarbeit insgesamt, der Bundesregierung, der Parteien und anderer Verbände. Sie setzt sich auch, wie die Erfahrung zeigt, immer mehr durch.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage, Herr Damm.

Damm (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, würden Sie die Freundlichkeit haben zu erläutern, inwiefern diese Aktion informationsmäßigen Charakters, von der wir die ganze Zeit sprechen, dem gesamten Staatswesen zugute kommt, wenn doch ein nicht näher zu beziffernder Prozentsatz unserer Bürger, wie Sie ja selbst eingeräumt haben, in die irrige Vorstellung geführt werden kann, daß neue Krankenhäuser mit Mitteln des Bundes gebaut werden, während die Leute am Ende dieses Jahres aber feststellen müssen, daß diese Erwartung leider irrig gewesen ist?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, meine Bemerkung von vorhin war allgemeinerer Natur und bezog sich nicht speziell auf diese Anzeige. Ich habe in der Antwort auf die Fragen von Herrn Dr. Häfele gesagt, daß nach meiner wirklichen Überzeugung informationspolitische Maßnahmen zugleich der Hebung des Informationsniveaus und auch des politischen Engagements der Bürger am Gesamtstaat dienen, ob sie nun von der

Staatssekretär Ahlers

(A) Regierung, von Verbänden oder auch von der Opposition erfolgen. Ich bin deshalb der Auffassung, daß Öffentlichkeitsarbeit, wenn sie wirksam betrieben wird, in jeder Beziehung auch eine gesamtpolitische Bedeutung hat.

Was nun diese spezielle Anzeige angeht, glaube ich doch davon ausgehen zu können, Herr Abgeordneter, daß der Krankenhausbau in der Bundesrepublik — wobei jeder von uns weiß, daß das Schwergewicht der finanziellen Aufwendungen dafür natürlich bei den Ländern liegt — auch in den kommenden Jahren zunehmen wird und daß es legitim und richtig ist, wenn der Bürger, sei es auch nur in einer Anzeige der Bundesregierung, auf diesen Sachverhalt hingewiesen wird, von dessen Richtigkeit er sich ja in den nächsten Monaten und Jahren überzeugen kann.

Vizepräsident Dr. Schmid: Noch eine Zusatzfrage! Aber ich gebe Ihnen keine weitere mehr.

Damm (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, Sie würden also in bezug auf diese Anzeige nur wenig sehen, was dem Anspruch, sie käme dem ganzen Staatswesen zugute, tatsächlich entspräche?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, von jeder einzelnen Aktion wird man immer nur sagen können, daß sie dem Gesamtziel in einem minimalen Umfang dient. Man muß ja die Summe informationspolitischer Aktionen in (B) einem Staat und einer Gesellschaft sehen. Dann kann man mit Recht den Schluß ziehen, daß die Summe solcher Aktionen in der Tat dem Gemeinwesen auf dem Umweg über die Hebung des Informationsstandes der Bürger und ihres Interesses an den für sie bestimmten Maßnahmen zugute kommen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter Ott!

Ott (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, darf ich Sie im Hinblick auf Ihre vorigen Äußerungen wegen der Pressekonferenz um Ihre wirklichen Gründe fragen, die dagegen sprechen, daß sich die Bundesregierung der Pressekonferenz bedient und daß die Mittel, die gegenwärtig die Bundesregierung für Zeitungsanzeigen zur Aufklärung verwendet, der Opposition für Aufklärungszwecke zur Verfügung gestellt werden?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Herr Abgeordneter, umgekehrt könnte ich dann fragen, warum sich die Opposition nicht ausschließlich und häufiger der Pressekonferenz bedient. Ich glaube, die Problemlage ist verschieden. Wir haben dieses Thema hier in einer der letzten Fragestunden schon einmal erörtert, als es um das Problem der Informationslücke ging; Sie erinnern sich daran, Herr Abgeordneter.

In der Tat bin ich der Auffassung, daß die Presse überfordert ist, wenn man von ihr verlangen und erwarten würde, daß sie insgesamt und vor allem in (C) zusammenfassender Form, wie das in einer solchen Anzeige versucht wird, über alle Maßnahmen der Bundesregierung und — darauf hatte ich vorhin schon hingewiesen — über alle Maßnahmen, die letztlich das Gesamtergebnis der Bundestagsarbeit, der Arbeit der gesetzgebenden Körperschaften überhaupt, zusammenlaufen, unterrichtet.

Deshalb ist es, glaube ich, richtig, daß parallel zu der Arbeit, die zur Information der Gesamtbevölkerung über die normalen Medien geleistet wird, auch eine gezielte Information der Institution erfolgt, in dem Fall also insbesondere auch der Bundesregierung.

Vizepräsident Dr. Schmid: Sie können keine Zusatzfrage mehr stellen, Herr Ott! — Herr Moersch, auch nur eine Zusatzfrage!

Moersch (FDP): Herr Staatssekretär, sind Sie mit mir der Meinung, daß es die Effektivität der Ausgabe von Haushaltsmitteln für Anzeigen erfreulicherweise sehr erhöht, wenn diese Anzeigen in der Fragestunde durch die Opposition zur Sprache gebracht werden, wodurch der Aufmerksamkeitswert erhöht wird?

Ahlers, Staatssekretär, Bundespressechef: Es ist sicher richtig, Herr Abgeordneter, daß die Erhöhung des Aufmerksamkeitswerts immer wünschenswert ist. Ich möchte es dennoch einschränken: Es wäre nicht der Fall, wenn dadurch die Glaubwürdigkeit der Aktion Schaden erlitte. (D)

(Sehr gut! links.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Die Frage 1 des Abgeordneten Borm aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist zurückgezogen.

Wir kommen zu den Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz. Ich rufe die Frage 2 des Abgeordneten Dichgans auf:

> Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen und die zeitlichen Möglichkeiten für die Verwirklichung der Pläne, die juristische Referendarausbildung von 30 auf 21 Monate zu verkürzen?

Jahn, Bundesminister der Justiz: Zunächst die erste Frage. Eine wesentliche **Verkürzung** und Intensivierung des gegenwärtig mindestens 30 Monate dauernden **Vorbereitungsdienstes im Rahmen der juristischen Ausbildung** erscheint schon mit Rücksicht auf die ständig wachsende Zahl von Studenten und Referendaren dringend geboten.

Ich habe deshalb neben einem Entwurf für eine Experimentierklausel zur Erprobung einstufiger Ausbildungsmodelle an die beteiligten Bundes- und Landesressorts einen Entwurf zur Änderung des § 5 Abs. 3 des Deutschen Richtergesetzes übersandt, in dem eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes von 30 auf 21 Monate vorgesehen ist. Nach Eingang der Stellungnahmen, die bis zum 20. März 1970 erbeten worden sind, und nach einem Gespräch mit den an der Juristenausbildung interessierten Kreisen im April dieses Jahres soll ein Gesetzentwurf

Bundesminister Jahn

(A) meines Hauses alsbald dem Bundeskabinett vorgelegt werden.

Wann eine Änderung der Ausbildungsvorschriften in Kraft tritt, wird von dem weiteren Gang des Gesetzgebungsverfahrens abhängen. Die Chancen einer Verkürzung des Vorbereitungsdienstes lassen sich noch nicht abschließend beurteilen. Soweit ich bisher über die Auffassungen der Länder unterrichtet bin, wird von diesen eine wesentliche Verkürzung des Vorbereitungsdienstes befürwortet.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Dichgans (CDU/CSU): Herr Minister, wird die Zahl 21 voraussichtlich Widerstände hervorrufen, und wenn ja, können und wollen Sie uns etwas über die Natur und die Geographie dieser Widerstände sagen?

Jahn, Bundesminister der Justiz: Mit dem letzten Teil Ihrer Frage bin ich etwas überfordert, weil ich dann offenlegen müßte — dazu fehlen mir im Moment auch die Unterlagen —, welche unterschiedlichen Auffassungen im einzelnen geltend gemacht werden. Insgesamt kann ich aber sagen, daß die Auffassung, 21 Monate seien der richtige Zeitraum, nicht überall geteilt wird, daß es vielmehr auch Vorstellungen über einen unterschiedlich längeren Zeitraum gibt. Ich hoffe dennoch zuversichtlich, daß es gelingen wird, die von mir vertretene Auffassung, auf 21 Monate herunterzugehen, schließlich auch durchzusetzen.

(B)

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe dann die Frage 3 des Abgeordneten Dichgans auf:

> Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die finanzielle Lage der Referendare aller Fachrichtungen, von denen viele verheiratet sind und Kinder haben, entscheidend zu verbessern?

Jahn, Bundesminister der Justiz: Die finanzielle Lage der **Referendare** ist gerade in letzter Zeit erheblich verbessert worden. So wurden die Grundbeträge der **Unterhaltszuschüsse** bei den Anwärtern des höheren Dienstes mit Wirkung vom 1. April 1969 um insgesamt 30 % erhöht. Ab 1. Januar 1970 werden die Grundbeträge bei den Referendaren um weitere 29 % angehoben. Auch die Verheiratetenzuschläge werden über die allgemeine lineare Erhöhung von 8 % hinaus strukturell verbessert.

Hierdurch erhöhen sich die Gesamtbezüge bei einem verheirateten Referendar unter 26 Jahren um rund 27 % auf 974 DM. Die Unterhaltszuschüsse sind damit in verhältnismäßig kurzen Zeitabständen zweimal erheblich stärker angehoben worden, als es die für die aktiven Beamten vorgesehenen Besoldungsverbesserungen erfordern würden.

Im übrigen wird im Laufe dieses Jahres in Zusammenarbeit mit den Ländern die Frage einer grundlegenden Umgestaltung der Unterhaltszuschußverordnung geprüft werden.

Vizepräsident Dr. Schmid: Keine Zusatzfragen.

(C) Wir kommen dann zu den Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ich rufe zunächst die Frage 60 des Abgeordneten Dr. Gölter auf:

> Beharrt die Bundesregierung bei den weiteren Verhandlungen über die EWG-Weinmarktordnung auf der Auffassung, die der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anläßlich der Grünen Woche in Berlin geäußert hat, die Bundesregierung werde keiner EWG-Weinmarktordnung ohne Anbauregelung zustimmen?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Dr. Gölter, zunächst eine generelle Bemerkung. Aus Erfahrungen, die ich gesammelt habe, kann ich nur sagen: Es ist für einen Politiker immer heilsam, niemals „nie" zu sagen. Infolgedessen, so glaube ich, wäre es sehr töricht, wenn ein Bundesminister angesichts des Tatbestandes, daß er weiß, daß letzten Endes eine Zustimmung nur unter Hinzuziehung von fünf anderen Ländern möglich ist, sagt: Um keinen Preis!

Insoweit — ich nehme an, Sie haben eine Zeitung vorliegen — kann ich nicht beurteilen, was eine Zeitung über eine Pressekonferenz von mir berichtet hat. Tatsache ist allerdings, daß sich die Bundesregierung durch mich als ihren Vertreter mit Nachdruck für eine Anbauordnung und Anbauregelung eingesetzt hat, und zwar so nachhaltig, daß ich der Entschließung, der ich ansonsten zugestimmt habe, bezüglich der Anbauregelung mit Vorbehalt zugestimmt habe. Das können Sie dem Protokoll entnehmen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß ich mir in bezug auf eine endgültige **Weinmarktordnung** vorbehalte, (D) meine endgültige Zustimmung von einem befriedigenden Ausgang der Verhandlungen über eine Lösung der **Anbauregelung** abhängig zu machen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Gölter (CDU/CSU): Herr Bundesminister, teilen Sie meine Sorge, daß die Bestimmungen in Artikel 14 des Entwurfs der Marktordnung, wo es heißt, daß Beihilfen für Rebenneuanpflanzungen auch dann genehmigt werden können, wenn diese Beihilfen Weinbaugebiete betreffen, für die der Weinbau einen wesentlichen Bestandteil der landwirtschaftlichen Einkommen bildet, dazu führen könnten, daß wir uns in allernächster Zeit neben einem europäischen Butterberg, Getreideberg und Zuckerberg auch einem großen abzubauenden europäischen Weinfaß gegenübersähen?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Dr. Gölter, diese Ihre Frage ist sehr komplex. Denn wie Sie die Weinbauverhältnisse auch in der Bundesrepublik kennen, haben auch wir Interesse, daß gewisse Standorte in der Form umgepflanzt werden, daß weniger ertragreiche oder sich weniger für die Qualitätsweinerzeugung eignende Standorte mit Reben versorgt werden, die einen entsprechenden qualitätsreichen Wein bringen. Insoweit kann ich weder ja noch nein sagen. Ihre Frage zielt auf diesen Begriff der Anbauregelung nur indirekt ab. Unser Ziel muß sein, daß eine Lösung gefunden wird, die eine An-

Bundesminister Ertl

(A) bauregelung ermöglicht. Ich verhehle nicht, daß diesbezüglich in Italien große Schwierigkeiten sind. Aber der Europäische Gerichtshof hat inzwischen bezüglich des Weinbaukatasters zuungunsten Italiens entschieden. Ich glaube auch, daß dieser Gerichtsentscheid nicht ohne Auswirkung auf die endgültige Beratung der Weinmarktordnung sein wird.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Gölter (CDU/CSU): Herr Bundesminister, ist die Bundesregierung bereit, gerade in diesem Fragenkomplex besondere Sorgfalt auch gegenüber den italienischen Verhandlungspartnern walten zu lassen, wenn ich vor allen Dingen darauf hinweise, daß die Anlage des Weinbaukatasters für Italien 1961 für verbindlich erklärt worden ist, 1966 durchgeführt sein sollte, während aber die italienische Regierung sich bis heute noch nicht einmal zum Erlaß einer Durchführungsverordnung entschlossen hat?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Gölter, ich kann Ihre Frage mit einem klaren Ja beantworten. Vielleicht beruhigt es Sie, wenn ich Ihnen erkläre, daß sich die italienische Regierung über meine harte Haltung in dieser Frage beschwert hat. Vielleicht mag Sie das zufriedenstellen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage,
(B) Herr Schulze-Vorberg.

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Herr Bundesminister, im Anschluß an Ihre erste Antwort, daß man sich vielleicht nicht ganz festlegen könne oder solle: Könnte man nicht umgekehrt folgern, daß nach einer Feststellung von Ihnen hier und heute, daß für die Bundesregierung eine Anbauregelung für die Weinmarktordnung entscheidend ist, eine Festigung Ihrer eigenen Position, der Bundesregierung und damit unserer Winzer erfolgen würde?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Schulze-Vorberg, ich glaube, Ihre Frage ist schon beantwortet. Ich habe erklärt, daß ich selbst der Entschließung — mehr ist bisher nicht verabschiedet — nur unter dem Vorbehalt — er ist im Protokoll vermerkt — zugestimmt habe, bei der endgültigen Präzisierung der Weinmarktordnung auf die Anbauregelung zurückzukommen. Dabei bleibt es. Ich sehe mich außerstande, im jetzigen Zeitpunkt darüber hinaus zusätzliche Erklärungen abzugeben.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Susset (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben gerade erklärt, daß Italien über Ihre so starre Haltung beunruhigt sei. Sind Sie dann der Meinung, daß der heute in den VWD-Pressemitteilungen abgedruckte Artikel, in dem festgestellt wird, daß Italien in den letzten Verhandlungen mehr in seine Scheuern einfahren konnte als in den vergangenen (C)
Jahren, unrichtig ist?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Susset, ich bin nicht in der Lage, zu einem Artikel Stellung zu nehmen, den ich noch nicht gelesen habe, und will es auch gar nicht tun.

Vizepräsident Dr. Schmid: Keine Zusatzfrage mehr.

Ich rufe die Frage 61 des Abgeordneten Peters (Poppenbüll) auf:

> Ist der Bundesregierung bekannt, was der sogenannte Butterberg der EWG jährlich kostet?

Bitte, Herr Bundesminister.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Peters, der Bundesregierung sind die **Kosten,** die der EWG durch die **Intervention auf dem Buttermarkt** entstanden sind, bekannt. Nach einer Aufstellung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vom 16. Februar 1970 haben die Lagerung der Butter im Jahre 1969 und der verbilligte Absatz in der Gemeinschaft Gesamtkosten in Höhe von rund 1,3 Milliarden DM — gleich 355 Millionen Rechnungseinheiten — verursacht.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Minister, sind (D) in dieser Zahl ebenfalls die Verbilligungen für Ausfuhr und die Verbilligungen für den Absatz an sozial Schwache mit enthalten?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Jawohl, soweit ich informiert bin, sind die Gesamtkosten für Maßnahmen auf dem Sektor Intervention hier beinhaltet.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine weitere Zusatzfrage.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Minister, worauf führen Sie es zurück, daß in der Öffentlichkeit, vor allen Dingen in der Wirtschaftspresse durchweg viel höhere Zahlen genannt worden sind?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Peters, diese Frage bringt mich beinahe in einen Konflikt. Denn ich habe inzwischen feststellen können, daß niemand über bestehende Vorräte in der EWG absolut präzise Zahlen nennen kann, und zwar auf keinem Sektor. Schätzungen der Kommission beispielsweise lauteten, daß wir Ende letzten Jahres einen Buttervorrat von nun schätzungsweise 450 000 t haben sollten und haben müßten. In der Tat war er bei knapp 300 000 t gelegen. Schätzungen sind sicherlich notwendig und nützlich. — Wir benutzen sie ja auch bei unserem Grünen Bericht. Man kann aber Produktion und Absatz nicht immer auf den Pro-

(A) zentsatz genau berechnen. Dementsprechend ergeben sich natürlich Veränderungen.

Daher benutze ich gern die Gelegenheit Ihrer Frage, zu sagen, daß allein die Butterproduktion zwischen 1968 und 1969 um 50 000 t zurückgegangen ist, umgekehrt der Konsum um 50 000 t zugenommen hat. Das ergibt eine Differenz von 100 000 t, die man vielleicht eben statistisch nicht vorhersehen kann. Im allgemeinen kann ich feststellen, daß der Fettverbrauch in der Bundesrepublik nach wie vor ansteigend ist.

Vizepräsident Dr. Schmid: Frage 62 des Abgeordneten Peters (Poppenbüll):

Um wieviel etwa würde der Butterberg abgetragen, wenn in allen Ländern der EWG eine kostenlose Schulmilchspeisung gereicht würde, und wie teuer würde eine solche Aktion der EWG zu stehen kommen?

Bitte, Herr Minister.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Bei der **kostenlosen Abgabe** von einem Viertelliter **Schulmilch** in den EWG-Ländern an alle Schüler wäre im Jahre 1969 theoretisch der Butterbestand um rund 60 000 t und bei Einbeziehung auch der Studenten um rund 85 000 t verringert worden. Für die kostenlose Abgabe der Schulmilch an alle Schüler hätte die Gemeinschaft rund 1,06 Milliarden DM und bei Einbeziehung aller Studenten rund 1,5 Milliarden DM aufbringen müssen. Dieser Ausgabe stünde eine Einsparung von 565 Millionen DM bzw. 713 Millionen DM wegen

(B) geringerer Überschußmengen gegenüber, so daß die kostenlose Abgabe von Schulmilch in der Gemeinschaft einen zusätzlichen Mittelbedarf von rund 495 Millionen DM bzw. 787 Millionen DM erfordern würde.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage, Herr Peters.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Minister, halten Sie es für möglich, daß in der EWG eine Regelung erreicht wird, bei der sich zusätzlich zu den Mitteln zum Agrarfonds eine Beteiligung von der EWG und den Ländern — ich meine hier: den Partnerländern — herbeiführen ließe?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ich halte dies im jetzigen Zeitpunkt für unwahrscheinlich. Ich bin aber gerne bereit, die Frage erneut in Brüssel zur Sprache zu bringen. Ich habe schon das letzte Mal im Ministerrat die Gelegenheit benutzt, zu sagen, daß die Vorschläge der Kommission zur Lösung des Butterproblems mir reichlich phantasielos erschienen. Sie haben nämlich nur das eine Ziel, den Butterinterventionspreis zu senken und Magermilchpulver zu stützen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß man sowohl für die Frischmilch wie auch auf dem Butter-Käse-Sektor für Frischmilchprodukte mit mehr Phantasie größere Absatzmöglichkeiten erschließen könnte. Vielleicht könnte man dabei manche Steuergelder einsparen. Das erschiene mir notwendig. Dazu gehört sicherlich auch die Schulmilchspeisung.

(C) Allerdings will ich nicht verhehlen: wir haben bei uns in der Bundesrepublik bis jetzt relativ negative Erfahrungen gemacht, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist die Handelsspanne für Hausmeister bei anderen Getränken viel größer; daher werden andere Getränke bevorzugt. Zweitens haben wir nicht immer oder noch nicht die richtigen Automaten, die sich entsprechend bedienen lassen. Aber wir sind dabei, solche Automaten zu entwickeln. In diesem Jahr werden Testversuche unternommen, erneut in Schulen, und zwar insbesondere in einigen großstädtischen Gebieten. Ich habe erst gestern in einem Gespräch mit der CEMA darüber verhandelt und sie gebeten, man möge auch den Versuch machen, insbesondere in Kasernen durch Milchautomaten für Frischmilchabsatz zu sorgen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Rutschke (FDP): Herr Bundesminister, welche Chancen räumen Sie einer EWG-Regelung in der Form kostenloser Schulspeisungen insgesamt ein?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Wie ich bisher den Standpunkt der Kommission und auch eines Teils des Ministerrates kenne, sehr geringe, weil ich das Gefühl habe, daß man — ich bedaure das sehr — für solche Probleme noch nicht den entsprechenden Erkenntnis- oder Aufgeschlossenheitsgrad hat.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage, Herr Niegel. (D)

Niegel (CDU/CSU): Herr Bundesminister, Ihnen ist sicherlich bekannt, daß in Bayern die Schulmilchspeisung gefördert wird. Ist der Bund bereit, sich daran finanziell zu beteiligen?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege, zunächst: in Bayern ist man — mit Recht erbaut — sehr auf das föderalistische System bedacht, und die Schulmilchspeisung ist in der Tat eine Länderaufgabe. Nachdem ich in Übereinstimmung mit meinem Finanzminister andererseits feststellen muß, daß die Länderkasse zur Zeit voller ist als die Bundeskasse,

(Hört! Hört!)

könnte ich mir vorstellen, daß es eine nützliche Konjunkturbremse wäre, wenn man Länderhaushaltsmittel in Form von Schulmilchspeisung nützlichen Zwecken zuführt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Frage 63 des Abgeordneten Zebisch:

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Landwirte von den Möglichkeiten und Formen der Verbundwirtschaft und der damit verbundenen Förderung zu unterrichten sowie Zusammenschlußwillige zu beraten und zu betreuen?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Die Frage der zweckmäßigsten Formen **überbetrieblicher Kooperation** ist noch in

Bundesminister Ertl

(A) der Klärung begriffen. Das Bundesministerium für Landwirtschaft hat über die obersten Landesbehörden eine Bestandsaufnahme der bereits vorhandenen Betriebszusammenschlüsse vorgenommen, um aus den bisherigen Erfahrungen sowohl Schlüsse auf die bestmöglichen Kooperationsformen als auch auf eventuell erforderliche Änderungen des Steuer- und Gesellschaftsrechts ziehen zu können. Das Material wird zur Zeit noch vom Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft ausgewertet. Erst wenn das Ergebnis vorliegt, kann an entsprechende Initiativen und an eine Unterrichtung der Öffentlichkeit gedacht werden.

Die Beratung und Betreuung von einzelnen Zusammenschlußwilligen ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, die über einen entsprechenden Behördenunterbau nicht verfügt. Das Bundesministerium für Ernährung fördert aber bereits jetzt mit Bundesmitteln — Zinszuschüssen — solche Landwirte, die eine Beteiligung an überbetrieblichen Zusammenschlüssen, gleichgültig welcher Rechtsform, mit Fremdgeld finanzieren müssen. Voraussetzung ist, daß ein regionaler Gutachterausschuß das Vorhaben auf Grund eines Betriebsentwicklungsplans als sinnvoll und nützlich befunden hat.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Zebisch (SPD): Herr Bundesminister, sind der Bundesregierung zu meinem Fragenkomplex Modellfälle bekannt, die in anderen Staaten im EWG-
(B) Bereich bereits durchgeführt werden?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Zebisch, ich bin zur Zeit nicht in der Lage, Ihnen die Frage konkret zu beantworten. Ich werde sie in meinem Hause prüfen lassen und Ihnen schriftliche Antwort zukommen lassen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine weitere Zusatzfrage.

Zebisch (SPD): Herr Bundesminister, haben Sie bei den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland selbst nachgefragt, ob hier bereits ein Modellfall vorliegt, z. B. in Niedersachsen oder Hessen?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Zebisch, durch die zweite Frage ist meine Erinnerung wieder ein bißchen gestärkt worden. Mir ist ein Projekt in Hessen sehr wohl bekannt, ich nehme an, daß Sie dasselbe Projekt meinen wie ich. Dazu kann ich Ihnen sagen, daß wir der Kommission vorgeschlagen haben, daß auch wir es fördern wollen und daß wir diese Förderungsmaßnahmen bzw. die Entwicklung dieses Projekts dann wissenschaftlich auswerten wollen. Im übrigen habe ich Ihnen bereits in meiner Antwort auf Ihre Frage mitgeteilt, daß wir gerade dabei sind, mit den Ländern die nötigen Erfahrungen zu sammeln, um daraus dann die Schlüsse zu ziehen, sei es auf dem rechtlichen, sei es auf dem Förderungssektor.

Vizepräsident Dr. Schmid: Keine Zusatzfrage mehr. Frage 64 des Abgeordneten Dr. Hermesdorf (Schleiden): (C)

> Ist die Bundesregierung bereit, den Rechtsnachfolgern aller im Rahmen der kommunalen Neugliederung zusammengeschlossenen bisher ländlichen Gemeinden die Zinsverbilligung von Darlehen zur Finanzierung von Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung gemäß den Richtlinien des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 7. Juli 1967 nicht nur für eine Ubergangszeit von fünf Jahren zu belassen, sondern die Zinsverbilligungszuschüsse für die Zeit zu gewähren, für die sie den früher selbständigen ländlichen Gemeinden zugesagt worden sind?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Dr. Hermesdorf, soweit sich bisher selbständige ländliche Gemeinden zu einer neuen einheitlichen Gemeinde zusammenschließen, die keinen überwiegend städtischen oder gewerblichen Charakter hat, kann unabhängig von der Einwohnerzahl die ursprünglich den einzelnen ländlichen Gemeinden für Darlehen zur Finanzierung von Anlagen zur **Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung** zugesagte **Zinsverbilligung** in vollem Umfange belassen bleiben. Findet dagegen ein Anschluß an eine Gemeinde mit überwiegend städtischem oder gewerblichem Charakter statt, z. B. die Eingemeindung in eine größere Stadt, so können die bereits bewilligten Zinszuschüsse für die vorgenannten Maßnahmen den Rechtsnachfolgern nur noch für eine Übergangszeit von fünf Jahren weiter gezahlt werden. Eine längere Verbilligungsdauer ist für diesen Kreis von Begünstigten infolge dessen wesentlich verbesserter Wirtschaftskraft mit Mitteln, die der Landwirtschaft unmittelbar zugute kommen sollten, nicht zu vertreten. (D)

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Dr. Hermesdorf (Schleiden) (CDU/CSU): Herr Minister, teilen Sie meine Meinung, daß auch bei dem zuletzt von Ihnen angesprochenen Zusammenschluß die infrastrukturellen Probleme des bisher ländlichen Raumes und auch die finanziellen Schwierigkeiten unverändert fortbestehen, so daß die von Ihnen hier vorgesehene Regelung den Belangen des bisher ländlichen Raumes nicht gerecht wird, da sinnvolle kommunale Zusammenschlüsse, die oft auf freiwilliger Basis zustande gekommen sind, mit einer Verschlechterung der finanziellen Ausstattung „honoriert" werden?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Nein, ich kann diese Ihre Meinung nicht teilen, wie ich Ihnen bereits in meiner ersten Antwort mitgeteilt habe. Bei einem Anschluß einer Gemeinde an eine überwiegend städtische Gemeinde ist die Wirtschaftskraft in der Tat größer als bei einem Zusammenschluß rein ländlicher Gemeinden. Schon aus der Verantwortung meines Ressorts heraus kann ich es nicht vertreten, daß Mittel für die Landwirtschaft vorwiegend städtischen Zwecken zugeführt werden. Das würde nämlich zu einer weiteren Verzerrung meines Haushalts führen, der sowieso nicht immer in einer sehr glücklichen Optik dasteht.

(A) **Vizepräsident Dr. Schmid:** Noch eine Zusatzfrage.

Dr. Hermesdorf (Schleiden) (CDU/CSU): Herr Minister, glauben Sie, daß durch die Angliederung früher ländlicher Gemeinden an eine Stadt der bisher ländliche Raum zu einem städtischen wird? Ist Ihnen bekannt, daß die Auswirkungen dieses Ihres Erlasses vom 4. August 1969 auf die Gebührenhaushalte unerträglich sind und daß vor allem noch die Schwierigkeiten hinzukommen werden, die auf Grund der Mehrbelastung durch den Schuldendienst aus notwendigen zukünftigen Projekten mit Sicherheit erwachsen werden?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Dr. Hermesdorf, das ist wieder ein sehr differenziertes Problem. Erstens kann man das nicht global entscheiden, sondern man kann immer nur von Fall zu Fall entscheiden. Zweitens bin ich nach wie vor der Meinung, daß dann, wenn eine ländliche Gemeinde in einen städtischen Bereich eingegliedert wird, eine weitgehende Integration mit der Stadt erfolgt. Das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen. Ich stamme aus einer Vorstadtgemeinde im Raum München und konnte diesen Eingliederungsprozeß mit eigenen Augen verfolgen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

(B) **Dr. Klepsch** (CDU/CSU): Herr Minister, wie soll ich Ihre letzte Antwort mit Ihrer vorigen in Einklang bringen? In Ihrer vorigen Antwort war ja von einer globalen Festlegung die Rede, während Sie jetzt gesagt haben, man könne eine solche Frage nicht global fixieren.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Klepsch, ich will nicht in dialektische Nuancierungen verfallen. Ich wollte Ihrem Kollegen Hermesdorf entgegenkommen. Selbst wenn ich so eine Frage bejahen könnte, würde ich sie höchstens individuell bejahen, niemals global. Meine erste Antwort war global. Meine zweite Antwort war differenziert, um dem Kollegen Hermesdorf ein klein wenig entgegenzukommen. Ich wollte ihm damit sagen, daß es am Grünen Tisch oder hier im Parlament nicht leicht ist, zu solch differenzierten Problemen mit einem Satz befriedigend Stellung zu nehmen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Meine Damen und Herren, die 60 Minuten, die uns für Fragen und Antworten zur Verfügung stehen, sind vorüber.

Vereinbarungsgemäß sollten heute noch die Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung behandelt werden. Nun ist er morgen nicht da. Er ist aber bereit, diese Fragen am Freitag zu beantworten. Ich nehme an, daß das Haus damit einverstanden ist.

Ich rufe die unterbrochene dritte Beratung des Punktes 17 der Tagesordnung auf: **Wegfall des von Rentnern für ihre Krankenversicherung zu tragenden Beitrags.** (C)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Härzschel.

Härzschel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten ursprünglich vor, eine kurze Erklärung zu der dritten Lesung abzugeben. Aber die Ausführungen von Herrn Professor Schellenberg zwingen mich, einige Worte zu diesen Vorwürfen zu sagen, die so einfach nicht im Raum stehenbleiben können.

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, hier stand nicht sosehr die Sachfrage im Vordergrund, sondern es wurde die Tendenz sichtbar, die CDU/CSU einfach als unsozial und rentnerfeindlich abzustempeln. Dagegen wehren wir uns mit aller Entschiedenheit.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter, darf ich Sie kurz unterbrechen. Mir wird soeben mitgeteilt, daß der Verteidigungsminister morgen doch da sein wird. Die ihm geltenden Fragen werden also morgen beantwortet werden können.

Ich bitte um Entschuldigung für die Unterbrechung.

Härzschel (CDU/CSU): Wir haben es nicht nötig, uns immer wieder zu verteidigen; denn die Rentenreform von 1957 ist ein Werk der CDU/CSU unter einem CDU-Kanzler und einem CDU-Arbeitsminister (D) gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Schellenberg: Da waren Sie noch nicht da!)

— Trotzdem ist es so, Herr Professor. Darauf bauen Sie auf. Ehe Sie uns unsoziales Verhalten vorwerfen, müssen Sie erst einmal ein solches Werk vorweisen.

Wir haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht grundsätzlich gegen die Abschaffung des zweiprozentigen Rentnerkrankenversicherungsbeitrages sind. Es ist einfach unrichtig, wenn Sie hier behaupten, verschiedene Redner hätten das gesagt. Wir haben verschiedene Fragen gestellt, aber niemand von uns hat die Abschaffung in Frage gestellt. Was wir wollten, war Klarheit über die finanzielle Grundlage im einzelnen.

Herr Kollege Schellenberg, Sie haben einige Kollegen von uns zitiert, die da und dort eine andere Meinung geäußert hätten. Es muß doch noch erlaubt sein, über diese Fragen einmal nachzudenken und da und dort auch eine andere Meinung zu vertreten.

(Abg. Dr. Schellenberg: Ja! Ja!)

Oder wollen Sie hier nur eine sterile Meinung gelten lassen?

(Sehr gut! bei der CDU/CSU.)

Wir wehren uns gegen den Vorwurf, wir hätten vier Monate Unruhe geschaffen und seien vier Monate dagegen gewesen. Das ist einfach nicht wahr, es ist eine Verdrehung der Tatsachen. Durch wen ist denn die Unruhe gekommen? Doch dadurch, daß Sie etwas

Härzschel

(A) versprochen haben, was Sie hinterher nicht halten konnten. Von daher hat die ganze Entwicklung erst den Anfang genommen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? —

Geiger (SPD): Herr Kollege Härzschel, ist Ihnen denn nicht klar, daß schon seit **Einführung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages** Unruhe besteht, weil **in der Rezession** gerade die Rentner belastet worden sind, und später, weil die Rentner erwarten konnten, daß diese Maßnahme in der Hochkonjunktur zurückgenommen wird?

Härzschel (CDU/CSU): Herr Kollege Geiger, es ist nur verwunderlich, daß Sie das nicht früher aufgegriffen haben. Das steht weder in Ihrem Programm noch sonstwo. Es war auch in der Regierungserklärung nicht erwähnt, obwohl es doch nach ihrer Meinung so wichtig war.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine weitere Zwischenfrage? — Bitte!

Dr. Stark (Nürtingen) (CDU/CSU): Herr Kollege Härzschel, ist es nicht so, daß die Abschaffung des zweiprozentigen Rentnerbeitrages zur Krankenversicherung weder in der Regierungserklärung noch (B) sonst irgendwo vorgesehen war und daß sie lediglich die Alternative dazu war, daß man das nicht durchführen konnte, was man den Rentnern nach der Wahl versprochen hatte, nämlich zunächst 100 DM Weihnachtsgeld, dann 50 DM, dann gar nichts?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Härzschel (CDU/CSU): Genauso war es. Bei unseren kritischen Fragen stand die **finanzielle Solidität** im Vordergrund, Herr Kollege Schellenberg. Wir waren der Meinung, daß die Vorausschätzung langfristig gesichert sein muß. Wir haben uns noch vor sechs Monaten darum bemüht, die Finanzierung langfristig zu ordnen. Sechs Monate später sind plötzlich auf lange Sicht 29 Milliarden DM mehr in der Kasse. Zumindest muß man sorgfältig die Fakten prüfen, ob sie stimmen. Das darf uns hier nicht als unsoziales Verhalten ausgelegt werden. Wir wollen nicht eventuell morgen wieder vor der Tatsache stehen, daß wir den Rentnern etwas gegeben haben, was wir ihnen dann vielleicht wieder nehmen müssen.

(Abg. Wehner: Wir haben ihnen vorher etwas genommen, und jetzt geben wir es ihnen!)

— Sie waren doch dabei und haben zugestimmt!

(Abg. Wehner: Natürlich, sicher!)

Gerade aus diesem Grund, Herr Kollege Wehner, wollten wir dafür sorgen, daß diese Dinge auch langfristig gesichert sind, wenn wir jetzt etwas ändern.

(Abg. Dr. Klepsch: Sehr gut!)

(C) Wir standen mit unseren Bedenken ja nicht allein, sondern sie sind auch vom **Sozialbeirat** geteilt worden. Lesen Sie doch einmal nach, was der Sozialbeirat im einzelnen gesagt hat, vor allen Dingen auch das, was er zu der Eile erklärt hat, mit der Sie den Entwurf eingebracht haben. Sie sollten also nicht so tun, als sei nur die CDU daran schuld, daß alles so langsam gehe und die Dinge nicht schon längst erledigt worden seien. Jedermann kennt doch die Zusammenhänge. Unsere Fragen waren berechtigt, wie die Fragestunde gezeigt hat. Denn es wurde deutlich — Sie brauchen nicht zu lächeln, Herr Professor Schellenberg —,

(Abg. Wehner: Das darf er doch wohl!)

daß die Probleme vorher nicht mit der Bundesbank abgestimmt worden waren. Das ist eine Tatsache, und das mußten Sie doch zugeben, als der Entwurf eingebracht wurde. Wir sind der Meinung, daß dies alles — davon zeugt auch Ihr Entwurf — in einer Hast vorgelegt worden ist, die dem Anliegen an sich nicht gerecht wird. Schließlich mußte Ihnen der Bundesrat nachweisen, daß Sie einige beachtliche Regelungen vergessen hatten. Das beweist doch, daß Sie ihn nicht richtig durchdacht haben.

(Abg. Geiger: Was denn? Es ist doch gar nichts geändert worden!)

— Die Übergangsvorschriften!

(Abg. Dr. Schellenberg: Na ja!)

— Immerhin! Das zeigt doch, daß Sie daran nicht gedacht haben. (D)

(Abg. Dr. Klepsch: Sehr gut!)

Etwas anderes. Sie werfen uns vor, wir verträten in fünf Sprachen sechs verschiedene Meinungen. Das ist auch eine Unwahrheit. Wir haben lediglich diejenigen Probleme, die neben dem 2%igen Krankenversicherungsbeitrag anstehen, angesprochen, und das sind eine ganze Menge. Wir sind der Meinung, daß diese Anliegen in einer Gesamtkonzeption hätten dargestellt werden sollen. Diese Gesamtkonzeption haben wir ganz einfach vermißt.

(Abg. Dr. Schellenberg: Haben Sie einen Antrag gestellt?)

Es bedeutet doch nicht, daß man sechs verschiedene Meinungen hat, wenn man sagt: Hier und da und dort ist noch ein Problem, das nicht gelöst ist. Das hat doch mit der gesamten Materie etwas zu tun.

(Abg. Dr. Klepsch: Sehr gut!)

Sie selber haben in Ihrer Begründung des Entwurfs und auch in der ersten Lesung deutlich gemacht, daß es andere Probleme gibt. Ich erinnere nur daran, daß Sie das niedrige **Rentenniveau** beklagen. Herr Killat hat das auch getan. Selbstverständlich tun wir das alle. Aber wir fragen uns, wenn ein Rentner mit einer Rente von 300 DM jetzt 6 DM mehr bekommt, ob das seine Existenz entscheidend verbessert oder ob nicht zusätzlich etwas getan werden müßte.

(Abg. Dr. Klepsch: Sehr richtig!)

Härzschel

(A) Das ist doch die Frage. In der Rentenversicherung stehen eine ganze Menge anderer Probleme an, über die wir gern im Zusammenhang damit gesprochen hätten.

(Sehr richtig bei der CDU/CSU.)

Ich bedauere auch, daß Sie in Ihrer Rede den **Bundeszuschuß** überhaupt nicht erwähnt haben. Der Sozialbeirat und alle Sachverständigen haben sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß dieser Bundeszuschuß in einem engen Zusammenhang mit der Einführung des 2%igen Beitrags stand und gleichzeitig mit dem Wegfall dieses Beitrags auch wieder voll ausgewiesen werden müßte. Das alles haben Sie nicht erwähnt. Ich erinnere mich noch, wie gerade Sie früher beklagt haben, daß der Bundeszuschuß prozentual sinken würde. Rechnen Sie einmal nach, wie es damit heute unter Ihrer Regierungsverantwortung steht.

(Sehr richtig bei der CDU/CSU.)

Auch die Frage, inwieweit eine Prognose für die Zukunft möglich ist, muß sehr sorgfältig geprüft werden. Wir glauben, daß die gegenwärtige Entwicklung nicht isoliert gesehen werden kann, sondern nur eine langfristige Sicherung zu vernünftigen Ergebnissen führen wird.

(Abg. Dr. Klepsch: Das ist es!)

Sie haben so getan, als sei in der Kasse eigentlich noch eine Reserve. Dazu ist zu sagen, daß das offenbar nicht stimmt. Denn es muß doch festgehalten werden, daß die neuen **Vorausberechnungen** (B) auch nach den Aussagen der Sachverständigen und des Staatssekretärs keinerlei Reserven mehr enthalten. Ein Spielraum für weitere wichtige Vorhaben, beispielsweise für die Beseitigung von Härten in der Rentenversicherung oder für Leistungsverbesserungen, ist nicht vorhanden. Es wäre auch notwendig, im Interesse der Öffentlichkeit einmal die unterschiedliche Auffassung zwischen Herrn Minister Arendt und Herrn Staatssekretär Auerbach in dieser Frage klarzustellen.

(Sehr richtig bei der CDU/CSU.)

Der eine sagt, es sei kein Spielraum vorhanden, der andere redet draußen von möglichen weiteren Verbesserungen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Je nachdem, wo man redet!)

Das alles sind Dinge, die uns natürlich beunruhigen und über die wir Klarheit haben möchten.

Ich möchte im übrigen auch davor warnen, künftig in die Berechnungsgrundlage etwa eine größere Inflationsrate einzubauen; denn das wäre sicher nicht im Interesse der Rentner.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Eines muß noch erwähnt werden: Sie stellen die Sache so dar, als wäre das ein großartiges Geschenk der Regierung. Sie müssen doch zugeben, daß das in erster Linie von den Versicherten der Arbeiterrentenversicherung und der Angestelltenversicherung — von denen im besonderen — aufgebracht werden (C) muß und daß die Bundesregierung im Bundeshaushalt dazu nichts beiträgt.

(Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Ich habe vorhin schon gesagt: wir stimmen der Abschaffung dieses Beitrags zu,

(Abg. Dr. Schellenberg: Na also!)

und wir begrüßen es, daß dadurch die Lage der Rentner verbessert wird, besonders auch deshalb, weil die **Situation der Rentner durch** die inzwischen eingetretenen anhaltenden **Preissteigerungen** wesentlich **verschlechtert** worden ist, und das trifft in erster Linie gerade die niedrigen Einkommen.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Auch das ist ein sozialer Aspekt: Sie geben hier auf der einen Seite etwas, was Sie auf der anderen wieder nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Die Statistiken zeigen eindeutig, daß die Rentner am stärksten von diesen Preissteigerungen betroffen sind. Diese Frage muß man auch einmal von dem Gesichtspunkt her sehen, nicht nur immer allein vom sozialpolitischen Standort. Die Zusammenhänge zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik sind hier besonders deutlich. Deshalb erwarten wir auch von der Bundesregierung, daß sie hinsichtlich der Bundeszuschüsse bei der Fortschreibung ihrer mittelfristigen Finanzplanung die notwendigen Erhöhungen eventuell auch über das jetzt im Gesetz vorgesehene Ausmaß hinaus, rechtzeitig einplant. Die (D) finanzielle Basis der Rentenversicherung muß auf jeden Fall gestärkt werden, damit Beitragserhöhungen in der Zukunft vermieden werden und damit gleichzeitig ein Spielraum

(Abg. Dr. Schellenberg: Sie machen schon wieder mies!)

für die Weiterentwicklung des Rentenrechts bleibt. — Herr Professor Schellenberg, wir haben im Ausschuß wiederholt Fragen gestellt, die uns nicht beantwortet worden sind. Eine dieser Fragen war die nach den 18 Prozent. Sie haben nicht eindeutig erklärt, ob Sie über diese 18 Prozent Beitrag hinausgehen wollen oder nicht. Das scheint mir aber eine wesentliche Frage zu sein. — Bitte!

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Kollege Härzschel, ist Ihnen nicht bekannt, daß wir bei den Vorausberechnungen von den Beitragssätzen ausgegangen sind, die im letzten Jahr gesetzlich festgelegt wurden?

Härzschel (CDU/CSU): Ich frage mich dann nur, warum Sie nicht ganz offen erklären: Wir werden über die 18 Prozent nicht hinausgehen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sehr gut! Erklären Sie es doch jetzt! — Abg. Dr. Schellenberg: Wissen Sie nicht, daß es für uns selbstverständlich ist, daß wir uns an die Berechnungsgrundlagen und Beitragssätze halten?)

Härzschel

(A) — Wenn das so selbstverständlich wäre, hätten Sie sich nicht so oft danach fragen lassen, ohne eine Antwort zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD: Unverschämtheit!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Müller (Berlin) (CDU/CSU): Herr Kollege Härzschel, würden Sie nicht Herrn Schellenberg einmal fragen, ob mit der Einführung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages und zur Sicherung der Renten für die Zukunft auch der Beitrag ab 1973 auf 18 % erhöht werden muß und ob man nicht genau dieselbe Frage hätte stellen müssen, nämlich inwieweit der Beitrag dann, nachdem ein höheres Beitragsaufkommen zu verzeichnen ist, wieder gesenkt werden kann?

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Geiger: Fragen Sie auch gleich, warum im Bundeshaushalt im Jahre 1967 so wenig eingesetzt worden ist!)

Härzschel (CDU/CSU): Ich glaube, es ist deutlich geworden, daß das, was hier an Vorwürfen erhoben wird, in keiner Weise gerechtfertigt ist und stimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(B) Ich muß zum Schluß noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß wir uns dagegen wehren, hier als unsozial dargestellt zu werden. Denn wir haben in der Geschichte der Bundesrepublik in verantwortlicher Regierungsarbeit einen Sozialstaat geschaffen, der sich in Europa und in der Welt sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Trotz der Mängel der Regierungsvorlage hinsichtlich der Finanzierung und des offensichtlichen Fehlens einer Gesamtkonzeption über weitere Reformmaßnahmen stimmen wir im Interesse und zum Wohl der Rentner diesem Gesetz zu.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt (Kempten).

Schmidt (Kempten) (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn jemand erst um 15 Uhr den Saal betreten haben sollte oder vielleicht auf die Zuschauertribüne gekommen ist, müßte er den Eindruck haben, daß es sich hier um eine Debatte um die Zukunft der Rentenversicherung oder der Krankenversicherung oder sonst etwas handelt, während es doch in Wirklichkeit, meine Damen und Herren — wollen wir doch einmal die Dinge wieder auf den Teppich bringen! —, darum geht, ein Unrecht zu beseitigen, das vor zwei Jahren in diesem Hause beschlossen wurde und bei dem — das darf ich offen sagen — die Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion sehr viel

(C) Bauchweh hatten, als sie es aus Koalitionsgründen mit beschließen mußten.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Abg. Franke [Osnabrück]: Aber zugestimmt haben die Brüder!)

So sind die Dinge nun einmal. Bitte, meine Damen und Herren, lesen Sie die Protokolle von damals nach! Es wurde damals von den sozialdemokratischen Kollegen eindeutig erklärt: Sobald wir können, sobald wir die Dinge wieder im Griff haben, werden wir uns dafür einsetzen, das wieder abzuschaffen.

Wir haben damals — auch das möchte ich hier ganz eindeutig sagen — von Anfang an von dieser Manipulation nichts gehalten. — Bitte schön, Herr Kollege.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zunächst hat Herr Kollege Müller das Wort zu einer Zwischenfrage.

Müller (Berlin) (CDU/CSU): Herr Kollege Schmidt, war es denn nicht auch ein Unrecht, daß man seinerzeit mit der Einführung des Rentenkrankenversicherungsbeitrags auf Vorschlag des Herrn Abgeordneten Schellenberg den Beginn der Rente einen Monat zurückgesetzt hat und die Anrechnung des Arbeitslosengeldes auf den Rentenbezug eingeführt hat? Warum hat man das nicht beseitigt?

Schmidt (Kempten) (FDP): Herr Kollege Müller, es ist, glaube ich, nicht meine Aufgabe, die damals (D) zwischen der Großen Koalition geführten Gespräche zu analysieren. Vielleicht waren Sie damals dabei; dann wissen Sie's ja. Sie mußten sich in einigen Fragen zusammenraufen; nun schön. Aber ich weiß jedenfalls eines noch sehr deutlich — ich habe es noch im Ohr —, nämlich daß die Sprecher der SPD damals sagten: Uns gefällt dieser Rentnerkrankenversicherungsbeitrag nicht, wir werden bemüht sein, ihn bald wieder abzuschaffen. Das war auch unsere Meinung. Deshalb haben wir damals gleich nein gesagt, weil — —

Bitte schön, Herr Kollege. — Aber ich darf dann eventuell um Zeitverlängerung bitte, Herr Präsident.

Franke (Osnabrück) (CDU/CSU): Herr Kollege Schmidt, ich räume Ihnen ein, daß Sie damals dagegengestimmt haben. Darf ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir damals gemeinsam mit den Sozialdemokraten ebenfalls Bauchweh hatten. Zweitens darf ich die Frage stellen: Ist Ihnen bekannt, daß ein prominenter Kollege der Sozialdemokraten, den ich hier schon einmal zitiert habe, schwarz auf weiß von sich gegeben hat, daß er diesen zweiprozentigen Krankenversicherungsbeitrag für die Rentner eindeutig begrüßt?

Schmidt (Kempten) (FDP): Ich habe schon einmal festgestellt, daß ich die Bauchwehkrankheiten der Großen Koalition zur damaligen Zeit hier nicht analysieren möchte. Auch Sie haben sicher, im Unterbewußtsein zumindest, Bauchweh gehabt. Denn Sie

Schmidt (Kempten)

(A) haben das Ding „Rentnerkrankenversicherungsbeitrag" genannt, also einen Beitrag zur Krankenversicherung, während es in Wirklichkeit dazu diente, die Rente zu finanzieren, und eine Rentenkürzung mit einem Eingriff in das System war. Machen wir uns da gar nichts vor.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Kollege, Herr Ott möchte auch noch eine Frage stellen.

Schmidt (Kempten) (FDP): Bitte schön, Herr Kollege Ott.

Ott (CDU/CSU): Herr Kollege Schmidt, würden Sie mir widersprechen, wenn ich behaupte, daß das gemeinsame Bauchweh daher gekommen ist, daß der zu Ihrer Fraktion gehörende Bundesfinanzminister uns die Kasse in dieser Situation überlassen hat?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Schmidt (Kempten) (FDP): Herr Kollege Ott, ich kann Ihnen persönlich nicht sehr gut widersprechen, weil Sie diesem Hause noch nicht angehörten,

(Zurufe von der CDU/CSU)

als der unserer Fraktion zugehörige Finanzminister bereits sehr eindeutig in einem Brief an den damaligen Bundeskanzler — vor der Bundestagswahl

(B) 1965 — auf diese Probleme hingewiesen hat. Den Brief kennen Sie aber auch. Nur kann ich Ihnen nicht widersprechen, weil Sie damals noch nicht im Hause waren.

Nun aber wieder zur Sache. Ich habe soeben schon gesagt: das Bauchweh war berechtigt. Man sprach von Krankenversicherungsbeitrag, und es ging in die Rentenkassen. Wie das draußen beurteilt worden ist, hat ja der uns bzw. der Regierung sicher nicht besonders nahestehende „Münchner Merkur" unter dem 23. Januar 1970 in der Überschrift mit „Bonner Notlüge" bezeichnete. Es war auch nichts anderes als eine Manipulation, es war nichts anderes als ein Vertuschen der Tatsache, daß man die Renten etwas kürzen wollte, aber einen Aufhänger dafür brauchte. Das hat mein Kollege Spitzmüller damals sehr eindeutig diesem Hohen Hause vorgetragen. Daran werden Sie sich alle erinnern können. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß wir von unserer Seite alles tun werden, daß diese Frage wieder vom Tisch kommt und daß hier eine Korrektur erfolgt. Deshalb freuen wir Freien Demokraten uns, daß es gelungen ist, jetzt trotz allem Hin und Her, trotz der Tatsache, daß man sehr, sehr unterschiedliche Meinungen gehört hat, einstimmig diese Korrektur vorzunehmen. Ich glaube, es wäre gar nicht notwendig gewesen — es hat auch nicht ganz den Tatsachen entsprochen —, daß Sie, Herr Kollege Härzschel, sagen, die Vorwürfe, die der Kollege Schellenberg erhoben hat, stimmten nicht. Ich kann mich noch an die erste Lesung erinnern, an die drei Strömungen, die hier auftauchten. Ich will sie nicht noch einmal analysieren, aber wir können sie gern gemeinsam nachlesen. (C)

(Abg. Härzschel: Wer hat dagegen gesprochen?)

— Ich habe ja soeben festgestellt: die drei Strömungen, die auftauchten, die auch im Ausschuß vorhanden waren. Und ich kann mich an das „Jein" im Ausschuß vom ersten Tag der Beratungen an erinnern. Ich kann mich sehr gut an den Kollegen Ruf als ersten Ausschußsprecher Ihrer Fraktion erinnern, der zunächst einmal sagte: Wir werden dem Gesetz zustimmen, aber, aber, aber . . .! Dann kam eine lange Litanei mit allen möglichen Vorstellungen, inwieweit die Rentenversicherungen in Schwierigkeiten kommen könnten und, und, und . . .! Heute sind wir doch dabei — und darauf kommt es meines Erachtens an—, dafür zu sorgen, daß endlich — das war unser Ziel — dieser zweiprozentige Rentenabzug — ich will es mal so nennen — in Zukunft verschwindet und ab 1. Januar zurückgezahlt wird. Das, meine Damen und Herren, begrüßen wir Freien Demokraten. Wir hoffen, daß man bei all den neuen und notwendigen Überlegungen, die wir weiter anstellen werden im Bereich der Rentenversicherung — ich denke an die Frage der flexiblen Altersgrenze —, und auch bei den Überlegungen, die wir in Richtung auf eine Krankenversicherungsreform in diesem Hohen Hause anstellen müssen, nie wieder auf den Gedanken kommt, mit manipulierten Sachen zu arbeiten, sondern dann offen und ehrlich sagt: Dieses oder jenes muß aus den oder jenen Gründen geschehen, und nicht sagt: Wir nehmen dir einen Krankenversicherungsbeitrag weg, um (D) deine Rente praktisch zu verkürzen bzw. sie wieder mit zu finanzieren — was im Endeffekt durch die Zahlenentwicklung aus dem Wege geräumt ist.

Ich glaube, über diese Frage ist wirklich schon oft diskutiert worden. Lassen Sie mich daher abschließend noch einmal sagen: Wir Freien Demokraten freuen uns, daß unsere damalige Vorstellung heute die Mehrheit des Hauses gefunden hat. Wir freuen uns, daß die Sozialdemokraten, von denen ich, wie gesagt, weiß, daß sie diesen Schritt damals nicht sehr gern taten, der gleichen Meinung waren, so daß diese Bundesregierung auf Grund dessen einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hat. Wir sind Ihnen dankbar, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, daß Sie — trotz neuem Bauchweh, das mag ja sein — doch die Zustimmung gegeben haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat der Abgeordnete Schellenberg.

Dr. Schellenberg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur zwei kurze Bemerkungen.

Erstens. Die **Bundeszuschüsse** werden sich nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Finanzplan folgendermaßen entwickeln: 1969 = 10,4 Milliarden DM Bundeszuschüsse, ansteigend bis 1973 auf 14,9 Milliarden DM Bundeszuschüsse. Das ist eine gewaltige Erhöhung.

(Abg. Härzschel: Gemessen am Haushalt!)

Dr. Schellenberg

(A) Zweitens, Herr Kollege Härzschel, es ist eine böswillige Unterstellung, wenn Sie behaupten, wir hätten keine klare Aussage zu der **Höhe der Beitragssätze** gemacht. Die Beitragssätze sind durch das Dritte Rentenversicherungs-Änderungsgesetz festgelegt: ab 1. Januar 1970 17 %, ab 1. Januar 1973 18 % und es bleibt bis 1985, bis zur vollen Überwindung des Rentenberges mit bruttolohndynamischer Rente bei diesem Beitragssatz von 18 %. Das war die gemeinsame Auffassung des Hauses bei Verabschiedung des Dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes, und zu dieser Auffassung steht selbstverständlich die Sozialdemokratische Partei.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Härzschel: Warum haben Sie das nicht gleich gesagt!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat der Bundesarbeitsminister.

Arendt, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, die Diskussion neu in Gang zu setzen, sondern ich wollte nur ein paar Bemerkungen machen, Bemerkungen des Dankes an die Mitglieder des Ausschusses, die das Gesetz so schnell und zügig beraten haben, so daß wir heute schon die zweite und dritte Lesung in diesem Hohen Hause vornehmen können.

Erlauben Sie mir aber dennoch einige Bemerkungen zur Sache selbst. Diese Regierung ist unter der
(B) Devise der größeren **sozialen Gerechtigkeit** angetreten.

(Abg. Härzschel: Größere!?)

— Größere, natürlich!

Wenn Sie einmal die Vorhaben, die in den vergangenen 19 Wochen eingeleitet,

(Zuruf von der CDU/CSU: Abgebrochen!)

durchgeführt und realisiert worden sind, — —

(Zuruf von der CDU/CSU: Realisiert noch gar nicht!)

— doch, das sage ich Ihnen jetzt. Die Kriegsopferversorgung ist beispielsweise schon verabschiedet worden.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Härzschel: Die hat der Bundestag verabschiedet!)

— Natürlich hat das der Bundestag gemacht. Aber das brauchen Sie mir nicht zu erzählen, das weiß ich auch, und das wissen Sie, daß der Bundestag das macht.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

— Lassen Sie mich das einmal aufzählen. Zweitens: Wir haben die Unterhaltsbeihilfen für Umschüler erhöht und dynamisiert. Drittens: Die Regierung — das hat der Bundestag noch nicht gemacht; das macht erst der Bundesrat und dann kommt es erst in den Bundestag — hat eine Novelle zum Zweiten Vermögensbildungsgesetz vorgelegt, die eine größere soziale Gerechtigkeit beinhaltet.

Wenn Sie davon sprechen, daß wir darüber reden, eine **flexible Altersgrenze** einzuführen, dann müssen Sie den vollen Text meiner Rede lesen und nicht das, was verkürzt in der Zeitung steht. Ich habe gestern in Frankfurt vor dem Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger gesagt, daß wir verschiedene Möglichkeiten prüfen und ganz sicher am Ende dieses Jahres in der Lage sind, konkrete Vorschläge zu machen und diese Vorschläge unter dem Gesichtspunkt der größeren sozialen Gerechtigkeit zur Diskussion zu stellen. (C)

(Beifall bei der SPD.)

Lassen Sie mich zu diesem Gesetz sagen: Es fügt sich nahtlos in das Konzept der größeren sozialen Gerechtigkeit ein. Nicht nur ein roter Faden, sondern ein dickes rotes Tau läuft durch diese Maßnahmen hindurch.

Wenn Sie davon sprechen, daß wir keinen Spielraum mehr haben, dann ist, glaube ich, sowohl in den Ausschußberatungen als auch bei der Anhörung der Sachverständigen, aber auch bei dem Abstimmungskreis, deutlich geworden, daß durch die finanzielle Entwicklung bei den Rentenversicherungsträgern bei keinem Rentner draußen im Lande die Sorge aufkommen muß, daß er keine Sicherheit in der Rentenzahlung hat. Das ist sichergestellt!

(Beifall bei der SPD.)

Darauf wird diese Regierung wie dieses Hohe Haus, so nehme ich an, achten: daß keine Gefährdung der finanziellen Grundlagen eintritt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Götz? (D)

Dr. Götz (CDU/CSU): Herr Bundesarbeitsminister, Sie sprachen von der Frage, ob noch ein Spielraum vorhanden ist oder nicht. Ist Ihnen nicht bekannt, daß auch der Sozialbeirat in seiner Stellungnahme erklärt hat, daß nach den jetzigen Vorausberechnungen, die Ihr Haus im Zusammenhang mit dem Abstimmungskreis angestellt hat, trotz der als günstiger angenommenen Einnahmeentwicklung — so der Sozialbeirat — kein solcher Spielraum mehr für strukturelle Verbesserungen vorhanden ist, und daß dies auch Ihr Staatssekretär im Ausschuß erklärt hat?

Arendt, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Mir ist auch bekannt, Herr Kollege, daß der Sozialbeirat und der Abstimmungskreis unsere **finanziellen Berechnungen** als realistisch bezeichnet hat. Mir ist noch eines bekannt — wenn Sie mich schon fragen —: Als 1967 dieser Krankenversicherungsbeitrag der Rentner eingeführt wurde, war von Gesamtkonzeption überhaupt nicht die Rede; da gab es noch nicht einmal eine Vorausschau für zwei Jahre, geschweige denn für 15 Jahre. Das muß auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(A) **Dr. Schellenberg** (SPD): Herr Minister, würden Sie dem Hause mitteilen können, daß schon jetzt die tatsächlichen Einnahmen der Rentenversicherung für Ende 1969 und Anfang 1970 um über 1 Milliarde DM günstiger sind als die Zahlen, die heute der Beratung zugrunde liegen?

Arendt, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Kollege Schellenberg, da Sie es gerade gesagt haben, brauche ich es nicht mehr zu sagen; es ist so, wie Sie sagen. Deshalb würde ich sagen: Diese finanzielle Grundlage, an der wir doch alle ein Interesse haben, wird auch in der nächsten Zeit und in die nächste Zukunft hinein solide und ausreichend fundiert sein und bleiben. Aber das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, das zu tun, was unter dem Stichwort der größeren sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit zu verstehen ist. Hinsichtlich dieses Gesetzes ist zu sagen — das wissen auch Sie —, die 9,5 Millionen Rentner haben einen unverhältnismäßig hohen Beitrag dazu geleistet, daß die Staatsfinanzen im Jahre 1967 wieder in Ordnung gebracht wurden; das ist gar keine Frage.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn heute die Voraussetzungen geschaffen sind, daß wir durch den **Wegfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrags** den alten Zustand wiederherstellen, dann ist das auch unter dem Gesichtspunkt der größeren sozialen Gerechtigkeit zu verstehen.

Ich habe den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung für die zügige Behandlung (B) dieses Gesetzentwurfs zu danken. Ich kann meinerseits für die Regierung versprechen, daß wir nach der Verabschiedung durch dieses Hohe Haus und den Bundesrat alles daransetzen werden, die Auszahlung der Beträge an die Rentner recht schnell vorzunehmen, damit diese Maßnahme auch in der Praxis ihren Niederschlag findet und die Rentner in der Bundesrepublik Deutschland erkennen können, daß für sie in dieser Zeit Maßnahmen eingeleitet werden, die der größeren sozialen Sicherheit dienen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung in der dritten Beratung. Die Ausschußvorlage, wie sie in der zweiten Lesung behandelt worden ist, ist in der dritten Lesung nicht verändert worden. Wir kommen daher sofort zur Gesamtabstimmung.

Wer in dritter Beratung dem Entwurf eines Gesetzes über den Wegfall des von den Rentnern für ihre Krankenversicherung zu tragenden Beitrags zustimmen will, möge sich erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Wir haben nun noch abzustimmen über Ziffer 2 des Ausschußantrages, nach dem die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Eingaben und Petitionen für erledigt erklärt werden sollen. Ich sehe keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Punkt 5 der Tagesordnung auf: (C)

a) Beratung des Berichts der Bundesregierung über die **Lage der Landwirtschaft** gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes und **Maßnahmen der Bundesregierung** gemäß Landwirtschaftsgesetz und EWG-Anpassungsgesetz

— Drucksache VI/372 —

b) Erste Beratung des von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Nachversicherung landwirtschaftlicher Unternehmer in der gesetzlichen Rentenversicherung**

— Drucksache VI/438 —

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ritz. Seine Fraktion hat gebeten, seine Redezeit auf 45 Minuten festzusetzen; dies geschieht hiermit.

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum 15. Mal ist uns der **Grüne Bericht** der Bundesregierung vorgelegt worden, und zum 15. Mal haben wir damit Gelegenheit, wieder einmal agrarpolitische Bilanz zu ziehen und in diesem Haus auch über die agrarpolitische Zukunft zu diskutieren.

Lassen Sie mich zuvor ein Wort des **Dankes** sagen — noch nicht an den Herrn Minister, denn er ist noch gar nicht da. Mein Dank gilt den zahlreichen landwirtschaftlichen Testbetrieben, die seit vielen Jahren mit zusätzlichem Zeitaufwand die Ergebnisse ihres Betriebes exakt erstellen. Mein Dank gilt auch (D) den Beamten und Angestellten im BML, die seit Jahren diese Ergebnisse zu einem, wie ich meine, weit über die Grenzen unseres Landes hinaus beachteten agrarpolitischen Zahlen- und Kommentarwerk zusammengestellt haben. Ich meine, daß es angebracht ist, an dieser Stelle herzlich Dank zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Die **Agrarpolitik** setzt noch stärker als die Wirtschaftspolitik für den allgemeinen Bereich der Wirtschaft ökonomische, soziale und gesellschaftliche Daten, die tief hineinreichen in den Entscheidungsbereich des einzelnen Betriebes. Der einzelne Landwirt richtet sich in seinen agrarpolitischen Entscheidungen sehr stark nach den agrarpolitischen Daten; diese Entscheidungen reichen von der Planung einer Investition bis hin zur Aufgabe des Betriebes oder gar des Berufes.

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, ist es besonders notwendig, daß sich die Agrarpolitik durch ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und politischer Standfestigkeit auszeichnet, damit diese Daten für den Landwirt dann auch zur Orientierungshilfe werden können. Wie wichtig für die Wirtschaftspartner die ökonomischen Daten sind, wie sehr aber auch ein ständiges Hin und Her im Bereich von Maßnahmen, Prognosen und Voraussagen die Wirtschaftspartner verunsichern kann, haben wir leider alle hinlänglich in den letzten Wochen und Monaten erfahren müssen.

Gerade weil die Agrarpolitik, im wesentlichen geprägt durch die CDU/CSU und getragen von Mi-

Dr. Ritz

(A) nistern der CDU und CSU, von Glaubwürdigkeit und politischer Standfestigkeit getragen war, konnte sich ein Strukturwandel in der Landwirtschaft vollziehen, und zwar geräuschlos, der sicher seinesgleichen sucht. Die von Höcherl konzipierte Agrarpolitik war richtig und erfolgreich. Ich glaube, die Daten des Grünen Berichts weisen dies aus, und zwar sowohl für die nationale als auch für die europäische Agrarpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Widerspruch bei der SPD.)

Die Ergebnisse des Grünen Berichts 1970 sprechen ihre eigene Sprache. Man wird sich nicht mehr hinter Vorwürfen an frühere Regierungen verstekken können, um den eigenen, in der Regel doch sehr dürftigen Einstand zu verbergen, wenn es darum geht, über Agrarpolitik zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Baron von Wrangel: Sehr gut!)

Da ist dann von „Erbmasse" und von „Konkursverwaltung" die Rede. Nun, wer die Ergebnisse, die in diesem umfangreichen Zahlenwerk zusammengestellt sind, sorgfältig studiert, wird diese Vorwürfe nicht mehr aufrechterhalten können.

Meine Damen und Herren, Worte allein, viele auch schöne Worte, ja, auch Besuche des Bauernverbandes beim Bundeskanzler ersetzen nicht auf Dauer Politik.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

(B) Diese Erkenntnis hat inzwischen auch in einer enttäuschenden Stellungnahme des Deutschen Bauernverbandes am 18. Februar ihren Niederschlag gefunden.

Die Ergebnisse des Grünen Berichts machen für uns aber auch die ersten Erfolge des von Hermann Höcherl konzipierten Agrarprogramms sichtbar und der daraus entwickelten Komponente der regionalen Wirtschaftspolitik.

(Zuruf von der SPD.)

Trotz verbesserter Preis-Kosten-Relation — und dieses Ergebnis scheint mir bemerkenswert zu sein — ist die Zahl der ausgeschiedenen Betriebe im Wirtschaftsjahr 1968/69 nicht etwa kleiner geworden, sondern gegenüber dem Vorjahr sogar gewachsen, ein Beweis für die unmittelbar notwendige Koordination und Verzahnung von Agrarstruktur und regionaler Wirtschaftspolitik, aber auch ein Beweis dafür, daß auch relativ gute Preise keineswegs den **Strukturwandel** hemmen, sondern ebenfalls ihn sich kontinuierlich fortentwickeln lassen, worauf ich noch einzugehen habe.

Meine Damen und Herren, wir sind auch der Meinung, daß die Agrarpolitik unseres Freundes Höcherl auch auf europäischem Parkett erfolgreich war. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, daß es ihm mit seiner zähen und cleveren Verhandlungskunst in den letzten Jahren gelungen ist, die Futtergetreidepreise entsprechend vielen wissenschaftlichen Erwägungen und Untersuchungen an den Weichweizenpreis heranzuziehen und nicht eine gegenteilige Entwicklung einzuleiten. Bestrebungen dieser Art hat es gegeben und gibt es noch, (C) wie wir alle wissen.

Nun zur Würdigung der viereinhalb- bzw. fast fünfmonatigen Amtszeit unseres Bundeslandwirtschaftsministers Ertl. Herr Minister, wenn ich die Würdigung Ihrer Arbeit in einem Satz zusammenfassen sollte, so würde ich sagen: Sie bemühen sich, das Agrarprogramm Ihres Amtsvorgängers fortzuführen und haben das vor allem auch mit Ihrer Einbringungsrede getan, haben aber durch Worte und Taten die geradlinige Fortentwicklung gebremst und gehemmt. Was zu beweisen ist!

Herr Minister, Sie sind zwar nicht allein verantwortlich für die **Aufwertung,** wohl aber für die Folgen, die der Landwirtschaft aus der Aufwertung entstehen und entstanden sind.

(Zuruf von der FDP: Das ist aber gelogen!)

Wenn man berücksichtigt, daß Sie auch als Oppositionssprecher mit Ihren politischen Freunden draußen im Lande die Notwendigkeit der Aufwertung auch für die Landwirtschaft als richtig und die negativen Folgen als leicht abwendbar apostrophiert haben, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie geradezu leichtfertig in Schwierigkeiten hineingeschlittert sind.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, es kann doch gar kein Zweifel sein, daß heute die **deutsche Agrarpolitik innerhalb der EWG,** innerhalb des Ministerrats an die Wand gedrückt worden ist. Nehmen Sie doch (D) nur anstehende Preisdebatten und Preisbeschlüsse. Jeder Vorschlag in Richtung einer Preissenkung kann natürlich von den Franzosen sehr viel leichter akzeptiert und aufgefangen werden als von uns, die wir durch die Aufwertung ohnehin um 8,5 % zurückgeworfen sind.

Das Zweite; auch darüber ist in der Vergangenheit hier noch gar nicht gesprochen worden. Ohne die Konsequenzen voll werten zu können, muß doch gesagt werden: Was wird eigentlich nach der Übergangszeit, nach dem Wegfall der Ausgleichsmaßnahmen? Zumindest im nominalen Preisniveau hängen wir dann um rund 20 % gegenüber den Franzosen zurück. Ich glaube, es ist an der Zeit, sich über diese Fragen Gedanken zu machen. Denn es ist offensichtlich abzusehen, daß die Währungs- und Wirtschaftsunion nicht in den nächsten vier Jahren Wirklichkeit wird, sondern noch acht oder zehn Jahre auf sich warten lassen wird.

Aber, Herr Minister, wir haben auch Fragen an Sie zu den **Ausgleichsmodalitäten** selbst. Am 9. Februar ist in diesem Haus ein Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der FDP angenommen worden — übrigens mit den Stimmen auch der Opposition —, in dem die Bundesregierung ersucht wird, zu prüfen, ob bestimmten Betriebs- und Unternehmensformen der Landwirtschaft, vor allem solchen mit einer relativ starken Veredelungswirtschaft, nicht Nachteile aus diesem Gesetz entstehen. Es geht dabei vor allem um die Frage der Abgrenzung im Bewertungsgesetz zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben und hier wieder

Dr. Ritz

(A) vor allem um leistungsfähige mittelbäuerliche Betriebe, die durch ein hohes Maß an innerer Aufstockung — entsprechend vieler Empfehlungen übrigens — nun doch eine Grenze gesetzt bekommen haben, die im Hinblick auf die 3 %-Regelung über die Mehrwertsteuer für sie von allergrößter Bedeutung ist. Wir haben bis heute, Herr Minister, von Ihnen noch keine Antwort auf diesen Entschließungsantrag gehört.

Der Herr Kollege Dr. Schmidt hat damals in der Debatte gesagt, damit kämen die Dinge nun in Ordnung. Wo bleibt die Antwort, wo bleibt die Stellungnahme der Regierung?

(Zuruf von der CDU/CSU: Er darf nicht!)

Oder, Herr Minister Ertl, sollte möglicherweise Ihre Stellungnahme, Ihre Antwort blockiert sein durch ein Versprechen, das Sie der niederländischen Regierung gegeben haben sollen — ich betone: sollen —, wonach eine Änderung in der **Abgrenzung zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben** nicht vorgenommen werden darf für den Bereich dieser 3 %-Regelung? Herr Minister — ich sage noch einmal „wenn das so wäre", ich will es nicht unterstellen, aber ich muß hier fragen —, wenn das so wäre, würden Sie damit nicht geradezu einen wesentlichen Fortschritt in der Landwirtschaft auf vier Jahre verhindern, gerade in jenen Betriebsgrößen und Typen, die mit Sicherheit auch morgen leistungsfähige Vollerwerbsbetriebe sein werden? Hierauf brauchen wir heute eine Antwort. Wir müssen alles verhindern, was einen Zustand zementiert,
(B) der viele Betriebe vom technisch-betriebswissenschaftlichen Fortschritt ausschließen würde.

Ein Wort zur Verteilung der 920 Millionen! Bis heute liegt zwar kein Gesetz vor, aber noch früh genug, nämlich gestern, ist uns immerhin bekanntgeworden, daß nun die Kabinettsvorlage fertig ist. Sie haben ja auch in Ihrer Einbringungsrede darauf verwiesen, daß mit der **Auszahlung der Gelder** bis zur Mitte des Jahres zu rechnen ist. Nun, Herr Minister, die Frage ist natürlich auch, wieweit die vorgesehenen 1,7 Milliarden überhaupt dem hohen Anspruch noch gerecht werden, der Landwirtschaft einen **Verlustausgleich** zu gewähren, ob überhaupt noch alle Grundlagen dieser Berechnung des Ausgleichs stimmen. Ich denke hier z. B. an die Kostenentwicklung, die ja sicher nicht den erhofften Verlauf — den von Ihnen und uns erhofften Verlauf — genommen hat. Sie haben auch in den vergangenen Wochen häufiger — zumindest erinnere ich mich, es zweimal gelesen zu haben — auf die Möglichkeit hingewiesen, daß den Betrieben, die auf Grund von Buchführungsergebnissen einen höheren Verlust nachweisen, auch dieser Verlust entsprechend ausgeglichen werden solle. Nun lesen wir heute — wir müssen uns auf Zeitungslektüre beschränken —, daß davon Abstand genommen wird wegen verwaltungstechnischer Schwierigkeiten. Ich muß Ihnen sagen: verwaltungstechnische Schwierigkeiten sehe ich keine, möglicherweise aber natürlich finanztechnische. Denn in der Tat würde eine solche Regelung möglicherweise den Ansatz wesentlich sprengen.

(C) Herr Minister, ein weiteres Wort zur Frage des Verlustausgleichs. Sie haben am 19. Februar 1970 hier von diesem Platz aus gesagt — ich zitiere, Herr Präsident —:

> Ich möchte sie

— die 920 Millionen DM —

> aus vielerlei Gründen ... gern im Einzelplan 10 behalten, weil ich damit ein echtes Instrument meiner Agrarpolitik habe.

Sie weisen dann auf den Verlustausgleichscharakter dieser Mittel hin und fahren wörtlich fort:

> Sie

— die Bundesregierung —

> versteht sie

— die 920 Millionen —

> aber auch als einen Teil einer möglichen Variante in der Agrarpolitik.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

Herr Minister, ich glaube, dieser Satz muß hier heute interpretiert werden.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Uns scheint er nicht vereinbar mit Intention und Wortlaut des Gesetzes.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Denn was anders könnte er andeuten, als daß man diese Mittel möglicherweise für andere Maßnahmen abzweigen wolle? Hierauf muß heute hier Antwort gegeben werden. (D)

Meine Damen und Herren, ein Wort zur Agrarfinanzierung. Sie, aber auch die Minister Möller und Schiller, haben wiederholt den Versuch gemacht, die Regelung über die **europäische Agrarfinanzierung** als einen großen Erfolg der Bundesregierung hinzustellen. Niemand von uns zweifelt daran, daß wir einen angemessenen Beitrag zu leisten haben. Aber ich glaube, unser Kollege Wagner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein Ergebnis ab 1975 von 36 bis 38 % wirklich nicht dazu angetan ist, auf Erfolgseuphorie zu machen,

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

sondern daß es uns sehr schwerfällt, zu den sich abzeichnenden Belastungen unser Jawort zu geben. Aber auf diese Dinge müssen wir im einzelnen noch zu sprechen kommen; diese Regelung bedarf ja der Zustimmung dieses Hauses.

Herr Minister, Sie stehen zur Zeit vor schwierigen **preispolitischen Verhandlungen in Brüssel**. Im Gegensatz zu FDP-Oppositionszeiten wollen wir Sie heute nicht auf einen hundertstel Pfennig bei der Preisfestsetzung festlegen. Wir wollen Sie auch nicht zu einer Politik des leeren Stuhls ermuntern, wenn Ihre Vorstellungen nicht voll durchsetzbar sind. Aber wir können uns des Eindrucks doch nicht erwehren, daß in dieser Frage zur Zeit in dieser Regierung ein Spiel mit gezinkten Karten stattfindet.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zuruf von der SPD: Pfui!)

Dr. Ritz

(A) — Meine Damen und Herren, wie anders wollen Sie es denn erklären, daß der Herr Bundesminister immer wieder mit Nachdruck darauf verweist, daß es für die Deutschen nicht zumutbar ist, mit den Preisen, etwa bei Weichweizen, herunterzugehen, während fast gleichzeitig der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium in der Tagesschau am 7. März

(Zuruf des Abg. Wienand)

im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Außenministerrates, im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen sagt: „Wir hoffen, daß das Preisniveau bis dahin niedriger sein wird,

(Abg. Wienand: Wer hofft das nicht?)

woran wir ja jetzt arbeiten." — Ach, Sie hoffen das auch, Herr Kollege Wienand? Aha!

(Zurufe von der SPD.)

— Nein, nein, es ging um das Erzeugerpreisniveau, Herr Kollege Wienand, daran ist in diesem Zusammenhang gar kein Zweifel.

(Dr. Stark [Nürtingen]: Das eine ist für die Bauern, und das andere ist für die Öffentlichkeit!)

Meine Damen und Herren, das geht eben nicht. Man kann in der Frage des Erzeugerpreisniveaus nicht vor Landwirten immer sagen: „Wir sind für hohe Preise" und dann, wenn man bei anderen Gruppen ist, sagen: „Wir sind für niedrige Preise."

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zuruf von der SPD.)

(B) Das ist doch der Punkt, und dazu muß hier und heute klipp und klar etwas gesagt werden. Ich bin der Meinung, hier sind so gravierende Widersprüche in den Aussagen,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

daß wir vom Bundeskanzler auch erwarten, daß er ein klärendes Wort in seiner Regierung spricht und für Klarheit sorgt.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zuruf von der CDU/CSU: Kann er nicht!)

Das ist nämlich das, was viele Landwirte draußen unsicher macht, unsicher bis in ihre betrieblichen Planungen und Entscheidungen hinein. Deshalb muß diese Ungewißheit beseitigt werden.

Herr Minister Ertl, hier in diesem Hause ist zwar schon der Haushalt Ihres Ressorts kurz debattiert worden. Aber da gerade im Einzelplan 10 am deutlichsten wird, wie die geradlinige Fortentwicklung der Agrarpolitik gebremst wird, scheint es mir unbedingt notwendig, auch an dieser Stelle ein Wort zu sagen; und zwar gebremst nicht nur im Hinblick auf einzelne Titel, sondern gebremst im Hinblick auf die gesamte Konzeption.

Einzelne Punkte möchte ich hier herausgreifen. Ich bin neugierig, wann die Landwirtschaftsämter diesmal die **Richtlinien für Investitionsförderung** bekommen. Wahrscheinlich, wenn das Haushaltsjahr zu Ende geht! Aber es wird wieder regiert, und zwar kraftvoll!

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer [Tübingen].)

(C) — Das war nun nicht meine Formulierung, Herr Kollege Schäfer, sondern das stammt von Herrn Kollegen Ertl und ist in diesem Hause in einer Sitzung am 16. März 1967, in einer Debatte zum gleichen Thema wie heute gefallen.

Es gibt nur einen entscheidenden Unterschied. Damals mögen die Richtlinien spät gekommen sein, aber sie kamen. Damals war vor allem Geld da, nämlich 110 Millionen DM. In diesem Jahr sind aber weder Richtlinien noch Geld da. Man muß sich natürlich fragen, ob es notwendig ist, für die 10 Millionen DM im Rahmen der Aktion 70 und die 20 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen noch Superminirichtlinien zu schaffen.

Herr Minister Ertl, die Länge der entsprechenden Passage in Ihrer Einbringungsrede bezüglich Investitionshilfe und einzelbetrieblicher Förderung steht nun in der Tat in umgekehrtem Verhältnis zu dem Mittelansatz.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Wie ist es mit der Regierungserklärung? Da wurde doch mehr versprochen!)

— Darauf kommen wir noch.

(Abg. Wienand: Wieso umgekehrt?)

— Lieber Herr Wienand, ich will es Ihnen gerne erklären. Die Erklärung war sehr lang, aber die Mittel sind, wenn Sie so wollen, sehr kurz. Ich denke vor allem an die Positionen vor dem Komma.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Große Worte, kleine Taten!)

(D) Herr Bundesminister, Sie haben in Ihrer Einbringungsrede vor allem die Bedeutung der **Zinsverbilligung** herausgestellt. Auch wir messen der Zinsverbilligung eine hohe Bedeutung zu, fragen uns allerdings, ob es sinnvoll ist, etwa auf die Investitionshilfe zu verzichten, wenn wir gleichzeitig sehen, daß sich z. B. die Investitionsförderung im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung — bis zu 25 % der Investitionssumme — hervorragend bewährt, und wenn wir gleichzeitig sehen, daß natürlich bei einem Wegfall dieser Investitionshilfen die kreditmäßige Belastung der Betriebe in einem ungeheuren Maße strapaziert würde.

Herr Minister, ein Blick auf die Förderungsmittel insgesamt zerstört die **Legende von einem optimalen Haushaltsvolumen.** Ich nenne einige Zahlen: Verbesserung der Agrarstruktur minus 65 Millionen DM,

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

Modernisierung der betrieblichen Ausstattung minus 71 Millionen DM,

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

landwirtschaftliche Sozialpolitik minus 48 Millionen DM,

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Rationalisierung der Vermarktung minus 77 Millionen DM, Verbesserung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung minus 172 Millionen DM. Darunter nun, meine Damen und Herren,

Dr. Ritz

(A) findet sich ein Plus von 920 Millionen DM für den **Aufwertungsausgleich.**

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist der rote Faden!)

Verehrter Herr Minister, wir meinen nach wie vor, daß die 920 Millionen DM in den Einzelplan 60 eingestellt werden sollten. Sie sind ja anderer Meinung; es ist aber geradezu eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn man sie unter der Position „Verbesserung der Einkommenslage" etatisiert.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Rawe: Das sind so die schönen Tricks!)

Herr Minister, das ist Augenauswischerei und Ihrer doch immer auf Wahrheit und Klarheit angelegten politischen Konzeption nicht würdig. Das muß weg aus dieser Position.

(Abg. Saxowski: EWG-Anpassungsgesetz und Getreidepreisausgleich! — Weiterer Zuruf von der SPD: Dazu kann er nichts sagen, da weiß er nichts! — Zuruf von der CDU/CSU: Das nach dieser Regierungserklärung!)

— Stellen Sie Zwischenfragen; ich werde mich gar nicht schwer tun, Kollege Saxowski, Ihnen dann eine Antwort zu geben. Aber ich lasse mich nicht aus dem Konzept bringen.

(Zuruf von der SPD.)

— Natürlich kommt das alles noch, Kollege Schmidt.

(B) Meine Damen und Herren, auch wir halten eine bessere Koordinierung von Agrarstruktur, Infrastruktur und regionaler Wirtschaftsförderung für notwendig. Der Herr Minister hat diese Notwendigkeit in der Einbringungsrede unterstrichen. Wir stimmen dem zu. Herr Minister, allerdings verliert diese Aussage natürlich in hohem Maße an Glaubwürdigkeit, wenn gleichzeitig die Mittelansätze für jene Programme, die sich seit mehr als zehn Jahren bemühen, genau dieses Ziel zu erreichen, entsprechend gekürzt werden. Ich denke an die Regionalprogramme Nord, Emsland, aber auch an die Programme für die von der Natur benachteiligten Gebiete.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(Vorsitz: Vizepräsident Frau Funcke.)

Also in der Tendenz, in Ihrem Wollen haben Sie unsere Unterstützung; das muß man dann allerdings auch finanziell entsprechend zum Ausdruck bringen.

Sie haben in der Einbringungsrede der **Sozialpolitik im landwirtschaftlichen Bereich** einen hohen Rang eingeräumt. Auch hier können wir nur zustimmen. Das gilt sowohl für jene, die auch in Zukunft Vollerwerbslandwirte sein werden, wie für jene, die im Zuge des Strukturwandels nicht mehr in der Landwirtschaft tätig sein werden. Dieser Priorität allerdings wird weder der Haushalt 1970 noch die mittelfristige Finanzplanung gerecht. Gerade im sozialpolitischen Bereich müssen wir uns endlich daran gewöhnen, meine Damen und Herren, (C) daß es ohne wesentliche Erhöhung der öffentlichen Mittel keine Ergebnisse geben kann.

(Abg. Struve: Sehr richtig!)

Man kann der Landwirtschaft nicht ständig empfehlen, sich den strukturellen Veränderungen anzupassen — so steht es im Agrarprogramm —, und gleichzeitig die notwendigen, auch sozialpolitischen, Konsequenzen daraus nicht ziehen wollen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik kann man nicht husten wollen und gleichzeitig das Mehl im Mund behalten. Das ist einfach unvereinbar. Hier muß man unter Umständen klotzen, weil es anders nicht geht.

Herr Minister, noch ein Wort zum **Haushalt.** Sie feiern die angeblich zusätzlichen 389 Millionen DM als Erfolg Ihrer Politik. Dabei wird oft der Eindruck zu erwecken versucht — ich will nicht gerade sagen, nur von Ihnen, aber z. B. auch in dem grünen Blättchen „Agrarpolitischer Rundbrief der Freien Demokratischen Partei"; ich kann mich nur wundern, wer noch glaubt, was darin steht —, als handle es sich bei diesen 389 Millionen DM um eine Summe, die zusätzlich zum Haushalt 1969 gegeben wird. Davon kann natürlich keine Rede sein. Es handelt sich lediglich um eine Aufstockung der in der alten mittelfristigen Finanzplanung für 1970 vorgesehenen Mittel. Wir wissen doch alle — das sollte auch in den anderen Fraktionen respektiert werden —, daß sowohl der damalige Bundesfinanzminister wie der damalige Landwirtschaftsminister wie der damalige Bundeskanzler, Herr Strauß, Herr Höcherl und Herr Kiesinger, übereinstimmend davon ausgegangen sind, daß bei der Fortschreibung der mittelfrisitgen Finanzplanung sowohl im Hinblick auf die (D) EWG-Finanzierung wie auch im Hinblick auf die nationale Agrarpolitik eine wesentliche Anhebung der Mittelansätze erforderlich ist. Es war die Rede von 500 Millionen DM. Der amtierende Bundesfinanzminister, Herr Möller, hat hier noch während der Aussprache zur Regierungserklärung keinen Zweifel daran gelassen, daß er sogar die Einstellung von zusätzlichen 530 Millionen DM für absolut erforderlich hält. Hier kann man also wohl nicht von einem großen Erfolg sprechen.

Meine Damen und Herren, ich weiß natürlich sehr gut, daß wir alle in diesem Haus, Regierung und Parlament, Koalition und Opposition, gleichermaßen vor dem Zwang stehen, einen konjunkturgerechten Haushalt zu erstellen. Das Konjunkturbild in Regionen und Sektoren weicht natürlich wesentlich von den Globalwerten der Konjunktur ab. Es kann gar kein Zweifel sein, daß strukturverbessernde Maßnahmen in regional schwachen Räumen nicht die Konjunktur stimulieren, sondern sie eher positiv ausbalancieren. Diesen Haushalt haben wir auch unter dieser Perspektive der gesamtkonjunkturellen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung einzelner Regionen und Sektoren zu würdigen, und da kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Einzelplan 10 trotz des Zwanges, beim Haushalt konjunkturgerecht zu verfahren, nicht den Anforderungen gerecht wird. Wann wollen wir denn Strukturpolitik — jetzt im weitesten Sinne: Agrarstruktur- und regionale Wirtschaftsstrukturpolitik — treiben, wenn nicht im Zeichen der Hochkonjunktur? Im Zei-

Dr. Ritz

(A) chen der Rezession ist natürlich kein Geld da. Wir müssen also in der Hochkonjunktur für eine sinnvolle Ausbalancierung des Gesamtkonjunkturbildes Sorge tragen.

Damit bin ich schon bei dem **Strukturwandel,** meine Damen und Herren. Der Agrarpolitik der Vergangenheit wird häufig der Vorwurf gemacht — nicht von Ihnen, Herr Minister, aber etwa im Jahresgutachten der Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, leider aber auch vom Herrn Kollegen Schonhofen in diesem Hause am 26. Februar 1970 —, sie sei nur konservierend und auf die Erhaltung überkommener Strukturen ausgerichtet gewesen.

(Abg. Saxowski: Stimmt ja auch!)

Meine Damen und Herren, wir weisen diesen Vorwurf auch hier und heute noch einmal in aller Schärfe zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD: Das stimmt doch! — Ihr habt doch nichts gemacht!)

Nehmen Sie bitte alle selbst die Grünen Berichte zur Hand! Studieren Sie die Zahlen über die Verminderung der Betriebe! Studieren Sie die Zahlen über die gewandelten Existenzformen der Betriebe zueinander!

(Zurufe von der SPD.)

Studieren Sie die Zahlen über die Abwanderung der
(B) landwirtschaftlichen Arbeitskräfte! Hierbei handelt es sich um eine Bewegung von mehr als zwei Millionen Menschen in einem Zeitraum von nicht einmal 20 Jahren.

(Abg. Saxowski: Was haben Sie vorher dafür getan? — Weitere anhaltende Zurufe von der SPD.)

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sprechen eine deutliche Sprache und werden keineswegs dem Vorwurf gerecht, daß der Strukturwandel nicht gefördert, sondern die Strukturen nur einseitig verfestigt worden seien.

Der Landwirtschaft ist in den letzten 15 Jahren ein die Grenzen des sozial Tragbaren vielfach überschreitendes Maß an Anpassung abverlangt worden, das von ihr auch geleistet wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dafür gebührt vor allem den Betroffenen Dank, zumal wenn man bedenkt, daß sich dieser Strukturwandel vor einer breiten Öffentlichkeit lautlos vollzogen hat. Wir werten diese Entwicklung aber auch als Zeichen einer guten Politik. Auch wir wissen, daß sich der Strukturwandel fortsetzt und fortsetzen muß. Aber — und dabei bleiben wir trotz aller Prognosen, trotz aller Pläne —: Er wird sich nur dann ökonomisch und sozial verantwortbar fortsetzen können, wenn es uns in gleichem Maße gelingt, im ländlichen Raum, in der gewerblich-industriellen Struktur und in der Infrastruktur hinreichend Alternativen bereitzustellen. Das war das Ziel unserer Politik, und es sollte auch in Zukunft (C) das Ziel unserer Politik bleiben.

(Abg. Dr. Schmidt [Gellersen]: Im letzten Jahr! — Weitere Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang und oft von den gleichen Personen und Personengruppen wird immer wieder der Vorschlag gemacht, man solle doch endlich durch eine drastische **Preissenkungspolitik** den Strukturwandel beschleunigen und kanalisieren. Nur aus falscher Rücksichtnahme habe die offizielle Politik von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Wir sind diesen Weg nicht gegangen, weil wir keinen Mut gehabt hätten, auch nicht nur, weil wir diesen Weg sozial und ökonomisch nicht für zumutbar gehalten hätten, sondern weil wir ihn strukturpolitisch für falsch gehalten haben. Sehr viele Wissenschaftler im In- und Ausland kommen zu dem Ergebnis, daß gerade im Hinblick auf den gewünschten Strukturwandel auch der Preispolitik — darüber besteht kein Zweifel — eine wichtige Bedeutung zuerkannt werden muß. Ich möchte mich auf ein Zitat der Professoren Weinschenk und Meinhold beschränken. Diese haben gesagt:

> Aus der Sicht der Strukturpolitik gibt es eine obere und eine untere Preisgrenze, deren Beachtung Voraussetzung für die Fortsetzung des Strukturwandels ist. Die obere Grenze wird durch die Notwendigkeit bestimmt, einen Abwanderungsanreiz für kleinere Größenklassen aufrechtzuerhalten, die untere Grenze ist dadurch gegeben, daß in den mittleren und größeren Betrieben eine hinreichende Liquidität zur Finanzierung der im Strukturwandel unerläßlichen Investitionen erhalten bleiben muß. In der Bundesrepublik ist die untere Preisgrenze bereits erreicht oder gar unterschritten. (D)

Dieses Buch wurde im Jahre 1968/69 verlegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben sehr dankbar registriert, daß gerade Herr Minister Ertl preispolitischen Vorstellungen, wie sie auch im Jahresgutachten enthalten sind, hier eine klare Absage erteilt hat und auch überall dort erteilt, wo er über Agrarpolitik spricht. Wir hätten allerdings erwartet, daß die Dinge auch im Jahreswirtschaftsbericht, auf den ich gleich noch zu sprechen komme, anders dargestellt worden wären.

Die strukturpolitisch negative Folge einer solchen Politik des massiven Preisdrucks wäre zweifelsohne die, daß gerade die leistungsfähigen, auf Rentabilität angewiesenen Betriebe aus der Produktion heraus müßten, während in den Kleinst- und Nebenerwerbsbetrieben, wo Rentabilitätsgesichtspunkte eine untergeordnete Rolle spielen, die Produktion möglicherweise nicht nur stagnieren, sondern sogar noch angereizt würde. Wir würden also strukturpolitisch genau den negativen Effekt durch eine solche Politik erzielen.

In diesem Zusammenhang — meine Damen und Herren, ich meine, das gehört in eine solche Debatte hinein — müssen wir uns auch mit dem Vorwurf auseinandersetzen — das ist jetzt alles nicht an den

Dr. Ritz

(A) Bundesminister gerichtet, aber doch an die Diskussion in der breiten Öffentlichkeit —, daß die **Agrarpreispolitik** in den letzten Jahren **auf dem Rücken der Verbraucher** ausgetragen worden sei. Meine Damen und Herren, diesen Vorwurf wird und kann nur der erheben, der etwa das Agrarpreisniveau innerhalb der EWG mit dem Weltmarktpreisniveau vergleicht. Wer aber weiß, daß der Weltagrarmarkt schon lange zu einem Dschungel der Manipulation, der versteckten und offenen Interventionen geworden ist, wird uns sicher recht geben, wenn wir feststellen, daß diese Vergleiche einfach nicht möglich sind. Vergleicht man hingegen die Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel im Verlauf des letzten Jahrzehnts, so haben wir ein völlig anderes Bild. Dann stellen wir nämlich fest, daß trotz qualitativ wesentlich besserer Ernährung die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel des privaten Haushalts von 43 % im Jahre 1952 auf 34 % im Jahre 68/69 gesunken sind. Wenn Sie die Genußmittelpreise wegnehmen, kommen Sie auf einen Satz von 28 bis 29 %.

Meine Damen und Herren! In dem Zusammenhang spielen allerdings auch eine wesentliche Rolle die **Anteile des Erzeugerpreises im Verbraucherpreis.** Wir wissen doch seit langem, daß im Durchschnitt nur noch 50 % des Erzeugerpreises im Verbraucherpreis enthalten sind. Wir wissen, daß z. B. bei den Mehlprodukten dieser Anteil nur 25 % beträgt und daß damit natürlich Senkungen auf der Erzeugerpreisstufe nicht entsprechend auf die Verbraucherpreisstufe durchschlagen. Wir alle hier

(B) haben das sehr leidvoll in den vergangenen Wochen im Zuge der Aufwertung erfahren müssen. Ich glaube, hier haben sich sonst auch wirtschaftspolitisch sehr kluge Leute doch sehr geirrt. Ich darf nur daran erinnern, daß auch Herr Schiller dem Irrglauben erlegen war, daß nicht zuletzt die Aufwertung zu einem wesentlichen Sinken der Nahrungsmittelpreise führen würde.

Herr Bundesminister Ertl hat gestern sehr zu Recht, glaube ich, dargestellt, daß die Erzeugerpreise von Dezember auf Januar um 3,5 % gefallen sind, während die Verbraucherpreise um 1,4 oder 1,5 % gestiegen sind. Das Böse daran ist nur, daß sowohl die Bauern wie die Hausfrauen die Gelackmeierten dieses Schillerschen Irrglaubens geworden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Kiep: Wie so viele andere!)

Herr Minister, wir hätten allerdings von Ihnen erwartet, daß Sie klar, begründet und entschieden die entsprechenden Vorstellung im Jahreswirtschaftsbericht zurückgewiesen hätten. Von Ihnen, dem Landwirtschaftsminister der FDP, durften wir das um so mehr erhoffen, als wahrscheinlich ja auch Sie verantwortlich zeichnen für das Zehn-Punkte-Agrarprogramm der FDP, in dem es z. B. unter Punkt 3 heißt:

> Eine auf die Kostendeckung ausgerichtete aktive Erzeugerpreispolitik ist nach wie vor das Kernstück landwirtschaftlicher Einkommenspolitik.

(Abg. Baron von Wrangel: Das ist der grüne Klecks in der roten Landschaft!)

> Zur Durchsetzung höherer Erzeugerpreise erwartet die FDP eine härtere Verhandlungsführung der Bundesregierung im Ministerrat der EWG. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich kann nur sagen: à la bonne heure! Landgraf, werde hart! Das ist heute an Sie selbst gerichtet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Das ist nicht leicht. Wir wollen hier keineswegs die Schwierigkeiten verniedlichen.

(Abg. Peters [Poppenbüll]: Sie denken wohl an Ihre eigene Erfahrung!)

— Ach was, Herr Peters, machen Sie sich nur keine Sorgen!

In den entsprechenden Passagen des Jahreswirtschaftsberichts, Herr Minister — das soll hier noch kurz gesagt werden —, haben offensichtlich nicht Sie die Feder geführt, auch nicht Ihr Haus, sondern das Wirtschaftsministerium. Wie anders wäre sonst wohl ein Satz entstanden wie dieser — und ich möchte Sie fragen, Herr Minister, ob Sie diesem Satz zustimmen —:

> Für den Landwirt dürfte es zweitrangig sein, ob sich das wirtschafts- und sozialpolitisch notwendige Einkommen aus überhöhten Preisen auf Kosten des Verbrauchers oder aus niedrigen Preisen zu Lasten des öffentlichen Haushalts herleitet.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Staatsrentner!)

> Die Anpassung der Preispolitik an die Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf den einzelnen Märkten kann nur behutsam erfolgen und muß von Maßnahmen der Struktur- und Sozialpolitik begleitet sein. (D)

Ich habe bewußt so lang zitiert, damit man mir nicht den Vorwurf macht, ich hätte das Zitat aus dem Zusammenhang gerissen.

Immerhin bleibt zu fragen: Herr Minister, glauben auch Sie, daß es dem Landwirt zweitrangig oder egal ist, ob er sein Einkommen über den Markt oder über öffentliche Mittel erwirtschaftet, gerade dem tüchtigen, durch ständige Leistungsverbesserung die Zukunft gewinnenden Landwirt? Glauben Sie wirklich, daß die derzeitigen Preise zu Lasten des Verbrauchers überhöht sind? Auch darauf sollten Sie hier und heute eine deutliche Antwort geben, weil das für die agrarpolitische Diskussion und für die gesamte Bewußtseinsbildung und Willensbildung der bäuerlichen Bevölkerung von größter Bedeutung ist.

Sie haben, Herr Minister — auch das muß ich in diesem Zusammenhang sagen — teilweise in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, einmal auch im Ausschuß — nicht konkret, aber doch immerhin andeutungsweise —, daß man sich vorstellen könne, daß das englische Agrarsystem, das **englische Stützungssystem** auch auf die **EWG** übertragen werden könne. Herr Minister, wir würden hier zumindest zu mehr Vorsicht raten. Der Selbstversorgungsgrad der EWG, und zwar mit oder ohne Großbritannien, ist so hoch, daß damit Finanzprobleme auf uns zukom-

Dr. Ritz

(A) men, die im Vergleich zu dem, was wir jetzt haben, noch größere Belastungen, noch größere Schwierigkeiten auf uns alle zubringen würden.

Auch wir wissen, Herr Minister, wie eng der Spielraum für Sie ist, bei den Überschußprodukten eine preispolitische Linie zu vertreten, die der in unserem Antrag niedergelegten entspricht. Doch meinen wir, daß nicht zuletzt die Folgen der Aufwertung uns dazu zwingen, Sie zu bitten, dafür zu sorgen, daß alles unterbleibt, was zu einer auch nur geringfügigen Senkung des deutschen Erzeugerpreisniveaus führen könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Hier sind die Landwirte ohnehin hinlänglich getroffen.

Ich muß noch einen Satz aus dem Jahreswirtschaftsbericht zitieren, der mir für die Zukunftsentwicklung nicht unwichtig zu sein scheint. Dort steht folgender Satz, den wir für bedenklich halten:

> Der Anteil der Drittlandlieferungen am Verbrauch in der Gemeinschaft sollte aufrechterhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, dieser Satz, so hingestellt, könnte natürlich den Eindruck erwecken, als käme es jetzt darauf an, die expandierenden Kräfte der Agrarwirtschaft in Europa zu drosseln zugunsten anderer Agrarwirtschaften in anderen Bereichen der Welt. Wir wollen gar nicht die Problematik verkennen, die mit den ganzen Handelsströmen verbunden ist. Nur, eine so einseitige Willenserklärung (B) der Bundesregierung scheint uns doch in hohem Grade bedenklich zu sein. Denn hier liegen Probleme, die nur durch weltweite Verhandlungen überhaupt angepackt und eines Tages gelöst werden können.

Meine Damen und Herren, ein Wort zur **Marktpolitik.** Wir freuen uns, daß Sie das Marktstrukturund Absatzfondsgesetz als moderne Instrumentarien der Marktpolitik begrüßen.

(Abg. Marquardt: Das haben Sie lange genug verzögert!)

Wir freuen uns, daß Sie diese Erkenntnis gewonnen haben. Denn wir erinnern uns, daß Sie mit Ihren Freunden dem Fondsgesetz damals Ihre Zustimmung glaubten verweigern zu müssen. Auch wir meinen, daß es nun darauf ankommt, diese Instrumente zu nutzen, sowohl über die CEMA als auch über die Erzeugergemeinschaften im Hinblick auf die Produktionsorganisation innerhalb der Landwirtschaft.

(Abg. Dr. Schmidt [Gellersen]: Große Einigkeit!)

— Ich bedanke mich.

Ein Wort zu den **Betriebs- und Unternehmensformen.** Wir freuen uns, daß Sie in der Interpretation Ihrer Modellberechnung nicht irgendwelchen Schrumpfungseuphorien erlegen sind. Es gibt eben nicht d a s Modell, das es gilt, in Zukunft betriebswirtschaftlich anzustreben. Die Praxis hat schon heute vielgestaltige Betriebs- und Unternehmensformen entwickelt, so daß jedes Optieren für eine Form sicher falsch wäre. Wir müssen hier den freien Kräften, die in der landwirtschaftlichen Unternehmensinitiative liegen, vollen Spielraum lassen. (C) Daß in dieser Entwicklung verschiedene Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle spielen, wissen wir alle. Sie entsprechend zu fördern, auch die entsprechenden gesetzgeberischen Konsequenzen zu ziehen, ist notwendig. Wir werden Sie hierbei unterstützen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Der Grüne Bericht 1970 ist ein Dokument, das sichtbar macht, daß der jetzigen Bundesregierung ein im ganzen positives Erbe hinterlassen worden ist. Durch Fakten und Signale in den letzten viereinhalb Monaten stehen wir allerdings in der Gefahr, positive Entwicklungen der letzten Jahre zu hemmen. Die CDU/CSU-Fraktion wird stets bereit sein, an der Lösung schwerwiegender wichtiger Aufgaben im Bereich der Landwirtschaft mitzuhelfen, wenn sie davon überzeugt ist, daß die Dinge, die Sie uns vorschlagen, richtig und notwendig sind. Wenn Sie mit Ihren Initiativen zeitlich zu lange in Verzug bleiben, werden wir von uns aus die notwendigen parlamentarischen Initiativen entwickeln, um auch aus unserer Verantwortung als Opposition das zu tun, was wir dem Wohle unserer Landwirtschaft, dem Wohle unserer Gesellschaft schuldig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Helms.

Helms (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! (D) Wenn ich die Worte meines Herrn Vorredners recht wäge — und ich tue das als Neuling in diesem Hohen Hause —, dann meine ich doch über lange Zeit sehr viele Mängel in dieser Agrarpolitik gefunden zu haben. Die Verantwortlichen in dieser Zeit sind doch nicht bei der jetzigen Regierung zu suchen, und es ist eigentlich nicht möglich, diese Dinge in einem halben Jahr weiterzuentwickeln oder zu reparieren.

(Abg. Baron von Wrangel: Was soll denn da repariert werden?)

Ich habe eigentlich keine echten Vorschläge gehört, sondern nur Kritik. Man sollte hier aber auch echte Vorschläge bringen.

Ich meine, daß in der Agrarpolitik der letzten Jahre nicht alles in Ordnung war. Wir sollten andere Schwerpunkte, andere Tendenzen setzen und müssen dabei auch die Vergangenheit — gerade die jüngste Vergangenheit — mit berücksichtigen. Die Opposition kann sicher ein Lied von der Agrarpolitik und von den Verhandlungen in der EWG singen.

Meine Damen und Herren, der Grüne Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft, den Herr Minister Ertl vor 14 Tagen dem Hohen Hause vorgelegt hat, findet in der agrarpolitisch interessierten Öffentlichkeit aus mehreren Gründen besondere Beachtung, wie überhaupt die agrarpolitischen Fragen während der kurzen Amtszeit dieser Bundesregierung einen ganz besonderen Rang gehabt haben. Wir Freien Demokraten meinen, daß dies seine Berechtigung hat, nicht nur weil dieser

Helms

(A) 15. Grüne Bericht an der Schwelle der vielberufenen 70er Jahre erfolgt und in Verbindung mit der programmatischen Einbringungsrede von Herrn Minister Ertl eine Grundlage für das agrarpolitische Konzept des nächsten Jahrzehnts darstellt, sondern weil damit **zum erstenmal** eine **grundsätzliche agrarpolitische Aussage einer sozialliberalen Regierung** erfolgt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das ist nach unserer Auffassung ein Markstein, der auch von der Opposition — daran zweifle ich nicht — als solcher empfunden werden dürfte. Die Einbringungsrede des Herrn Ministers hat einen Tendenzwandel deutlich gemacht und erkennen lassen. Allen Unkenrufen aus interessierten Kreisen zum Trotz hat mit der Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition der prophezeite Interessenausverkauf der deutschen Landwirtschaft nicht stattgefunden.

(Zuruf von der SPD: Im Gegenteil!)

Alle, die das trotz langer Erfahrung mit den landwirtschaftsfreundlichen Auswirkungen der FDP-Beteiligung in früheren Regierungen jemals ernsthaft geglaubt haben sollten, dürften durch die unmißverständliche **Regierungserklärung** des Herrn Bundeskanzlers Brandt eines anderen und Besseren belehrt worden sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Es heißt dort u. a.:

(B) Wir halten es ... für unausweichlich, der Landwirtschaft bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten zu helfen. Sie soll sich zu einem gleichrangigen Teil unserer modernen Volkswirtschaft entwickeln, der an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in vollem Umfang teilnimmt.

Das ist ein deutliches und gutes Wort, das nicht nur bei den Bauern draußen wie ein warmer Landregen nach den Zeiten der Trockenheit der Großen Koalitoin gewirkt hat.

Sie erinnern sich, meine Damen und Herren, daß der Bundeskanzler der Großen Koalition, der ja bekanntlich der Fraktion der CDU/CSU angehört, in seiner Regierungserklärung der Landwirtschaft kein einziges Wort gewidmet hat. Der Standpunkt der jetzigen Bundesregierung dürfte auch bei den Agrarpolitikern der CDU/CSU seine Wirkung sicher nicht verfehlt haben.

Wie Sie wissen, ist diese Bundesregierung inzwischen nicht bei Absichtserklärungen stehengeblieben. Sie ist gleich voll ins Geschäft eingestiegen.

(Lachen und Zurufe bei der CDU/CSU.)

Wir meinen, daß ihre Ergebnisse, die teilweise unter schwierigsten europäischen Verhältnissen zustande gekommen sind, sehr respektabel sind. Es ist in der Debatte schon darauf eingegangen worden, und es wird sicherlich noch darauf eingegangen werden. Ich will es mir und Ihnen deshalb aus zeitlichen Gründen versagen, die **positive Bilanz** noch einmal insgesamt darzustellen. Aber ich erinnere daran, daß erstens ein voller Aufwertungsverlustausgleich erreicht worden ist, (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie lange?)

daß zweitens eine Korrektur der katastrophalen Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung der alten Regierung erfolgt ist und daß drittens die haushaltsmäßige Globalhaftung aufgehoben worden ist.

Ich will mich jetzt nur darauf beschränken, Herrn Minister Ertl und den anderen Herren des Kabinetts für ihren couragierten Einsatz in Brüssel namens meiner Fraktion herzlichsten Dank zu sagen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich will mich nun einigen Aspekten des Grünen Berichts und der gemeinsamen Agrarpolitik zuwenden.

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, daß anders als im vorjährigen Grünen Bericht bei der Darstellung der sogenannten **äußeren Disparität** in der Vergleichsrechnung nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes der Abstand zwischen dem erzielten Betriebseinkommen und der Summe der Vergleichsansätze wieder in Prozentzahlen ausgedrückt ist. Eine Verbesserung sehen wir in der Einteilung des Bundesgebietes nach drei Größenklassen. Durch diese Neuerung wird in die sogenannte **innere Disparität** mehr Transparenz gebracht und den Landwirten und der Öffentlichkeit der enge Zusammenhang von Bodennutzungssystem, Betriebsorganisation, Betriebsgrößen und Einkommenssituation vor Augen geführt.

Der Herr Bundeskanzler hat in der zitierten Passage der Regierungserklärung von den **Schwierigkeiten** gesprochen, von denen die deutsche Landwirtschaft durch die **vorzeitige Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes** betroffen ist. Ich erinnere daran, daß der EWG-Vertrag 1957 auch aus Sorge um die nachteiligen Folgen für die bundesdeutsche Landwirtschaft nicht die Zustimmung der FDP gefunden hat. Es ist inzwischen wohl klargeworden, wie berechtigt diese Vorbehalte gewesen sind. Nun müssen wir von den geschaffenen und vorgefundenen Tatsachen ausgehen und mit ihnen fertig werden und versuchen, dort auszubessern und zu entwickeln, wo das möglich ist. Der Agrarbereich steht heute einsam an der Spitze der EWG-Integration und gilt als markanter Faktor und Katalysator für den Fortgang der europäischen Einigung. Er bedarf — das sage ich nach den Erfahrungen insbesondere des letzten Jahres mit aller Deutlichkeit — der fundamentalen Absicherung durch Fortschritte bei der **Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitiken** der Partnerländer. (D)

Ich bin in Prophetie nicht sonderlich begabt, aber angesichts der fortgesetzten auseinanderlaufenden Preisentwicklung und der miteinander kaum zu vereinbarenden konjunkturpolitischen Vorstellungen der Partnerländer und nach Äußerungen aus berufenem Munde in diesem Hohen Hause in der letzten Zeit fällt es mir leicht, die große Wahrscheinlichkeit neuer Paritätsveränderungen der Währungen vorauszusagen. Die Währungszeitbombe tickt also wieder. Die deutschen Bauern werden kein Verständnis dafür haben, fortgesetzt die Hauptbetroffenen von

Helms

(A) Integrationsdefiziten im Wirtschafts- und Währungsbereich zu sein. Wir meinen, daß sie ein Recht auf frühzeitige Entschärfung dieser Zeitbombe haben.

Wir sind nicht völlig sicher, ob der inzwischen von Herrn Minister Schiller in Brüssel präsentierte Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion auf die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Agrarpolitik hinreichend abgestellt ist. Für die Gespräche und Verhandlungen innerhalb der EWG ist dieser Plan sicher ein realistischer und fortschrittlicher Vorschlag. Nur ist der Stufenplan mit dem Zeitablauf von zehn Jahren für die Landwirtschaft zu langfristig angelegt. Er bietet uns zu wenig Gewähr dafür, daß künftig fundamentale Währungsungleichgewichte verhindert werden, wie überhaupt die bisherigen verschiedenen Ansätze für eine Wirtschafts- und Währungsharmonisierung und die Reaktionen einiger Partnerländer darauf nicht gerade umwerfende Beweise gesteigerten Elans zur fortschreitenden Einigung sind.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, auch weiterhin ohne Angst vor der eigenen Courage in Brüssel zu verhandeln und den Partnern die Unausweichlichkeit von Konsequenzen für den gemeinsamen Agrarmarkt und seine Finanzierung vor Augen zu führen, wenn substantielle Fortschritte bei der Harmonisierung nicht bald eintreten.

Meine Damen und Herren, wir Freien Demokraten sehen nicht ein, warum — wie durch Außenminister Schuman geschehen — nur ein Junktim zwischen der (B) Ratifizierung der EWG-Agrarfinanzverordnung und dem Eintritt in eine aktive entscheidende Phase der Erweiterungsverhandlungen mit Großbritannien hergestellt werden soll. Vielmehr empfehlen wir der Bundesregierung, partnerschaftliches Interesse an und Bereitschaft zu einer Harmonisierung durch Erwägung eines **Junktims** von Agrarfinanzierungsratifizierung und echten Fortschritten bei der Angleichung der Wirtschafts- und Währungspolitik wachzuhalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, für den Fall der Wiederholung der Vorkommnisse des letzten Jahres rechtzeitig Konzeptionen und Pläne zu entwickeln, die geeignet sind, das Unterlaufen der Agrarpreise zu verhindern, und nötigenfalls auch eine Abschlachtaktion der Heiligen Kuh „Rechnungseinheit" ins Auge zu fassen.

Meine Damen und Herren, es ist nach Auffassung meiner Fraktion nicht nur über den mangelnden Integrationsstand innerhalb der allgemeinen Währungs- und Wirtschaftspolitik Klage zu führen, sondern es muß auch ein kritisches Wort über den unzureichenden Integrationsstand in dem gemeinsamen Agrarsektor selbst gesagt werden. Ich meine die leidigen **Wettbewerbsverzerrungen.** Nach unserer Auffassung darf sich die Gemeinschaft nicht in gemeinsamen Preisen und einheitlichen Märkten erschöpfen. Vielmehr fordern wir im Interesse einer wahren Gemeinschaft die allseitige Vollendung der Agrarintegration. Das gilt vor allem für den Bereich der Sozialpolitik, in dem, vor allem durch das hohe französische Niveau bedingt, noch immer ein erhebliches Gefälle besteht. Wir halten eine **Angleichung des nationalen agrarsozialen Niveaus an den französischen Standard** in absehbarer Zeit für unerläßlich. Auch in anderen Bereichen sollten die deutschen Landwirte nicht schlechter gestellt werden als ihre Berufskollegen in den Partnerländern. In diesem Zusammenhang erneuern wir den Vorschlag einer Harmonisierung der den bäuerlichen Betrieb belastenden Steuern in der EWG. (C)

Wir begrüßen, daß sich die Bundesregierung dem alten Problem der **Gasölverbilligung** zuwendet. Es soll erreicht werden, daß die Landwirte unbürokratisch Zoll- oder Berechtigungsscheine zum Bezug von Gasöl erhalten.

Wir bitten die Bundesregierung, innerhalb der nächsten sechs Monate dem Bundestag eine Bestandsaufnahme der in der EWG bestehenden Wettbewerbsungleichheiten vorzulegen und daraus eine Konzeption zum Abbau dieser Verzerrungen zu entwickeln.

Minister Ertl hat in seiner Einbringungsrede betont, daß infolge der Haager Gipfelkonferenz und des Endes der Übergangszeit künftighin der Grundsatz der **finanziellen Solidarität** der Partnerstaaten gelte. Die Freien Demokraten stehen positiv zu den getroffenen Finanzregelungen und sind der Auffassung, daß ein günstigeres Verhandlungsergebnis nicht zu erreichen gewesen wäre.

Angesichts der hinlänglich bekannten Überschußsituation und des respektablen deutschen Anteils an der Finanzierung des Agrarfonds glauben wir, daß man in Zukunft in Brüssel verstärkt Vorkehrungen dafür treffen sollte, daß in der Debatte um die Ausweitung des Produktionsvolumens vermehrt solidarische Gesichtspunkte zur Geltung gebracht werden. (D) Das sollte nach unserer Auffassung darauf hinauslaufen, daß solche nationalen, die gemeinsame Kasse direkt oder indirekt belastenden Projekte, wie z. B. die niederländische Neulandgewinnung oder die Ausweitung der französischen Anbauflächen und die Produktionsankurbelung im Veredelungssektor, rechtzeitig auf den Tisch des Ministerrats gebracht werden.

Als letzten Komplex von europäischer Dimension möchte ich mich der **gemeinsamen Preispolitik** zuwenden. Die Regierungserklärung sagt — die Haltung der Regierung ist hier erfreulich klar —: „Bei den notwendigen Strukturverbesserungen der Landwirtschaft muß vermieden werden, daß eine Politik des Preisdrucks betrieben wird." Minister Ertl hat diesen Standpunkt mit unmißverständlicher Deutlichkeit hier und andernorts vertreten. Dies ist auch die Haltung der Fraktion der Freien Demokraten. Wir sind nicht nur der Meinung, daß die gemeinsamen Agrarmärkte nicht über die von der Brüsseler Kommission vorgeschlagenen Preissenkungen unter Kontrolle gebracht werden können, sondern daß sogar partielle Preisanhebungen das adäquate kurzfristige Mittel sind, um die überbordenden Märkte zu entlasten.

Bei **Getreide** votieren wir — nicht nur, weil eine neuerliche Getreidepreissenkung für die deutsche Landwirtschaft nicht tragbar ist — für eine Veränderung der Preisrelation von Brotgetreide zu Futter-

Helms

(A) getreide zugunsten einer spürbaren Anhebung des Futtergetreides und für eine EWG-weite Beimischungsvorschrift von Getreide zu Mischfutter.

Das **Zucker**problem erscheint uns am ehesten lösbar durch die Verringerung von Produktionsgrundquoten — eine Lösung, die auch im Einklang stünde mit der alten Forderung unserer Fraktion nach Mengenbeschränkungen. Die Erzeugerbeteiligung lehnen wir ab.

Das **Milch**problem ist das dringendste. Das zeigt auch der Grüne Bericht. Danach liegt die höchste Disparität bei den Futterbaubetrieben mit EWG-Modellgröße über 50 ha. Eine Verwirklichung der Preisvorschläge der Brüsseler Kommission würde den Ruin gerade dieser Betriebe zur Folge haben. Wir haben den ebenfalls mengenregulierenden Vorschlag des Zentralausschusses der deutschen Landwirtschaft, der das interessante Instrument handelbarer Lieferrechte vorsieht, geprüft und halten ihn für einen guten Diskussionsbeitrag, sofern er Verwirklichung findet unter Berücksichtigung einer Regionalisierung zugunsten der reinen Grünlandgebiete.

Außerdem halten wir die Vorschläge, die Herr Minister Ertl am 3. März dem Agrarrat in Brüssel unterbreitet hat und die etwas von der alleinigen Konzentrierung auf den Butterinterventionspreis wegführen, für gut und brauchbar. Unabhängig von diesen Erwägungen sollte die Bundesregierung im Interesse verstärkter Absatzförderung das **kostenlose Schulmilchfrühstück** in der EWG bewirken. Dazu gehört auch eine weitere Differenzierung des
(B) Milchangebots zugunsten nicht entrahmter Frischmilch.

Wir glauben, daß durch die Verwirklichung dieser Vorschläge der explosive Druck aus dem gemeinsamen Produktionskessel abgelassen würde. Wir Freien Demokraten sind davon überzeugt, daß langfristig eine Bewältigung der Überschuß- und Einkommensproblematik nur durch eine ebenso konsequente wie systematische **Einbeziehung der Landwirtschaft in eine wachsende Gesamtwirtschaft** erreicht werden kann. Wir stehen also unverändert zu einer aktiven Preispolitik. Dazu ist allerdings die Forcierung des Strukturwandels auch in den Partnerstaaten komplementär notwendig.

Der Grüne Bericht enthält gegenüber seinen Vorgängern ein weiteres wesentliches neues Element. Er ist nicht mehr nur ein vergangenheitsbezogener Rechenschaftsbericht, sondern er entnimmt aus der Tendenz der bisherigen Entwicklung Anhaltspunkte für die Zukunft der Agrarpolitik. Bevor ich mich den strukturpolitischen Fragen, die das **Projektionsmodell bis 1980** aufwirft, zuwende, möchte ich zunächst einige Anmerkungen zu den einkommenspolitischen Prämissen der Modellrechnung machen. Danach soll sich der relative Einkommensabstand zwischen den in der Landwirtschaft Tätigen und den Erwerbstätigen in den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht ändern. Es wird in diesem Modell von einer weiter bestehenden Disparität ausgegangen.

Nun zu den angeführten Preishypothesen. Die eine Preisannahme, die für die Landwirtschaft allein akzeptabel ist, geht von einem jährlichen nominellen Preisanstieg von ca. 2 % aus und unterstellt weiter, daß sich das allgemeine Preisniveau genauso entwickelt. (C) Angesichts der derzeitigen Preisentwicklung muß diese allgemeine Preisniveauhypothese unseres Erachtens allzu optimistisch genannt werden. Es ist nämlich ziemlich sicher anzunehmen, daß die tatsächliche Entwicklung die gemachte Hypothese in der Höhe übertrifft. Deshalb erheben wir Freien Demokraten die Mindestforderung für die langfristige Agrarpolitik, daß sich die Entwicklung des Agrarpreisniveaus streng an der Zunahme des allgemeinen Preisniveaus orientiert, damit real eine Konstanz der Agrarpreise gegeben bleibt.

Die durch diese Regierung dankenswerterweise eingeführte Beteiligung der Vertreter der Landwirtschaft an der Konzertierten Aktion bleibt nach unserer Auffassung nur dann sinnvoll, wenn in ihren Beratungen der Grundsatz einer **Konstanz des realen Agrarpreisniveaus** als Essential der Landwirtschaft oder Hauptanliegen berücksichtigt wird. Die Vertreter der Bauern sollten die Chancen, die sich aus der Beteiligung an der Konzertierten Aktion ergeben, nutzen.

Der inzwischen wohl von niemandem mehr bezweifelte Wert von Projektionen der durchgeführten Art liegt in einer entscheidenden Verbesserung der Handlungs- und Entscheidungsgrundlage der Agrarpolitik und in einer Erleichterung der beruflichen und unternehmerischen Entscheidung für den bäuerlichen Betriebsführer. Die Modellrechnung des Grünen Berichts offenbart, wie ich meine, schonungslos die enorme Anpassungsleistung, die von der (D) deutschen Landwirtschaft bis 1980 zu erbringen sein wird, wenn sich ihre Einkommenssituation nicht rapide verschlechtern soll. Der Strukturwandel wird also in ähnlicher Form weitergehen.

Die von Minister Ertl vorgelegte Konzeption der dringend gebotenen **ökonomischen und sozialen Anpassungshilfen** findet die volle Unterstützung unserer Fraktion. Für diejenigen, die aus der Landwirtschaft ausscheiden wollen, sind die von den Koalitionsparteien ins Auge gefaßten sozialen Initiativen, die bei der Oppositionsfraktion erfreulicherweise Unterstützung finden, von besonderer Bedeutung. Für diejenigen, die in der Landwirtschaft verbleiben wollen, steht die Förderung des entwicklungsfähigen Vollerwerbsbetriebes im Mittelpunkt der Bemühungen. Nach Lage der Dinge läuft dies vorwiegend auf den rationell wirtschaftenden **bäuerlichen Familienbetrieb** hinaus, der gegenüber anderen Betriebsformen keinesfalls Benachteiligungen erfahren darf. Der im Grünen Bericht erbrachte Nachweis, daß eine günstige Einkommenslage nicht unbedingt an eine bestimmte Betriebsgröße gebunden ist, bestätigt einmal mehr unsere fortgesetzte Ablehnung schematischer Betriebseinheiten.

Die Ausführungen des Herrn Ministers haben deutlich gemacht, daß künftig die **Agrarstrukturpolitik** eine engere Verzahnung mit der allgemeinen **Regionalpolitik** erfahren soll. Wir sind der Auffassung, daß dies dringend geboten ist. Denn eine isolierte Agrarstrukturpolitik muß ein Torso und

Dr. Ritz

(A) zum Scheitern verurteilt bleiben, wenn sie nicht die notwendige Abstimmung und Einordnung in die Regionalpolitik erfährt. Es findet den Beifall meiner Fraktion, daß dies künftig auf der Grundlage einer bundesweiten Regionalanalyse erfolgen soll. Wir knüpfen an diese Ankündigung die Hoffnung, daß in Zukunft dort, wo zu erwarten steht, daß von der sich wandelnden Landwirtschaft vermehrt Arbeitskräfte freigesetzt werden, auch in hinreichender Zahl und Güte außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Aber nicht nur so können wir erfolgreich der unerwünschten Tendenz der Abwanderung der Menschen vom Lande in die industriellen Ballungsräume entgegenwirken. Mindestens genauso wichtig ist es, das **Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land** nicht nur zu beklagen, sondern in enger Zusammenarbeit mit den Ländern endlich praktische Abhilfe zu schaffen. Um — wie die Regierungserklärung ausführt — das immer noch bestehende Bildungsgefälle abzubauen, reicht es nicht aus, die Bundeskompetenz voll auszuschöpfen, sondern man muß eine Ausweitung der Zuständigkeiten ins Auge fassen, um das Gebot zu erfüllen, gleiche Bildungschancen für die Landbevölkerung zu schaffen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich der dringendsten Fragen vorrangig anzunehmen und mit den Ländern darauf hinzuwirken, daß die Voraussetzungen geschaffen werden für die Einrichtung von Pflichtvorschulkindergärten und eines ausreichenden Netzes von offenen Leistungsschulen auf dem (B) Lande. Weiter fordern wir die Erstattung der Fahrtkosten zu entfernt gelegenen Ausbildungsstätten in ländlichen Gebieten. Die bestehenden Regelungen in einigen Ländern, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, mögen dafür Beispiel sein. Im übrigen wäre es der Interessenwahrung der ländlichen Bevölkerung dienlich, wenn der Bundeslandwirtschaftsminister verstärkt in die bildungspolitischen Planungen und Entscheidungsvorbereitungen einbezogen würde.

Der Herr Bundesminister hat hier seinen Plan eines **mittelfristigen Förderungsprogramms** für die einzelbetrieblichen Maßnahmen in der Landwirtschaft dargelegt. Wir sehen darin das Konzentrat seiner agrarpolitischen Absichten. Ich möchte seitens der FDP zu diesem Vorhaben, das die Landwirtschaft in die Lage versetzen soll, ohne unzumutbare ökonomische und soziale Spannungen die unausweichlichen Anpassungsleistungen zu vollbringen, einige Anmerkungen machen.

Das mittelfristige Förderungsprogramm soll unter Berücksichtigung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern durchgeführt werden. Wir meinen, daß es zur Absicherung des mittelfristigen Förderungsprogrammes wichtig ist, daß die bei den Gemeinschaftsaufgaben vorgesehene Rahmenkompetenz des Bundes möglichst nachhaltig ausgeschöpft wird.

Das Erfreuliche und Neue der verschiedenen Förderungsmaßnahmen sehen wir Freien Demokraten darin, daß alle Landwirte den Zugang zu den Förderungsmaßnahmen haben. So sollen die Bauern einen etwaigen Entschluß, aus der Landwirtschaft auszuscheiden, vor dem beruhigenden Hintergrund (C) eines breiten Angebots sozialer Hilfestellungen treffen können.

Angesichts der in diesem Hause zur Beratung anstehenden sozialpolitischen Anträge der Koalitionsparteien und der Oppositionsfraktion will ich dieses Thema an dieser Stelle nicht vertiefen. Wir werden ja Gelegenheit haben, darüber in den Ausschüssen zu sprechen. Aller Erwartung nach ist dieser Bereich auch nicht so kontrovers wie der Komplex der einzelbetrieblichen Investitionsförderung.

Angesichts der für den Praktiker nur schwer durchschaubaren Unübersichtlichkeit der Förderungsbedingungen, gemessen an der in Vorbereitung befindlichen neuen Konzeption, wird es vielleicht unterschiedliche Meinungen geben. Im Zentrum der **einzelbetrieblichen Investitionsförderung** sollten nach unserer Vorstellung stehen: Erstens die Aufstockungsvorhaben, zweitens die baulichen Investitionen, drittens Viehaufstockungen, viertens Meliorationen.

Wir unterstützen die ins Auge gefaßten verschiedenen **Kriterien für die Förderungswürdigkeit,** geben aber schon jetzt zu bedenken, daß man bei der Forderung nach bestimmter Qualifikation des Betriebsführers nicht das Kind mit dem Bade ausschütten sollte, sondern die individuelle Situation ausreichend in Rechnung stellen muß. Wenn der betriebliche Leistungsnachweis an Hand einer Betriebsbuchführung erbracht werden soll, darf diese Buchführung die Bauern aber auch nicht überfordern, sondern muß betriebsnah und praktikabel sein. (D)

Wir schlagen vor, in dem neu zu konzipierenden landwirtschaftlichen Buchführungsgesetz — ein Entwurf hat dem letzten Bundestag schon vorgelegen — die Erschwernisse in der landwirtschaftlichen Buchführung gegenüber der gewerblichen Buchführung zu beseitigen so z. B. die Vorschrift über die Registerführung, die ständige Fehlermöglichkeiten schafft, aufzuheben.

Bei der Investitionskontrolle scheint es uns angebracht, im Interesse der Vermeidung von Fehlinvestitionen die Hausbanken als Risikoträger mehr als bisher ins Spiel zu bringen. Außerdem ist eine Entbürokratisierung des Verfahrensganges geboten.

Bei der gesamten Neuordnung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung wird ja so bald noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Ich kann mich hier auf diese knappen Anmerkungen beschränken.

Auf eines möchte ich dennoch mit allem Nachdruck und in Übereinstimmung mit unserer Auffassung, daß dem entwicklungsfähigen Vollerwerbsbetrieb auch künftig nicht die Produktionschancen genommen werden dürfen, hinweisen: Das ist die **Sicherung der Veredelungswirtschaft im bäuerlichen Betrieb,** allein schon aus der Notwendigkeit, die hohen Investitionskosten für diese Betriebe nicht sinnlos werden zu lassen und nicht erneut Finanzierungsmittel für Fehlinvestitionen zu verausgaben. Wir schlagen deshalb vor, wie auch schon bei der umsatzsteuerlichen Komponente des Aufwertungsausgleiches im Sinne der bäuerlichen Veredelung vorzugehen und

Helms

(A) erstens das Einkommensteuergesetz bei der Steuerreform so zu ändern, daß der gewerblichen industriellen Veredelung und Massentierhaltung der Vorabzug von Verlusten als Möglichkeit der Steuerminderung nicht mehr offen steht.

Zweitens schlagen wir gemäß Art. 43 EWG-Vertrag eine Lizensierung auf EWG-Ebene vor, die auf einer Normierung der zuzulassenden gewerblichen und landwirtschaftlichen Veredelungsbetriebe beruht.

Drittens schlagen wir vor, den Massentierhaltern gesetzlich vorzuschreiben, zur Beseitigung von Dungstoffen langfristige Verwertungsverträge mit Inhabern landwirtschaftlich genutzter Flächen, die zur Dungbeseitigung ausreichen, abzuschließen.

Mein Kollege Peters hat in einer ersten Stellungnahme zur Einbringungsrede von Herrn Minister Ertl von einer Wende in der Agrarpolitik gesprochen und gemeint, daß nun der Beginn einer vorausschauenden Agrarpolitik zu verzeichnen sei. Ich teile diese Einschätzung. Wir haben keinen Zweifel daran, daß der Ansatz dieser zukunftsbezogenen Agrarpolitik von Herrn Minister Ertl und Herrn Staatssekretär Logemann konsequent weiterentwickelt wird.

Die wachsende Einsicht der deutschen Landwirtschaft in die Notwendigkeiten und die Bedingungen einer modernen Agrarpolitik ist nicht zuletzt ein Ergebnis **vermehrter und verbesserter Information** durch die Grünen Berichte. In Anbetracht eines sich fortsetzenden Strukturveränderungsprozesses, der (B) an Schnelligkeit offenbar nicht verliert, ist das kategorische Gebot heute mehr denn je: illusionslose Sicht der Lage und nüchterne Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten. Der Bauer hat ein Recht auf nachhaltige Aufklärung über die Situation von heute und die zu erwartende von morgen. Ihm ist nicht mit Schönfärberei gedient. Er soll aber wissen, daß die Agrarpolitik dieser Koalition darauf zugeschnitten ist, dem entwicklungsfähigen Vollerwerbsbetrieb Zukunftschancen zu sichern und dessen volkswirtschaftliche Leistung auch in einer wachsenden Wirtschaft angemessen zu honorieren. Neben den dazu notwendigen wirksamen Hilfen zum Zurechtfinden unter veränderten Verhältnissen verdient er unseren Schutz vor falschen Freunden, die ihren Freundschaftsbeweis damit glauben erbringen zu sollen, daß sie den Bauern Wahrheiten vorenthalten. Dazu wollen wir Freien Demokraten nicht gehören.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Frau Funcke: Meine Damen und Herren, Herr Kollege Helms hat seine Jungfernrede gehalten. Das Haus gratuliert ihm dazu.

(Beifall.)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmidt (Gellersen).

Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Kollegen Ritz machen. Ich hatte den Eindruck, Herr Kollege Ritz, daß Sie sich in der Rolle der Opposition (C) ganz wohlfühlen; aber ich glaube, Sie haben sich dabei auch ein wenig übernommen. Meine Kollegen und ich haben eifrig Notizen gemacht, und Sie können völlig sicher sein, daß wir nachher noch auf Mark und Pfennig zurückzahlen. Sie haben sich unter anderem nicht daran erinnert, daß die CDU/CSU, also die jetzige Opposition, 18 Jahre allein die Agrarpolitik gemacht hat. Sie beschwerten sich darüber, daß heute im Lande so viel Unruhe herrsche. Diese Unruhe erklärt sich wohl so, daß Sie in diesen 18, wenn nicht 19 Jahren die Politik gestaltet haben, ohne den Bauern das gesagt zu haben, was sie schon seit zehn Jahren hätten wissen müssen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Huys: Nein, die haben Angst vor Ihnen!)

Eine zweite Bemerkung. Sie haben mich unmittelbar angesprochen, und zwar im Zusammenhang mit einem Entschließungsantrag, den wir Mitte Dezember in diesem Hause gemeinschaftlich gestellt haben. Sie haben sich darüber beschwert, daß zur Stunde, ein Vierteljahr später, noch keine Antwort der Regierung darauf vorliegt. Herr Kollege Ritz, Sie sind das fünfte Jahr in diesem Hause. Wenn Sie so lange wie ich in diesem Hause wären, wüßten Sie, daß wir in diesem Hause seit 1949 unzählige Entschließungen gefaßt und Anträge gestellt haben, die Ihre Regierung in vier Jahren niemals beantwortet hat.

(Beifall bei der SPD.) (D)

Sie können sicher sein — nehmen Sie mich beim Wort —, den einen Teil dieser Entschließung werden wir mit Ihrer Unterstützung bald in Ordnung bringen. Über den anderen Teil, die Steuern, die Belastungen usw., werden wir im Laufe dieses Jahres sicher noch reden können.

Meine Damen und Herren, ich hatte an sich die Absicht — und ich will sie auch verwirklichen —, einige grundsätzliche Ausführungen insbesondere darüber zu machen, wie sich die Landwirtschaft in den nächsten Jahren entwickeln wird. Ich hatte vor, Ihnen zu sagen, was wir jetzt und in der nächsten Zeit tun müssen.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen die Erklärung des Bundesministers in seiner Einbringungsrede. Wir sehen den Bericht des Ministers als eine sachliche Fortsetzung der Berichte aus den Jahren 1968 und 1969 an. Diese Entwicklung erfüllt uns mit großer Genugtuung. Nach vielen Jahren — ich habe es schon angedeutet — weltanschaulicher, ja dogmatischer Irrungen und des Verharrens in den Erkenntnissen der 50er Jahre, Herr Kollege Ritz, haben wir uns anscheinend jetzt in diesem Hause gefunden und sind bereit, eine **Neuorientierung der Agrarpolitik** in Angriff zu nehmen. Nur mit einer Neuorientierung werden wir die Landwirtschaft aus dem Getto befreien und vom Rande der heutigen Gesellschaftsordnung wegführen. Das Bild der Landwirtschaft hat sich in den letzten zwei, drei Jahren schon geändert. Wir müssen dazu aber noch einiges mehr tun.

Dr. Schmidt (Gellersen)

(A) Bevor ich mich den politischen Aspekten zuwende, möchte ich ganz kurz summierend dem **Grünen Bericht** einige Worte widmen. Die summarische Feststellung mag genügen, daß die Aussagen des Berichts objektiv sind und daß er weiterentwickelt worden ist, daß er besser als je zuvor eine Fundgrube für die lernende Welt bleibt und daß das verbesserte Ergebnis aus dem Jahre 1968/69 den Sachkenner nicht überrascht hat. Dennoch bestätigt auch der Grüne Bericht, daß die Forderung des Landwirtschaftsgesetzes, die Landwirtschaft zu einem gleichberechtigten Partner der Wirtschaft zu machen, nach wie vor leere Formel ist. Erst in der verstärkten Fortführung der seit zwei Jahren begonnenen Neuorientierung kann und wird dieses Landwirtschaftsgesetz aus dem Jahr 1955/56 seine Erfüllung finden.

Der Grüne Bericht — das ist neu — bringt erstmals begründete Aussagen über die erwarteten **Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft** in diesem Jahrzehnt. Wir danken dem Ernährungsminister und seiner Verwaltung dafür, daß er sich zu dieser Projektion bereitgefunden hat. Das sind Aussagen von höherem Wert. Sie machen nach meiner Überzeugung den Grünen Bericht erst interessant. Es ist erstaunlich, wie sehr sich die Diskussion auch im Rahmen der Landwirtschaft über solche Projektionen versachlicht hat. Ich weiß, daß schon bei einem zurückliegenden Bericht ein solcher Ausblick mit seinen Hypothesen geplant war — auch Herr Kollege Höcherl wird es wissen — und dann nach der Verketzerung der Schiller-Projektion zurückgestellt wer-

(B) den mußte. Heute ist diese Richtung allgemein anerkannt. Das ist eine befriedigende Feststellung. Ich komme später noch einmal darauf zurück.

In der Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik fangen wir nicht von vorne an. Wir setzen das fort und bauen auf dem weiter, was in den letzten zwei Jahren in diesem Hause als **Agrarprogramm** entwikkelt worden ist. Ich will nicht von der schwierigen Geburt des Papiers reden, Herr Kollege Höcherl, wobei Sie die große Last hatten, Ihre Freunde für diese Neuorientierung zu gewinnen. Sie haben es — das räume ich ein — geschafft trotz Widerständen, die weit und breit zu finden waren.

In dem ersten Teilabschnitt der Neuorientierung ging es um eine **Integration der Wirtschafts- und der Agrarpolitik.** Damit ist begonnen worden, insbesondere durch die regionale Strukturpolitik des Wirtschaftsministers Schiller im Herbst des Jahres 1968. Damals wurde die Zusage gegeben, jährlich 20 000 neue, zusätzliche gewerbliche Arbeitsplätze in den ländlichen Problemgebieten zu schaffen. In dem guten Konjunkturjahr 1969 wurde diese Zahl mit der **Schaffung von 40 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen** sogar glatt verdoppelt, eine ganz hervorragende Leistung. Hier ist das Angebot, die echte Alternative für die Landwirte, die eine neue Existenzgrundlage suchen. Ich meine, die ersten Schritte in dieser Richtung sollten fortgeführt werden. Wir können nur die Erwartung aussprechen, daß alle Unebenheiten, die es da noch gibt, beseitigt werden und daß wir diese Aufgabe in harmonischer Zusammenarbeit mit den Ländern weiterentwickeln. Aus den

(C) Finanzmitteln, die in der mittelfristigen Finanzplanung dafür stehen, wird sich dieser Aufgabenbereich in der Zukunft voll erfüllen lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen Gedanken in die Debatte werfen, der mir der Erörterung wert zu sein scheint und der im Grunde genommen ebenfalls ein Beitrag zur Neuorientierung ist. Es geht um den ländlichen Raum, dessen passive Sanierung aus vielen Gründen verhindert werden muß.

(Abg. Dr. Ritz: Einverstanden!)

Wenn z. B. die ländlichen Gemeinden auf Grund von sozialen Erosionen funktionsunfähig werden, werden auch die Städte in Schwierigkeiten geraten, die dann nämlich nicht mehr in der Lage sind, die sozialen Kosten des Zustroms zu bewältigen. Diese Zusammenhänge sind ausführlich genug dargestellt worden; ich will das also nicht weiter vertiefen.

Aber mir scheint, meine Damen und Herren von der Opposition, daß wir auf die Dauer gesehen — hier stehe ich im Widerspruch zu Herrn Kollegen Ritz — **sektorale Agrarstrukturpolitik** nicht mehr isoliert betrachten und wahrscheinlich auch nicht fortführen dürfen. Hier ist eine unmittelbare **Verbindung zum Ganzen** zu sehen. Vielleicht sollte die Bundesregierung diese Zusammenhänge im Grünen Bericht noch stärker als bisher berücksichtigen, und zwar dadurch, daß andere Ressorts z. B. einen Beitrag im Grünen Bericht bringen, der Wirtschaftsminister vielleicht über die regionale Strukturpolitik, der Arbeitsminister über die Umschulung und die

(D) Arbeitsförderung und der Wissenschaftsminister obendrein über das Bildungsangebot im ländlichen Raum.

Die neue Orientierung der Agrarpolitik ist natürlich an der Zukunft zu messen, und wir dürfen es dabei — ich sagte es schon — an Quantifizierungen nicht fehlen lassen und solchen **Quantifizierungen** nicht aus dem Wege gehen. Einfältige Fragestellungen, die z. B. von Futurologen ständig wiederholt werden, nämlich ob die Landwirtschaft im Jahre 2000 Industriebetrieb oder nur Nebenerwerb sein wird, vernebeln doch die Gehirne. Sie führen nicht weiter und verhindern vor allen Dingen das Nachdenken.

(Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Mir persönlich reicht es, wenn ich in der Lage bin, das kommende Jahrzehnt zu überschauen. Im Dschungel der Meinungen der Kompetenten und der Inkompetenten scheint mir ein klärendes Wort der politischen Seite vonnöten, Herr Kollege Ritz.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Über die Ausgangsposition herrscht heute unter ernsthaften Leuten wohl kein Streit mehr. Seit mindestens einem Jahrzehnt liegt das Kernproblem offen zutage. Es besteht einfach darin, daß es der technische und wissenschaftliche Fortschritt möglich macht, immer mehr Nahrungsmittel mit immer weniger Arbeitskräften zu erzeugen. Unhaltbar ist die These, daß die Politik — weder in Ost noch in West — in der Lage sein könnte, daran etwas zu ändern oder diesen Prozeß aufzuhalten, Herr Kollege Ritz, es sei denn um den Preis des Fortschritts.

Dr. Schmidt (Gellersen)

(A) Eine solche Politik wäre auch praktisch zum Scheitern verurteilt.

Aufgabe einer ganz modernen Agrarpolitik kann es doch nur sein, bei diesem beinahe technischen Ablauf wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen und Krisen zu verhindern. Unsere Politik muß daher den Entwicklungsprozeß der Anpassung in vernünftiger Weise zu steuern versuchen.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Das, meine Damen und Herren, haben viele von Ihnen in den letzten Jahren zu verhindern versucht.

(Widerspruch bei der CDU/CSU.)

— Sie haben die Dinge geschehen lassen, haben aber nicht den nötigen Beitrag geleistet. Reden Sie einmal mit Ihrem früheren Minister Höcherl! Er weiß es ganz genau und er kennt die Schwierigkeiten. Sie haben zwar nichts gegen seine Maßnahmen unternommen; aber Sie haben auch nicht die Hilfestellung gegeben, die Sie schon seit Jahren hätten geben können.

(Abg. Dr. Stoltenberg: Was passiert denn jetzt? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Was haben Sie denn getan?)

Meine Damen und Herren, wir sind durch solche Projektionen nicht empfindlich geworden. Wir sollten ihnen durchaus vernünftig entgegensehen und sie nicht beiseite schieben, als wären sie nur eine Randerscheinung des Grünen Berichts.

(B) Empfindlich geworden ist die Öffentlichkeit auch gegenüber kleinkarierten Taktiken unter dem Motto: Die Bauern dürfen nicht beunruhigt werden. Ich glaube, diese Taktik ist völlig verkehrt. Die kann man vielleicht in unseren südlichen Landesteilen noch ein wenig verfolgen; im Norden wäre das ganz unmöglich. Ich halte genau das Gegenteil für richtig. Wir brauchen den harten Dialog, denn nur dadurch lassen sich der Lernprozeß fördern und die entsprechenden Verkrustungen verhindern. Wenn wir dem harten Dialog ausweichen, meine Herren, wenn etwa die Politik wider besseres Wissen Sicherheiten verspricht, wo es angebrachter wäre, von Risiken zu sprechen und auf sie hinzuweisen, spätestens dann kommt es zum Konflikt. Dann wird es sehr gefährlich. Diesen Anforderungen ist die vergangene Politik — das will ich noch einmal feststellen — natürlich nur unzureichend gerecht geworden.

Meine Damen und Herren! Die Pflicht zu einer **informativen Agrarpolitik** hätte es erfordert, die Voraussetzung für die Existenzfähigkeit zu bestimmen. Aber immer dann, wenn auch nur der Versuch unternommen wurde — beispielsweise in den bereits genannten Vorschlägen des Wirtschaftsministers im Jahre 1968 —, reagierten die konservativen Scharfmacher mit geradezu hysterischer Polemik. Das hat gerade Unheil genug angerichtet, und in diesem Hause haben wir ja einiges davon erlebt. Indem man nämlich die rechtzeitige Aufklärung über die Zukunft der Landwirtschaft unterdrückte, hat man Tausende von Bauern davon abgehalten, ihren Kindern eine solide Ausbildung in einem zukunftssicheren Beruf zu geben und sich selber beruflich umzustellen. (C)

(Abg. Bewerunge: Das sind doch Grimms Märchen!)

Man hat diese Landwirte und den Staat zu Fehlinvestitionen veranlaßt und die organische Entwicklung abgebremst.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ein Beispiel dafür — das muß ich ausdrücklich sagen — war auch der Versuch, mit der hektischen Verketzerung des sogenannten **Mansholt-Plans** von den eigenen Schwächen abzulenken. Meine Fraktion, die SPD, hat hier in diesem Hause kühl und sachlich diesen Plan wegen der ungeheuren finanziellen Belastung für undurchführbar und in einigen Detailvorschlägen für unrealistisch gehalten. Doch das, was sich selbst hier in diesem Hause damals abgespielt hat, stand dem nicht nach, was wir vor wenigen Wochen in einer norddeutschen Landeshauptstadt erlebt haben. Inzwischen scheinen aber auch die in der Landwirtschaft Verantwortlichen besonnener geworden zu sein. Bestimmte personelle Wechsel haben da hilfreich gewirkt.

Ich erkläre noch einmal: Das Memorandum war und ist ein Diskussionspapier, und die Kommission wird nunmehr nach den Diskussionen ein neues Papier vorlegen. Ich will dabei allerdings die Erwartung aussprechen, daß das neue Konzept aber auch nahtlos mit dem EWG-Memorandum über die mittelfristige Wirtschaftspolitik bis zum Jahre 1975 harmonisieren wird.

(D) Ausgangsbasis, meine Damen und Herren, für eine **Projektion** müssen dabei die **allgemeine Einkommensentwicklung** und die **Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung** sein. Das muß sowohl im Hinblick auf die Arbeits- als auch im Hinblick auf die Kapitalproduktivität gesehen werden. Man muß sch darauf einstellen — ich glaube, ich habe es vor zwei Jahren hier schon einmal gesagt, ich will es wiederholen — daß bereits bei dem heutigen Stand der Technik und der Wissenschaft ein Anteil von 5 % in der Landwirtschaft Tätiger an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ausreicht — 5 % gegenüber 9 %, die wir heute haben —, um die Bevölkerung der EWG-Länder mit allen Nahrungsmitteln zu versorgen, die in diesem Raum produziert werden können. Die Trendprognose des vorliegenden Grünen Berichts ist deshalb richtig. Es heißt dort wörtlich, daß ein sehr tiefgreifender Strukturwandel noch bevorsteht. Das möchte ich für meine Freunde ausdrücklich unterstreichen.

Meine Damen und Herren, der Ernährungsausschuß — und ich hoffe auch auf die Zustimmung der Opposition — sollte sich selbst ein Urteil über den **Entwicklungstrend** dadurch zu bilden versuchen, daß er nach sorgfältiger Vorbereitung eine Anhörung im frühen Herbst dieses Jahres abhält. Wir alle, ganz gleich, wo wir sitzen, haben Entscheidungshilfen verdammt nötig, um aus diesen Ad-hoc-Lösungen und aus dem Reparieren im nachhinein herauszukommen. Schon im Interesse einer verantwortlichen Verwendung der öffentlichen Mittel und im Hinblick

Dr. Schmidt (Gellersen)

(A) auf ihre beträchtlichen Dimensionen sind derartige Untersuchungen — die Verbindung von Wissenschaft, Praxis und Politik zum Instrument moderner politischer Entscheidungsprozesse zu machen. In dem jährlichen Bericht, der Bestandsaufnahme des Grünen Berichtes, werden wir dabei eine hervorragende Unterlage haben. Aber ich halte die Erarbeitung einer solchen Prognose für richtig. Ich räume ein, meine Damen und Herren, daß wir Neuland betreten. Aber eine solche Methode wird uns von dem Vorwurf und dem Mißtrauen befreien, ins Blaue hinein zu regieren und uns und andere zu Fehlinvestitionen zu verleiten. Auch das Bundesernährungsministerium dürfte an solchen Anhörungen interessiert sein. Ich glaube schon, daß sie von Nutzen für uns alle sind.

Nun ist in der Erklärung des Ministers Ertl zur Einbringung des Grünen Berichts auch einiges über die künftigen Investitionen gesagt worden. Ich glaube, daß wir die Betriebe in Zukunft in drei Kategorien einzuteilen haben werden, erstens in ausreichend strukturierte Betriebe, zweitens in Entwicklungsbetriebe und drittens in sogenannte Umwandlungsbetriebe. Wenn es auch richtig ist, daß man zwischen diesen drei Gruppen keine exakten Grenzen feststellen kann — die gibt es wahrscheinlich auch nicht —, sind doch einige Kriterien aufzustellen, die vertretbare Entscheidungen ermöglichen. Die Wissenschaft ist sicher in der Lage, die optimale Kombination — und darauf kommt es an — von Arbeit, Boden und Kapital unter Berücksichtigung des jeweiligen Standorts zum Markt zu bestimmen.

(B) Es sollte angestrebt werden, eine bestimmte **Höhe des Betriebseinkommens** als **Zielgröße** festzusetzen, die sich natürlich im Zeitablauf auch ändern kann und ändern muß. Die Übernahme einer solchen Zielgröße — meine Damen und Herren, das räume ich Ihnen ein — als Orientierungsdatum ist natürlich für die praktische Politik ein Risiko; denn Technik und Wissenschaft entwickeln sich weiter. Wir müssen weiter beobachten und dabei beachten, daß der Strukturwandel natürlich auch Einfluß auf das Verhältnis der Preise der einzelnen Produkte zueinander und damit auf die Ausrichtung der Betriebe haben wird. Bei zunehmender Wanderung werden die arbeitsintensiven Produktionsrichtungen zwangsläufig auch besser honoriert werden müssen.

Weitere Kriterien für diese Entscheidung — das hat auch Herr Bundesminister Ertl ausgeführt — werden die **Ausbildung des Betriebsleiters** und der **Nachweis der Betriebserfolge** an Hand von Buchführungsergebnissen sein. Wir werden eine Eingangsschwelle festlegen. Wenn ich sehe, was die Opposition in einem sozialpolitischen Gesetz beantragt hat, glaube ich, daß wir diese Eingangsschwelle schnell finden dürften. Sie liegt nämlich höher — bei dem Drei- oder Vierfachen —, als ich glaubte annehmen zu müssen. Bei einer Bestandsaufnahme in einem genauen Betriebsentwicklungsplan werden wir natürlich auch alles das zu berücksichtigen haben, was sich da an Kosten usw. tut.

Meine Damen und Herren, was die zukünftigen Investitionen angeht, so werden wir dabei sehr sorgfältig mit den Mitteln umgehen müssen. Es erscheint doch heute wenig sinnvoll, z. B. den Bau (C) von Ställen zu fördern, in denen nur sieben Kühe oder 50 Mastschweine ihren Platz finden, denn das Schicksal der Kühe kann schnell durch die sogenannte Abschlachtungsprämie besiegelt sein. Es kommt darauf an — das möchte ich ganz entscheidend auch für die Regierung sagen —, nicht vielen etwas zu geben, sondern den echt entwicklungsfähigen Betrieben die Chance zu eröffnen, voll wettbewerbsfähig zu werden.

Meine Damen und Herren, ich will das nicht weiter vertiefen, ich will nur sagen, daß wir natürlich bei diesen Plänen auch die kommende Entwicklung berücksichtigen müssen, auch die Fragen der **überbetrieblichen Zusammenarbeit.** Dabei ist es uns nach wie vor ein ganz entscheidendes Anliegen, die noch bestehenden rechtlichen und steuerlichen Hindernisse für die Kooperation zu beseitigen. Ich sagte Ihnen schon, wir werden sehr acht darauf geben, daß die von uns allen gefaßte Entschließung nicht im Papierkorb landet. Das bisherige Argument des früheren Finanzministers Strauß, die Änderung einzelner Steuervorschriften nur im Zusammenhang mit der kommenden Steuerreform durchzuführen, sollte nicht mehr gelten; denn das bedeutet eine Hinausschiebung dieser Problematik um vier bis fünf Jahre, und das dürfte der kommenden Entwicklung einfach im Wege stehen. Fiskalische Gesichtspunkte können dabei keine Rolle spielen. Ich bin der Meinung, daß der Staat dabei keine Mark verliert, im Gegenteil, wenn nämlich diese Zusammenschlüsse erfolgreich sind, werden sie auch Steuern zahlen, und das bringt Gewinn (D) für den Fiskus.

Meine Damen und Herren, Bundesminister Ertl hat — ich wiederhole es — in seiner Einbringungsrede dieses **mittelfristige Förderungsprogramm** vorgeschlagen. Wir gehen davon aus, Herr Bundesminister, daß die Regierung den Entwurf der neuen Richtlinien so rechtzeitig vorlegt, daß der Ernährungsausschuß — ebenfalls wieder in einem Hearing — an den Modalitäten der einzelbetrieblichen Förderung mitwirken kann, indem Sachverständige der Betriebswirtschaft und der Wissenschaft über die Frage der Eingangsschwellen und über Art und Umfang der Förderung gehört werden.

Was die **Umwandlungsbetriebe** angeht, so berufe ich mich auf das, was ich eingangs gesagt habe. Hier haben wir Ihnen ja ein großes Angebot gemacht. Ich räume ein, daß bei vielen Inhabern dieser Umwandlungsbetriebe die Einsicht nicht gegeben ist, ihren Beruf und ihren Betrieb ganz aufzugeben. Aus den Untersuchungen der agrarsozialen Gesellschaft weiß ich, daß das Beharrungsvermögen in diesem Bereich außerordentlich groß ist. Das wird sich von heute auf morgen nicht sehr schnell ändern, aber ich hoffe immerhin, daß die moderne Frauenwelt das Ihre dazu tut, daß hier ein Wandel schneller Platz greift, als — auch von Ihrer Seite — noch angenommen wird.

Was die **Partnerschaft** zwischen den **Vollerwerbsbetrieben** und den **Neben- und Zuerwerbsbetrieben,** die Sie auch in Ihrem Entschließungsantrag wieder hochleben lassen, angeht: das ist eine schöne Sache,

Dr. Schmidt (Gellersen)

(A) aber das gehört nicht in den Bereich staatlicher Förderung. Das ist Sache der einzelnen Betriebe und der einzelnen Besitzer, und vor einer sogenannten Nebenerwerbsideologie, wie ich sie teilweise im süddeutschen Raum vorgefunden habe, kann ich nur warnen.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

Das führt uns zu nichts und wird eines schönen Tages zurückschlagen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Gesundschrumpfer!)

Meine Damen und Herren, inzwischen haben wir für diesen Bereich auch einige sozialpolitische Initiativen ergriffen. Sie wissen, wir haben gemeinsam die Landabgaberente in diesem Hause beschlossen. Wir haben den Umschulungswilligen die Möglichkeit zum Einsteigen in die Sozialversicherung gegeben, zumindest erstreben wir das. Wir haben uns natürlich dazu entschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, auf dem Gebiet des Krankenschutzes dem Hause einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

Dennoch weiß ich, daß wir gerade bei der in Zukunft sehr starken Veränderungen der Agrarstruktur die wahrscheinlich alles das, was wir in den letzten 15 Jahren erlebt haben, in den Schatten stellen wird, in bezug auf die übrigen sozialen Einrichtungen — ich denke hier an die Altershilfe und die Unfallversicherung — natürlich zu neuen Lösungen werden kommen müssen. Ich könnte dem Arbeitsminister empfehlen, sich einmal die Projektionen im (B) Grünen Bericht anzusehen, um daraus auch für seine Arbeit die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Wir brauchen eine Menge neuer Daten für die Zukunft, um den Maßnahmen das richtige Gewicht und den nötigen Rahmen zu geben. Wir brauchen sie vor allen Dingen für die Durchsetzbarkeit einer modernen Politik. Ich gebe dem früheren Finanzminister Strauß durchaus recht, der in diesem Hause anläßlich der Beratungen des damaligen Agrarprogramms sagte: Wer programmieren will, muß auch quantifizieren, der muß auch Rechnung legen.

Der Herr Bundesminister hat den Fragen der **Marktpolitik** in seiner Einbringungsrede keinen Raum gewidmet. Ich kenne aber seine Überzeugung, daß diese Fragen eine bedeutende Rolle gerade auch im Hinblick auf die **Erweiterung der EWG** spielen. Die zukünftige Existenz unserer Landwirtschaft hängt dabei insbesondere von zwei Faktoren ab. Ich will sie ganz kurz ansprechen. Sie hängt von der Organisation der Erzeugung und Vermarktung und von der **Herstellung gleicher Wettbewerbsverhältnisse** ab.

Ich beginne mit dem letzten Faktor. Darüber ist in diesem Hause oft diskutiert worden. Ich will das nicht vertiefen. Ich will nur sagen: Ministerrat und Kommission sind uns dabei einiges schuldig geblieben. Das sind Pflichtversäumnisse, die in den nächsten Jahren wiedergutgemacht werden müssen.

Zur Frage der **Organisation der Erzeugung und Vermarktung** will ich nur folgendes sagen. Wir haben gemeinsam in diesem Hause das Marktstrukturgesetz beschlossen. Das ist für uns auch kein (C) Dogma. Aber ich hoffe, die Landwirtschaft begreift endlich, daß sie mit diesem Gesetz die einmalige Chance hat, die Produktion in den Griff zu bekommen. Nur über eine solche Lösung werden wir den marktwirtschaftlichen Komplexen und Schwierigkeiten begegnen können. Ich hoffe, daß sich die Berufsverbände dieser Aufgabe mehr annehmen, als es bisher der Fall gewesen ist. Im Grunde genommen ist das auch nichts Neues; denn schon Albrecht Thaer hat die Landwirtschaft vor 200 Jahren als ein Gewerbe bezeichnet, das den Zweck hat, durch Produktion vegetarischer und tierischer Substanzen Gewinn zu erzielen und Geld zu erwerben. Nicht die möglichst hohe Produktion, sondern der höchste reine Gewinn sei der Zweck der Landwirtschaft. Ich glaube, wir können uns diesen Auffassungen Albrecht Thaers auch heute noch anschließen.

Daß in diesem Marktkomplex auch der neue **Absatzfonds** seine Rolle spielen muß, ist klar. Er muß sie mehr spielen als bisher. Vor allen Dingen müssen natürlich mit dem Absatzfonds, was den Markt angeht, entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Ich will mich in wenigen Sätzen noch der **Agrarpolitik in der EWG** zuwenden. Ich tue das mit einem gewissen Respekt vor den Leistungen dieser Regierung in Den Haag. Sie hat — und das ist von Ihnen ja ohne ein Wort der Kritik zugestanden worden — die festen Fronten wieder aufgelockert. Wir haben verbesserte Gesprächsmöglichkeiten auch innerhalb der Partner. Das ist also ein Erfolg (D) der Verhandlungen in Den Haag.

Dennoch ist ein anderer Komplex bereits entschieden, der mir natürlich weniger Freude macht, den man aber wahrscheinlich so hinnehmen muß, wie er ist: die Regelung der Agrarfinanzierung, eines der schwierigsten Probleme überhaupt. Ich habe bis vor einigen Wochen immer die Vorstellung gehabt, daß man bei der Regelung der künftigen **EWG-Agrarfinanzierung** die Möglichkeit hat, in einem Junktim auch die Fragen der **Überschußproduktion** zu einer Lösung zu bringen. Die Zeit wahr anscheinend so kurz, daß es diese Möglichkeit nicht gegeben hat. Ich kann nur hoffen, daß diese Opfer auch bei unseren Partnern auf entsprechendes Verständnis stoßen und daß sie auch bereit sind, in den von uns so sehr gewünschten Erweiterunsverhandlungen die nötigen Zugeständnisse zu machen.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein ganz kurzes Wort zu den gegenwärtigen recht schwierigen Verhandlungen sagen, die Minister Ertl in Brüssel zu bestehen hat. Gegenstand dieser sehr ernsten, aber leider bisher erfolglosen Verhandlungen sind die Vorschläge der Kommission zur Beherrschung der Märkte, zur **Herbeiführung des Gleichgewichts auf den Märkten.** Diese Verhandlungen haben ihr Ende noch nicht erreicht. Die Lage scheint mir zur Zeit total verworren und unhaltbar zu sein. Wenn ich die Forderungen der einzelnen sechs Länder summiere, kommt ein Paket heraus. Ich frage mich, ob das in absehbarer Zeit überhaupt zur Lösung zu bringen ist. Jedenfalls wird man sich dabei sehr anstrengen müssen.

Dr. Schmidt (Gellersen)

(A) Professor Niehaus hat vor wenigen Wochen einmal in einem Artikel die These aufgestellt, daß die EWG-Agrarpolitik die schwierige Aufgabe habe, einen Weg zwischen Utopie und Bankrott zu finden. Welche Formel könnte das Dilemma in der EWG-Agrarpolitik besser zeichnen!

Die Probleme — lassen Sie mich zum Abschluß auch das sagen — sind nicht leichtgewichtig. Gravierend ist die **Lage auf dem Milchmarkt.** In welcher Weise hier mit Steuergeldern umgegangen wird, ist unerträglich. Es kommt deshalb darauf an, so meine ich, hier vor allem auf kurze Sicht nach kostengünstigen Lösungen zu suchen, d. h. praktisch auf die Zahl der Interventionsstufen bei der Milchmarktordnung zu verzichten. Der Zwang ist jetzt — das räume ich ein — leider nicht mehr unmittelbar vorhanden, weil die EWG-Agrarfinanzierung beschlossene Sache ist. Deshalb können wir nur hoffen, daß eines schönen Tages auch die Finanzminister dazu ein Wort werden mitreden müssen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen. Im Jahre 1969 erschien ein Buch mit dem Titel „Die Welt zwischen Hunger und Überfluß" verfaßt und herausgegeben von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Höcherl. Das Buch endet mit folgendem langen, aber sehr inhaltsreichen Satz:

> Alle Bemühungen der Agrarwissenschaftler und alle Anstrengungen der Landwirtschaftsverwaltungen werden Stückwerk bleiben, wenn es an fortschrittlichen Unternehmern und Agrarpolitikern

(B)

— das muß unterstrichen werden —

> in Parlament und Regierung fehlt, die mit Mut, Intuition und Weitblick für das Morgen die Geschicke unserer Land- und Ernährungswirtschaft fest in die Hände nehmen.

Der Autor hat völlig recht. Wir hier haben aber keinen Grund — wie fast in keinem westlichen Industrieland —, mit den Ergebnissen der bisher eingeschlagenen Agrarpolitik zufrieden zu sein. Das Unbehagen, gelinde ausgedrückt, ist unter uns. Wir müssen den Mut besitzen, die Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Die Klippen dürfen uns dabei nicht schrecken. Allen Unkenrufen zum Trotz ist die Agrarpolitik heute mehr denn je eine große, eine zukunftweisende und für manchen auch immer noch eine faszinierende Aufgabe.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat der Abgeordnete Ehnes.

Ehnes (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal ganz kurz auf die Vorwürfe des Herrn Kollegen Dr. Schmidt eingehen, der in einer sehr vornehmen Weise unseren früheren Landwirtschaftsminister Höcherl gelobt hat — dafür sind wir ihm dankbar —,

(Zurufe von der SPD)

der aber den Kollegen Ritz sehr schlecht benotet hat. (C)

(Abg. Marquardt: Sie kriegen eine schlechtere!)

Ich sage deswegen „schlecht", Herr Kollege Dr. Schmidt, weil es einfach nicht stimmt, daß der Kollege Ritz sich übernommen hat. Es ist vielmehr eine Tatsache, daß Sie zunächst einmal klären müssen, ob Sie mit der Sozialdemokratischen Partei in Bayern übereinstimmen oder mit den Jungsozialisten in München.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU. — Oho-Rufe und Zurufe von der SPD: Oder von der Jungen Union!)

Es besteht nämlich ein Unterschied in der Aussage; denn agrarpolitische Sprecher der SPD in Bayern machen andere Ausführungen im Hinblick auf die **Nebenerwerbsbetriebe** und auf Ihre sogenannte Nebenerwerbsideologie, die Sie hier entwickelt haben.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU.)

Diese Nebenerwerbsideologie muß ich schärfstens zurückweisen, weil ich überzeugt bin, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Nebenerwerbsbetriebe eine viel größere Bedeutung bekommen werden, als sie heute schon haben,

(Beifall bei der CDU/CSU.)

und weil wir uns endlich anschicken, auch den Hohen Kommissar in Brüssel davon zu überzeugen, daß der Nebenerwerbsbetrieb in Deutschland ein Bestandteil der Agrarpolitik sein und bleiben muß. (D)

(Abg. Saxowski: So tüchtig sind wir!)

— Herr Kollege Saxowski, vielleicht ist es nicht überall bekannt, daß die auch von Herrn Wirtschaftsminister Schiller veröffentlichte Darstellung über die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht überall Platz gegriffen hat; denn wenn in dem Bericht des Landesarbeitsamtes Nordbayern zu lesen ist, daß es im Landkreis Oberviechtach 25,4 % arbeitslose Menschen gibt, dann möchte ich Sie fragen: Wo sind in diesen Problemgebieten die Alternativen, die Sie dauernd anbieten? — Die sind in den Ballungsgebieten, aber nicht in den landwirtschaftlichen Problemgebieten, weil sich die Industrie nicht vorschreiben läßt, wo sie sich ansiedeln will, sondern sie wird den Platz selbst auswählen.

Sie sagten dann weiter, daß diese Ideologie aufgegeben werden müsse, obwohl Ihnen bekannt ist, Herr Kollege Dr. Schmidt, daß in Deutschland 600 000 Betriebe — das sind 31 % — aufgegeben haben. Es stellt sich doch sofort die Frage: Wollen Sie in Deutschland etwas anderes erreichen als das, was in Frankreich oder in Italien praktiziert wird? Wenn Sie wissen, daß dort heute noch 24 % und 17 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, dann müssen Sie zugeben, daß es eine Glanzleistung ist, die in Deutschland in den letzten 18 Jahren vollbracht worden ist, und zwar von der verantwortlichen Politik unter der Führung der CDU/CSU.

(Zuruf von der SPD: Das sind aber Erkenntnisse!)

Ehnes

(A) Ich darf Ihnen aber sagen: Die Erkenntnis zu Herrn Höcherl ist bei Ihnen auch sehr spät gekommen.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Sehr richtig!)

Ich habe fast das Gefühl, Sie wollten ihn heute wieder auf den Stuhl haben!

(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Ich erinnere mich an einen Ausdruck, der den derzeitigen Landwirtschaftsminister nicht beleidigen soll. Der Landwirtschaftsminister hat im Jahre 1967 von dieser Stelle aus erklärt: „Seitdem die SPD in der Regierung dabei ist, ist die Luft rausgelassen und die Milch sauer!"

(Erneute Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Das ist keine Feststellung von mir, sondern eine Feststellung des Ministers, mit dem Sie in der Koalitionsregierung sind. Es soll auch nicht vorwurfsvoll behandelt werden.

Meine Damen und Herren, nun zum Grünen Bericht. Dieser Grüne Bericht ist nach meiner Auffassung zu einem Zeitpunkt eingebracht worden, wo man sehr leicht dazu neigt, die wirkliche Lage der Landwirtschaft zu verkennen; denn es ist so, daß der Bericht auf einer erfolgreichen **Arbeit unseres Ministers** aufbaut und daß heute leider Gottes im ganzen Lande andere Verhältnisse eingekehrt sind. Bei diesen Verhältnissen ist doch zunächst einmal festzustellen: Wenn eine Produktionsleistung mit 2 % Steigerung vollbracht wird, während der Bevölkerungsanteil von 10 % auf 8,8 % zurückgegangen ist, dann bezeichnet dies das ganze Land als (B) einen guten Erfolg, und alle Bevölkerungsschichten sind der Landwirtschaft für diese Leistung sehr dankbar; und wir sind denen dankbar, die diese Leistung durch das Programm eingeleitet haben. Ich meine damit vor allem Herrn Bundesminister Höcherl. Ich möchte mich aber gleichzeitig bei dem Bundesminister Schwarz bedanken, der auch heute diesem Hohen Haus seine Aufmerksamkeit widmet und dieser Sitzung beiwohnt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Denn von diesen Herren sind diese Dinge doch eingeleitet worden, sonst wäre heute keine Erfolgsbilanz zu verzeichnen.

Wenn Sie nun die Darstellung vom heutigen Standpunkt aus sehen, dann ist das etwas anderes, denn die Entscheidung über die **Aufwertung**, die nach unserer Feststellung einseitig auf dem Rücken der Landwirtschaft durchgeführt wurde, — —

(Zurufe von der SPD: Ach!)

— Herr Kollege Marquardt, im Unterton hat der Kollege Dr. Schmidt an dieser Stelle eben bedauert, daß mit der Aufwertungsentscheidung und mit der Agrarfinanzierung leider nicht das Gleichgewicht der Agrarmärkte gekoppelt worden ist. Das hat doch der aufmerksame Zuhörer aus dieser Ausführung entnehmen können. Wir bedauern es außerordentlich, daß die Preissenkungen, die allein aus der Aufwertung in den verschiedensten Bereichen in Höhe von 5 bis 8,5 % resultieren, nun noch mit zwei weiteren Maßnahmen gekoppelt sind, nämlich mit den von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen. Sie wissen alle, wie schwer es sich auf die (C) marktfernen Gebiete auswirken würde, wenn das, was von der Kommission vorgeschlagen wird, nur zu einem Teil angenommen werden müßte. Ich sage deshalb „zu einem Teil", weil Herr Minister Ertl erklärt hat, er habe bereits in der Regionalisierung und bei den Interventionspunkten einen Teilerfolg zu verzeichnen.

Meine Damen und Herren, ich habe hier im VWD eine Mitteilung. In dieser Mitteilung heißt es: Die italienische Delegation gibt in Mailand bekannt, sie sei noch nie so erfolgreich in Brüssel gewesen wie zur Zeit der neuen Bundesregierung, und sie habe noch nie so viel in ihre Scheunen sammeln können, wie es in den letzten Wochen in Brüssel möglich gewesen sei.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

Das steht heute im VWD, Herr Bundesminister. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie hier vor der Öffentlichkeit Klarheit darüber schaffen würden, ob die Italiener wirklich ihre Scheunen voll haben und wir sie leer haben. Denn der Kollege Helms hat erklärt: die Regierung ist sofort ins Geschäft gegangen. Herr Kollege Helms, ins Verlustgeschäft ist die Bundesregierung bisher gegangen. Das, was uns in der Aufwertung vorher gesagt wurde, ist nicht gekommen; denn die Preise der Bedarfsartikel sind in einer Steigerungsrate begriffen, wie sie noch nie dagewesen ist.

Wenn der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums am 7. Januar in der Öffentlichkeit bekanntgibt, daß die **Preiswelle** jetzt gebrochen sei, (D) dann frage ich mich, warum er heute nicht geantwortet hat, als hier festgestellt worden ist, daß auf der einen Seite die Erzeugerpreise in diesem Ausmaß gesunken sind, wie es Herr Ertl feststellte, und auf der anderen Seite die Verbraucherpreise im gleichen Zeitpunkt binnen eines Monats um 1,5 % nach oben gingen.

Es ist wirklich keine Verbraucherpolitik und keine Landwirtschaftspolitik. Es ist festzustellen, daß die Bundesregierung handlungsunfähig ist. Das ist die traurige Bilanz, die wir aus dieser Debatte heute ziehen müssen,

(Beifall bei der CDU/CSU)

die Bilanz, die sich in der Landwirtschaft so niederschlägt, daß durch diese Handlungsunfähigkeit bei den Bedarfsartikeln Preissteigerungen zwischen 5 und 25 % eingetreten sind.

Wenn die Bundesbank in Frankfurt einen Schritt tun mußte, der von der Bundesregierung erzwungen wurde, weil sie nicht selbst gehandelt hat,

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: So ist es!)

dann zahlt doch diese Zeche derjenige, der die hohen Zinsen zu zahlen hat. Die deutsche **Landwirtschaft** weist eine **Verschuldung** von 27 Milliarden DM auf und entrichtet heute schon 1,6 Milliarden DM

(Zuruf von der SPD: Im Jahr!)

Zinsen im Jahr. — Ich frage Sie, Herr Kollege: wie wird die Zinssumme im gesamten am Jahresende aussehen, wenn heute bei Kontokorrent und bei

Ehnes

(A) kurzfristigen Verbindlichkeiten 13 % und 12 % Zinsen verlangt werden?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Das kann die deutsche Landwirtschaft nicht hinnehmen und nicht ertragen. Ich sage das nicht in irgendeiner Form des Angriffs, sondern als Feststellung, weil der Grüne Bericht und diese Debatte hier in der Öffentlichkeit in einem völlig verkehrten Licht erscheinen, wenn wir an diesen Tatsachen vorbeigehen, die uns so großen Sorgen machen.

Wenn im Kommissionsvorschlag eine Senkung von 5,23 Rechnungseinheiten bei Getreide, von 2 Rechnungseinheiten bei Roggen, bei Zuckerrüben von einer Rechnungseinheit, beim Butterinterventionspreis von 32, 33 Rechnungseinheiten vorgeschlagen wird und Herr Bundesminister Ertl erklärt, er sehe gewisse Chancen in der **Regionalisierung** und in den verbesserten Interventionspunkten — in diesem Fall verbesserten Punkten im Gegensatz zur Kommission und deren Vorschlägen —, dann möchte ich hier sagen: was in diesem Vorschlag steckt, trifft die marktfernen Gebiete der Bundesrepublik Deutschlands am allerschwersten, nämlich die Gebiete, die im Grünen Bericht einen sehr großen Paritätsunterschied in der Einkommenslage ausweisen, einen Unterschied von 16 000 DM auf 10 700 DM beziffert auf Seite 75 des von der Bundesregierung uns vorgelegten Grünen Berichts.

Auf Grund der Vorschläge der Kommission ist ausgerechnet worden, Herr Kollege Dr. Schmidt, daß der Interventionspreis bei Weizen in Passau bei (B) 30,70 DM liegt. Aber uns wird bis zum heutigen Tag nicht gesagt, daß Passau als Interventionspunkt bleiben kann. Das bedeutet für die bayerischen Verhältnisse einen Verlust von 25 % des Einkommens aus der Bodenproduktion sowohl bei der Zuckerrübe als auch bei Getreide als auch bei Milch. Sie wissen genau, wie groß die Entfernungen zu den Hauptverbrauchergebieten sind und wie von dem Interventionshauptort aus gesehen das Gefälle nach unten geht, bis in die Gebiete in Schleswig-Holstein und Bayern, über die wir uns zu unterhalten haben.

Die agrarpolitische Auseinandersetzung ist heute keine Auseinandersetzung darüber, wie das in den Ballungsgebieten oder dort gesteuert werden soll, wo die guten Ertragslagen sind. Bei der agrarpolitischen Auseinandersetzung geht es heute um die Gebiete, in denen wir nicht mehr wissen, wohin die Reise geht, um die Problemgebiete und die Höhenlagen, wo keine Alternativen da sind und wo wir marktfern zu den Hauptverbrauchergebieten liegen.

Vorhin ist von dem Kollegen Ritz angesprochen worden, daß Herr Bundesminister Ertl in seinem Programm vor der Bundestagswahl 10 Punkte aufgestellt hat, wie die FDP die Agrarpreise stabil halten will. Herr Bundesminister, ich glaube, wir können gemeinsam sagen: wir haben beim **Zuckerrübenpreis** einen schweren Kampf gekämpft, um ihn damals auf 7,25 DM zu bringen. Der EWG-Preis beträgt zur Zeit 6,80 DM; über die Aufwertungsverluste sind es 6,35 DM. Das, was die Rübenbauern schon allein bei der Quotenkürzung zu zahlen hätten, würde einen Preis von 5,85 DM bedeuten, der (C) mit Sicherheit von der Landwirtschaft nicht mehr ertragen werden kann, wenn nicht in diesem Bereich, der Einkommensseite, in **Brüssel** eine harte **Verhandlungsführung**, so wie Sie sie in Ihrem Wahlkonzept gefordert haben, begonnen wird.

Ich sage aber auch hier ganz unverhohlen: Diese harte Verhandlungsführung haben Sie versäumt, weil man bei den Agrarfinanzierungsverhandlungen nicht auf die europäische Zielrichtung in der Form eines politischen Europas eingegangen ist — davon ist fast nichts zu lesen —, und zum anderen weil jeder, der das Geld im voraus hergibt, nachher nicht mehr so ernst und wahr genommen wird, als wenn er das Geld noch in der Tasche hätte.

Herr Bundesminister, Sie haben von der Opposition her jegliche Unterstützung, wenn Sie hart bleiben. Sie können sich darauf verlassen, daß wir Ihnen jede Unterstützung gewähren, um in dieser schwierigen Position bestehen zu können. Es geht hier nicht um Parteidogmatik oder um Parteipolitik, es geht um den Bauern und um seine Familie, und es geht langfristig gesehen um eine kontinuierliche Versorgung unserer Verbraucher in Deutschland mit Lebensmitteln zu günstigen Preisen.

Verehrte Damen und Herren! Herr Bundesminister, ich glaube, Sie müssen einmal nachprüfen, ob in der derzeitigen Regierung die rechte Hand weiß, was die linke tut. Wenn ich das sage, dann habe ich natürlich Beweise, ich sage das nicht im luftleeren Raum. Wenn Herr Staatssekretär Rohwedder erklärt, die **landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in Europa** müssen gesenkt werden, damit der Beitritt (D) weiterer Staaten, vor allem Englands, garantiert wird, dann ist das doch ein glatter Widerspruch zu Ihren Ausführungen und eine Verletzung der Regierungserklärung des Herrn Brandt. Entweder ist diese Regierungserklärung nur abgegeben worden, um das Volk zu beruhigen,

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: So ist es!)

oder man hält sich heute schon nicht mehr an diese Erklärung.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich glaube, Sie müssen uns jetzt anschließend sagen, ob Sie dem Herrn Rohwedder folgen, der für Sie den Weg in Brüssel vorbereitet, so daß es für Sie keinen Weg mehr gibt, oder ob Herr Rohwedder in diesem Falle mit der SPD zusammenspielt. Herr Dr. Schmidt, es tut mir leid: in Ihrer Parteizeitung, im „Vorwärts", vom 20. Januar 1970, in der Nr. 5, steht geschrieben:

> Wenn die Verhandlungen mit Großbritannien in eine entscheidende Phase treten, dann dürfte auch dem letzten Vertreter der Grünen Front klar werden, daß eine aktive Preispolitik völlig illusorisch ist. Vielmehr wird man sich überall mehr als bisher darüber unterhalten müssen, wie man vielleicht eine Trennungsfront von Preis- und Einkommenspolitik durchführen kann.

Das hat die SPD in ihrem Parteiorgan geschrieben. Meine verehrten Kollegen von der linken Seite, ich

Ehnes

(A) habe letzthin von dieser Stelle aus einmal meine Befürchtung zum Ausdruck gebracht, der Landwirt werde durch diese Lenkung zum Staatsrentner. Ich möchte diese Bedenken hier wiederholen, solange nicht das Parteiorgan das, was hier geschrieben ist, zurücknimmt und eine andere Erklärung herausgibt.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Steht ja auch im Jahreswirtschaftsbericht!)

Auf das Konzept Ihrer Partei, Herr Bundesminister Ertl, möchte ich nicht weiter eingehen. Ich möchte Ihnen aber sagen: Sie haben in der DLG-Zeitung vom 12. Februar dieses Jahres einen Bericht mit der Überschrift geschrieben, nicht nur Nachteile der Aufwertung zu sehen, sondern auch Vorteile, nämlich **Einkommensverbesserungen durch die Aufwertung,** weil die Düngemittel, der Treibstoff und vor allen Dingen Futtermittel billiger würden. Ich habe mich vergeblich bemüht, über meine Warenlieferanten eine günstigere Preisangebotsliste zu erhalten. Das ist allerdings nicht gelungen, denn alle Futtermittel sind aus den bekannten Gründen teurer geworden. Ich kenne keine Futtermittel, die billiger geworden sind. Wenn Sie das in bezug auf die Stickstoffpreise anführen, Herr Minister, ist diese Aussage mit Sicherheit nicht zutreffend, denn Sie persönlich und wir alle in diesem Hohen Haus wissen genau, daß die Stickstoffindustrie unter Konkurrenzdruck steht, und nur die Konkurrenz ist ein gutes Mittel, um zu billigen Angeboten zu kommen. Das hat also mit der Aufwertung direkt nichts zu (B) tun. Man kann hier nicht von einer Folgeerscheinung der Aufwertung sprechen. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie mir sagten, wo Sojaschrote und Eiweißkonzentrate billiger zu kaufen sind, denn ich bin ja nebenberuflich noch Landwirt. Und schließlich, Herr Kollege Dr. Schmidt, soll ja der Nebenerwerbslandwirt nach Ihrer Meinung nicht, aber nach meiner Auffassung erhalten bleiben.

Meine verehrten Damen und Herren, es wird dauernd, auch seitens des Bundesministers, vom **Verursachungsprinzip** gesprochen. Der Begriff „Verursachungsprinzip" scheint mir fehl am Platze, denn wir können feststellen, daß im Bereich des deutschen Zuckerrübenbaus ein Rückgang von 294 000 ha auf 290 000 ha zu verzeichnen ist.

(Zuruf von der SPD: Na und? — Abg. Dr. Schmidt [Gellersen]: Wofür ist das ein Beweis?)

— Herr Kollege Dr. Schmidt, das ist ein Beweis dafür, daß man in Deutschland Musterknabe spielt und die anderen Staaten nicht bereit sind, diesem guten Beispiel zu folgen. Ich sage Ihnen zur Beruhigung einen Satz mehr. Der französische Landwirtschaftsminister Duhamel hat im Parlament in Paris erklärt: „Die **Überschüsse in der Europäischen Gemeinschaft** machen mir momentan keine Sorge". Wenn sie den Franzosen keine Sorgen machen, dann sollten auch wir nicht in eine Hysterie verfallen und permanent davon sprechen, daß wir von Überschüssen erdrückt werden. Wir sollten vielmehr froh sein, daß allen in Deutschland eine ordentliche Versorgung mit Erzeugnissen von höchster Qualität ge- (C) boten wird.

(Zurufe von der SPD.)

Das Verursachungsprinzip ist der Agrarfinanzierung, wenn man bis auf 38 % geht und die Berechnung über das Sozialprodukt erfolgt, bei Gott nicht zugrunde gelegt worden. Ich habe das Gefühl, Herr Minister Ertl, daß Ihr ehrliches Wollen von anderen Regierungsmitgliedern schon unterminiert worden ist, bevor die deutsche Verhandlungsdelegation nach Den Haag gefahren ist. Französische Zeitungen haben darüber berichtet.

Meine verehrten Damen und Herren, wenn die Landbevölkerung in Zukunft an dem, was nach der Regierungserklärung angestrebt werden soll, teilhaben soll, dann muß eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Die erste Voraussetzung ist das Nebeneinander von **Voll-, Neben- und Zuerwerbsbetrieben.** Diese Betriebe müssen in Deutschland Bestand haben und können in den Lagen, die ich genannt habe, absolut nebeneinander bestehen. Wenn der einzelne seinen Betrieb aufgeben will, ist es seine Sache. Die Politik hat das nicht zu bestimmen oder vorzuschreiben. Das ist vielmehr in die Entscheidung des einzelnen gestellt.

Die Zielsetzung unserer Fraktion in der Agrarpolitik orientiert sich auch an wirtschaftspolitischen Daten. Wenn es in allen anderen Bereichen nach oben geht, muß eben die **Preis- und Marktpolitik** an erster Stelle stehen. Ich bin Herrn Minister Ertl dankbar, daß er die Preis- und Marktpolitik vorrangig angesprochen hat, denn nur wenn die Land- (D) bevölkerung ein möglichst hohes Einkommen und einen sicheren Sozialstatus erreicht, können wir sagen, daß die Agrarpolitik in der richtigen Bahn läuft. Die **Produktionssteigerung** beinhaltet keine **Einkommensverbesserung** mehr, wenn man **Kostensenkungen** in der utopischen Form, wie sie von Brüssel aus angesteuert werden, durchführt. Deshalb muß hier haltgemacht werden. Für die CDU/CSU hat die Preis- und Marktpolitik auch in Zukunft Priorität. Hier haben Sie, Herr Minister, unsere volle Unterstützung bei den Verhandlungen, die für Sie von entscheidender Bedeutung sind.

Die Herstellung des **Marktgleichgewichts** ist das nächste Ziel. Sie kann aber nur erreicht werden, wenn die Bereitschaft der Partner dazu vorhanden ist. Das ist anscheinend nicht der Fall, wenn der französische Landwirtschaftsminister solch eine Aussage macht.

Die CDU/CSU hat die **Strukturpolitik** schon immer ernst genommen. Sie ist aber auch dafür eingetreten, daß die Strukturpolitik nur in einer behutsamen Form betrieben wird. Bei ihr darf es nicht um ökonomisch-betriebswirtschaftliche Daten gehen, die man wissenschaftlich ermitteln kann, sondern bei ihr muß es um den Menschen gehen, über den wir zu entscheiden haben, den Bauern und seine Familie. Allein von dieser Leitlinie aus wird die CDU/CSU ihre Entscheidung über die Strukturprobleme in der Bundesrepublik Deutschland fällen.

Ich sage Ihnen aber voraus: wenn die preispolitische Seite vernachlässigt wird, erstickt die struk-

Ehnes

turpolitische Seite von selbst; denn dann hat der Landwirt eine unzureichende Kapitalausstattung und ist deswegen nicht bereit aufzustocken. Hier müssen wir über die Zupachtung neue Wege eröffnen, weil der Zukauf zu teuer ist und weil wir in einem flächenarmen Land wohnen, wo die erwünschten Betriebseinheiten nicht ohne weiteres erreicht werden können.

Aus diesem Grunde müssen wir die Vorschläge von Herrn Mansholt mit Entschiedenheit und Härte zurückweisen. Wir wollen ihnen ein eigenes Programm entgegensetzen. Ich wäre deshalb dankbar, wenn auch Sie, Herr Bundesminister, ein Wort darüber sagten, wie Sie die Planungen und das Vorhaben des bayerischen Landwirtschaftsministers Dr. Eisenmann bewerten, der in einer vorbildlichen Weise jetzt im Gesetzgebungsgang versucht, einen **Alternativvorschlag** zu dem **Mansholt-Plan** zu bringen. Wir wissen, daß dieser Plan in Brüssel ohne Alternativen nicht vom Tisch zu wischen ist.

Da die Franzosen bei zweieinhalbfacher Produktionsgröße der Bundesrepublik keine Überschußprobleme zu verzeichnen haben, sollten wir nicht ganz so großzügig auf Vorschläge eingehen, die nur Teilbereiche betreffen und das agrarpolitische Moment nicht lösen.

Herr Bundesminister, der FDP-Pressedienst schreibt heute, daß der Abgeordnete Ehnes gegen seinen Minister Höcherl etwas hat, weil er etwas gegen die Abschlachtprämie gesagt hat. Ich darf Ihnen versichern, daß ich das meinem Freund Höcherl schon vor Ihnen gesagt habe, weil ich glaube, daß die Abschlachtprämie nicht das Allheilmittel für die Agrarpolitik ist, sondern eine Begleitmaßnahme, die da und dort sinnvoll sein kann. Die Agrarpolitik sehe ich mit meinen politischen Freunden in erster Linie in der Preis- und Marktpolitik, in der Struktur- und Sozialpolitik. Dazu werden meine politischen Freunde noch eine Aussage machen.

Im Haushalt sind von den **Mitteln für von der Natur benachteiligte Gebiete** 15 Millionen DM gestrichen worden. Diese Kürzung der Mittel bei der Strukturpolitik ist ein Widerspruch zur Regierungserklärung, weil dann die notwendigen flankierenden Maßnahmen nicht durchgeführt werden können. Deshalb halte ich diese Streichung für unmöglich.

Herr Bundesminister, Sie haben durch einen Erlaß Ihres Hauses die **Althofsanierung** rückwirkend zum 1. Juni storniert, wenn der Antrag sich auch auf ein Wohnhaus erstreckte. Wenn dieser Erlaß nicht zurückgenommen wird und die gestellten Anträge nicht verwirklicht werden müssen, tragen Sie dazu bei, daß draußen in der Landwirtschaft wieder Mißtrauen aufkommt und daß das Mißtrauen, das viele Leute haben, verstärkt seine Berechtigung hat. Denn damit ist nicht nur der Landwirt in eine schwierige Lage gebracht durch die Kosten, die ihm bei der Baumaterialbeschaffung, bei den Planunterlagen, bei der Statik und beim Bau bereits entstanden sind und die er heute mit 12 bis 13 % verzinsen muß, sondern damit ist das ländliche Bauen im ganzen Lande, dort, wo die Problemgebiete sind, endgültig begraben, und der Sog in die Ballungsräume geht weiter.

Sie planen selbst die **Änderung des § 35 des Bundesbaugesetzes.** Ich beantrage hier offiziell, daß diese Vorschrift im Bundesbaugesetz verändert wird. Denn gerade das ländliche Bauen erfüllt dieses Land mit Leben und bindet die Menschen dort, damit sie nicht in die Ballungsräume abwandern. Auch dazu werden meine Kollegen noch etwas sagen. Ich erwähne nur das Problem der nachgeborenen Bauernkinder.

Zum Schluß habe ich an Sie, Herr Minister, noch einige Fragen. Es gibt im Lande draußen zur Zeit sehr viele Leute, die sagen, Sie hätten in Brüssel — das ist auch eine persönliche Frage von mir — der **Hopfenmarktordnung** nicht die Aufmerksamkeit geschenkt oder schenken können, die notwendig gewesen wäre; denn dort wäre man bereit gewesen, eine gewisse Gegenleistung zu erbringen und einer Hopfenmarktordnung zugunsten der deutschen Bauern zuzustimmen. Wir brauchen diese Hopfenmarktordnung, Herr Minister. Ich frage Sie deshalb: Wann rechnen Sie mit dem Inkrafttreten einer solchen Ordnung? Oder stimmen die Vermutungen, daß Ihre Verhandlungsdelegation nicht alles berücksichtigt hat, was bei der Vorbereitung auf die Auseinandersetzung dringend hätte berücksichtigt werden müssen?

Ich frage Sie weiter: Wird das, was im **deutschen Weingesetz** steht, bei der europäischen Ordnung — ich möchte nicht sagen: Marktordnung — für Wein berücksichtigt, wenn nachgewiesen wird, daß das deutsche Weingesetz eine Marktordnung für Wein schon deshalb ausschließt, weil hier bereits alles fest verankert ist? Ich frage Sie weiter nach einer anderen Sonderkultur, der Sonderkultur Tabak. Und, Herr Bundesminister, sind Sie zusammen mit Herrn Finanzminister Möller in der Lage, für die in den von der Natur benachteiligten Gegenden liegenden Betriebe auf Sandböden weitere Kontingente für die Kartoffelspriterzeugung bereitzustellen?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Wir haben in den letzten Jahren in den Gebieten, in denen man auf den Kartoffelanbau in dünnen Bodenlagen angewiesen ist, hervorragende Fortschritte erzielt, und es wäre ein schöner Dienst, den die neue Regierung den Bauern erweisen könnte, wenn die Empfehlung, die ich hier gebe, bald aufgegriffen würde, und zwar in der Form, daß sie uns sagt: Wir haben weitere 100 000 DM pro Betrieb als Zuschuß zur Verfügung gestellt und auf der anderen Seite die Kontingenterhöhung durchgeführt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Kommen Sie bitte zum Schluß! Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ehnes (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist beendet. Ich hoffe, daß Sie, Herr Minister, mir diese Fragen beantworten werden. Zu den speziellen Bereichen, auf die ich in der Kürze der Zeit nicht eingehen konnte, werden meine politischen Freunde aus der Fraktion noch gesondert

Ehnes

(A) Stellung nehmen und Ausführungen zum Grünen Bericht machen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat der Abgeordnete Peters.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst von einigen wichtigen Daten des **Grünen Berichts** ausgehen. Der Vergleichslohn ist ebenso wie früher auch in diesem Berichtsjahr nicht erreicht worden. Allerdings hat sich die Ertragslage wesentlich gebessert. Der Differenzbetrag zwischen den Verkaufserlösen und den Betriebsausgaben ist gestiegen, und zwar im Berichtsjahr um 1,5 Milliarden DM. Im nächsten Jahr wird er vermutlich um 750 Millionen DM steigen. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ist auf 8,8 % zurückgegangen. Das ist eine Verminderung um 120 000 im Berichtsjahr.

Das entscheidende Datum dieses Berichts ist nach meiner Meinung die Tatsache, daß die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft von 1960 bis 1969 um 60 % zugenommen hat, während sie in der gewerblichen Wirtschaft im gleichen Zeitraum nur um 40 % zunahm. In diesem Datum steckt die gewaltige Leistung der Landwirtschaft, der landwirtschaftlichen Betriebsleiter und der Betriebswirtschaft; ebenso stecken darin die Ergebnisse der landwirtschaftlichen (B) Forschung bei Tier und Pflanze.

Die **langfristige Entwicklungstendenz in der Landwirtschaft** ist nicht so günstig wie diese Ergebnisse aus dem vergangenen und dem jetzigen Berichtsjahr, über das im Grunde schon ein Urteil gefällt werden kann. Im Grünen Bericht ist dazu eine Modellaufstellung gemacht worden. Dabei geht man davon aus, daß der Abstand der Einkommen in der Landwirtschaft zu den Einkommen in der übrigen Wirtschaft gleichbleibt, die Einkommen in gleichem Maße steigen wie in den vergangenen Jahren. Nun gibt es zwei verschiedene **Modelle.** Im ersten Modell steigt das Agrarpreisniveau mit dem übrigen Preisniveau im Durchschnitt der Jahre um 2 %. Im zweiten Modell bleiben die Agrarpreise nominell gleich, weder steigen sie, noch fallen sie. Nach dem ersten Modell würden von den heute noch in der Landwirtschaft tätigen 2,3 Millionen Menschen in zehn Jahren nur noch 1,4 Millionen Menschen in der Landwirtschaft den gleichen Verdienst finden wie heute, nach dem zweiten Modell, also bei nominell gleichen Preisen, sogar nur noch 1 Million Menschen.

Meine Damen und Herren! Aus dieser Modellaufstellung, die keine Zielprojektion ist — das ist ausdrücklich bei der Einbringung des Grünen Berichts gesagt worden —, müssen wir Schlüsse ziehen für die Zukunft. Diese Schlüsse können nur wie folgt aussehen. Erstens darf die Agrarpolitik nicht davon ausgehen, daß, wie es der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat, in der **EWG** über einen Preisdruck die Überschüsse beseitigt werden und sich dadurch eine verstärkte Strukturänderung in den Agrarbe- (C) reichen ergeben wird. Die Modellrechnung zeigt, daß auch bei gleichbleibenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen durch die Sogwirkung eine recht starke Abwanderung aus der Landwirtschaft in die anderen Wirtschaftsbereiche stattfinden wird. Wenn wir diese Entwicklung in sachlich vernünftigen Bahnen verlaufen lassen wollen, dann bedeutet das, daß sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen in der EWG um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bemühen muß. Diese Verhandlungen haben begonnen. Sie werden sehr wahrscheinlich längere Zeit dauern, bis man hinsichtlich der Produkte, bei denen das Marktgleichgewicht wiederhergestellt werden soll, zu Entschlüssen gekommen sein wird.

Herr Ehnes, Sie haben hier die Vorstellungen der Kommission dargelegt. Sie haben es ungefähr so dargestellt, als ob die deutsche Bundesregierung diese Vorschläge schon akzeptiert hätte. Das ist in keiner Weise der Fall. Wir gehen vielmehr von dem aus, was bisher in der Bundesregierung beschlossen ist. Wir gehen von der Zielsetzung aus, mit der unsere Verhandlungskommission nach Brüssel gegangen ist. Die Zielsetzung bei diesen Verhandlungen ist eben, keine Preissenkung hinzunehmen, weder bei Interventionspunkten noch bei Interventionspreisen. Daß wir bei den Produkten, bei denen Überschüsse bestehen, also vordringlich bei der **Milch,** nach unserer Meinung zu Mengenregelungen, zu Kontingenten kommen müssen, haben wir nicht erst heute verlangt. Das haben wir schon vor einigen Jahren deklariert. Ich will hier (D) gar nicht darüber streiten, ob die CDU diesen Gedanken zuerst gehabt hat, ob wir ihn zuerst gehabt haben oder ob die Idee vom Bauernverband gekommen ist. Nach unserer Meinung ist dieser Bereich nur in den Griff zu bekommen, wenn, wie es jetzt Minister Ertl vorgeschlagen hat, ein Kontingent von 95 % gegeben wird, die Übermengen dann 5 % niedriger bezahlt werden und die Landwirtschaft an der Beseitigung der Überschüsse mit einem Pfennig beteiligt wird.

Wenn dieser Vorschlag in der EWG durchkommt, erreichen wir im Bereich der Milch eine Regelung, mit der die deutsche Landwirtschaft voll zufrieden sein kann. Sehr wahrscheinlich wird es dann auch zur Beseitigung der Überschüsse kommen, die in keiner Weise eine so große Menge erreicht haben, wie das noch vor einem halben Jahr von der EWG-Kommission dargestellt worden ist.

Die weitere Folgerung aus dieser Modellrechnung ist, daß die **Strukturpolitik** in Deutschland fortgesetzt werden muß, daß sie auch in den nächsten Jahren, wenn der Haushalt es erlaubt, mit verstärkten Mitteln fortgesetzt werden muß, und daß die **Agrarsozialpolitik** erheblich ausgeweitet werden muß.

Nun einige Worte zu dem, was Herr Dr. Ritz zur **Aufwertung** gesagt hat. Meine Damen und Herren, wir hätten dieses Thema heute nicht wieder gebracht.

(Abg. Dr. Ritz: Das kann ich mir vorstellen!)

Peters (Poppenbüll)

(A) Wir haben es als abgeschlossen betrachtet. Aber es wird von Ihnen immer wieder gebracht, Herr Dr. Ritz,

(Abg. Dr. Ritz: Weil es noch nicht abgeschlossen ist!)

und ich glaube, nicht zu Ihrem Vorteil. Es ist unbestritten, daß die jetzige Bundesregierung der Landwirtschaft für diese Legislaturperiode den vollen **Ausgleich für die Währungsverluste** gibt. Niemand hat gesagt, daß der Währungsverlust höher sei als 1,7 Milliarden DM.

(Zuruf von der CDU/CSU: Professor Niehaus! Waren Sie nicht bei dem Hearing?)

— Ich komme gleich darauf. — Die Unterhaltung im Hearing und die weitere Diskussion hat dazu geführt, daß jetzt von der Regierung der **differenzierte Flächenschlüssel** vorgeschlagen wird, eine nach meiner Meinung verhältnismäßig einfache Art, das Verfahren in der Verwaltung durchzuziehen. Ich glaube auch, daß dieser Schlüssel für die Landwirtschaft gerecht ist.

Ein weiteres Faktum. Wir haben die **Mehrwertsteuerregelung** seit dem 1. Januar, und man kann heute unbestritten feststellen, daß die 3 % bei der Landwirtschaft ankommen. Es ist oft bezweifelt worden — und zwar von Ihrer Seite bezweifelt worden —, daß bei den Veredelungsprodukten die Mehrwertsteuer ankommen würde. Sie haben geglaubt, daß ein stärkerer Preisbruch entstehen würde. Ich habe mir eine Aufstellung über die (B) Preise im Dezember 1967, 1968 und 1969 und im Vergleich dazu die Preise vom Januar 1968, 1969 und 1970 machen lassen. Da ergibt sich folgendes Bild. Bei Schweinen hatten wir im Dezember 1967 einen Durchschnittspreis von 250 DM, der auf 246 DM im Januar 1968 zurückging; ein leichter Rückgang. Im Dezember 1968 hatten wir einen Durchschnitt von 283 DM, im Januar 1969 294 DM. Nun wird es interessant, Herr Dr. Ritz: Im Dezember 1969 hatten wir einen Preis von 319 DM, und der ging auf 311 DM zurück. Bei Rindern haben wir das gleiche Bild. Wir haben eine saisonale Entwicklung, die in allen drei Jahren gleich war — das sind übrigens die Zahlen einschließlich Mehrwertsteuer —, und es ist kein Preisbruch festzustellen, der rechnerisch 5½ % betragen müßte.

(Abg. Dr. Ritz: Aber dann müssen Sie natürlich auch andere Preise nehmen!)

— Herr Dr. Ritz, wir könnten diesen Vergleich in späteren Monaten, wenn wir die Februar- und die März-Zahlen haben, fortsetzen. Aber es zeigt sich heute ganz eindeutig, daß der Verlust der Landwirtschaft nicht zu niedrig eingeschätzt worden ist; ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken. Sie sollten deshalb auf diesem Thema, aus dem Sie weiß Gott kein Kapital mehr schlagen können, nicht weiter herumreiten.

Es kommt hinzu — ich möchte noch mit einem Satz fortfahren —, daß das Unterlaufen der deutschen Preise vor der Aufwertung beseitigt ist, durch das der Landwirtschaft ein Schaden von Hunderten von Millionen DM entstanden ist.

Ich will auch noch auf den Kostenbereich kommen. Wir sehen es alle nicht gerne, daß wir eine beachtliche **Kostensteigerung** haben, aber wenn die Aufwertung nicht gewesen wäre, wäre die Kostensteigerung stärker gewesen (C)

(Zuruf des Abg. Leicht)

— nach der Meinung der Bundesbank und der Wissenschaft, Herr Leicht —, und wenn die Aufwertung ein Jahr oder ein Dreivierteljahr früher gekommen wäre, hätten wir diese Kostensteigerungen vermutlich in diesem Maße nicht gehabt. — Bitte schön!

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Kollege Peters, ohne Kapital aus einer Sache schlagen zu wollen: Erinnern Sie sich daran, daß es mir in meinen Bemerkungen zur Aufwertung auch darum ging, auf die Folgen hinzuweisen, die sich etwa aus der Verhandlungsposition der Bundesregierung im Hinblick auf die Preisverhandlungen in Brüssel ergeben und im Hinblick auf die Frage, was nun nach einer entsprechenden Übergangsregelung passiert?

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Dr. Ritz, ich glaube, wir können heute, nachdem die Aufwertung, die Folgemaßnahmen und alles, was eingeleitet worden ist, zu übersehen ist, sagen, daß der deutschen Landwirtschaft zumindest der durch die Aufwertung bedingte volle Ausgleich zuteil wird. Zweitens — und das ist sehr wahrscheinlich auch für Sie interessant, es hier noch einmal festzustellen — hat unsere Verhandlungsdelegation damals in Luxemburg und in Brüssel unter Minister Schiller (D) und Minister Ertl über diese Fragen verhandelt. Sie sind mit dem vollen Ausgleich und nicht mit einer Degression nach Hause gekommen. Sie haben das, was wir erreichen wollten, erreicht. Wenn Sie jetzt die Frage stellen: „Was wird nach vier Jahren sein?", dann bin ich fest der Meinung, daß der Ausgleich, wenn sich die Fakten nicht ändern, in irgendeiner Weise weitergehen wird. Davon gehe ich aus, daß Ihre Einstellung so ist und daß auch unsere Einstellung so ist.

(Abg. Dr. Ritz: Wenn man Sie so hört, dann verdienen die Bauern noch an der Aufwertung!)

— Einen Schaden haben sie zumindest nicht gehabt, Herr Ritz. Je mehr Sie darüber reden, desto mehr wird nachgeprüft werden.

(Abg. Dr. Ritz: Natürlich, darum reden wir auch darüber!)

Nun kommt ein weiterer Punkt, zu dem Sie gesprochen haben, der für die Bundesregierung mit Sicherheit schwieriger zu verteidigen ist, das ist die **Haushaltslage.** Meine Damen und Herren, Sie wissen doch genau, daß in der mittelfristigen Finanzplanung der früheren Regierung 530 Millionen DM für die nationale Agrarpolitik gestrichen worden sind. Das wissen Sie. Es ist nie anders von uns behauptet worden, als daß es Minister Ertl nun gelungen ist, davon 389 Millionen DM wieder anzuwerben. Es ist ein Fehl von 140 Millionen DM entstanden. Das wird nicht bestritten. Entscheidend ist aber, daß es in Zukunft nach dem Haushaltsgesetz

Peters (Poppenbüll)

(A) nicht mehr so ist, daß fehlende Mittel für die Marktordnung aus dem Titel 10 02 — nationale Agrarpolitik — gedeckt werden müssen. Das ist ein großer Vorteil. Im Gegenteil, es ist jetzt umgekehrt, daß überflüssige Mittel in Titel 10 03 für die nationale Agrarpolitik zur Verfügung stehen. Wenn wir die Erfahrungssätze früherer Jahre aus diesem Haushalt nehmen, dann dürften da einige, vielleicht 200 Millionen DM für die nationale Agrarpolitik durch diese Verfügung flüssig werden.

(Zuruf des Abg. Leicht.)

— Herr Leicht, Sie kennen genauso wie ich den Haushalt. Sie wissen, daß das stimmt, was ich eben gesagt habe.

(Abg. Leicht: Die Ansätze sind zu eng!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Präsident, für mich war eine halbe Stunde angemeldet.

Vizepräsident Dr. Schmid: Gut, dann gebe ich Ihnen die halbe Stunde.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Ich bin auch bald am Ende. — Die Einzelpositionen sind in diesem Haushalt um diese 140 Millionen DM niedriger. Das wird nicht bestritten. Nun werden sehr wahrscheinlich, wie ich eben sagte, im Laufe des Jahres über diese

(B) Haushaltsverfügung Mittel frei werden. Dazu muß man die mittelfristige Finanzplanung sehen, die auch nur dann richtig erkannt wird, wenn man weiß, daß im Haushalt 1970 400 Millionen DM für den Preisbruch, also für die Intervention B, enthalten sind, die im Jahre 1971 wegfallen, daß der Getreidepreisausgleich von 190 Milliarden DM dieses Jahr zum letztenmal enthalten ist und daß die EWG uns im Jahre 1971 zum erstenmal von den 920 Millionen DM 330 Millionen DM abnimmt. Wenn man das zusammenzählt, ergibt sich, daß 920 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen, so daß, wenn man in der mittelfristigen Finanzplanung in der Zahlenreihe einen Vergleich zieht, Jahr für Jahr — vorsichtig ausgedrückt — 200 bis 300 Millionen DM mehr zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden wir für Strukturpolitik und vordringlich für die Sozialpolitik einsetzen. Wir sind der Meinung, daß wir in der Sozialpolitik zunächst den Krankenversicherungsschutz finanzieren sollten, weil diese Maßnahmen die wichtigste sozialpolitische Maßnahme ist, die in der Agrarsozialpolitik zu treffen ist. Aber nur das Zusammenwirken einer vernünftigen Preispolitik, Strukturpolitik und Agrarsozialpolitik wird der Landwirtschaft in dieser schwierigen Lage helfen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat Herr Dr. Weber.

Dr. Weber (Köln) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Ritz hat lobend von

(C) dem Grünen Bericht gesprochen. Man kann seine Rede unter dem Motto zusammenfassen: Wie sag ich's meinem Kinde, ohne gleichzeitig zu bekennen, daß dieser Grüne Bericht von einer sozialdemokratisch geführten Regierung verfaßt worden ist?

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU.)

Ich muß dazu sagen: Warum ist ein solcher Grüner Bericht, der hier das Prädikat — ich glaube richtig mitstenographiert zu haben — „wertvoll" bekommen hat, in den letzten 18 Jahren nicht auch von der CDU/CSU vorgelegt worden? Sie hatten doch hinreichend Zeit dazu.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Zurufe von der CDU/CSU: Abtreten! Jungfernrede!)

Nun, der Kollege Dr. Ritz hat einmal kritisiert, die Politik könne nicht dadurch auf Dauer gemacht werden, daß der **Deutsche Bauernverband** beim Bundeskanzler Besuche mache. Darin stimmen wir überein; denn wir sind der Überzeugung, daß der Bundeskanzler hin und wieder auch etwas anderes zu tun hat, als sich nur mit dem Deutschen Bauernverband zu unterhalten. Aber dieser Deutsche Bauernverband hat nach dem Besuch beim Bundeskanzler erklärt, daß dieses Gespräch positiv gewesen sei,

(Zurufe von der CDU/CSU: Ja, ja! — Abg. Dr. Ritz: Ja, ja, zwei Stunden nachher!)

und dieser Deutsche Bauernverband hat nach der Vorlage des Grünen Berichts erklärt, daß dieser Grüne Bericht positiv sei.

(Abg. Stücklen: Für welche Zeit?)

(D) **Vizepräsident Dr. Schmid:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage? — Bitte.

Bewerunge (CDU/CSU): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß der Grüne Bericht das Wirtschaftsjahr 1968/69 abhandelt und daß das eigentlich das letzte goldene Jahr unter Höcherl gewesen ist?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Weber (Köln) (SPD): Sicher ist mir das bekannt; nur sagt der Grüne Bericht — und das ist das Entscheidende in seiner Aussage — etwas, was auf die Zukunft ausgerichtet ist.

(Abg. Bewerunge: Ach so!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? — Bitte!

Saxowski (SPD): Herr Kollege Weber, würden Sie bitte mal den Herrn Bewerunge fragen, wer denn 1968/69 die Politik der Bundesregierung konzipiert und durchgeführt hat und ob nicht die SPD zu sehr großen Teilen an der positiven Landwirtschaftspolitik mitgearbeitet hat.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Ritz: Nach dem Motto: „je nachdem"!)

Dr. Weber (Köln) (SPD): Herr Saxowski, das wollte ich zu Punkt 2 sagen; darauf ist nämlich auch der Kollege Ritz gekommen.

(A)

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zwischenfrage!

Dr. Stark (Nürtingen) (CDU/CSU): Herr Kollege, würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß wir nicht die guten Aussagen der Regierung, auch der Regierungserklärung bezweifeln, sondern die mangelnden Taten in den letzten vier Monaten?

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU.)

Dr. Weber (Köln) (SPD): Wir haben auch hierzu etwas zu sagen. Sie dürfen mir glauben, daß wir dann, wenn Ihr erster Sprecher in diesem Hause etwas zu Fragen der Landwirtschaftspolitik sagt, zuhören. Deswegen habe ich Ihre Frage z. B. zu diesem Punkt für überflüssig gehalten, weil nämlich auch das, was Herr Ritz hier gesagt hat, von mir behandelt werden wird.

Herr Ritz beschwert sich zweitens darüber, daß die **Folgen der Aufwertung für die deutsche Landwirtschaft** nicht hinreichend bedacht worden seien. Er sagt dann, die deutsche Landwirtschaft sei um 8,5 % zurückgeworfen worden, und daher könnten Preisermäßigungen von den Ausländern — sprich: von den anderen EWG-Partnern — eher verdaut werden. Nun, Herr Kollege Ritz, das ist doch glatter Unsinn;

(Abg. Dr. Ritz: Verzeihung! Jetzt haben Sie unsinnig zitiert! Jetzt muß ich eine Zwischenfrage stellen! — Weitere lebhafte Zurufe von der CDU/CSU.)

(B)

denn erstens bekommt die deutsche Landwirtschaft gerade 1,7 Milliarden DM als Ausgleich dafür, und zweitens war doch gerade die Aufwertung notwendig, um das Währungsungleichgewicht wieder in ein Gleichgewicht zu verwandeln.

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Weber (Köln) (SPD): Bitte!

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Kollege Weber, sollte Ihnen wirklich entgangen sein, daß ich bezüglich dieser Ihrer Passage lediglich festgestellt habe, daß natürlich jetzt im Hinblick auf gemeinsame Preisverhandlungen des Ministerrats innerhalb der EWG die Bundesregierung in einer schwierigen Position etwa gegenüber den Franzosen ist, die durch die Folgen der Abwertung hier wesentlich elastischer sind? Das war meine Feststellung. Wie Sie das mit dem Prädikat „unsinnig" belegen können, ist mir schleierhaft.

Dr. Weber (Köln) (SPD): Ich bleibe trotzdem dabei.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Abg. Bewerunge: Ich bin dagegen, auch ohne Gründe!)

Zweitens kritisieren Sie, Herr Kollege Ritz, daß die Aufwertung dem deutschen Landwirt keinen Vorteil gebracht hat. Sie fragten, was nach vier Jahren geschehen sei, und sagten, daß bis heute keine Richtlinien dafür geschaffen worden seien. (C)

(Abg. Dr. Ritz: Ach, habe ich doch!)

— Aber sicherlich! Dann lassen Sie mich umgekehrt die Frage stellen — diese Vorlage ist im Finanzausschuß beraten worden —: Welches Ihrer Fraktionsmitglieder hat im Finanzausschuß auch nur einmal einen positiven Beitrag zur Lösung der Frage geleistet, welche andere Möglichkeiten denn zur Beseitigung von Aufwertungsfolgen gegeben seien?

(Abg. Dr. Ritz: Herr Kollege, es tut mir leid! Sie werfen alle Dinge durcheinander! Es lohnt nicht mehr zu fragen!)

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Dr. Weber (Köln) (SPD): Herr Präsident, ich komme hier wahrscheinlich in äußerst starke zeitliche Schwierigkeiten. Wenn Sie mir diese Zeit nicht anrechnen, gestatte ich die Zwischenfrage gern.

Vizepräsident Dr. Schmid: Sie wird nicht angerechnet.

Ehnes (CDU/CSU): Herr Kollege Weber, stimmen Sie mir zu, daß das zuständige Ressort der Bundesregierung in den abgelaufenen drei Monaten den Gesetzentwurf hätte vorlegen müssen, insbesondere deshalb, weil Herr Minister Ertl zwei Staatssekretäre hat, die keiner seiner Vorgänger — das ist also erstmalig — aufweisen konnte? (D)

Dr. Weber (Köln) (SPD): Erstens hat in der Zwischenzeit ein Hearing stattgefunden, in dem von Sachverständigen unterschiedlich dargelegt worden ist, wie sie über die Verteilung der Mittel denken. Zweitens ist es sicherlich nicht Herrn Ertl anzulasten, daß er im Ministerium wahrscheinlich so viel unerledigte Arbeiten vorgefunden hat, daß er sie erst einmal aufarbeiten muß, um an neue Sachen heranzugehen.

Zum dritten meint Herr Kollege Ritz, die Aussagen über die Vorhaben der Bundesregierung in der **Regionalstruktur** verlören an Glaubwürdigkeit, weil die Mittel gekürzt worden seien. Herr Dr. Ritz hat hierzu Zahlen zusammengestellt. Er hat dabei aber vergessen, auch einmal die Zahlen bekanntzugeben, die auf Seite 144 des Grünen Berichts dargestellt sind. Dort sagt nämlich Ihr früherer Finanzminister zu den Mitteln, die für das Jahr 1970 für die Landwirtschaft hätten bereitgestellt werden sollen, etwas ganz anderes. Wenn Sie diese Zahlen vergleichen — und das sollte man der Wahrhaftigkeit wegen auch in diesem Hause tun —,

(Abg. Kiep: Auch in diesem Hause?)

dann sehen Sie, daß die Agrarstruktur eine Verbesserung von 838,1 Millionen DM, geplant von Herrn Strauß, auf 1 097,4 Millionen DM erfährt.

(Abg. Dr. Ritz: Darüber haben wir doch schon gesprochen!)

Dr. Weber (Köln)

(A) Bei der Modernisierung der betrieblichen Ausstattung, bei der landwirtschaftlichen Sozialpolitik sind die Ansätze übernommen worden, bei der Rationalisierung der Vermarktung mit einer Erhöhung, und das gilt letztlich bei dem großen Posten der anderen Förderungsmaßnahmen. In allen Fällen ist der Regierungsentwurf ein ganzes Stück weitergegangen, als Sie es für 1970 durch Ihren damaligen Finanzminister geplant haben.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Die 500 Millionen lassen Sie weg!)

Nun meinen Sie, Herr Kollege Ritz, in den letzten 15 Jahren habe die CDU/CSU bereits den ganzen Strukturwandel, der sich heute im Grünen Bericht zeige, geplant und begrüßt. Sie haben leider in der letzten Debatte, die auf dem Landwirtschaftssektor geführt worden ist, nichts gesagt. Aber dafür hat Ihr Kollege Struve etwas gesagt, was ich einmal wörtlich vorlesen darf.

(Abg. Dr. Ritz: Da sehen Sie mal, wieviel Leute wir haben! — Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Die davon etwas verstehen!)

Er sagte:

> Nach den Vorschlägen müssen dagegen Hunderttausende von Bauern ihre auf dem Privateigentum beruhende Selbständigkeit und Eigenverantwortung aufgeben. Das aber, meine Damen und Herren, ist das Ende des bäuerlichen Betriebes.

(B) (Zurufe von der CDU/CSU: Na und? — Abg. Bewerunge: Ist das Aufgeben nicht Ende?)

Sodann meinen Sie, Herr Kollege Ritz, die frühere Regierung habe ein positives Erbe hinterlassen. Sie meinen damit selbstverständlich immer nur Herrn Höcherl. Nach dieser Laudatio auf Herrn Höcherl hätte an sich damit gerechnet werden müssen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Herr Höcherl ist doch kein Erbe!)

daß Sie fast einen Heiligsprechungsprozeß einleiten wollten.

(Abg. Leicht: Davon verstehen Sie nichts! Hören Sie auf!)

Dieser Bericht unterscheidet sich von den früheren Berichten in einem Punkt wesentlich. Heute wird gesagt, die Preise müßten gehalten werden; früher haben Sie gesagt, die Preise würden gehalten, obwohl zu diesem Zeitpunkt Herr Schmücker als damaliger Wirtschaftsminister bei den EWG-Verhandlungen in Brüssel längst die Hosen heruntergezogen hatte und andere Preisvorstellungen mit nach hier zurückgebracht hat.

Nun, meine Damen und Herren, zu Ihrer Entschließung, die Sie hier heute auf den Tisch gelegt haben. Diese Entschließung unterscheidet sich erfreulicherweise von früheren Entschließungen, die Sie zu den Zeiten gebraucht haben, als Sie den Ernährungsminister stellten. Damals haben Sie nämlich noch gefordert, daß mindestens das alte Getreidepreisniveau erreicht werden müsse. Heute sind Sie ein ganzes Stück vorsichtiger; das ist eine erfreuliche Lehre, die Sie offenbar in der Opposition gezogen haben. (C)

Was soll man mit einem Antrag anfangen, der so global Maßnahmen zusammenfaßt? So wird z. B. auf der einen Seite gesagt, die öffentliche Hand müsse vorübergehend Grundbesitz erwerben. Wer ist die öffentliche Hand? Ist das die Kommune? Ist das das Land? Ist das der Bund? Wen wollen Sie damit verpflichten?

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Als Jurist sollten Sie wissen, wer die öffentliche Hand ist!)

— Eben die Tatsache, daß ich es weiß, unterscheidet mich merklich von dem, der hier diesen Antrag verfaßt hat.

Sie sagen auf der einen Seite, klassische **Agrarstrukturmaßnahmen** müßten einbezogen werden; auf der anderen Seite begründen Sie heute hier: Wir müssen alles verhindern, was den wirtschaftlich-technischen Fortschritt zementiert. Unter Ziffer 3 fordern Sie, daß öffentliche Mittel in verstärktem Maße durch verbilligte Abgabe für den Verbraucher abzubauen seien. Mit einem solchen Globalantrag, der unbestimmt ist, kann man doch wirklich nichts anfangen. Wir meinen, daß dieser Antrag nichts anderes als ein Spectaculum für diese heutige Sitzung ist; er ist ohne jeglichen materiellen Inhalt.

Herr Ehnes meint, die **Aufwertung** sei einseitig auf dem Rücken der Landwirtschaft ausgetragen worden. Nun, wir haben doch den Betrag von 1,7 Milliarden DM auf Grund genauer Berechnungen, mit denen Sie einig gingen, eingesetzt.

(Abg. Dr. Ritz: Gewisse Prämissen!) (D)

Da gibt es doch nur die zwei Möglichkeiten: entweder sind die Preise auf Grund des Preisniveaus, das am Tage der Aufwertung galt, zum Verbraucher durchgeschlagen — dann bekommt der Landwirt seinen vollen Schaden ersetzt —, oder die Preise sind nicht bis zum Verbraucher durchgeschlagen — dann hat der Landwirt entweder einen Gewinn —, oder, was Sie als drittes Argument erwähnen, die Erzeugerpreise sind sogar gesunken; dann hat der Landwirt wieder einen Gewinn,

(Abg. Leicht.: Sagen Sie das mal dem Landwirt!)

denn der Verlust, der Wertausgleich basiert ja auf den Indexzahlen, die am Tage der Aufwertung hier in diesem Hause festgestellt worden sind.

(Widerspruch bei der CDU/CSU. — Abg. Bewerunge: Laienhafter kann man nicht mehr reden!)

Dann erwähnen Sie, daß alle diese Maßnahmen von einer untätigen Bundesregierung erbracht worden seien. Wir wollen keine Preisdebatte führen, aber ich meine, gerade der von dieser Regierung eingebrachte Haushalt beweist, daß Maßnahmen ergriffen worden sind,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo?)

und darüber hinaus haben Bundesminister erfreulicherweise auch bei den Maßnahmen der Bundesbank mitgewirkt.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Abg. Kiep: Beim Diskontsatz! — Abg. Leicht: Dabei haben sie nicht mitzuwirken!)

Dr. Weber (Köln)

(A) Dann sagen Sie, die **Verschuldung der Landwirtschaft** betrage 27 Milliarden DM und fragen, wie diese 27 Milliarden DM abgebaut werden sollten. Dazu muß ich nur sagen: Ihre Landwirtschaftspolitik in den letzten 18 Jahren war sehr schlecht, wenn es zu dieser Verschuldung kommen konnte und wenn Sie in der Vergangenheit selbst keinen Weg gefunden haben, das abzubauen.

Meine Damen und Herren, im Grünen Bericht werden erstmals **langfristige Entwicklungstendenzen** bis zum Jahr 1980 aufgezeigt.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Wie steht es eigentlich mit der freien Rede?)

— All das, was ich bisher gesagt habe, befaßte sich nur mit dem, was die Herren Kollegen Ritz und Ehnes wahrscheinlich abgelesen haben, während ich es — um Ihnen zu erwidern, Herr Kollege — jetzt aus der Debatte aufgegriffen habe. — Wir Sozialdemokraten wissen, daß dieser Grüne Bericht manchem nicht schmeckt. Gerade deswegen aber fühlen wir uns verpflichtet, langfristige Orientierungsdaten in allen Bereichen der Wirtschaft zu liefern. Die Landwirtschaftspolitik — und das sagen wir bewußt —, die in der Vergangenheit hier häufig im Übermaß von Interessengruppen betrieben worden ist, streute nur Sand in die Augen. Sie enthielt Beruhigungspillen, hat aber nicht dem Landwirt geholfen, sondern Arbeitskraft und technische Entwicklung fehlgeleitet. Die Agrarpolitik der Vergangenheit hat einen vielfältigen Wirrwarr — hierin stimmen wir dem Staatssekretär voll zu — unüber-

(B) sichtlicher Förderungsrichtlinien hinterlassen. Deswegen ist es notwendig, daß dieser Grüne Bericht zum erstenmal Zielprojektionen für die Zukunft aussagekräftig darstellt.

Dieser Grüne Bericht stellt die Fragen zur Entscheidung, ob es richtig ist, einseitig von der Nachfrageentwicklung auszugehen, ob die Einkommensentwicklung des Landwirts in den Vordergrund zu stellen ist, ob soziale Absicherungen mit planvollem Ansatz oder das freie Unternehmertum eine Rolle spielen sollen, ob die Gesamtheit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse auf dem Land verändert werden sollen. Überlegungen dieser Art werden in der Zukunft nach unserer Meinung noch mehr als heute die Verhaltensweise der landwirtschaftlichen Unternehmer bestimmen. Vorhin hat einer Ihrer Herrn Kollegen hier zu einem Kollegen gesagt, er sollte erst einmal auf dem Lande arbeiten. Wir kennen die Bedingungen, denen insbesondere Landfrauen bei der Arbeit draußen auf dem Lande ausgesetzt sind.

Deswegen sollte man auch einmal ganz eindeutig ein Wort zu den **Nebenerwerbsbetrieben** sagen, die von Herrn Ehnes so schön herausgestellt worden sind; er sei selbst auch einer, der einen Nebenerwerb habe.

(Abg. Ehnes: Herr Dr. Schmidt ist auch einer!)

Nun, ich sehe den Nebenerwerb und den Zuerwerb etwas anders als das Verhältnis des Herrn Ehnes zu der Landwirtschaft. Aber gehen wir einmal davon aus. Ich meine, daß mit den Zu- und Neben-

(C) erwerbsbetrieben eine Menge Romantik verbunden ist, die auch aus volkswirtschaftlicher Sicht einmal überprüft werden muß.

(Zuruf von der CDU/CSU: Von wegen Romantik!)

Wenn der Präsident des Deutschen Bauernverbandes am 19. Februar 1970 gemeint hat, den Landwirten müßten nebenbetriebliche Erwerbsmöglichkeiten in ausreichender Zahl angeboten werden, dann gilt das zwar, wenn wir den Ton auf „Landwirt" legen. Ich meine aber, es gilt nicht mehr, wenn der Ton auf „Nebenerwerb" gelegt wird. Nebenerwerbsbetriebe können das Schwert der Preispolitik stumpf machen. Größere Betriebe, die auf den Einsatz fremder Arbeitskräfte angewiesen sind, würden möglicherweise in einen nicht überlebbaren Preisdruck geraten, während die Nebenerwerbsbetriebe weiter arbeiten können.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU.)

Es wird auch notwendig sein, der **Landwirtschaft** selbst den Eindruck zu vermitteln, daß sie **aktiver Wirtschaftspartner** ist und nicht nur jemand, der als Wirtschaftspartner vom Staat z. B. abhängig ist. Ebenso gilt es, dem Konsumenten klarzumachen, daß Landwirt-Sein nicht heißt, aus dem Wettbewerb ausgeklammert und unter Naturschutz gestellt zu werden. Solange — mein Kollege Schmidt hat es vorhin erwähnt — solche Kapriolen wie die Zahlung von Abschlachtprämien, die am Samstag in der FAZ ausführlich geschildert worden sind, sich ereignen konnten — aber sich ereignen konnten auf (D) Grund einer EWG-Politik, die Sie in den letzten Jahrzehnten geformt haben, meine Damen und Herren von der CDU/CSU —, solange glauben wir, daß wir sehr viel ändern müssen und daß es der Herr Ertl in Brüssel sicherlich schwieriger hat, allein um all das gutzumachen, was Sie in der Vergangenheit falsch gemacht haben, geschweige denn neue Richtlinien auszuarbeiten.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU.)

Erstmals mit dem regionalen Strukturprogramm von Bundeswirtschaftsminister Schiller ist in diesem Hause überhaupt ein Akzent dafür gesetzt worden, was es heißt, in der Landwirtschaft Strukturpolitik zu betreiben.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Zuruf von der CDU/CSU: Um Gottes willen!)

Lesen Sie einmal nach, welche hektische Diskussion Sie selbst um dieses Aktionsprogramm von Schiller geführt haben!

(Abg. Kiep: Jetzt nehmen Sie dem Ertl die Boulette wieder weg!)

— Nein.

Nur am Rande möchte ich erwähnen, daß z. B. selbst der Weltbankpräsident McNamara in einer vielbeachteten Rede im Dezember noch darauf hingewiesen hat, wie wertvoll gerade eine solche regionale Strukturpolitik wirken kann. Wir wollen und können uns nicht erlauben, die auf dem Land wohnenden Arbeitskräfte nicht in den Arbeitsprozeß einzugliedern oder Gebiete, die heute verkehrsmä-

(A) Dr. Weber (Köln)

ßig schon erschlossen sind, weiter im Dornröschenschlaf zu lassen, bloß weil Sie glauben, daß damit ein CDU-Wählerreservoir weiter für die Zukunft gesichert werde.

(Widerspruch bei der CDU/CSU. — Abg. Bewerunge: Das ist bösartig, was Sie hier erzählen! — Das werden wir Ihnen noch sagen, Herr Kollege! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Doch, dieser Vorwurf drängt sich jedem auf, der die Aktuelle Stunde verfolgte, die sich an die Vorlage der regionalen Strukturprogramme und die Erörterung zum Mansholt-Plan damals in diesem Hause anschloß. Damals haben Sie von der CDU/CSU sich geweigert, eine zukunftgerichtete Aussage zu machen.

(Abg. Bewerunge: Haben Sie Dr. Schmidt zugehört? Wissen Sie, daß Ihre Fraktion sich dagegen gewandt hat? — Abg. Dr. Ritz: Schmarren sind das! — Zuruf von der CDU/CSU: Einzelvertreter!)

Vorher haben Sie solche langfristigen Planungen überhaupt nicht gewagt.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU/CSU. — Gegenruf des Abg. Dr. Apel.)

— Ich kann wörlich zitieren, meine Damen und Herren. Der damalige Landwirtschaftsminister, Herr Kollege Höcherl, hat z. B. wörtlich ausgeführt:

(B) Solche Zahlen werden von der Landwirtschaft als eine Androhung der Existenzvernichtung aufgefaßt und als eine Mißachtung ihrer großen Leistung und Härte bei einem Anpassungsprozeß empfunden.

Heute hat der Kollege Ehnes, soweit ich es mitbekommen habe,

(Zuruf von der CDU/CSU: Soweit!)

ausgeführt, die Politik habe nicht zu bestimmen, ob jemand seinen Betrieb aufgebe oder nicht. Sicherlich hat die Politik das nicht zu bestimmen. Das kann jeder einzelne tun, das ist seine eigene Entscheidung. Aber dann darf er sich nicht mit Ansprüchen an den Staat wenden, wenn er von dort jegliche Richtlinie ablehnt.

(Abg. Stücklen: Wollen Sie staatliche Hilfe ablehnen?)

Der Kollege Unertl ging noch weiter,

(Lachen bei der CDU/CSU)

als er sagte, was er mit seiner marxistischen Idee landwirtschaftlicher Prognosen alles an Unheil angerichtet hat.

(Abg. Bewerunge: Was meinen Sie, wie oft wir Sie mit dieser Rede noch zitieren, Herr Weber!)

Er hat dann wörlich auch wiederum gesagt, daß diese kalte Sozialisierung Europas von ihm nicht mitgemacht wird.

Alles das wurde hier am 18. Oktober 1968 von dem damaligen Bundeskanzler Kiesinger mit den Worten zusammengefaßt, daß jeder Bauer bleiben kann, bei dem die Voraussetzungen für die Existenzfähigkeit und der Wille zu dieser Existenz vorhanden sind. (C)

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Hoffentlich!)

Aber mit solchen Erklärungen können wir doch eine konstruktive Landwirtschaftspolitik für die Zukunft nicht anfangen.

(Widerspruch und Unruhe bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Stark [Nürtingen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Abg. Dr. Ritz: Laß ihn reden! Es lohnt nicht!)

Der Deutsche Bauernverband hat in seiner Korrespondenz die Projektionen positiv herausgestellt und als einzigen Punkt lediglich kritisch vermerkt, daß die angenommene Preissteigerungsrate von 1,9 % zu niedrig kalkuliert worden sei. Er hat das allerdings nur auf ein Jahr bezogen und nicht, wie das in den Projektionen ausführlich dargelegt ist, auf den langfristigen Zeitraum von zehn Jahren. Wir nehmen die Zustimmung des Deutschen Bauernverbandes dankend zur Kenntnis.

(Abg. Dr. Reinhard: Der wird sich schon mit Ihrer Rede befassen. — Abg. Bewerunge: Er wird halleluja sagen! — Lachen und weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Das hoffe ich auch. Und wenn Sie noch einen Moment zuhören, bin ich sogar sicher, daß er sich dankbar damit befassen wird.

Ich hoffe, daß damit auch von dieser Seite der Verteufelungsprozeß aufhört, der teilweise gegen Sozialdemokraten geführt worden ist, weil sie bauernfeindlich wären, (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Das seid Ihr doch noch!)

Diese Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt und hat auch erreicht, daß nach der erfolgten Aufwertung für einen kurzen Zeitraum der **Grenzausgleich** eingeführt wurde und danach die **Aufwertungsverluste** ausgeglichen worden sind.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Abg. Kiep: Das ist aber schade!)

Dr. Weber (Köln) (SPD): Sind auch die zusätzlichen Minuten berücksichtigt?

Vizepräsident Dr. Schmid: Ja, Sie haben sogar noch fünf Minuten extra bekommen.

(Abg. Stücklen: Mit Rabatt!)

Dr. Weber (Köln) (SPD): Wir haben uns erstmals darum bemüht, auch die Landwirtschaft in die konzertierte Aktion einzubeziehen; etwas, was Sie früher auch nicht getan haben.

(Abg. Ehnes: Aber das Konzert stimmt nicht!)

Dr. Weber (Köln)

(A) Wir haben in den letzten drei Jahren bewiesen, daß die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik dazu geeignet ist.

(Abg. Dr. Reinhard: Da hat es aber beträchtliche Dissonanzen gegeben!)

Lassen Sie mich zum Abschluß eine zusammenfassende Feststellung treffen. Hier ist der Eindruck erweckt und durch die Erklärung des Staatssekretärs Rohwedder sogar noch bestärkt worden, daß die Bundesregierung darauf aus sei, möglicherweise Preissenkungen herbeizuführen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Dr. Weber (Köln) (SPD): Es wird darauf verwiesen, daß sogar das Jahresgutachten des Sachverständigenrats eine entsprechende Deutung zulasse. Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung hat der Bundeswirtschaftsminister hierzu eine eindeutige Erklärung abgegeben. Er hat erklärt, daß die Strukturpolitik der Bundesregierung auf landwirtschaftlicher Ebene nicht durch Preisdruck erreicht werden dürfe und erreicht werden könne. Zu dieser Erklärung stehen wir Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich habe den Redner zu beglückwünschen. Er hielt seine Jungfernrede.

(Beifall. — Abg. Stücklen: Dann wollen wir Nachsicht üben!)

(B) Außerdem darf ich Ihnen mitteilen, daß Ihnen heute abend noch einiges bevorsteht: ich habe auf meiner Liste 13 Redner vermerkt. Vielleicht werden nach dem nächsten Redner einige sich streichen lassen.

Herr Bundesminister Ertl!

(Abg. Kiep: Der grüne Fleck auf der roten Landkarte!)

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Kollege Kiep, ich bewaffne mich auch mit der CSU-Korrespondenz,

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

damit der Wahrheit immer Genüge geleistet wird. Ich werde darauf zurückkommen; ich lese nämlich auch Zeitung und noch mehr Parteikorrespondenzen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen.)

Die Debatte macht es, glaube ich, notwendig, daß ich nun einige Bemerkungen mache. Es sind ja auch eine Reihe von Fragen gestellt worden; ich möchte nicht versäumen, auf die wesentlichen einzugehen. Einen Teil der an mich gerichteten Fragen haben bereits Vorredner beantwortet. Im Hinblick auf die große Sorge des Herrn Präsidenten, nämlich 13 Wortmeldungen, will ich mich nicht allzu lange dabei aufhalten.

(C) Zuerst, Herr Kollege Ehnes, sollen Sie auf Ihre Frage eine klare Antwort bekommen. Der **Gesetzentwurf betreffend den Einkommensausgleich wird** in dieser Woche eingebracht. Sie wußten das auch, aber Fragen tut eben gut. Das ist ihr gutes Recht im Parlament. Ich habe das genauso genutzt. Ein Parlamentarier braucht das für den seelischen Haushalt.

Zweitens glaube ich sagen zu können, daß es ein Gesetzentwurf ist, der nach eingehender und sehr demokratischer Beratung eingebracht wird. Ich möchte nicht wissen, was dieses Hohe Haus, der Berufsstand und viele andere gesagt hätten, wenn ich einfach von mir aus einen Entwurf eingebracht hätte. Man hätte dann gesagt: Das ist eine selbstherrliche Art. Ich habe, weil ich leidenschaftlicher Parlamentarier war und wahrscheinlich auch wieder einmal werden will, gesagt: Nein, ich möchte das ganz demokratisch-parlamentarisch machen. Bei mir werden zuvor die Praktiker gehört, die Nebenerwerbslandwirte — wie Kollege Ehnes —

(Heiterkeit)

mit entsprechenden Bezügen, aber auch andere, richtige Landwirte. Ich wollte im Parlament nicht nur die Nebenerwerbslandwirte hören, sondern ich wollte auch die richtigen Landwirte hören. Wir haben dann mit freundlicher Unterstützung des Kollegen Schmidt das Hearing veranstaltet. Zusätzlich haben wir den Berufsstand konsultiert. Das dauert eben eine gewisse Zeit. Nun ist der Gesetzentwurf fertig. Ich glaube, mit gutem Grund sagen zu können — das möchte ich hier betonen —, daß dieser (D) Gesetzentwurf in keiner Weise verzögert wurde. Er wird vielmehr Mitte März so rechtzeitig vom Kabinett vorgelegt werden, daß das Gesetz, wenn Bundestag und Bundesrat wollen, in drei Monaten verabschiedet werden kann. Dann können wir zur Sommerszeit auszahlen. Vorher ist es nämlich nicht notwendig.

(Abg. Stücklen: Warum?)

— Herr Kollege Stücklen, passen Sie auf; so eilige Leute wie Sie haben kein Glück, wenn Sie mich so vorlaut fragen. Erst die Ernte 1970 ist betroffen, denn die Ernte 1969 ist auf dem Bodensektor mit 400 Millionen DM Preisbruch durch mich und durch dieses Bundesregierung abgedeckt worden. Auch darauf muß man einmal hinweisen. Ich weiß, das paßt nicht ganz in Ihr Versammlungskonzept draußen, aber es gibt auch Leute, die Parlamentsreden lesen, und die wollen die Wahrheit hören. Also die Bodenproduktion ist erst 1970 betroffen.

Im **Milchsektor** ist die Mehrwertsteuer seit dem 1. Januar voll gültig und wirksam.

(Abg. Niegel: Reicht Ihnen das?)

— Das habe ich ja nicht behauptet, Herr Niegel. Sie können ruhig Zwischenfragen stellen. Ich bin gerne bereit, sie zu beantworten.

Ich möchte dieses Hohe Haus wirklich bitten, mich in der Aufwertungsdiskussion nicht zur vollen Wahrheit zu zwingen, weil das — das sage ich jetzt in allem Ernst — die Einkommenssituation aus einem anderen Grund eventuell nicht sehr günstig

Bundesminister Ertl

(A) beeinflußt. Studieren Sie den Milchauszahlungspreis der Molkereien seit dem 1. Januar. Mehr sage ich nicht! Eines sage ich hier auch gleich, und zwar in vollem Ernst. Wer das liest, muß zu der Schlußfolgerung kommen, daß auch auf dem Milchsektor nicht alles in Ordnung ist — einschließlich der Interventionsregelungen, die möglich sind —, denn sonst könnten solche Differenzen gar nicht auftauchen. Mehr will ich im Interesse der Landwirtschaft nicht sagen.

Ich will nur noch einen Punkt in diesem Zusammenhang ansprechen. Das gehört mit zur Bilanz, über die hier so viel gesprochen wurde. Ich gebe zu, dieses Jahr war ein gutes Jahr. Ich habe noch nie verschwiegen, daß sich mein Amtsvorgänger erfolgreich bemüht hat. Ich möchte aber doch einige Punkte zitieren, ohne Zahlen zu nennen — wiederum im Interesse der Landwirtschaft —: Kartoffeln, Zuckerrüben — Kollege Ehnes, ich nehme an, daß Sie wie ich das „Landwirtschaftliche Wochenblatt" gelesen haben; ich sage nur Stichworte —, Auszahlung Franken, Rinder, Kälber, Schweine. Ich will schweigen, und zwar im Interesse der deutschen Landwirtschaft.

(Zuruf von der CDU/CSU: Warum?)

Aber ich verwahre mich dagegen, wenn gesagt wird, daß diese neue Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Einkommenslage der deutschen Landwirtschaft nicht weitgehend berücksichtigt hat. Dagegen wehre ich mich leidenschaftlich.

(B) (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Mindestens seit Oktober reden dieser Minister und diese Bundesregierung mit.

(Abg. Stücklen: Ja, reden! Vom Reden haben die Bauern nichts!)

— Und diese Regierung hat gehandelt. Herr Kollege Stücklen, ich möchte Ihnen wirklich raten, einmal die Marktberichte zu lesen.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Die gehen im Augenblick zurück!)

— Ich will von den 1,7 Milliarden DM Einkommensausgleichszahlungen nicht reden, Herr Dr. Stark. Aber wenn Sie mich dazu zwingen, dann tragen Sie für diese meine Offenheit auch die alleinige Verantwortung mit allen Folgen in der deutschen Öffentlichkeit. Das muß ich Ihnen hier einmal deutlich sagen. Es gibt nämlich auch Leute, die lesen können.

(Abg. Struve legt dem Redner ein Schriftstück vor. — Beifall bei der CDU/CSU.)

— Ich kenne das sehr genau. Ich weiß auch, was draußen alles berichtet wurde und was alles an die Wand gemalt wurde. Ich kann nur sagen: das ist die Situation, trotz Abschlachtungsprämie und vielem anderen mehr. Das nur am Rande.

Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, noch einmal etwas zur **Aufwertung** zu sagen. Sie ist in diesem Hause so oft diskutiert worden, daß ich dieses Thema weiß Gott nicht mehr als aktuell betrachten kann. Eines muß ich noch einmal feststellen, auch wenn es Ihnen nicht paßt — es tut mir leid —: die Devisenkursfreigabe wurde von der Regierung beschlossen, der ich noch nicht angehörte. (C)

(Abg. Stücklen: Warum?)

— Herr Kollege Stücklen, es steht Ihnen frei, das hier einmal in aller Deutlichkeit vor der deutschen Öffentlichkeit zu sagen. Es steht Ihnen frei, hier dazu Stellung zu nehmen. Sagen Sie endlich, daß die Aufwertung falsch war! Sagen Sie das doch endlich einmal! Sagen Sie doch, daß alle Wirtschaftssachverständigen, alle Währungssachverständigen falsch lagen, die sagen, daß diese Bundesregierung eher zu spät als zu früh aufgewertet hat! Sagen Sie das doch hier einmal, damit Sie sich endlich in der Öffentlichkeit stellen müssen! Fragen Sie nicht „warum", sondern sagen Sie hier klar: Sie sind der Meinung, der Satz, der Zeitpunkt, alles war falsch; man hätte eine andere Maßnahme treffen sollen. Und sagen Sie auch, was für eine andere Maßnahme! Dann können wir uns miteinander unterhalten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn Sie einen besseren Vorschlag haben, bin ich gern bereit, zu sagen: ich habe mich getäuscht. Aber „warum", so einfach kann man sich diese Sache nicht machen.

Denn eines steht fest, und das muß hier auch einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden — ich habe schon wiederholt gesagt, ich hätte dazu geschwiegen, wenn es nicht hier in der Debatte, und zwar wiederholt, aufgegriffen worden wäre —: der hohe Aufwertungssatz war notwendig wegen der verspäteten Aufwertung. Bei einer Aufwertung im November hätten vielleicht 4 % genügt. Dann hätte man die Folgen für die Landwirtschaft voll mit der Mehrwertsteuer ausgleichen können. Ich sage Ihnen meine Meinung, und Sie können dazu Stellung nehmen, wenn ich etwas Falsches behaupte. Wenn ich mich geirrt habe, bin ich gerne bereit, das hier zurückzunehmen. Sie können zu meiner Meinung Stellung nehmen. (D)

Eines steht auf jeden Fall fest — das weiß ich inzwischen als Kabinettsmitglied —: Die französische Regierung hat der Bundesregierung das Angebot gemacht, wenn die Bundesregierung — die von Ihnen mit geführte und vertretene Bundesregierung — zum selben Zeitpunkt aufwerte, wie Frankreich abwerte, sei sie bereit, sich über den Aufwertungssatz mit der Bundesregierung zu einigen. Damals hätten wir die Möglichkeit gehabt, die Bedingung zu stellen, dann auch eine grundlegende Reform bezüglich des „Grünen Dollars" in der EWG-Agrarpolitik vorzunehmen. Das war im Juli/August möglicherweise noch drin. Dann hat die Bundseregierung allerdings durch ihr Nein die französische Regierung zum einseitigen Verhalten gezwungen. Die französische Regierung war über die Haltung Deutschlands außerordentlich verärgert. Das mußte ich in meinem ersten Gespräch mit dem Kollegen Duhamel sehr spüren.

Ich betone, ich hätte dieses Thema nicht angeschnitten. Aber wenn hier dauernd behauptet wird, es sei übereilt und ohne Grund aufgewertet worden, dann fordere ich Sie auf, mir die Gründe zu

Bundesminister Ertl

(A) sagen, warum, und was die Alternative gewesen wäre.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Peters? —

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß Bundesbankpräsident Blessing hier in dem Hearing kurz vor seinem Abgang erklärt hat, auch im Herbst 1968 wäre de Gaulle bereit gewesen, abzuwerten, wenn die Bundesregierung zu gleicher Zeit aufgewertet hätte?

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ich habe das gelesen, Herr Kollege Peters. Ich kann nur sagen, darüber gibt es ja Gott sei Dank Akten. Man kann das ja alles veröffentlichen.

Ich betone noch einmal, ich wäre auf dieses Thema nicht eingegangen. Aber ich lasse nicht zu, daß man permanent behauptet, infolge einer übereilten und nicht notwendigen Aufwertung sei der Landwirtschaft großer Schaden entstanden. Ich behaupte genau das Gegenteil: Durch die verspätete Aufwertung ist die Landwirtschaft in eine viel schwierigere Lage geraten.

(B) (Beifall bei der FDP. — Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Da sind Sie ziemlich allein, Herr Minister!)

— Nein, hier bin ich nicht „ziemlich allein", Herr Dr. Stark, sondern ich bin zusammen mit allen Wirtschaftssachverständigen dieser Meinung.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Nein! Mit dem jetzigen Bundesbankpräsidenten z. B. nicht, Herr Minister!)

— Bitte sehr! Sie mögen es beweisen. Können Sie es mir beweisen? Es steht Ihnen frei, das zu tun. Sie sollten nicht immer Behauptungen aufstellen, die Sie dann nie beweisen. Ich sage Ihnen stets meine Meinung. Es ist nur merkwürdig, daß Sie darauf immer mit Fragen oder etwas anderem antworten. Nennen Sie mir Ihre Experten, die anderer Meinung sind! Sagen Sie mir, was Sie getan hätten! Sagen Sie mir, wie Sie den übermäßigen Konjunkturanstieg gebremst hätten!

(Abg. Schulte [Unna]: Sehr richtig!)

Sagen Sie es doch hier einmal! Das müssen Sie doch alles einmal erklären. Sie beschweren sich mit Recht — ich beschwere mich ebenfalls — über 3,5 % Preiserhöhung. Sagen Sie mir: Wie hätten Sie 6 % Preiserhöhung ohne Aufwertung verhindert? Das müssen Sie doch hier einmal sagen. Das sind Sie der deutschen Öffentlichkeit schuldig.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf von der CDU/CSU: Hypothesen! Woher wissen Sie, daß es 6 % wären?!)

— Ja, Hypothesen; das mag sein. Wirtschaftspolitik ist in vielen Fragen hypothetisch; das gebe ich gern zu.

(C) Ein weiteres Problem ist die Frage der **gewerblichen Veredelung.** Wir haben das Einkommensausgleichsgesetz beraten und einen Schlüssel gefunden. Ich glaube, die Mehrheit war dafür, bei dem Mehrwertschlüssel in seiner augenblicklichen Form zu bleiben, und zwar auch deshalb, um eine gewisse Begrenzung der gewerblichen Veredelung herbeizuführen. Das war, meine ich, die Auffassung der Mehrheit, auch der Mehrheit der Opposition.

(Zuruf von der CDU/CSU.)

— Bitte sehr, wenn Sie anderer Meinung sind, wird man sich darüber unterhalten können. Ich bin, wenn das Parlament andere Beschlüsse faßt, gern bereit, diese zu vollstrecken.

Angeschnitten wurde die Frage der **Kostenentwicklung.** Ich verhehle nicht, daß mir die Kostenentwicklung Sorge macht. Die relativ günstige Lage, in der sich die Landwirtschaft nach dem Grünen Bericht befindet, ist von drei wesentlichen Faktoren bestimmt. Das sind erstens die Mehreinnahmen auf Grund der verbesserten Situation auf dem Veredelungssektor, zweitens die stabilen Betriebsmittelpreise und drittens die Verringerung der betroffenen Personenzahl, so daß sich das Arbeitseinkommen auf weniger verteilt hat. Das sind die drei Faktoren.

Daß es mir deshalb große Sorge bereitet, wenn die Betriebsmittelpreise jetzt wieder anziehen, brauche ich Ihnen nicht besonders zu sagen. Ich möchte noch einmal betonen: Was in meinen Kräften steht, die Dinge in den Griff zu bekommen und zu günstigen Lösungen beizutragen, wird geschehen. (D) Erfreulicherweise können wir bei einem Betriebsmittel, nämlich Thomasphosphat, eine kleine Senkung der Preise feststellen. Ich habe guten Grund zu sagen, daß die Stickstoffindustrie ihre Preise überprüfen wird. Ich habe nichts dagegen. Ich glaube, daß die Konkurrenz dazu beigetragen hat. Ich glaube davon ausgehen zu können, daß diese Überprüfung für die Landwirtschaft einen positiven Ausgang nehmen wird. Mehr zu sagen bin ich zur Zeit nicht in der Lage. Ich habe mich jedenfalls in Gesprächen gemüht, hier befriedigende Lösungen zu finden.

Was die Futtermittel angeht, habe ich eine Kommission eingesetzt. Ich appelliere aber an alle diejenigen, die Futtermittel verarbeiten. Ich habe mir erst vor kurzem sagen lassen müssen, daß es ein großes Futtermittelwerk gibt, das sogar in bäuerlicher Hand ist, das in zwei Jahren vollkommen abgeschrieben war. Hier könnte man vielleicht ein klein wenig strecken und dafür die **Futtermittelpreise** ein klein wenig senken. Das kann der Minister natürlich nicht erzwingen; hier müssen vielmehr die Selbstverwaltungskörperschaften auch ein bißchen mitreden. Ich lasse von einer Arbeitsgruppe den Anteil der durch die Aufwertung senkbaren Futtermittelpreise überprüfen. Ich werde die beteiligte Wirtschaft zu gegebener Zeit zu einem entsprechenden Gespräch einladen. Die Vorbereitungen sind mitten im Gange.

Es wurde wiederholt auf die **EWG-Agrarfinanzregelung** hingewiesen. Ich möchte noch einmal fest-

Bundesminister Ertl

(A) stellen, daß die Agrarfinanzregelung aus zwei Teilen besteht, aus einer Regelung bis zum Jahre 1975 und einer Regelung für die Zeit ab 1975. Der Vorteil der Haager Beschlüsse besteht ja einmal darin, daß letzten Endes alle Partner verpflichtet sind, die Wirtschafts- und Währungsunion anzustreben. Die Verhandlungen sind, wie Sie wissen, im Gange. In welchem Rahmen sie erfolgreich sein werden, kann man heute nicht absehen. Sicherlich aber kann man davon ausgehen, daß sie mit größter Intensität betrieben werden. Zweitens sollen die Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr eröffnet werden. Sicherlich wird bis zum Jahre 1975 die Möglichkeit bestehen, zu sehen, a) welche Fortschritte auf dem Wirtschafts- und Währungssektor gemacht wurden und b) wie es im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen ausschaut. Das wird zwangsläufig auch neue Verhandlungen über die EWG-Finanzregelung zur Folge haben. Das nur nebenbei. Bis zum Jahre 1975 liegt unser Prozentsatz im Schnitt bei 32,2 %. Ich habe die Unterlagen hier und bin auch gerne bereit, diese Unterlagen noch einmal in aller Form zu verlesen. Ich möchte aber wegen der Kürze der Zeit darauf nicht eingehen.

Es wurde auf die berühmten **Kürzungen** hingewiesen. Ich gebe zu, daß in dem Haushalt, den ich übernommen habe — ich habe mir die Vorlage eigens mitgenommen; das war der Vermerk vom 30. Oktober 1969, einer der ersten Vermerke, die ich mir habe geben lassen — auf Grund der bis dahin feststehenden mittelfristigen Finanzplanung eine Minderung um 520 Millionen DM vorgesehen war. Ich will hier gar nicht ausrechnen, wie die (B) Kürzungen ausgeschaut hätten, Kollege Ritz und Kollege Ehnes, wenn es bei den 520 Millionen DM geblieben wäre, wie das in der Finanzplanung der alten Regierung vorgesehen war. Ich will Ihnen nur sagen: es ist eben durch die 389 Millionen DM wieder eine wesentliche Verstärkung eingetreten. Es bleibt ein Defizit von 140 Millionen DM. Darüber gibt es keinen Zweifel; ich habe auch nie etwas anderes behauptet. Wenn das Parlament Vorschläge macht, wie man das ändern kann, werde ich das sicherlich mit Freuden zur Kenntnis nehmen. Ich möchte allerdings betonen, daß z. B. der Landesvorsitzende der CSU von der Bundesregierung konjunkturgerecht neue Streichungen und Einsparungen erwartet und gefordert hat. Das müssen Sie natürlich dann selbst einmal erklären; denn so geht es nicht, daß man einerseits von dieser Bundesregierung neue Streichungen fordert und andererseits sagt: Ihr habt nicht genügend aufgestockt. Natürlich ist das von der Konjunktur her nicht in allem chemisch rein.

Dabei stimme ich mit Ihnen überein, daß man über die Konjunkturlage in **strukturschwachen Gebieten** ganz anders urteilen muß als über die in Ballungszentren. Da sind wir uns völlig einig. Dagegen habe ich auch nichts einzuwenden. Im übrigen kann ich mit großer Befriedigung feststellen, daß gerade in diesen Gebieten sehr viel getan wird. Ich habe erst in diesen Wochen mit einem bedeutenden Unternehmer in Bayern gesprochen, der mir bestätigt hat, welche Fortschritte sein Betrieb in Regen macht. Das ist ein Betrieb in diesem strukturschwachen Gebiet. Hier ist also in der Tat sehr viel im (C) Gange.

In diesem Zusammenhang wurde auch auf die **Richtlinien** hingewiesen. Meine Herren, mich haben meine Mitarbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß wir, wenn wir nicht handeln, in die ganz schwierige Situation kommen werden, noch mehr Anträge auf **Strukturmaßnahmen** zu bekommen, als wir sie schon haben. Es gibt unbearbeitete Anträge aus dem Jahre 1968. Aus diesem Grunde habe ich mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, zu sagen: Bis zum 1. März werden alle Anträge nach den alten Richtlinien bearbeitet, dann werden keine neuen Anträge mehr angenommen; ich lege ein Interregnum ein und werde die neuen Richtlinien im Mai/Juni dem Parlament zuleiten, und dann werden nach den neuen Richtlinien wieder Anträge angenommen. Ich halte das für viel fairer und gegenüber den Betroffenen für viel loyaler, als sie von Jahr zu Jahr zu vertrösten und ihnen zu sagen: Irgendwann kommt vielleicht eure Stunde!, oder: Nun seid ihr leider wieder zufällig in eine Kürzung hineingerutscht! Das halte ich für viel sinnvoller. Dann wird mein mittelfristiges Programm stehen, und ich werde dafür sorgen, daß das dann richtlinienmäßig einigermaßen über Jahre hinaus läuft. Das ist mein Ziel. Ich bin sehr dankbar für die Anregung des Kollegen Schmidt, daß diese Frage dann in einem Hearing behandelt wird. Ich will auch hier wieder so vorgehen: zunächst Praktikerausschuß, dann Hearing. Dann, glaube ich, werden wir miteinander eine Konzeption entwickeln können, die vielleicht wirklich für drei bis vier Jahre einigermaßen befriedigend fortgesetzt werden kann, wobei der Schwerpunkt sicherlich bei der Zinsverbilligung liegen muß (D) und liegen wird. — Das noch einmal zu diesem Förderungsprogramm.

Zu den **Verhandlungen in Brüssel:** Es ist nicht meine Art, meinen **Verhandlungsstil** zu qualifizieren. Ich weiß selbst, man hat mal gute Tage, und man hat schlechte Tage. Aber, meine verehrten Kollegen, ich geben Ihnen den guten Rat, einmal nachzulesen, was über meinen Verhandlungsstil in Brüssel in schweizer, französischen und italienischen Zeitungen steht. Das ist für mich ein gewisser Maßstab. Ich glaube mit gutem Grund sagen zu können, daß ich mich bemüht habe, mit den mir eigenen Kräften mitzuwirken.

Ein sehr wesentlicher Teil der Diskussion wurde den Fragen des **Marktgleichgewichts,** wie es so schön heißt, gewidmet. Hier komme ich nun zur CSU. Herr Kollege Ehnes, Sie haben hier sehr kräftige Worte gesprochen. Ich habe sie mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Ich möchte sie als den heilsamen Zwang aus der Opposition bewerten. Nun, wenn Sie gesagt hätten: „Ich bin der Meinung", dann hätte ich gesagt: Das ist die Meinung des Kollegen Ehnes. Aber Sie haben oft von Ihnen und Ihren politischen Freunden gesprochen. Da muß ich Sie darauf hinweisen, daß einer Ihrer Freunde anderer Meinung ist als Sie. Das ist der Kollege Lücker, den ich sehr schätze und der mir in dieser Frage sehr viel realistischer erscheint. Ich habe hier seinen Vorschlag zum Getreidesektor als Berichterstatter, mit

Bundesminister Ertl

(A) Mehrheit angenommen. Ich möchte nicht sagen, daß ich diese Auffassung teile. Aber lesen Sie den einmal: Senkung des Weizeninterventionspreises — —

(Abg. Stücklen: Ist denn der Bericht eines Berichterstatters die Meinung der CSU oder eines einzelnen oder der Mehrheit eines Ausschusses?)

— Aber, Herr Stücklen, Sie nehmen doch dauernd das Recht für sich in Anspruch zu fragen. Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie sich von Herrn Lücker distanzieren.

(Abg. Stücklen: Nicht distanzieren! Berichterstatter!)

Ich schweige dazu. Ich werde dazu nichts mehr sagen, weil damit für mich der Fall erledigt ist. Ich finde es nur sehr merkwürdig, daß Sie in der CSU-Korrespondenz darauf hinweisen, daß das ein bedeutsamer Vorschlag war.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien.)

Da fehlt mir Ihre Logik. Aber das ist eine Logik, die ich von Ihnen aus Bayern sehr wohl kenne. Wissen Sie, ganz so einfach geht es nicht, oder man darf nicht gar so tun.

Hier muß ich auch Herrn Kollegen Ritz noch eines sagen, weil er behauptet hat, ich hätte den Versuch unternommen, den Einkommensausgleich als Verbesserung der Einkommenslage der Landwirtschaft hinzustellen. In Drucksache VI/372 — Grüner Bericht —, Seite 144 werden Sie lesen: „Verbesserung (B) der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung und Aufwertungsausgleich." So ist es im Grünen Bericht für die Öffentlichkeit dargestellt. Das wollte ich nur zur Erläuterung sagen.

Nun wurde ich nach den **Wettbewerbsverzerrungen** gefragt. Ich bin der Meinung, daß die Wettbewerbsverzerrungen in der Tat ein sehr wesentliches Problem sind, dem wir dauernd unser Augenmerk schenken müssen. Es würde sich wohl am besten lösen lassen, wenn wir zu einem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsgebiet kämen. Daß ich diesbezüglich Schwierigkeiten sehe, insbesondere auf dem konjunkturellen Sektor, habe ich schon bei früherer Gelegenheit in diesem Hohen Hause betont. Deshalb erspare ich mir weitere Ausführungen.

Ich bin auch sehr dankbar, daß das Problem des **Gasöls** noch einmal angeschnitten worden ist. Schon bei früherer Gelegenheit habe ich darauf hingewiesen, daß ich es gerne sähe, wenn man hier zu einer Lösung kommen könnte. Es ist bekannt, daß sich mein Amtsvorgänger darum bemüht hat, zu Lösungen zu kommen. Ich bedaure sehr — ich sage es hier in aller Öffentlichkeit; vielleicht ist das ein Beitrag, um die Dinge in ein besseres Fahrwasser zu bringen —, daß die Mineralölindustrie immer noch erklärt, sie sehe sich außerstande zu färben. Ich verstehe das nicht, denn die französische Mineralölindustrie kann das offensichtlich. Gerne werde ich diese Frage weiter prüfen. Ich muß natürlich vor diesem Hohen Hause betonen, daß es hier auch der Übereinkunft mit dem Finanzminister bedarf, wobei auch die

(C) Frage der Straßenbaufinanzierung eine gewisse Rolle spielt. Die Gespräche sind jedoch im Gange, und was ich tun kann, werde ich gerne tun. Die Schwierigkeiten mit der Mineralölwirtschaft sind sowieso derzeit fast unüberwindlich.

Vom Kollegen Schmidt wurde von der Futurologie gesprochen. Ich meine, er hat da sehr recht. Ich gehöre auch nicht zu den Futurologen, ich bin froh, wenn ich für die nächsten vier, fünf oder acht Jahre Politik machen kann, wobei man dann immer schon sehr vorsichtig bezüglich der Voranschläge sein muß; ich komme nämlich am Schluß noch einmal auf das Problem der Marktüberschüsse. Wenn ich das alles summiere, was man an Marktüberschüssen und Bergen skizziert hat und wie sich dann die Lage tatsächlich entwickelt hat, so sieht man eben, man muß bei den **Vorausschätzungen** der Wirklichkeit sehr vorsichtig sein. Trotzdem braucht man eine Vorausschau; sie ist schon deshalb notwendig, weil man sie dann jährlich kontrollieren kann. Aus den Veränderungen gegenüber der Vorausschau kann man seine neuen Schlüsse für eine neue Politik ziehen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber doch ein bißchen Phantasie walten lassen, weil man gerne von folgender Tatsache ausgeht — und ich glaube, das muß man sich im Auslauf dieses Jahrhunderts einmal überlegen —: Es gibt Perspektiven, die ungefähr dahin gehen, ein Hochleistungsindustriestaat, wie es die Bundesrepublik sei, könne weitgehend auf die eigene Agrarproduktion verzichten, denn er sei in der Lage, für Industrieexporte Agrarprodukte zu beziehen. Ich halte das für einen fundamentalen Irrtum und werde Ihnen auch sagen, warum. (D) Das würde nämlich bedeuten, daß wir die Welt auf die Dauer einteilten in Industriestaaten, die Industrieprodukte exportieren, und Agrarstaaten, die Agrarprodukte exportieren. Das würde bedeuten, daß der Nord-Süd-Konflikt, arm und reich, institutionalisiert und verewigt werden würde. Die zwangsläufige Entwicklung in der Welt, wenn wir den Frieden sichern wollen, muß die sein, daß wir alle Völker gleichberechtigt an der industriellen und somit an der Wohlstandsentwicklung teilhaben lassen, d. h. es wird **jeder Industriestaat** in gewissem Umfang für sich ein **Minimum an Eigenproduktion** haben müssen, wenn wir nicht zu irgendeinem Zeitpunkt — und wäre es erst im Jahre 2050 oder 3000 — ein Industriestaat sein wollen, der nur von Industrieexport lebt, ohne daß er die Nachfrage nach entsprechenden agrarischen Bedarfsgütern selbst decken kann, es sei denn, wir machen alles über die Chemie. Da muß ich Ihnen allerdings als Bayer sagen: Ich bin froh, daß ich noch im Zeitalter der Schweinshaxn lebe, denn ich halte die noch für bekömmlicher als über Pillen Eiweiß, Kohlehydrate und Zucker zu mir zu nehmen. Ich könnte mir natürlich auch folgende Utopie vorstellen. Ich sage das ganz bewußt, weil es hier Leute gibt, die sich die Dinge nicht sosehr vom Gesellschaftlichen oder vom Wirtschaftlichen her gründlich überlegen. Man müßte vielleicht so weit gehen und im Rahmen der Weltraumfahrt einen Agrarentwicklungsplaneten suchen, vielleicht zunächst den Mond und später den Mars, und dann müßte man das Geschäft wei-

Bundesminister Ertl

(A) terbetreiben, bis auch der Weltraum industrialisiert wäre. Hier wird bewußt einmal auf Phantasie gemacht wie in einem schönen Zukunftsroman. Mir liegt nur daran, einmal festzustellen: Wer glaubt, daß man in einem Industriestaat eine Entwicklung betreiben kann, die davon ausgeht, daß man eine landwirtschaftliche Eigenproduktion nicht mehr nötig hat, der könnte eines Tages politisch für die Zukunft schwerwiegende Fehler begangen haben. Darum ging es mir hier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde den Vorschlag des Kollegen Schmidt über Vollerwerbsbetriebe, Entwicklungsbetriebe und Umwandlungsbetriebe sehr interessant. Ich glaube auch, daß man in dieser Frage zu Lösungen kommen muß. Bezüglich Landabgaberenten und ähnlichem wie überhaupt zu den sozialen Komponenten habe ich bereits in meiner Eingangsrede zum Grünen Bericht Stellung genommen.

Kollege Schmidt, Sie haben gesagt, die **Marktpolitik** sei zu schlecht weggekommen. Es ist natürlich immer schwierig, in einer relativ begrenzten Zeit alle Themen zu behandeln; aber ich möchte doch noch einmal sagen: für mich gibt es vier wesentliche Säulen der nationalen Agrarpolitik: 1. die Struktur, 2. die Investition, 3. der Markt und 4. der Sozial- und Bildungsbereich. Das sind die vier Komponenten, und ich betrachte es als einen wesentlichen Fortschritt in der letzten Legislaturperiode, daß es uns gelungen ist, das Marktstrukturgesetz und das Absatzfondsgesetz zu verabschieden. Damit ist ein erstes Intrument dafür geschaffen worden, (B) daß auch unsere Landwirtschaft am Markt, und zwar sowohl am Inlands- wie am Auslandsmarkt, dynamisch und offensiv handeln und absetzen kann. Ich hoffe nur, daß dieses Instrument so wirksam wie nur irgend möglich wird. Glücklicherweise bin ich als Minister nur Zuschauer; denn die Selbstverwaltung bestimmt ja Gott sei Dank selbst. Aber ich bin überzeugt, daß die zuständigen Leute der Selbstverwaltung das Geschäft nach bestem Wissen und Gewissen und mit sehr viel Ideen betreiben. Am liebsten ist mir natürlich, wenn Sie mir helfen, möglichst bald auch die Berge abzubauen. Der Getreideberg scheint schon verschwunden zu sein.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu der italienischen Äußerung. Auch ich habe sie inzwischen gelesen. Dazu darf ich folgendes feststellen, Herr Kollege Ehnes. Ich selber habe mich nach einer **Weinmarktordnung** überhaupt nicht gedrängt. Wer immer meine Auffassung über die EWG-Agrarpolitik kennengelernt hat, der weiß, daß ich gegenüber den starren EWG-Agrarmarktordnungen zu allen Zeiten große Reserven hatte. Das hat sich auch mit der Übernahme des Ministeramts nicht geändert, und ich habe das auch in Brüssel mit aller Energie und mit allem Nachdruck — ich möchte beinahe sagen: zum Überdruß vieler Leute drüben — vertreten. Aber eine grundlegende Reform war in den vier Monaten, wo ich mitwirkte, nicht durchzusetzen oder zumindest nicht zu bewältigen. Bei der Weinmarktordnung habe ich dezidiert vorgeschlagen, nur nach Art. 40 b vorzugehen. Sie können die Ministerratsbeschlüsse nachlesen, und ich kann es mit ruhigem Gewissen sagen: einmal waren auch wir an (C) einem Beschluß beteiligt — einmal war es die Koalition mit uns, und einmal war es die Koalition mit der SPD —, mit dem im Ministerrat eine dezimierte Zusage für die Weinmarktordnung gemacht worden ist, und die Einhaltung dieser Zusage verlangen nun die Italiener. Das haben sie in Den Haag als Preis für die Zustimmung zur Agrarfinanzregelung verlangt. Das gleiche gilt für die Beschlüsse bei Tabak und bei Zitrusfrüchten.

(Abg. Stücklen: Hopfen!)

— Zum Hopfen komme ich noch, Herr Kollege Stücklen. Ich kann Sie sehr beruhigen; ich habe mit Hopfenanpflanzern ein Gespräch geführt. Sie sind schon wieder nicht up to date. Aber es ist ja gut, daß der Minister in der Vorhand ist; das soll er sein und bleiben. Also ich kann Sie beruhigen und werde darauf noch zurückkommen.

Ich werde auch zum Weinbau noch etwas sagen, weil mir sehr daran liegt, daß hier in aller Öffentlichkeit die Karten auf den Tisch gelegt werden, auch bezüglich der Parteipolitik beim Weinbau. Auch das muß nämlich hier gesagt werden. Das nur zur Sache, damit man hier nicht so ungefähr meint, ich hätte gern im Hurra-Schritt Marktordnungen beschlossen.

Im übrigen noch zur Weinmarktordnung: wie mir gestern gesagt worden ist — ich habe das noch nicht überprüfen können — lag der erste Entwurf seit dem Jahre 1967 bei der Kommission in der Schublade. So lange ist daran gearbeitet worden. (D) Ich kann das alles nicht beurteilen und wollte Ihnen das hier nur einmal mitteilen, weil die Meinung aufgetaucht ist, ich würde gern den Weinmarktordnungen so mir nichts, dir nichts zustimmen.

Lassen Sie mich, bevor ich noch einmal zum Weinmarkt und zum Hopfen komme, zum **Marktgleichgewicht** etwas sagen. Wir gehen bei dieser Frage offensichtlich davon aus, daß Schätzungen und Tatsachen zumindest im März 1970 anders ausschauen als vor einem Jahr. Das kann ich mit ruhigem Gewissen behaupten. Ich muß allerdings sagen: wir haben große Anstrengungen gemacht, um einen Teil in den Konsum zu führen nach dem Motto — Sie wissen, daß man Lieblingsspruch so lautet — „konsumieren ist besser als intervenieren". Das gilt sowohl für Butter als auch für Getreide. Obwohl ich selbst als Minister noch nicht alles durchschauen kann, habe ich aber den Eindruck, daß nicht zuletzt vielleicht durch das zu starke Gerede von den Bergen, speziell den Getreidebergen, wir erstens jetzt zuviel exportiert haben, zweitens zuviel in den Futtertrog gewandert ist, drittens zuviel denaturiert wurde.

Wir haben in der Tat zur Zeit den kuriosen Zustand, daß der **Weizenpreis** am Markt enorm anzieht und mir selbst Vertreter Frankreichs gesagt haben, man sei dort zur Zeit nicht mehr in der Überschußsituation. Ich habe diesbezüglich Herrn Vizepräsidenten Mansholt gefragt. Auch er konnte mir keine schlüssige Antwort geben. Ich wiederhole aber auch jetzt: Gerade wenn man für die Zukunft befriedigende Interventionsregelungen erwartet,

Bundesminister Ertl

(A) darf man jetzt nicht Anlaß geben, daß Kritiker dadurch Recht bekommen, daß man zugibt, durch die Intervention werde der Marktfluß möglicherweise nicht befriedigend gelöst.

Ansonsten kann ich Ihnen sagen, daß bei der bisherigen Diskussion über Getreide in der Tat erheblich mehr Interventionspunkte herausgekommen sind, als von der Kommission vorgeschlagen wurden, als auch durch Beschluß des EWG-Parlaments — ich möchte betonen, daß es ein Mehrheitsbeschluß war, damit hier keine Mißverständnisse auftauchen — akzeptiert wurde. Wir sind uns immerhin darüber einig, daß der Interventionszeitraum mindestens elf Monate betragen muß. Das zu dieser Frage.

Bei **Zuckerrüben** hat die Bundesregierung einer Quotenlösung zugestimmt. Italien hat sich hier entschieden geweigert. Ich habe umgekehrt erklärt, eine Senkung des **Weizeninterventionspreises** könne ich aus politischen Gründen nicht verantworten. Ich bin allerdings — auch das möchte ich hier sagen — mit dieser meiner Auffassung völlig isoliert; alle anderen fünf sind anderer Meinung. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß diese Position nicht unbedingt angenehm ist. Das nur zur Beleuchtung der Situation.

Bei **Milch** habe ich nach reiflichen Überlegungen selbst einen Vorschlag auf den Tisch gebracht; Sie kennen ihn. Er beinhaltet ein 95%iges Kontingent gegenüber der letztjährigen Ablieferung und 5 % zu einem niedrigeren Preis, gegebenenfalls auch Rücknahme. Ich bin der Meinung, daß das eine Möglich-
(B) keit wäre, um zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Ich möchte aber hier die Gelegenheit nutzen, noch einmal meine Meinung vorzutragen, daß es noch genug Möglichkeiten gibt, sowohl den Frischmilchabsatz wie auch den Butterabsatz besser zu fördern. Eine Möglichkeit habe ich aufgegriffen, indem ich vorgeschlagen habe, die Hotelration von 20 auf 30 g zu erhöhen. Ich glaube auch, daß die Erhöhung des Anteils von Milchfett bei der normalen Milch auf 3,5 % sicherlich ein Schritt dazu ist. Ich bin des weiteren überzeugt, daß die Kuhabschlachtungsprämie die Butterproduktion eindämmt, sicherlich nicht in dem Ausmaß, wie wir es ursprünglich dachten und man es theoretisch errechnen könnte, aber sie bremst.

Im übrigen ist in diesem Zusammenhang folgendes interessant. Es wird sicherlich an der Zeit sein, diesen **langen Winter mit seinen Auswirkungen** ins Kalkül zu ziehen. Allein in Frankreich sind 300 000 ha weniger Getreide als im Vorjahr bestellt worden. Das wird sich sicherlich auch in der Getreidebilanz und vielleicht sogar auch in der Butterbilanz auswirken.

Herr Kollege Ehnes, Sie haben mit Recht auf die **unterschiedlichen Behandlungen der regionalen Räume** hingewiesen. Sie haben gesagt, daß die regionalen Räume auch nicht immer gleichwertig behandelt werden. Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß dies nicht nur in der Kompetenz des Bundes liegt, sondern daß da auch eine Kompetenz des Landes vorhanden ist. Wie ich annehme, wird es Ihnen

(C) bei Ihren guten Beziehungen zur bayerischen Staatsregierung sehr leicht möglich sein, eine intensivere und auch frurchtbare Mitarbeit bei der Gestaltung der Regionalpläne zu erwirken.

Berührt wurden auch die hohen **Zinsen.** Ich betone, daß das selbstverständlich niemandem in dieser Bundesregierung Freude macht. Aber ich frage mich, ob es jemandem Freude gemacht hätte, wenn wir die Steuern erhöht hätten; das ist nämlich die mögliche Alternative gewesen. Es stellt sich heraus — ich glaube, darüber sind wir uns im klaren, und der Kollege Arndt wird dazu nachher selber noch etwas sagen —: Unser Stabilitätsgesetz ist bezüglich des Spritzens effektiver als bezüglich des Bremsens, wie es überhaupt leichter ist, zu spritzen als zu bremsen. Denn beim Bremsen — das ist eine physikalische Erklärung — gibt es eben Reibungsverluste, gibt es Hitze, und die Betroffenen spüren das. Das ist eine Frage, die nicht unbedingt angenehm zu lösen ist. Das Wesen der Demokratie ist nun einmal, daß man auf solche Dinge Rücksicht nehmen muß.

(Abg. Niegel: In der Regierung sind lauter Spritzer und keine Bremser!)

— Ach, wissen Sie, Herr Niegel, sehr geistig spritzvoll war das, was Sie jetzt gesagt haben, nicht.

(Abg. Niegel: Das war eine Antwort auf Sie!)

— Das müssen Sie erst einmal beweisen.

Zum Verursachungsprinzip möchte ich folgendes sagen. Ich betone: mein Milchvorschlag ist ein ab- (D) soluter Vorschlag zum Verursachungsprinzip. Sie sehen, daß ich nicht alles vergessen habe, was ich früher einmal gesagt habe. Ich habe mir deshalb bewußt die Mühe gemacht, das so zu tun.

Ein weiteres. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Kollege Ehnes, wenn ich Ihre französischen Zeitungen bekommen könnte, die Sie zitiert haben in bezug auf die Verhandlungsweise und ähnliches. Ich würde die sehr gern lesen. Ich nehme an, daß Sie sie mir zum gegebenen Zeitpunkt schicken.

(Abg. Ehnes: Und die italienischen!)

— Sie haben auch von französischen gesprochen; wir sprechen jetzt nicht von den italienischen Zeitungen. Ich habe mir das genau aufgeschrieben. Mich würde das sehr interessieren.

Es wurde dann noch von **§ 35 des Bundesbaugesetzes** gesprochen. Ich würde mich sehr freuen, wenn sie einen Gesetzentwurf dahin gehend einbrächten, § 35 des Bundesbaugesetzes abzuschaffen. Nur müssen Sie sich dann die Konsequenzen überlegen: eine totale Abschaffung des § 35 des Bundesbaugesetzes kann natürlich in gewissen Gebieten dem willkürlichen Bauen Tür und Tor öffnen. Ich glaube, es ist besser, meinem Vorschlag zu folgen, nämlich eine Änderung dahin gehend durchzuführen, daß Einheimische — nachgeborene Bauernkinder — generell die Ausnahmegenehmigung bekommen.

Nun komme ich zur **Hopfenmarktordnung.** Ich stimme zu, daß es so gewesen ist, daß eine andere Delegation und viele andere Delegationen einen

Bundesminister Ertl

(A) ganzen Rattenschwanz von neuen Marktordnungen gefordert haben — die letzte Marktordnung betraf die Seidenraupenzucht —, alles mit der Absicht, das mit vielen Millionen, natürlich aus der gemeinsamen Kasse, zu finanzieren. Ich stimme zu, daß wir den Standpunkt vertreten haben: Erstens. Solange die bisherigen Marktordnungen nicht funktionsgerecht gestaltet sind und funktionieren, sollte man nicht zusätzliche neue Marktordnungen machen. Ich halte das für sehr vernünftig. Man muß einmal mit dem Stau fertig werden, den wir zunächst einmal haben. Zweitens haben wir ab Herbst Beitrittsverhandlungen. Drittens haben wir erklärt: Wir sind nicht mehr für neue Marktordnungen, sind dann allerdings aber auch bereit, auf unsere Marktordnungswünsche zu verzichten. Sollten allerdings andere Marktordnungen kommen, würden wir auch darauf bestehen, daß die Hopfenmarktordnung weiter behandelt wird.

Zusätzlich habe ich inzwischen ein Gespräch mit dem Hopfenpflanzerverband gehabt, der mir sehr zugestimmt hat. Ich habe gesagt: Ich bin gern bereit — der Herr Kollege Schmidt wird mir sicherlich zustimmen, daß wir gegebenenfalls auch über CEMA und Absatzfonds für Hopfenexporte sprechen können —, einige Millionen aus nationalen Mitteln für den deutschen Hopfenexport, für dessen Absatzsicherung und Preissteigerung, bereitzustellen, weil mich das viel billiger kommt, als wenn ich die Seidenraupenzucht, Hanf und was weiß der Teufel alles über einen Umweg auch mitfinanziere. Der Hopfenbau hat dafür volles Verständnis gehabt; ich bin ihm (B) dafür sehr dankbar. Das ist mein Angebot an den deutschen Hopfenbau.

Nun komme ich noch zum Weingesetz, das auch noch angeschnitten wurde. — Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, ich komme schon zum Schluß.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, im Agrarbereich haben wir die Gefahr der Überproduktion. Wenn ich mir die Liste der Wortmeldungen ansehe, fürchte ich, daß wir im Laufe des Abends noch vor gewissen Bergen an rhetorischen Leistungen stehen werden. Es sind noch eine Reihe von Kollegen im Hause, von denen sich einige noch nicht in die Rednerliste eingetragen haben. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Umstand berücksichtigen könnten.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ich will einige Bemerkungen zum Weingesetz bzw. zur **Weinmarktordnung** machen. Es ist eine Entschließung verabschiedet worden. Bevor ich dieser Entschließung zugestimmt habe, habe ich ein Hearing mit Kollegen aus dem Gesundheits- und dem Ernährungsausschuß veranstaltet, und ich selbst habe diesen Verhandlungen nahezu drei Stunden zugehört.

Ich war auf Grund dieser Diskussion der Meinung — das muß ich ganz offen sagen —, daß es einige Punkte gibt, die man noch sehr schwergewichtig behandeln muß. Ich nenne den Prozentgehalt bei Weißwein. Da ging es darum, ob 3,5 oder 3,7 %.

(C) Der Vertreter des Gesundheitsministeriums hat bestätigt, daß das im Bereich der Fehlergrenze liegt; deshalb habe ich auf diesem Sektor nichts unternommen. Schwerwiegender war die Festlegung der Grenze bei Rotwein. Sie lag in der Entschließung bei 4,0 %, im deutschen Weingesetz bei 4,5 %. Sie ist der endgültigen Entschließung der EWG auf 5,0 % festgelegt worden; man ist sogar um 0,5 % über das deutsche Weingesetz hinausgegangen. In einer persönlichen Rücksprache hat mir Vizepräsident Mansholt dann noch gesagt, daß eine Katastrophenklausel für die berühmten Jahre hineinkommt.

Im übrigen habe ich inzwischen alle Unterlagen dem Ernährungsausschuß, dem Gesundheitsausschuß und dem Haushaltsausschuß zugeschickt; denn mir liegt sehr daran, daß dieses Parlament die Gewißheit hat, daß der Minister das Parlament laufend über den Stand der Probleme informieren wird.

Ich möchte hier eines feststellen. Ich halte es nicht für gewöhnlich, daß ein Ministerialdirigent eines Landesministeriums mit nicht ganz korrekten Behauptungen auf einem CDU-Agrarkongreß die Stimmung anheizt. Das halte ich nicht für gewöhnlich. Das ist dort geschehen. Diese Sache haben sich dann einige Weinkellereien zu eigen gemacht, nicht der gesamte Verband der Weinkellereien, wie ich inzwischen weiß, sondern es waren nur 4 oder 5, und die haben dann feste Stimmung gemacht. Ich habe allerdings die Gelegenheit benutzt — und dafür bin ich sehr dankbar —, jedem einen Brief zu schicken; sie haben mir nämlich alle Protestkarten geschickt. Seitdem habe ich die Gelegenheit sachlicher Aufklärung durch Briefe benutzt. Damit ist die Stimmung ruhiger geworden. (D)

Ich möchte hier noch einmal betonen: ich glaube, so kann man auf die Dauer keine befriedigenden Ergebnisse erzielen. Ich habe nichts gegen Kritik, aber die Kritik muß dann so fundiert sein, daß sie einigermaßen im Raum stehenbleiben kann. Aber wenn meine Experten in meinem Hause sagen: in schlechten Jahren sind höchstens 10 % der Winzer betroffen, und andere sagen: 30 %, dann muß das zur Verwirrung führen. So geht es nicht, und ich halte das auch für keine gute Art, wie man langfristig unsere Position macht.

Davon ganz abgesehen, es gibt ja in Europa auch immer noch Nachbarn. Der Kollege Büchler aus Luxemburg, der ja in der oberen Mosel Nachbar ist, hat gesagt, er verstehe gar nicht, was hier in Deutschland betrieben werde; denn er müsse mit sehr vielen Moselwinzern — er ist auch Moselwinzer — feststellen, für sie sei der Rahmen in der Entschließung voll befriedigend. Ich weiß allerdings, daß die mehr Südhänge haben — wir haben mehr Nordhänge —, und ähnliches mehr. Ich glaube, es ist bei dieser Debatte doch darauf hinzuweisen, daß die Frage kommt: Kann die Bundesregierung das deutsche Weingesetz vollauf durchsetzen? Das bezweifle ich.

Im übrigen haben mir meine Leute gesagt, daß man bei der Behandlung des Weingesetzes — und ich schneide das hier gern an — davon ausgegangen ist — ähnlich wie man es bei Zuckerrüben gemacht hat; der Kollege Ehnes hat mit Recht darauf hinge-

Bundesminister Ertl

(A) wiesen —, daß man erst einen sehr guten Rahmen finden muß, damit man dieses Gesetz dann weitgehend in die EWG einbringen kann. Wenn ich natürlich fordere „nur mein Weingesetz", dann kann ich den anderen nicht verwehren, wenn sie sagen „auch mein Weingesetz". Das ist das Problem. Diesen Vorschlag habe ich auch gemacht. Aber solche Vorschläge können Sie nur machen, solange es nicht eine gemeinsame Weinmarktordnung gibt. Leider gibt es zwei Ministerratsbeschlüsse über eine gemeinsame Weinmarktordnung.

Sie müssen diesen Komplex einmal sehen. So einfach kann man sich das nicht machen. Vor dieser Schwierigkeit stehe ich. Ich bin auf jeden Fall der Meinung, wenn es bei all dem gelingt, eine Lösung zu finden, die in der Tat die Möglichkeit schafft, daß für die meisten unserer Winzer keine besorgniserregenden Auswirkungen eintreten, dann muß man prüfen, ob man da nicht zustimmt oder die Agrarfinanzregelung in Frage stellt.

Die andere Frage ist folgende. Ich bin hier kein Fachmann. Ich würde wirklich die Kollegen, die Fachleute sind, bitten, hier einmal ihre Meinung zu sagen; es muß auch nicht hier sein, es kann im Ausschuß sein. Mir ist gesagt worden, daß es einige Rebsorten gibt, die wirklich nicht das bringen, was man als Qualitätswein für lange Zeit wünscht. Dann ist es besser, wir setzen uns mit diesen Bauern an einen Tisch und versuchen ein Programm zu entwickeln, das ihnen mit Beihilfen die Umpflanzung ermöglicht. Das halte ich langfristig für ehrlicher (B) und bezüglich der Winzer für zielsicherer als die jetzige Form, wo man so tut, als ob sie jede Rebsorte behalten könnten. Ich kann das nicht alles beurteilen. Aber ich habe mich ein wenig informiert, ich glaube, mich sogar sehr gründlich informiert. Ich wollte von diesen meinen Kenntnissen Ihnen ein klein wenig mitteilen.

Soweit habe ich nun, glaube ich, die wesentlichen Punkte behandelt. Im übrigen darf ich mich für alle Diskussionsredner — —

(Abg. Stücklen: Hopfen aber unbefriedigend!)

— Ich habe nie erwartet, daß ich von Stücklen eine gute Qualifikation bekomme. Aber „unbefriedigend" ist immerhin schon etwas.

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Hopfen unbefriedigend!)

— Ich bin ja froh, daß der Hopfenpflanzer zustimmt. Das ist mir viel wichtiger als wie der Herr Stücklen.

(Lachen bei der CDU/CSU.)

Das soll meine Sorge sein, wie wir dieses Problem befriedigend lösen. Ich darf mich auf jeden Fall für die Beiträge aller Diskussionsredner sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Ich bin dem Herrn Bundeslandwirtschaftsminister sehr dankbar, daß er seine letzte Aufforderung an das Haus, in Fragen der Weinmarktordnung noch zusätzliche Diskussionsbeiträge zu geben, zugunsten der Ausschußsitzungen zurückgezogen hat.

Als nächsten Redner darf ich Herrn Staatssekretär Arndt das Wort geben. (C)

Dr. Arndt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kollegen Dr. Ritz und Ehnes, die Sprecher der Opposition in dieser Debatte, haben darauf hingewiesen, daß die neue und jetzige Bundesregierung eine gute Erbschaft auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Verhältnisse übernommen hat. Ich will das unterstreichen. Auch mir liegt nichts daran, die Leistungen der Großen Koalition herabzusetzen. Auch ich mag nicht, daß man das schlecht macht, was dort in mehreren Jahren für die Landwirtschaft, aber auch für andere geschaffen worden ist.

Nur wenn Hermann Höcherl, der Kollege und frühere Landwirtschaftsminister zu Recht erwähnt wird, denke ich auch an den früheren und jetzigen Wirtschaftsminister Professor Schiller; ich denke bei den Schwierigkeiten, die der frühere Landwirtschaftsminister in der parlamentarischen Behandlung seiner durchaus wegweisenden Agrarpolitik gehabt hat, ferner an meinen Kollegen Schmidt (Gellersen). Das alles hat schließlich dazu geführt, daß z. B. im jetzigen Grünen Bericht für das Landwirtschaftsjahr 1968/69 ein Differenzbetrag von 9 Milliarden DM zwischen Verkaufserlösen und Betriebsausgaben ausgewiesen werden konnte, während wir 1967/68 noch 7,5 Milliarden DM, in der Talsohle gar 7,1 und 7,5 hatten.

Zwei Komponenten müssen zusammenkommen, (D) damit der große Prozeß der Umstrukturierung gelingen kann: eine **Agrarpolitik,** die nicht versucht, um jeden Preis jeden Landwirt an der Scholle festzuhalten, und eine **Wirtschaftspolitik,** die es auf der anderen Seite denen, die hinausgehen wollen — und zwar am besten schon als junge Menschen hinausgehen wollen —, ermöglicht, an Ort und Stelle in ihrer Region gewerbliche Arbeitsplätze zu finden.

Es wurde vorhin nach den **Preiseffekten der Aufwertung** gefragt, ja sogar nach etwas Ähnlichem wie Aufwertungsverlusten der Landwirtschaft. Nun haben wir heute glücklicherweise die ersten landwirtschaftlichen Erzeugerpreise für Januar 1970, dem Monat, in dem der Grenzausgleich aufgehoben wurde und in dem die Senkung der Interventionspreise voll wirksam geworden ist, bekommen. Wir sehen, daß dieser Januar gegenüber dem Dezember eine Preisermäßigung für die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise insgesamt von 3,1 % aufweist. Einige Abweichungen von den erwarteten oder vielleicht zu erwartenden minus 8,5 % sind auf gewisse saisonale Produkte wie Gemüse, Südfrüchte usw. zu beziehen.

Aber wir haben auch Punkte, wo man tatsächlich fragen muß — und das frage ich jetzt von der Wirtschaftspolitik aus für die Durchsetzung der Interventionspreise bis hin zum privaten Verbraucher —, warum bei Getreide und Vieh die prozentualen Senkungen hinter der Entwicklung der Interventionspreise zurückgeblieben sind. Dazu sind zweierlei Dinge zu sagen:

Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Arndt

(A) Erstens. Wenn die deutschen Landwirte für die Aufwertungsverluste in Höhe von 8,5 % — dem Satz der Senkung der Interventionspreise — voll entschädigt werden und diese Senkung findet aus irgendwelchen Gründen nicht oder erst später statt, dann ist die deutsche Landwirtschaft nicht auf der Seite irgendwelcher Aufwertungsverlierer, sondern auf der Seite der Aufwertungsgewinner: sie bekommt nämlich den Ausgleich und hat dennoch nicht die Preissenkungen zu tragen.

Zweitens. Wir haben festgestellt, daß z. B. der **Weichweizen** jetzt recht knapp geworden ist. Die Interventionspreise sind zwar zurückgegangen, die Marktpreise sind aber im Gegenteil hier und da höher als Mitte 1969, zur Zeit der höheren Interventionspreise und zur Zeit des Unterlaufens dieser Interventionspreise durch den Handel mit dem Termin-Franc, also in der Zeit des großen Wirrwarrs vor der Aufwertung. Deshalb kam es auch nicht zur Senkung der entsprechenden Mehlpreise, weil sich nämlich die Weizenpreise am Markt für die Mühlen nicht im gleichen Maße verändert haben.

Ein weiterer interessanter Faktor bei den Verbraucherpreisen ist z. B. die **Milch.** Die Interventionspreise bei Milcherzeugnissen haben nachgegeben, aber die Verbraucherpreise kaum. Das liegt u. a. daran, daß sich die Bundesregierung dafür entschieden hat, nicht die Trinkmilchpreise zu senken, sondern den Qualitätsgehalt der Milch, d. h. den Fettgehalt zu erhöhen. Das wird in den Preisindizes aber nicht als Qualitätsverbesserung gewertet, son-
(B) dern von der amtlichen Statistik als qualitätsneutral behandelt.

Die unterschiedlichen Schätzungen der Verbraucherpreise, die alle Forschungsinstitute, der Sachverständigenrat, danach die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht und ich am 7. Januar gegeben haben, nämlich daß die Verbraucherpreise im Januar und Februar nicht nur um 3 %, wie im vorigen Jahr, sondern um 3,5 % gestiegen sind, erklären sich aus diesen Tatsachen. Diese Abweichung, die gemessen an dem, was im Ausland um uns herum vorgeht, vielleicht geringfügig ist, entspricht nicht unseren Zielsetzungen und Erwartungen. Sie beruht auf einer falschen Einschätzung des Sinkens der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise generell. Aber das ist kein Schaden für die Landwirtschaft, das ist eher ein Vorteil, da sie an beiden Dingen gewinnt, an der Aufwertungsentschädigung und an der nicht in entsprechendem Umfang erfolgten Senkung der effektiven Marktpreise.

Man muß noch eine weitere Frage stellen: Was wäre geschehen, wenn diese Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hohen Hause auf die Beseitigung des **Grenzausgleichs** am 1. Januar verzichtet hätte? Das ist ja eine Alternative, die hier in der Diskussion war und die wirtschaftspolitisch abgelehnt wurde. Hätten wir bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen dann auch nur die Preisentwicklung von minus 0,2 % gegenüber dem Dezember 1969 gehabt? Hätten wir dann ebenfalls nur eine Steigerung der Nahrungsmittelposition in den

(C) Lebenshaltungskosten um 3,6 % gehabt, oder wäre es nicht mehr gewesen? Diese Frage muß gestellt werden, wenn man sich überlegt, welche Wirkung die Aufwertung und andere politische Maßnahmen auf die Landwirtschaft und auf die Volkswirtschaft insgesamt gehabt haben.

Auf das Problem der **Strukturpolitik** ist Minister Ertl schon so ausführlich eingegangen, daß ich es mir ersparen kann, Weiteres dazu zu sagen. Die Bundesregierung hat die Strukturmittel in den Ansätzen nicht gekürzt, weil sie weiß, daß die Chancen der Hochkonjunktur für diejenigen, die sich verändern wollen — nicht, wie häufig gesagt wird: die sich verändern sollen —, in vollem Maße erhalten bleiben sollen. Immerhin, in dem von Ihnen zitierten damaligen Papier des Bundeswirtschaftsministers zur regionalen Strukturpolitik hat man geschätzt, daß jährlich 14 000 Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen geschaffen werden. Das ist mit Recht bezweifelt worden. Aber wir haben es 1969 — auch das ist ein Erfolg, den man der alten Regierung nicht ableugnen sollte — auf 40 000 gebracht. Ich habe keinen Grund daran zu zweifeln, daß die neue Bundesregierung — nach wie vor Minister Schiller, aber nun auch Minister Ertl statt Minister Höcherl — das gleiche im Jahre 1970 bewirken wird.

(Beifall bei der SPD.)

In diesen neuen Grünen Bericht — ich darf mir als Helfer in wirtschaftspolitischen Fragen vielleicht erlauben, das zu sagen — ist ein **Projektionsmodell für 1980** aufgenommen worden, das auch mit den Größenordnungen übereinstimmt, die damals in dem (D) strukturpolitischen Papier des Bundeswirtschaftsministeriums niedergelegt waren. Es enthält Annahmen über die voraussichtliche Nachfrageentwicklung, über die Produktionsentwicklung und über die Preisentwicklung. Soweit ich gesehen habe, sind beide Annahmen über die Preisentwicklung, nämlich die mit annähernd konstanten und mit sinkenden Preisen, weitaus pessimistischer als das, was der eine oder andere nach wie vor im Lande der Bauernschaft einredet.

Herr Ehnes, Sie sagten, der Schwerpunkt solle auf **Preis- und Marktpolitik** liegen. Wie soll aber, unter dieser selbst von Ihnen nicht bestrittenen günstigeren Annahme, über die Preispolitik in der EWG, insbesondere bei den derzeitigen Überschüssen, das Einkommen der Bauern in den kommenden fünf bis zehn Jahren gesteigert werden? Es muß gesteigert werden, darüber sind sich alle, nicht nur die Bundesregierung, im klaren.

Wenn man dann überlegt — dies ist der Ausgangspunkt des Interviews, das Herr Staatssekretär Dr. Rohwedder gegeben hat —, daß in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Bemühungen im Gange sind, die **Überschußproduktion** zu senken, und zwar durch Mengenregulierungen, aber auch durch Preisänderungen, wenn es nicht anders geht, dann ist es doch wohl recht und billig, daß er in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und dem Jahreswirtschaftsbericht die **Einkommenspolitik** für die Bauern in den Vordergrund stellt und sagt: Kommt das Einkommen nicht über den Preis, dann

(A) muß es aus staatlichen Hilfen kommen. Das ist nicht entehrend, das ist eines der Instrumente, die sich auch diese Regierung, wie jede andere, in der Zukunft nicht aus der Hand nehmen lassen darf.

Ich kann nicht folgen, wenn Bemerkungen im Jahreswirtschaftsbericht kritisiert werden, in dem wir gesagt haben, daß es zweitrangig ist, woher das notwendige Einkommen der Landwirtschaft kommt. Zweitrangig heißt nicht nebensächlich. Aber es ist erstrangig, daß der Bauer sein ungeschmälertes Einkommen bekommt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und ich bitte, im Interesse dieser großen strukturpolitischen Probleme auf dem Lande, die wir gemeinsam meistern müssen, diese Interpretation der Äußerung von Herrn Dr. Rohwedder zu akzeptieren.

Als Letztes hatten Sie, Herr Dr. Ritz, kritisiert, daß in dem Bericht etwas über den **Anteil der Drittländer an den Agrarimporten** steht. Ich beschäftige mich ein bißchen mit Osthandel. In der Tschechoslowakei, in Polen, in Ungarn, in Jugoslawien ist, zwar in unterschiedlichem Maße, aber doch vorherrschend, ein großer Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, ohne allerdings die gleichen Chancen der Veränderung zu haben wie wir. Er ist darauf angewiesen, diese Agrarprodukte zu verkaufen, um sich selbst ein besseres Leben zu verschaffen und sich wenigstens in den materiellen Fragen an das ersehnte westliche Ideal anzunähern. Diese Bauern heißen nicht nur Šandor und Soskič, sie heißen auch Richter und Meier und Gottwald. Das Ziel,
(B) die EWG nicht nur bei Milch und Weizen, sondern auch noch auf anderen Gebieten zu einem Selbstversorgerland zu machen, ist, langfristig gesehen, mehr als nur eine Enttäuschung für die Menschen, von denen ich spreche. Es ist eine Gefährdung der politischen Sicherheit unserer eigenen Bauern.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Ritz: Sie müssen die ganze Passage lesen, die ich dazu gesagt habe!)

Zwischen dem Drängen des Tages — da ist die Apfelernte, die untergebracht werden muß, wobei auch die anderen ihre Äpfel loswerden wollen — und dieser Notwendigkeit muß ein Kompromiß gefunden werden, der für die Menschen jenseits der Grenzen, für unseren eigenen Verbraucher und für unsere eigenen Landwirte sicherlich nie ganz befriedigend sein wird. Aber wenn wir ihn nicht finden und gemeinsam verteidigen, wenn wir die Lösung nur auf Kosten der einen und nicht auf Kosten aller suchen, werden wir an der Aufgabe scheitern, und das darf auch im Interesse unserer Landwirte nicht geschehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, als nächster Redner ist in der Liste der Herr Abgeordneter Höcherl eingetragen. Ich darf darauf hinweisen, daß jetzt noch 15 Wortmeldungen zu Punkt 5 a vorliegen.

Höcherl (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege
(C) Dr. Schmidt (Gellersen) hat mich mit sehr noblen Worten eingeladen, doch noch etwas Agrarpolitik mitzumachen. Ich will dem mit herzlichem Dank für die netten Passagen, die er mir in Erinnerung an unsere gemeinsame Arbeit gewidmet hat, gern entsprechen.

Ich darf mich vielleicht zunächst einmal dem eigentlichen Hauptgegenstand der heutigen Diskussion zuwenden, nämlich dem **Grünen Bericht,** einer sehr tüchtigen Arbeit Ihrer Mitarbeiter, Herr Bundesernährungsminister. Es wird Ihnen nicht ganz leicht gefallen sein, den Göttern zu opfern und die globale Disparität unter den Tisch zu bringen; von den Schmerzen, die Herr Logemann dabei haben mußte, will ich gar nicht reden. Aber immerhin, Sie haben es geschafft und sind auf den Spuren oder Pfaden der Tugend, die wir beschritten haben, weitermarschiert.

(Abg. Dr. Ritz: Sehr gut!)

Das Modell, das Sie vorgelegt haben, ist sehr interessant. Es wird auch von uns als eine Bereicherung anerkannt. Wir hoffen nur, daß es nicht nach Schillerscher Manier eine Metamorphose zu einer Richtlinie hin erfährt. Das könnte leicht sein. Zunächst ist es eine Orientierung und eine Projektion. Aber wie leicht kommt dann das Wort „Richtlinie" und „Zielsetzung" dazu, und das wäre etwas zuviel.

(Abg. Struve: Es gab vorhin schon einige Andeutungen!)

Nun ist mir aufgefallen, und zwar vor allem bei dem Beitrag von Herrn Kollegen Dr. Weber in seiner Jungfernrede: Der Gegenstand, um den es sich hier handelt, das Modell, wenn ich so sagen darf, von dem ein Bild gezeichnet wird, ist die Landwirtschaft 1968/69. Die Koalition hat Glück, weil die Öffentlichkeit das vielleicht nicht so genau nimmt. Die Öffentlichkeit meint, das gute Ergebnis sei schon Ihre eigene Leistung der vergangenen vier Monate. So bekommt also der Berichtsgegenstand, das Modell, ein rotes Kostüm mit einer violetten Schärpe, und das muß verhindert werden. (D)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Wir werden darauf sehr streng achten.

Es kommt nämlich noch etwas hinzu. Auch das nächste Wirtschaftsjahr, für das gute Auspizien bestehen, fällt zum entscheidenden Teil noch in unsere Verantwortung. Ich habe wirklich die Befürchtung, daß der begrüßenswerte Mut, die Offenheit und Ehrlichkeit meines verehrten Amtsnachfolgers vielleicht doch nicht ausreichen, um das der Öffentlichkeit tatsächlich wahrheitsgemäß zu sagen. Das werden wir dann als Opposition gründlich und ernst besorgen.

Ich habe übrigens gehört, Herr Wehner, daß Sie als Zuchtmeister auch noch sprechen wollen. Ist das richtig?

(Abg. Wehner: Sie sollten nicht so viel auf die Information durch die CSU hören! — Heiterkeit.)

— Ja, gut, aber man weiß es bei Ihnen nicht. Sie sitzen hier bemerkenswert aufmerksam, und immer

Höcherl

(A) dann, wenn schwache Stellen der Regierung verteidigt werden müssen, kommt natürlich der chief whip, der Zuchtmeister Wehner und bringt das in Ordnung.

(Heiterkeit. — Zuruf von der SPD: Er schafft es sogar!)

Nun, Herr Kollege Ertl, darf ich mich zunächst Ihren Ausführungen zuwenden. Leider haben Sie vorhin wieder das alte Spiel um die **Aufwertung** aufgeführt. Es geht nicht um die Aufwertung — sie ist vollzogen, sie ist eine Tatsache —, sondern es geht um ihre **Folgen** und um sonst nichts.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich sage freimütig: Es gibt in der Frage der Aufwertung kein dogmatisches Ja und kein dogmatisches Nein, sondern das ist ein Instrument, eine technische Lösung, die vielleicht einmal notwendig ist, vielleicht aber auch nicht. Es geht um ihre Folgen, und diese Folgen sind nicht zweckentsprechend vorbereitet worden. Gewisse Auswirkungen verzögern sich zeitlich — was übrigens das Getreide betrifft, so kann ich mich sehr gut daran erinnern, daß durch die Intervention B, die wir der Regierung noch als Morgengabe überreicht haben, nichts passiert ist —; aber der breite Werkmilchsektor, der Veredelungssektor, zieht natürlich je nach Marktverhältnissen mit. Wann das kommen wird? Auf jeden Fall früher als in dem Sommer, in dem Sie auszahlen wollen. Wir haben noch keinen Entwurf. Sie hätten diese Dinge im November und Dezember in Ordnung bringen sollen.

(B) Sie berufen sich auf das Hearing. Das ist eine sehr nette und gute Methode, dieses Hearing, sehr aufschlußreich; es ist auch eine schöne Empfehlung für den Parlamentarismus. In der Geschäftsordnung steht, daß diese Kreise zu hören sind. Das ist also ganz und gar nichts Neues. Das ist auch kein besonderes Verdienst, sondern nur die Ausführung einer Geschäftsordnungsvorschrift. Das haben Sie gemacht. Das hätte aber auch sehr viel kürzer geschehen können.

Wir hätten nicht einmal etwas dagegen gehabt, wenn Sie eine eigene Erfindung für den Ausgleich auf den Tisch gelegt hätten. Aber gut muß sie sein. Es geht nur nach der Qualität. Wir werden ja sehen, wenn wir den Gesetzentwurf haben. Daß aber der Landwirt der Kreditgeber und Gläubiger bleibt bis zur Mitte des Jahres, das ist nicht in Ordnung. Infolgedessen hoffe ich, daß hier die Dinge zu beschleunigen sind. Ich meine, daß hier etwas vorliegt, was nicht ganz mit der eigenen Beurteilung der bisherigen viermonatigen Leistungen übereinstimmt. Man ist hier sehr großzügig. Das ist das eine.

Das zweite ist folgendes — ich wiederhole es noch einmal —: Bei der **Aufwertung** hätte man meines Erachtens versuchen müssen, **Holland und Belgien,** die in einer ähnlichen Situation sind, mitzuziehen; dann wäre es gelungen — auch nach einer Aussage der Kommission —, den Grünen Dollar zu senken und auf diese Weise all diese Schwierigkeiten zu vermeiden.

(C) Das wirklich Entscheidende ist ja nicht das Vordergründige, von dem fortgesetzt geredet wird. Das wirklich Entscheidende, meine Damen und Herren, ist, daß wir, in nationalen Preisen ausgedrückt, die **landwirtschaftlichen Erzeugerpreise** senken müssen. Frankreich muß sie anheben und wird sie anheben. Das heißt: entscheidend ist der nationale Preis für den Anreiz, für die Entscheidung des Produzenten, so daß auf diese Weise ein Druck auf die ganze deutsche Landwirtschaft ausgeübt wird, unabhängig von dem Ausgleich. Der **Ausgleich** selbst hat nämlich auch nicht diese psychologische Wirkung. Er hat eine ökonomische Wirkung. Die psychologische Wirkung aber hat der effektive Preis, den er erzielt. Der französische Bauer, der sowieso sehr viel erzeugt — unter viel besseren Bedingungen —, nimmt höhere Frankenpreise, und auf diese Weise gibt es einen Druck, ganz in der Richtung von Vorstellungen, die ich jetzt nicht mit einem Namen verbinden will; er ist schon öfter hier genannt worden. Das ist der Kern und das Entscheidende. Das ist etwas Fundamentales, meine Damen und Herren. Herr Bundesernährungsminister, ich darf Sie bitten, Ihren Teil dazu beizutragen, daß dieser Ausgleich zustande kommt.

(Zuruf von der FDP: Hat er schon getan!)

— Na gut. Es hat lange genug gedauert.

Was nun die Frage der **Finanzierung der gewerblichen Veredelung** betrifft, die Sie noch angesprochen haben: Meine Damen und Herren, es kann einfach gar keinen Zweifel geben, daß hier bei der Finanzierung sehr splendid und sehr kavaliersmäßig vorgegangen worden ist. Die Steigerung bis zu 38 % ist ein immenser Vorgang. Ich kann nur hoffen, daß beim Beitritt Englands diese Frage neu zur Debatte steht und daß man etwas sorgfältiger vorgeht, wenn man schon großzügig ist. Ich habe Verständnis dafür und bin bereit, für Europa viel zu tun; aber ich mache es gern mit Gegengeschäften. Ich habe keines gesehen. Das muß gesagt werden. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Die Ausstattung des Haushalts: Dieser **Haushalt,** meine Damen und Herren, ist trotz seiner großartigen Abschlußziffer — wobei ja 920 Millionen DM ganz woanders hingehören; das ist schon gesagt worden — ein Diäthaushalt bezüglich der **Strukturpolitik,** in der es keine Unterbrechung geben darf. Nehmen Sie nur die Preisanhebungen im gesamten Strukturbereich, im Küstenbereich usw., Dinge, die sowieso auf das Volumen drücken! Wenn im Strukturbereich und, wie Sie sagen, in der Investitionshilfe ein absoluter Stopp eintreten soll, wie Sie das über die Richtlinien manipulieren wollen, dann muß ich Ihnen sagen: Es gibt dann nicht nur eine schwere Enttäuschung, sondern einen Rückschlag, weil die laufende Modernisierung ja die einzige Voraussetzung ist, in dem immer schärfer wendenden Wettbewerb seinen Platz behaupten zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich sage Ihnen noch eines, Herr Kollege Ertl: Ich hätte von Ihnen erwartet, daß Sie gerade in der Hochkonjunktur Strukturmittel für den nicht über-

Höcherl

(A) hitzten ländlichen Raum bekommen und die Mittel dort abziehen, wo sie wirklich anheizend wirken, damit sie jetzt eine Aufgabe erfüllen, so wie wir es auch früher schon einmal gemacht haben. Hier ist eigentlich immer noch eine Leistung fällig. Sie könnte heute noch erbracht werden. Wir sind bereit, Ihnen auf diesem Weg zu helfen, und dürfen Sie herzlich einladen. Wir werden Sie an der Hand führen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Sie haben in etwas merkwürdiger Form den **Vorschlag des Europäischen Parlaments** gebracht und das mit dem Namen Lücker in Verbindung gebracht und natürlich mit der CSU, um zu sagen: Jetzt bin ich aus dem Schneider, das hat Lücker vorgeschlagen; die CSU sowieso, der schwierigste Partner im Oppositionsbereich; schon wegen unserer gemeinsamen Heimat ist das so. Nein, meine Damen und Herren, das war eine Entscheidung des Parlaments, und Lücker war Berichterstatter. Wir haben ein informatives Blatt für unsere Mitglieder und unsere Freunde. Denen vermitteln wir solche Ergebnisse, damit sie sich orientieren können. Wir adoptieren dieses etwas schief gewachsene Kind nicht. Wir bekennen uns auch nicht als Vater, sondern sagen: In parlamentarischer Freiheit und Option ist dieser Beschluß dort zustande gekommen. Sie müssen als Minister ja oder nein sagen. Ich hoffe, daß Sie nein sagen, daß Sie Ihre alten Vorstellungen von **kostendeckenden Preisen** dort endlich verwirklichen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(B) Ich war zu schwach. Ich habe es nicht geschafft. Aber Sie werden es jetzt mit der Macht und Wucht dieser Minikoalition schaffen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, bei der **Weinmarktordnung** bin ich etwas überrascht. Ich pflichte Ihnen in dem einen oder anderen Punkt weitgehend bei. Wir haben ein ganz kleines Rinnsal von Informationen. Wir müssen das alles dürftig aus allen Zeitungen, ausländischen Zeitungen zusammenlesen. Deswegen müssen Sie auch Verständnis für uns haben, wenn gelegentlich eine Darstellung auftaucht, die sich wegen Ihrer fehlenden Informationen nicht ganz hundertprozentig mit der Wirklichkeit deckt.

(Abg. Wehner: Charmant gesagt! — Heiterkeit.)

Bei der Weinmarktordnung handelt es sich um folgendes. Ich sehe, daß sich die kompetente Weinwirtschaft beklagt, und zwar über die technischen Details. Aber was noch schwieriger ist, ist etwas anderes. Sie haben Grundsätzen zugestimmt — das war ein etwas euphorischer Vorgang —, und jetzt auf einmal geht es in die Details. Das ist genau wie bei der Haager Konferenz: ein großartiges Gemälde, wirklich eindrucksvoll. Ich bestreite es gar nicht. Aber dann kommen die Details, — aus. Sie haben Grundsätzen zugestimmt, und die Details, die jetzt notwendig sind, stimmen nicht ganz mit den Grundsätzen überein. Sie werden mit Italien und Frankreich Schwierigkeiten kriegen. Das ist der Kern, — wenn meine Informationen, Herr Wehner, die spärlichen und sparsamen, richtig sind. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Sie haben das Wort „bremsen" gebraucht. Das Bremsen fällt schwer, das weiß ich, vor allem wenn fünf Landtagswahlen oder gar sechs vor uns liegen. Dann ist es natürlich schwer, der Pflicht zu genügen und Unangenehmes medizinisch zu verordnen, vielleicht sogar einen operativen Eingriff zu machen. Das verstehe ich. Aber Sie haben nun einmal diese Rolle gewählt. Sie haben keine starke Mehrheit. Da verstehe ich, daß Sie das bedrückt und Ihnen Schwierigkeiten macht. Selbst der Herr Bundeskanzler war schon einmal auf dem Sprung und hat von § 26 gesprochen. Das sind doch diese heißen Dinge. Aber er hat sie wieder fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Jetzt haben Sie meinen wirklich guten Kollegen Schiller in einer Art und Weise behandelt, — ich habe gehört, er sei in der Fraktion heruntergemacht worden. Das hat der Mann nicht verdient. Er wollte auf dem richtigen Wege gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich habe kürzlich vor Unternehmern in Nürnberg gesagt, ich werde Schiller und Möller gegen Wehner und die übrige SPD unterstützen auf dem Weg von guten Vorsätzen; natürlich müssen wir uns die ansehen. Aber Sie haben ihn damals schon enttäuscht, jetzt wieder enttäuscht. Das hat er nicht verdient. Er hat sich ja oft geirrt. Aber wir dürfen niemanden die Möglichkeit der Besserung versagen. Der Gerechte fällt siebenmal am Tag, und wenn er wieder aufsteht, hat er unsere hilfreiche Hand. Aber Sie lassen ihn nicht; sehr traurig! (D)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Herr Bundesernährungsminister, das Verursachungsprinzip war ganz anders gedacht, das war ein **nationales Verursachungsprinzip.** Natürlich, Sie machen das unmittelbare, auf den Bauern bezogene, sein Einkommen mindernde Verursachungsprinzip. Das ist das Eigentliche. Der Verband will etwas ganz anderes, der will ein nationales Verursachungsprinzip.

Herr Kollege Arndt, ich darf mich Ihren Ausführungen zuwenden. Ich danke Ihnen herzlich für die noble Art, die gute Erbschaft hier zu bestätigen. Dem Herrn Möller ging es bei dieser Sache schlecht. Er hat die Erbschaft mit Worten ausgeschlagen, noch bevor er ein Inventar angelegt hatte. Jede Erbschaft muß erst inventarisiert werden. Dann stellte sich heraus, daß die ganze Kriegskasse von Strauß bis obenhin voll übergeben worden ist. Das haben Sie besser gemacht, Sie haben gesagt, es war eine gute Erbschaft, nachdem Sie auch den Bericht geschrieben haben und der Bericht erfreulicherweise auch günstig war. Hoffentlich bleibt er so. Damit ist eine Marke gesetzt. Wenn es schlechter wird, Herr Kollege Ertl, kommen Sie von diesem Vorbild nicht mehr herunter. Das ist nun einmal so.

(Beifall und Heiterkeit der CDU/CSU.)

Höcherl

(A) Ich mag auch nicht, daß man Leistung und Verdienste von anderen Ressorts, ganz gleich, wie die politische Konstellation ist, irgendwie minimalisiert. Nein, Herr Kollege Schiller hat seinen Anteil an dieser **Strukturpolitik**, die es im übrigen auch schon früher gegeben hat. Das ganze Land ist über die Strukturpolitik durchsetzt mit Ausbauorten, Zentralorten usw., aber es ist hier konzentriert worden, es ist mehr Nachdruck gebraucht und es sind auch mehr Mittel eingesetzt worden: eine gute Geschichte. Ich will hoffen, daß die Dinge nachdrücklich fortgesetzt werden.

Nun zur Frage der **Aufwertung** und der **Preisentwicklung.** Ich will Ihnen etwas sagen, es sind Ihnen einige starke Fehler unterlaufen. Die Aufwertung war doch keineswegs so klar; selbst der Herr Präsident Klasen, der heutige Präsident der Bundesbank, war im Lager der Aufwertungsgegner. Aber nichts mehr von diesem Streit. Ich glaube, davon haben wir alle genug genossen. Sie haben aber Fehler gemacht. Die Bundesbank hat die Mindestreserven freigegeben, es wurde zum Haushaltsultimo November/Dezember zuviel Geld zu flott ausgegeben, und dann hat es an den flankierenden Maßnahmen gefehlt. Das war das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Nehmen Sie die französische Aufwertung: erstens klammheimlich, leise, wie sich das gehört. Bei uns war es in aller Öffentlichkeit. Schiller durfte sich daran nicht beteiligen. Zweitens hat man in Frank(B)reich sofort ein binnenwirtschaftliches Ergänzungsprogramm eingeführt. Sie haben heute noch keines, aber Sie haben sich eines von der Bundesbank verordnen lassen müssen, weil Sie Angst wegen der Landtagswahlen haben, und haben das Stabilitätsgesetz nicht strapaziert.

Als eine ganz große Leistung wird immer die Beteiligung an der **Konzertierten Aktion** zitiert. Meine Damen und Herren, was ist die Konzertierte Aktion? Das ist ein runder Tisch, den es früher auch schon gegeben hat und an dem die Verbände sitzen. Das wurde nun als Konzertierte Aktion hochgestapelt. Einige Male waren die Melodien ganz erträglich; die letzten waren wie von den Bremer Stadtmusikanten.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Und die Erlaubnis, sich mit hinsetzen zu dürfen und sich die Widersprüche anhören zu dürfen, das soll eine agrarpolitische Leistung sein? Warum haben Sie die nicht früher mitmachen lassen, warum auf einmal nachher? Die Zeitrechnung haben Sie in der Großen Koalition auf Dezember 1966 angesetzt. Alles andere existierte nicht, war schlecht und miserabel. Jetzt beginnt die neue Zeitrechnung mit dem 28. September 1969. So werden wir die Geschichte nicht umschreiben!

Ich bin in der Frage der **Drittländer** durchaus Ihrer Meinung, Herr Staatssekretär Arndt. Wir müssen einen Kompromiß finden. Wir sind in einer gebundenen Welt und haben viele Rücksichten zu nehmen. Aber das ist wohl eine Frage der Überschußländer überhaupt in der EWG.

(C) Meine Damen und Herren, ich vermisse etwas. Wir kratzen an der Oberfläche der Dinge. Eine solche Debatte bekommt dann mehr Interesse und auch öffentliche Aufmerksamkeit, wenn einige ganz entscheidende Probleme angeschnitten werden, was ich von Ihnen, Herr Kollege Ertl, erwartet hätte: Ihre Haltung, was den Beitritt Englands im agrarpolitischen Sektor betrifft, die Frage der Strukturpolitik und überhaupt die Frage: wie soll die **Landwirtschaft,** deren Entscheidungsbefugnisse immer mehr nach Brüssel verlagert werden, wie soll die Landwirtschaft, die ständig mit Karikaturen und falscher Prosa in ihrer Leistung und ihrer Lage herabgesetzt wird, weiterbestehen? Hier hätten Sie ein Plädoyer dafür halten müssen, daß die wirklich europäische Leistung, die Klammer, die heute noch hält, die Geschäftsgrundlage der EWG — und Sie werden es bei der Ratifizierung der Agrarfinanzierung merken —, von der deutschen Landwirtschaft und von der Landwirtschaft der sechs Länder erbracht worden ist.

Es wird von **Überschüssen** gesprochen. Wir haben sie geheiratet, bewußt. Die Franzosen, die Holländer und auf einigen Gebieten auch die Italiener haben sie bewußt geheiratet. Dazu die Modernisierung! Und jetzt stellt man sich hin und meint, das sei eine Überraschung, ein Wunder sei geschehen. Das war keine Überraschung, sondern das war die vereinbarte Präferenz der Überschußländer. Aber das Ergebnis war, daß sich alle sechs Landwirtschaften und alle sechs Industrien entwickelt, modernisiert und auch in ihrem Ausstoß verstärkt haben, so daß die (D) Geschäftsgrundlage nicht mehr in dieser Form vorhanden ist. Kein Mensch sagt mehr etwas von amerikanischen Überschüssen, spricht von dem größten Industriestaat oder dem größten Agrarstaat, sagt, die einen seien gut und die anderen seien schlecht. Nein, es sind alle gleich gut oder gleich schlecht. Wir sind den Weg gegangen, daß die deutsche Wirtschaft über diesen Zusammenschluß ihre Leistungskraft wirklich steigern konnte. Die größten Kunden sitzen in der EWG. Wir exportieren 40 % in die EWG. Das Sozialprodukt der Volkswirtschaft der sechs Länder ist jetzt vielleicht bei 1800 Milliarden angelangt. Jetzt ist die breite Schicht der Käufer ihr Partner in der Landwirtschaft. Er ist gestärkt und hat Aussichten, seine Kaufkraft noch mehr zu stärken. Jetzt ist es an der Zeit, daß man sich an diese Dinge erinnert, sie nicht vergißt und die Kraft aufbringt, Strukturmittel und entsprechende Anreize zu schaffen. Dazu müssen wir in der Lage sein; denn wir haben den richtigen Weg eingeschlagen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Herr Kollege Ertl, im Interesse der deutschen Landwirtschaft wird diese Regierung — ich darf wiederholen, was der Kollege Ritz gesagt hat, wie wir überhaupt meinen, eine Opposition der Vernunft machen zu müssen — immer eine Unterstützung haben, wenn sie vernünftige Vorschläge auf den Tisch legt, weil uns das Schicksal dieser Menschen mit ihren verkannten Leistungen so am Herzen liegt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

(A) **Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Löffler.

Löffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem diesjährigen **Grünen Bericht** hat der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter dem Abschnitt über langfristige Tendenzen eine **Prognose** auf das Jahr 1980 gewagt und angegeben, wie er die Chancen für die Erwerbstätigkeit in der deutschen Landwirtschaft in diesem Jahre einschätzt. Eine Reihe von Rednern ist schon auf diese Prognose eingegangen, soeben auch der Herr Kollege Höcherl, der zu Recht die Befürchtung geäußert hat, diese Orientierung möge nicht zu einer Richtlinie werden. Ich glaube, daß ich in dieser Hinsicht alle seine Bedenken zerstreuen kann; denn im Grünen Bericht selbst steht, daß es sich hier um einen ersten Orientierungsversuch handelt, der ständig überprüft und verbessert werden muß. Das kann keine Richtlinie werden.

Zum **Projektionsmodell** möchte ich mich jetzt im einzelnen nicht weiter äußern. Aber sicher ist — das wurde heute von allen Rednern nicht bestritten —, daß im Laufe der nächsten zehn Jahre noch Menschen aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit ausscheiden müssen. Das muß nicht unbedingt und zwangsläufig bedeuten, daß sie ihr Dorf verlassen und alte Bindungen aufgeben müssen. Man mag jedoch diese Entwicklung bedauern oder nicht, die zur Zeit absehbaren Tatsachen sprechen dafür, und wir müssen uns mit diesen Tatsachen auseinandersetzen (B) und unsere politischen Entscheidungen an diesen absehbaren Tatsachen weitgehend orientieren.

Der Herr Kollege Ritz hat vor einigen Wochen in einer Stellungnahme zu dem agrarwirtschaftlichen Teil des wirtschaftlichen Gutachtens des Sachverständigenrats die großen **Opfer** erwähnt, die die Landbevölkerung bei der Anpassung an die neuen wirtschaftlichen, technischen und politischen Gegebenheiten gebracht hat. Diese großen Opfer seien hier ausdrücklich anerkannt. Ich frage mich nur: Wer hat jedoch diese großen Opfer der Landwirtschaft politisch zu verantworten? Dazu hat Herr Dr. Ritz gesagt — ich zitiere —: „Die CDU hat die richtige Politik betrieben". Ich glaube nicht, daß irgendeiner hier in diesem Hause der Meinung ist, es sei eine richtige Politik, wenn man einer Gruppe innerhalb unseres Volkes, innerhalb unserer Gesellschaft Opfer auferlegen wolle, um damit die Bedingungen für alle anderen angemessener und besser gestalten zu können. Ich darf folgende Erwägung anknüpfen. Vielleicht wäre manches, was heute als Opfer bezeichnet werden muß, zu vermeiden gewesen, wenn man rechtzeitig Maßnahmen getroffen hätte, um die Landbevölkerung auf den **stürmischen Wandel** in ihrem Bereich vorzubereiten.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ziel einer verantwortlichen Landwirtschaftspolitik muß es daher sein, die Bedingungen, unter denen sich der notwendige Wandel zu vollziehen hat, annehmbar, erträglich und, wenn es möglich sein sollte — ich betone das ausdrücklich —, vielleicht sogar attraktiv zu gestalten. Wichtige Voraussetzungen für eine solche Politik ist aber, die Entwicklung ehrlich und wahrhaftig zu skizzieren — selbstverständlich nur nach dem heutigen Erkenntnisstand — und keine Hoffnungen zu erwecken, auch nicht irgendwelche Hoffnungen über eine beabsichtigte Preispolitik, wie das am heutigen Tage des öfteren getan worden ist, keine Hoffnungen, die sich im Laufe der Jahre als unerfüllbar herausstellen und letztlich zum Nährboden der puren Verzweiflung werden. (C)

Man hat in der Öffentlichkeit mit der heutigen Debatte einige Erwartungen verknüpft. Unter anderem wurde in der Deutschen Welle bekanntgegeben — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

> Die Debatte im Deutschen Bundestag kann sich also nur um die Frage drehen: Was wird aus den Bauern? Das heißt, es kann nicht mehr wie in den früheren Jahren darum gehen, ob der unaufhaltsame Schrumpfungsprozeß abgefangen werden kann, sondern einzig und allein darum, wie den verbleibenden Bauern eine erträgliche Existenz gesichert werden kann und wie die aus der Landwirtschaft abwandernden Kräfte reibungslos in andere Tätigkeiten überführt werden können.

Ich glaube, daß wir dieser Erwartung heute in unserer Debatte noch nicht ganz entsprochen haben.

Der Deutsche Landfunk sagt:

> Die bisherige, rein auf die Bauern bezogene Agrarpolitik muß ersetzt werden durch eine geschlossene Politik der Umgestaltung des ländlichen Raums. Gebraucht wird ein Grüner Plan 1980. Dazu aber bedarf es nicht nur eines Teiles, sondern aller Kräfte des Parlaments. (D)

Ich darf mir die etwas boshafte Meinung erlauben: Daß es sich um „alle" Kräfte des Parlaments handelt, haben wir ja heute in dieser Debatte durch die Anwesenheit der Parlamentarier ganz eindeutig dokumentiert. Wie ich feststelle, sind die Agrarier wieder einmal unter sich.

(Widerspruch bei der CDU/CSU.)

— Es melden sich einige Herren, die also offensichtlich keine Agrarier sind. Ich nehme meine Behauptung dann also mit Bedauern zurück, darf aber zumindest die Feststellung treffen, daß der größte Teil der hier Anwesenden agrarpolitisch tätige und agrapolitisch interessierte Bundestagabgeordnete sind.

Insofern habe ich es als dankenswert verzeichnet, daß Herr Minister Ertl in seiner Einbringungsrede auf die große Bedeutung der **Bildungspolitik in den ländlichen Räumen** hingewiesen hat. Er hat auch in seiner heutigen Rede noch einmal betont, daß er Bildungs- und Sozialpolitik als eine Säule der deutschen Landwirtschaftspolitik betrachtet. Ich habe das Empfinden, daß wir uns mit dieser Säule am heutigen Abend bisher etwas zuwenig beschäftigt haben. Deshalb darf ich Sie bitten, mir in dieser Hinsicht einige Minuten Zeit zu gewähren.

Als Herr Dr. Ritz in seiner Rede von denjenigen Maßnahmen sprach, die die Agrarstrukturmaßnah-

Löffler

(A) men begleiten, ergänzen und unterstützen sollten, war ich ein wenig überrascht, als er bei der Sozialpolitik aufhörte und nicht die Bildungspolitik erwähnte, obwohl der Minister, wie gesagt, in seiner Einbringungsrede die Bildungspolitik stark herausgestrichen und im Grünen Bericht die Vorlage eines umfassenden Bildungsprogramms für die Bevölkerung in den ländlichen Räumen angekündigt hat. Ich weiß nicht, weshalb Herr Dr. Ritz — —

(Abg. Bewerunge: Es kommen noch zwei Redner zu diesem Problem!)

— Herr Bewerunge, dann nehme ich das zurück. Ich darf aber schon jetzt, wenn Sie gestatten, da ich nach den beiden Rednern nicht mehr sprechen kann, die etwas polemische Frage stellen, ob dann in diesem Zusammenhang von Ihnen auch noch der Satz aufrechterhalten wird: Die CDU hat die richtige Politik betrieben.

Gerade das Bildungswesen auf dem Lande ist lange Zeit vernachlässigt worden, was die Bewältigung vieler Aufgaben zusätzlich erschwert. Dieser Satz stammt nun nicht, wie man zunächst unterstellen könnte, von einem Bildungspolitiker der FDP oder der SPD, sondern aus einem Vorwort, das der ehemalige Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Herr Rehwinkel, für eine Broschüre über Bildungspolitik geschrieben hat.

Diese Feststellung ist übrigens nicht neu. Sie ist in diesem Jahrhundert schon häufig getroffen worden, ohne daß die für das ländliche Bildungswesen Verantwortlichen die nötigen Konsequenzen daraus (B) gezogen haben. Ich will jetzt einfach einmal fragen: Es besteht sicherlich kein Bedürfnis dafür, daß ich jetzt anführe, in welchen Ländern der Bundesrepublik das ländliche Schulwesen besonders zurückgeblieben ist? Das können Sie, nebenbei gesagt, auch selbst an einschlägigen Statistiken ablesen. Ich bin aber gern bereit, Ihnen das zu sagen.

Das hervorstechende Merkmal des ländlichen Bildungswesens ist die **wenig gegliederte Schule;** das hat sich ja praktisch in 150 Jahren so gut wie nicht gewandelt. Das bedeutet allerdings auch, daß dieses Bildungswesen nicht in der Lage gewesen ist — damit wird es hochaktuell, hochaktuell für uns alle, egal, welcher Partei wir angehören —, sich den veränderten Verhältnissen in Gesellschaft, Wirtschaft und Technik anzupassen. Nun kann man glücklicherweise sagen, daß sei kurzer Zeit — ich möchte sagen; seit ganz kurzer Zeit — auf diesem Gebiet eine gewisse Aufweichung ideologischer Verhärtungen festzustellen ist. Die Bereitschaft ist im Wachsen, diejenigen Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die empirisch ermittelt und statistisch ausdrückbar sind.

Das ist tatsächlich ein großer Fortschritt, insbesondere dann, wenn man diese Fakten auch zur Grundlage seiner eigenen politischen Entscheidung macht. Das bedeutet aber noch nicht — um hier gleich ein wenig vorzubeugen —, daß die Auseinandersetzung über die zweckmäßige Gestaltung der Schule auf dem Lande, über die zweckmäßige Gestaltung des ländlichen Bildungswesens, abgeschlossen ist. Viele Argumente, die in dieser Debatte vor-

(C) gebracht wurden, wurden doch noch — entschuldigen Sie, wenn ich das ein wenig hart sage — aus einer überholten Bauerntumsideologie bezogen, die nicht mehr unserer Wirklichkeit entspricht und auch nie — das nebenbei gesagt — der ländlichen Wirklichkeit so entsprochen hat, wie ihre Vertreter es vorgegeben haben. — Herr Bewerunge nickt zwar nur sehr andeutungsweise; ich werte das aber dennoch als Bestätigung.

Ich darf hoffen, daß die Debatte über das Bildungsprogramm hier in diesem Hause von solchen Argumenten nicht belastet wird, nämlich von solchen Argumenten, die tatsächlich, wenn man so will, von vorgestern stammen und im Grunde genommen auf das eine hinauslaufen, nämlich die künstliche Trennung von Stadt und Land aufrechtzuerhalten, obwohl sie heute nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, in einem Zeitalter, in dem durch immer perfektere Kommunikation die Erdteile eng aneinanderrücken und die Probleme hautnah aufeinanderkommen.

In dieser Situation ist es nicht mehr möglich, so etwas wie eine „dorfeigene", „heimatbezogene" Schule aufrechtzuerhalten. Allein schon die **Berufsstruktur auf dem Lande** beweist, daß das unhaltbar ist. Eine Untersuchung der Berufsstruktur in hessischen Landgemeinden hat ergeben, daß z. B der Anteil der hauptberuflichen Landwirte und der dazugehörigen Altenteiler erst an dritter Stelle liegt, hinter den Facharbeitern, Angestellten und Beamten. Bei dieser Situation konnte mit Recht ein um die Landschulpädagogik verdienter Mann darauf hinweisen, daß Stadt und Dorf nicht mehr Gebilde mit (D) auffallend grundsätzlicher und gegensätzlicher Struktur sind.

Das heißt, bei den **Bildungschancen** und **Bildungsinhalten** kann nicht mehr nach **Stadt und Land** unterschieden werden. In der von mir bereits vorhin erwähnten Broschüre des Deutschen Bauernverbandes zur Bildungspolitik wird das auch ganz klar und realistisch ausgedrückt, anders als bei den Apologeten einer romantisierenden Betrachtung des ländlichen Lebens.

In der Broschüre heißt es nämlich:

> Jeder Mensch hat das Recht auf volle Entfaltung seiner Anlagen und Fähigkeiten durch Erziehung und Bildung. Die Erfüllung dieser Rechte und Pflichten erfordert ein vielfältiges Angebot an Bildungsmöglichkeiten für alle Altersstufen und Menschen in Stadt und Land.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung gesagt: „Wir dürfen keine Gesellschaft der verkümmerten Talente werden; jeder muß seine Fähigkeiten entwickeln können, die betroffenen Menschen dürfen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden". Ich glaube, daß dieser Satz insbesondere für die jungen Menschen, die in ländlichen Regionen leben, gilt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind es mehr als die Hälfte der Kinder bis zum 15. Lebensjahr, die in Dörfern und Kleinstädten leben. Das sind die Kinder, die in erster Linie von dem Rückstand bei den Bildungseinrichtungen betroffen sind.

Löffler

(A) In diesem Zusammenhang ist auch eine Untersuchung bedeutsam, die aussagt, daß von den Bildungseinrichtungen auf dem Lande außerordentlich stark Gebrauch gemacht wird, wenn sie in annehmbarer Entfernung und wenn sie in ausreichender Anzahl vorhanden sind. Es ist nur zu begrüßen, wenn auch die Bundesregierung ihren Beitrag zum Ausbau des ländlichen Schulwesens leisten will. Dabei muß wohl darauf geachtet werden, daß besonders auf dem Lande diejenigen Schulen errichtet werden, die das gesamte Bildungsangebot der deutschen Schule und alle Bildungsmöglichkeiten und Bildungswege unter einem Dach vereinen. Mit anderen Worten, damit ich nicht mißverstanden werde: Auch und gerade das Landkind braucht die **Gesamtschule,** wenn es in der modernen Leistungsgesellschaft bestehen will, auch um die vorhandenen Milieu-Unterschiede von den Bildungsinstitutionen her überwinden zu können. Ich bin sicher, daß mit diesem Bildungsprogramm der Bundesregierung ein wertvoller Beitrag zur Lösung der Probleme in der Landwirtschaft geleistet wird, indem den Menschen auf dem Lande mehr Möglichkeiten der Lebensführung und Lebensbewältigung zur Wahl gestellt werden, als das im Augenblick der Fall ist.

(Unruhe.)

Insofern, glaube ich, ist Bildungspolitik auch ein Stück Strukturpolitik, ist Bildungspolitik, wenn Sie so wollen, eine der flankierenden Maßnahmen zu den übrigen strukturpolitischen Maßnahmen, die unbedingt notwendig sind. Insofern gebührt dem (B) Minister für diese Anregung, Bildungspolitik als ein Stück Strukturpolitik auf dem Lande zu sehen, unser Dank, und ich spreche die Hoffnung aus, daß seine Bemühungen nach einer eingehenden, sachlichen Debatte eine breite Unterstützung in diesem Hause finden mögen.

(Anhaltende Unruhe.)

Ich darf zum Schluß noch als „Jungfer" eine kleine Bemerkung machen. Es ist sicherlich nicht allzu schwierig, zu sprechen; wenn vor einem geredet wird, wenn hinter einem auch geredet wird, kommt man in eine schwierige Situation. Ich danke, daß Sie mir zugehört haben.

(Beifall.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, daß wir allmählich — trotz der großen Zahl noch vorliegender Wortmeldungen — am Ende der Debatte stehen. Ich gebe als nächstem Redner dem Herrn Kollegen Horstmeier das Wort.

Horstmeier (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zuge der Arbeitsteilung unserer Fraktion wollte ich hier zur **Sozialpolitik** und **Bildungspolitik** Stellung nehmen. Aber in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit gebe ich meine Ausführungen zu Protokoll *).

(Beifall.)

*) Siehe Anlage 3

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: (C) Meine Damen und Herren, der nächste Redner in der Liste ist der Herr Kollege Lotze.

Lotze (SPD): Aus dem gleichen Grund gebe ich meine Ausführungen zu Protokoll *).

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr Frau Kollegin Griesinger auf.

Frau Griesinger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus Kollegialität gebe ich meine Ausführungen ebenfalls zu Protokoll **). Ich möchte aber meinen Ausführungen noch die herzliche Bitte an Herrn Bundesminister Ertl anschließen, daß er sie gründlich lesen und vor allem zu Herzen nehmen möge, daß er der Maßnahme zur **Sanierung der bäuerlichen Wohnhäuser,** dem sogenannten Bäuerinnen-Programm, auch weiterhin seine Sympathie erhalten und garantieren möge, daß sie im alten Umfang fortgeführt werde.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Danke schön, Frau Kollegin.

Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Sander auf.

Sander (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit (D) gebe ich meine Rede ebenfalls zu Protokoll. *)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist der Kollege Kiechle.

Kiechle (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Rahmen dieser Debatte hatte ich die Absicht, speziell zu **Problemen des Grünlandes und der deutschen Milchwirtschaft** zu sprechen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit habe ich mich aber dazu entschlossen, Sie zu bitten, damit einverstanden zu sein, daß der Herr Präsident die Rede zu Protokoll nimmt. **)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Ich danke Ihnen, Herr Kollege.

Ich rufe nunmehr den Kollegen Dr. Fischer auf.

Dr. Fischer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf jetzt dieser Übung folgen und meine Stellungnahme zur **Marktorganisation für Wein** ebenfalls zu Protokoll geben. *)

(Beifall.)

*) Siehe Anlage 4
**) Siehe Anlage 5
*) Siehe Anlage 6
**) Siehe Anlage 7
*) Siehe Anlage 8

(A) **Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen:** Ich danke, Herr Kollege.

Herr von Nordenskjöld!

Dr. von Nordenskjöld (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da wir in dieser Woche die Woche der Brüderlichkeit feiern,

(Heiterkeit)

gebe ich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit meine Ausführungen, aus denen mein alter Vertrauter, der Herr Bundesminister, sicher einige Anregungen entnehmen könnte, ebenfalls zu Protokoll. **)

(Beifall.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Der Herr Kollege Saxowski hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Herr Kollege Niegel!

Niegel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe keine ausgearbeitete Rede, um sie zu Protokoll zu geben. Ich will nur zu zwei Punkten Stellung nehmen, nämlich zu den Äußerungen des Herrn Kollegen Dr. Schmidt (Gellersen), der vorhin mehr oder weniger deutlich den **Mansholt-Plan** herausgestellt und vor einer Nebenerwerbsideologie gewarnt hat. Ich fordere Herrn Schmidt (Gellersen) auf, das genau zu präzisieren — das wird er heute aus Zeitmangel nicht
(B) mehr können —; sonst bleibt sehr viel Unausgesprochenes im Raum.

Insbesondere, Herr Kollege Dr. Schmidt (Gellersen), ist bei uns in Süddeutschland — und das geht in bezug auf Struktur ziemlich weit herauf — die **Nebenerwerbslandwirtschaft** sehr beachtlich, und künftighin wird — wahrscheinlich bei Ihnen in Norddeutschland auch — die Nebenerwerbslandwirtschaft eine große Rolle spielen. Ich glaube, Herr Dr. Schmidt (Gellersen), daß man, wenn man die zukünftige Agrarpolitik ausrichtet, an der Nebenerwerbslandwirtschaft nicht vorbeigehen kann. Insbesondere sollte man das Instrumentarium der überbetrieblichen Zusammenarbeit, der überbetrieblichen Partnerschaft, nämlich des Maschinenrings und aller Möglichkeiten, die es hier gibt, fördern.

Ich meine, Herr Dr. Schmidt (Gellersen), daß wir uns, ohne in Ideologie zu machen, einigen könnten. Denn Ihre Parteifreunde in Bayern — ich meine Herrn Kronawitter und Genossen — sind mehr unserer als Ihrer Auffassung.

Ich will noch ein Wort zum Herrn Minister Ertl sagen:

(Zurufe von der SPD.)

Er hat bei der Einbringungsrede zum Grünen Bericht erklärt, das **Städtebauförderungsgesetz** der Koalition, so wie es jetzt sei, könne er akzeptieren. Ich glaube, daß sich die deutsche Landwirtschaft — der Deutsche Bauernverband hat sich kürzlich erst geäußert — mit dem Regierungsentwurf des (C)
Städtebauförderungsgesetzes,

(Zuruf von der SPD: Das können wir doch auch im Ausschuß machen!)

so wie es vorliegt, Herr Bundesminister Ertl, keinesfalls einverstanden erklären kann; denn die Vorschriften nach § 48 Abs. 5, so wie Sie sie noch als Kompromißlösung hineingebracht haben, sind keinesfalls akzeptabel.

(Beifall.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Dr. Wagner! — Verzichtet.

Herr Kollege Schmidt (Gellersen)! — Verzichtet.

Herr Kollege Klinker!

Klinker (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hätte mich ungeheuer gereizt, einiges zu dem zu sagen, was Herr Dr. Schmidt (Gellersen) gesagt hat, und zu dem, was Herr Minister Ertl gesagt hat. Aber das ist nicht mehr drin. Deswegen gebe auch ich die Ausführungen zu Protokoll. *)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Tobaben hat mir ebenfalls einen Beitrag mit der Bitte um Einfügung in das Protokoll **) gegeben. Weiterhin hat der Herr Kollege Zander verzichtet.

Der Herr Minister hat ebenfalls auf eine weitere (D)
Wortmeldung verzichtet.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nach der langen Rede! — Weitere Zurufe von der Mitte.)

— Meine Damen und Herren, noblesse oblige. Nachdem der Herr Minister vorhin eine verhältnismäßig lange Redezeit in Anspruch genommen hat, war er so freundlich, nunmehr auf den sonst üblichen Debattenschluß zu verzichten. Ich darf ihm dafür danken.

Damit stehen wir am Ende des Tagesordnungspunktes 5 a). — Sie wollen noch zu Punkt 5 a) sprechen? — Bitte!

Bewerunge (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um Umdruck 12 zu Punkt 5 a) ***). Ich werde mir erlauben, die Begründung im Ernährungsausschuß zu geben. Ich bitte um Überweisung an den Ernähungsausschuß.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung der Frau Kollegin Klee, die aber bereit ist, ihre Ausführungen zu Protokoll zu geben ****). Damit sind wir am Ende der Beratung des Tagesordnungspunktes 5 a.

**) Siehe Anlage 9

*) Siehe Anlage 10
**) Siehe Anlage 11
***) Siehe Anlage 2
****) Siehe Anlage 12

(A) **Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen**

Zu Punkt 5 b ist mir eine Erklärung angekündigt worden. Ich nehme an, daß der Kollege sie noch im Laufe der nächsten Minuten nachreichen wird.

Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Zu überweisen ist der in Punkt 5 a aufgeführte Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes und Maßnahmen der Bundesregierung gemäß Landwirtschaftsgesetz und EWG-Anpassungsgesetz. Der Ältestenrat schlägt vor: Überweisung — federführend — an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und — mitberatend — an den Haushaltsausschuß.

Dazu liegt in Umdruck 12 ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU vor, zu dem der Herr Kollege Bewerunge eben eine kurze Erklärung abgegeben hat. Ich schlage vor, daß die Überweisung entsprechend der zu Punkt 5 a beschlossen vorgenommen wird.

Schließlich ist noch der von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Nachversicherung landwirtschaftlicher Unternehmer in der gesetzlichen Rentenversicherung zu überweisen. Überweisungsvorschlag des Ältestenrates: Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung — federführend —, Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Haushaltsausschuß — jeweils mitberatend — und Haushaltsausschuß gemäß § 96 der Geschäftsordnung.

(B) (Abg. Rösing: Umdruck 12 nicht an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung, sondern an den Finanzausschuß zur Mitberatung!)

— Sie wünschen, daß Umdruck 12 nicht wie bei Punkt 5 a an den Haushaltsausschuß, sondern an den Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesen wird? Umdruck 12 müßte im Hinblick auf die dort angesprochenen Probleme in jedem Fall dem Haushaltsausschuß als mitberatendem Ausschuß überwiesen werden. Ich glaube, das läßt sich gar nicht anders machen.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wünsche für die Überweisung vor. — Die Überweisungen zu Punkt 5 a und b sind beschlossen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Schulhoff, Gewandt, Stücklen, Dr. Schmidt (Wuppertal) und Genossen eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Gewerbesteuergesetzes** (C)

— Drucksache VI/280 —

Mir ist angekündigt worden, daß der Herr Kollege Schulhoff seine Begründung zu Protokoll geben will *).

Bitte schön, Herr Kollege!

Schulhoff (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben gehört, daß ich den Gesetzentwurf Drucksache VI/280 begründe. Ich gebe meine Rede zu Protokoll und bitte einverstanden zu sein, daß diese Drucksache dem Finanzausschuß — federführend — und dem Wirtschaftsausschuß — mitberatend — sowie dem Haushaltsausschuß überwiesen wird.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Damit ist die Beratung geschlossen. Der Ältestenrat schlägt vor: Überweisung an den Finanzausschuß — federführend —, an den Ausschuß für Wirtschaft — mitberatend — und an den Haushaltsausschuß gemäß § 96 Geschäftsordnung. — Es ist so beschlossen.

Es bleibt von der heutigen Tagesordnung noch der Punkt 7. Herr Justizminister, ich schlage vor, daß ich diesen Punkt auf die Tagesordnung von Freitag früh setze.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen noch eine zusätzliche Ausschußüberweisung vorschlagen. (D) Bei dem interfraktionellen Gesetzentwurf zur **Änderung des Mineralölsteuergesetzes 1964** — Drucksache VI/389 —, der heute bereits als Punkt 10 der Tagesordnung an den Finanzausschuß überwiesen worden ist, handelt es sich um eine Finanzvorlage. Der Gesetzentwurf ist deshalb nach § 96 der Geschäftsordnung auch dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen.

Damit stehen wir am Ende der heutigen Tagesordnung.

Ich schließe die Sitzung des Deutschen Bundestages und berufe die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 12. März 1970, 14 Uhr, ein.

(Schluß der Sitzung: 20.59 Uhr.)

---

*) Siehe Anlage 13

(A)

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Anlage 1

Liste der beurlaubten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	beurlaubt bis einschließlich
a) Beurlaubungen	
Dr. Achenbach *	14. 3.
Adams *	14. 3.
Dr. Aigner *	14. 3.
Dr. Artzinger *	14. 3.
Dr. Bayerl	31. 3.
Behrendt *	14. 3.
Berlin	31. 3.
Biechele	13. 3.
Dr. Burgbacher *	14. 3.
Burgemeister	31. 3.
Cramer	13. 3.
Dr. Dittrich *	14. 3,
Dr. Dollinger	13. 3.
Dröscher *	14. 3.
Frau Dr. Elsner *	14. 3.
Faller *	14. 3.
Fellermaier *	14. 3.
Flämig *	12. 3.
Frehsee	24. 3.
Dr. Furler *	14. 3.
Frau Geisendörfer	14. 3.
Gerlach (Emsland)	14. 3.
Gottesleben	13. 3.
Haage (München) *	14. 3.
(B) von Hassel	13. 3.
Dr. Hein *	14. 3.
Dr. Jahn (Braunschweig) *	14. 3.
Katzer	13. 3.
Klinker *	14. 3.
Köppler	11. 3.
Dr. Koch *	14. 3.
Kriedemann *	14. 3.
Lange *	14. 3.
Lautenschlager *	14. 3.
Dr. Löhr *	14. 3.
Lücker (München) *	14. 3.
Meister *	14. 3.
Memmel *	14. 3.
Müller (Aachen-Land) *	14. 3.
Frau Dr. Orth *	14. 3.
Richarts *	14. 3.
Riedel (Frankfurt) *	14. 3.
Ruf	11. 3.
Schwabe *	14. 3.
Dr. Schwörer *	14. 3.
Seefeld *	14. 3.
Springorum *	14. 3.
Dr. Starke (Franken) *	14. 3.
Stein (Honrath)	13. 3.
Werner *	14. 3.
b) Urlaubsanträge	
Dr. Birrenbach	21. 3.
Frau Krappe	20. 3.

* Für die Teilnahme an einer Tagung des Europäischen Parlaments

Abgeordnete(r)	beurlaubt bis einschließlich
Dr. Nölling	31. 3.
Dr. Prassler	20. 4.
Spilker	21. 3.

Anlage 2 **Umdruck 12**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur **Beratung des Berichts der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes und der Maßnahmen der Bundesregierung gemäß Landwirtschaftsgesetz** — Drucksache VI/372 —.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

I. im Rahmen der im Ministerrat anstehenden Verhandlungen über die Herbeiführung des Gleichgewichts an den Märkten wegen der kritischen Preis-Kostensituation der deutschen Landwirtschaft darauf hinzuwirken, daß

1. zum Abbau der Getreideüberschüsse in der EWG die Preise von Futtergetreide und Weichweizen unter Aufrechterhaltung des Preises für Weichweizen entsprechend ihrem Futterwert angeglichen werden; (D)
2. bei Zuckerrüben die Grundquoten und der Zuckerrübenpreis unverändert bleiben;
3. bei einer Mengenregulierung auf dem Milchsektor gebührend Rücksicht auf solche landwirtschaftlichen Betriebe genommen wird, die keine Produktionsalternative haben. Ihnen ist eine Präferenz einzuräumen. Die derzeitigen, nicht aus deutscher Produktion stammenden Überbestände an Milchprodukten sind aus öffentlichen Mitteln in verstärktem Maße durch verbilligte Abgabe für den Verbraucher abzubauen.
4. der Rinderorientierungspreis zur Entlastung des Milchmarktes angehoben wird;

II. Neben der Schaffung gewerblich-industrieller Arbeitsplätze für aus der Landwirtschaft Ausscheidende in der Nähe des bisherigen Wohnortes zugunsten der in der Landwirtschaft Verbleibenden

1. die klassischen Agrarstrukturmaßnahmen mindestens im bisherigen Umfang fortzuführen und deshalb die Etatansätze in der mittelfristigen Finanzplanung den steigenden Kosten anzupassen;
2. landwirtschaftliche Betriebe durch gezielte Förderungsmaßnahmen in den Stand zu setzen, durch Kauf oder Pacht ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern;

(A)

3. landwirtschaftlich genutzte Flächen, die nicht für die Aufstockung aufgenommen werden, von der öffentlichen Hand vorübergehend erworben werden;
4. die Investitionsbeihilfen, wie sie bis zum 31. 12. 1969 gewährt worden sind, fortzuführen;
5. das Programm der Investitionszuschüsse durch ein Zinsverbilligungsprogramm auf der Basis eines 3%igen Hofkredits unter angemessener Berücksichtigung der steigenden Zinssätze am Kreditmarkt zu ergänzen;
6. durch die Erweiterung der Richtlinien Mittel für Aufgaben der sozialökonomischen Beratung bereitzustellen. Dabei sollten die berufsständischen Organisationen angemessen beteiligt werden.

III. 1. die überbetriebliche Zusammenarbeit und Partnerschaft der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe in Produktion und Vermarktung weiterhin gefördert wird. Soweit steuerliche Vorschriften diese Zusammenarbeit hemmen, sollten sie beseitigt werden.

2. bei Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebes zur Verbesserung der Agrarstruktur steuerliche Vorschriften, die diesen Vorgang behindern, aufgehoben werden; in Härtefällen müßte die Veräußerung von beweglichem Inventar einkommensteuerfrei gestellt werden.

(B)

3. für Altenteiler in der Landwirtschaft bei der Einkommensteuer ein Freibetrag von 25 % der Bezüge bis zu einem Höchstbetrag eingeführt wird.

Bonn, den 11. März 1970

Dr. Barzel, Stücklen und Fraktion

Anlage 3

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Horstmeier** (CDU/CSU) zu Punkt 5 der Tagesordnung

Ich möchte kurz zu Fragen der **Sozial- und Bildungspolitik** für die Menschen in der Landwirtschaft Stellung nehmen. Dabei möchte ich nicht detalliert auf die jüngsten sozialpolitischen Initiativen der CDU/CSU-Fraktion eingehen, zumal sie bekannt sind und der Kollege Berberich sie vor wenigen Tagen gut und ausführlich begründet hat.

Lassen Sie mich vorausschickend einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Wir müssen die ganzen Übergangs und Anpassungsbewegungen der Landwirtschaft im Rahmen des Strukturwandels im Zusammenhang mit den **drei Generationsstufen** sehen, nämlich mit der älteren, der mittleren und der jungen Generation. Während (C) bei der älteren Generation die sozialpolitischen Hilfen im Vordergrund stehen müssen, wie die Altershilfe oder die Betriebsaufgabenrente, müssen bei der mittleren Generation neben der Verbesserung der sozialen Lage vor allem die Möglichkeiten zur Umschulung in krisenfeste gewerbliche Berufe möglichst auf dem Lande geschaffen werden. Gerade im Übergangs- oder Anpassungsprozeß in dieser mittleren Generation trägt der von der CDU/CSU-Fraktion dieser Tage unterbreitete Gesetzentwurf der Möglichkeit einer Nachversicherung für Landwirte bei der Abwanderung in andere Berufe Rechnung.

Eine der entscheidendsten Aufgaben ist jedoch für mich die **Verbesserung der Allgemeinbildung und der Fachausbildung** auf dem Lande. Wenn es nicht gelingt, sozusagen den agrarpolitischen Hebel im Rahmen des Strukturwandels bei der Jugend anzusetzen, wird die Öffentlichkeit mit ihren agrarpolitischen Sanierungsbemühungen ständig hinter der Entwicklung herhinken, weil die Probleme immer wieder nachwachsen und größer werden. Ich glaube durchaus behaupten zu können, daß die Lösung dieses Problems eine der agrarpolitischen Kernfragen schlechthin ist.

Voraussetzung für die Lösung der mit dem dynamischen, sich immer mehr beschleunigenden Strukturwandel anfallenden Probleme sind 1. geistige Aufgeschlossenheit, 2. eine breite und gute Allgemeinbildung und 3. eine hervorragende Berufsausbildung. Das **Bildungswesen auf dem Lande** sowohl (D) für die Jugendlichen als auch für die Erwachsenen muß daher wesentlich erweitert und intensiviert werden. Ein leistungsfähiges Erziehungs- und Bildungswesen muß das Recht auf Bildung des einzelnen so verwirklichen, daß er seine Persönlichkeit nach Begabung und Leistung voll entfalten kann und den Anforderungen der Gesellschaft gewachsen ist. Diese Bildungspolitik muß daher gerade auf dem Lande vorausschauend geplant und wenn möglich, bundeseinheitlich gestaltet werden.

Die **fachliche Ausbildung** sowie das landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen müssen den ständig wachsenden Ansprüchen an den künftigen Betriebsleiter angepaßt werden.

Aber auch die **Erwachsenenbildung** auf dem Lande muß in diesen Problemkreis mit einbezogen werden. Hier kommt den ländlichen Heimvolkshochschulen eine besondere Bedeutung zu. Ich bin der Meinung, daß durch ein umfangreiches Kultur- und Bildungsangebot die gewerblichen Betriebe und ihre Führungskräfte mit ihren Familien eher bereit sein werden, sich im ländlichen Raum anzusiedeln.

Fest steht, daß gerade bei einer Intensivierung der Bildungspolitik im ländlichen Raum in wenigen Jahren die agrarpolitische Landschaft im Bundesgebiet wesentlich günstiger aussehen würde. Ich möchte hier daran erinnern, daß wir in der vergangenen Legislaturperiode im Rahmen des sogenannten Höcherl-Planes auf dem Gebiet der Ausbildung und Berufsförderung sehr zukunftsorientierte Gesetze verabschiedet haben: 1. das Arbeitsförderungs-

(A) gesetz, 2. das Ausbildungsförderungsgesetz, 3. das Berufsbildungsgesetz. Diese Gesetze enthalten die geeigneten Instrumente, die Bildungsreserven auf dem Lande zu mobilisieren. Sie haben darüber hinaus einen gesellschaftspolitischen Wert ersten Ranges.

Es muß hier jedoch bemerkt werden, daß die **Richtlinien des Arbeitsförderungsgesetzes** für Förderungsmaßnahmen bei der Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung auf dem Lande großzügiger gehandhabt werden müssen, um den differenzierten Gegebenheiten besser gerecht zu werden.

Mit Inkrafttreten des **Ausbildungsförderungsgesetzes** am 1. Juli dieses Jahres erhofft sich das Land Ausbildungsbeihilfen für Personengruppen und Schularten, die bisher nicht gefördert werden konnten. Vor allem wird erwartet, daß die **Richtlinien für die Beihilfen** aus allen Förderungsprogrammen eine **einkommensgerechte Bewertung des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens** gewährleisten. Da die Wirtschaftskraft eines mittleren landwirtschaftlichen Betriebes heute nicht mehr ausreicht, die Ausbildungskosten zu tragen.

In diesem Zusammenhang muß auch die **individuelle sozialökonomische Beratung** finanziell und personell durch gut geschulte Fachkräfte stärker gefördert werden.

Bei der Einbringung des Grünen Berichtes hat der Bundesernährungsminister Ertl eine wohlklingende Rede zur Bewältigung des Strukturwandels ohne soziale Härten gehalten. Eine ganze Reihe der darin (B) aufgeführten sozialpolitischen Grundsätze kann ich voll und ganz unterstützen. Leider fehlt den wohlgemeinten Ausführungen des Bundesernährungsministers in weiten Bereichen die Basis, nämlich das Geld, um sie zu realisieren.

Die konkreten Zahlen im **Agrarhaushalt** sagen mehr als wohlgemeinte Worte. Wenn man den Etat nämlich genau und kritisch unter die Lupe nimmt, so muß man feststellen, daß 1970 für **struktur- und sozialpolitische Maßnahmen** 250 Millionen DM weniger bereitstehen als 1969, davon 48 Millionen DM weniger für soziale Hilfe.

So sind 1970 die Mittel für die **landwirtschaftliche Unfallversicherung** von 190 Millionen DM auf 160 Millionen DM herabgesetzt worden. Nach präzisen Berechnungen des Bundesverbandes der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften beträgt der Bedarf jedoch 242 Millionen DM. Hier muß unbedingt eine Korrektur erfolgen.

Eine Verbesserung des **Altersgeldes** — wie sie von der Landwirtschaft mit Recht gefordert und sie jetzt von der CDU/CSU in einem Gesetzentwurf vorgeschlagen worden ist — ist im Etat unberücksichtigt geblieben. Lediglich die Betriebsabgaberente wird im Agrarhaushalt mit 28 Millionen DM um 16 Millionen DM höher als 1969 berücksichtigt.

Herr Bundesminister Ertl, diese Sparsamkeit am falschen Platz hat mich sehr erstaunt. Noch vor knapp fünf Monaten hatte die FDP in einem **Spitzengespräch mit dem Präsidium des Deutschen Bauernverbandes** an dem Sie, Ihr Bundesvorsitzender

(C) Außenminister Scheel sowie Ihre Kollegen Mischnick, Dr. Starke, Moersch, Logemann und Peters (Poppenbüll) am 12. September 1969 — also praktisch zwei Wochen vor der Bundestagswahl — in Stuttgart versichert: (Ich darf mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, zitieren)

> Eine wirksame Erhöhung des Haushaltsansatzes für nationale Förderungsmaßnahmen muß in den Jahren ab 1970 unabhängig von den Zahlungen an den EWG-Agrarfonds erfolgen, denn die Lösung der Anpassungs- und Umstellungsschwierigkeiten der Landwirtschaft ist nur möglich, wenn man bereit ist, die notwendigen Mittel für Marktordnungsaufgaben und strukturelle und soziale Umstellungszwecke bereitzustellen.

Weiter hieß es:

> In der Sozialpolitik ist in der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung des Altersgeldes auf 200 DM je Monat ohne Beitragserhöhung und die Wiedereinführung der Defizithaftung des Bundes erforderlich. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind die notwendigen Zuschüsse bereitzustellen und zusätzlich zu verankern.

Herr Minister Ertl, nachdem Sie jetzt auf der Sonnenseite sitzen, hätten Sie doch zunächst Gelegenheit gehabt, Ihre eigenen Vorstellungen und Zusagen verwirklichen zu können. Sie hätten dabei den vollen Rückenwind der Opposition gehabt. — Was hat Sie eigentlich daran gehindert? Haben Sie Gegenwind von Ihrem Koalitionspartner bekom- (D) men? — Oder — was ich nicht annehme — haben Sie selbst Ihre Zusagen in den Wind geschlagen?

Kritisieren muß man an der Agrarpolitik der Koalition auch, daß der Schwerpunkt der **strukturellen und sozialen Förderung** im Agrarhaushalt 1970 in starkem Maße auf Abwanderung und Ausscheiden verlagert wurde. Ich befürworte diese Hilfen in vollem Umfang. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß eine große Zahl von Menschen in der Landwirtschaft verbleibt. Sie muß in gleichem Maße in die Lage versetzt werden, ihr Einkommen und ihren **sozialen Status** zu verbessern. Dieser Notwendigkeit trägt der neue Agraretat in nicht ausreichendem Maße Rechnung.

Wenn man in diesem Zusammenhang unterstellen muß, daß die Kosten der **EWG-Agrarfinanzierung** aller Voraussicht nach noch weiter steigen, besteht die Gefahr, daß in den nächsten Jahren noch weniger Mittel für soziale und strukturpolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen. Dazu kommt, daß auch in der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung die Ansätze des Etats gekürzt werden sollen.

Wenn man das alles im Blickfeld hat, muß man fragen, Herr Minister, wie Sie denn Ihr angekündigtes **sozialpolitisches Ergänzungsprogramm** verwirklichen wollen? Ich spreche Ihnen den guten Willen nicht ab, sehe aber bei dieser finanzpolitischen Konzeption keine Basis für eine progressive Sozialpolitik, schon gar nicht für ein groß angelegtes sozialpolitisches Ergänzungsprogramm. Ich fürchte,

(A) daß zum Schaden der Landwirtschaft letztlich nur noch ein „Miniprogramm" übrig bleibt.

Berücksichtigen muß man in diesem Zusammenhang noch die von der Bundesregierung erstellte **Modellrechnung für das Jahr 1980**, worin eine große Abwanderung in den 70iger Jahren vorausgesagt wird, die ich nicht einmal angreifen möchte, da die Entwicklung unaufhaltsam weiter geht. Aber meine Frage lautet, wie denn dieser rapide Strukturwandel in Anbetracht der deutlichen Kürzung der Mittel ohne soziale Härten bewältigt und die notwendigen Alternativen geschaffen werden sollen. Hierzu, Herr Minister, müßten Sie uns eine Antwort geben.

Ich möchte zusammenfassend sagen: Wenn schon der Strukturwandel auf Grund der wirtschaftspolitischen Entwicklung unvermeidbar ist, so müssen jedoch sozialpolitische Härten vermieden werden. Dafür zu sorgen, ist die Pflicht des Staates und der Regierung. Die Sozialpolitik muß ein gewisses Schwergewicht in den agrarpolitischen Überlegungen bilden. Die Konturen, die sich jetzt abzeichnen, deuten eher auf ein Federgewicht. Damit können und wollen wir uns nicht abfinden.

Anlage 4

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Lotze** (SPD) zu Punkt 5 der Tagesordnung.

(B)

Mein Beitrag zum Grünen Bericht ist in der hier gebotenen Kürze auf zwei Probleme der Agrarsozialpolitik konzentriert:

1. auf die Altershilfe für Landwirte und
2. auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung.

Zur Altershilfe folgendes. Sie wissen, daß die Koalitionsfraktionen am 26. Februar dieses Jahres einen Antrag eingebracht haben, in dem die Bundesregierung ersucht wird, das System der sozialen Sicherung für die Landwirte und ihre Angehörigen auszubauen und zu verbessern. Dazu sind Maßnahmen, unter anderem in Bereichen der Kranken- und Rentenversicherung, der Landabgaberente und Verpachtungsprämie, vorgeschlagen worden, die darüber hinaus geeignet sind, die Sozial- und Strukturpolitik in der Weise zu kombinieren, daß sowohl das Ausscheiden aus der Landwirtschaft als auch der strukturelle Anpassungsprozeß erleichtert werden.

Da nun dieser Antrag der Regierungsparteien nichts über die Altershilfe aussagt, die Opposition aber gleichzeitig einen Antrag auf Verbesserung dieser Altershilfe eingebracht hat, ist draußen im Lande die Meinung aufgekommen — oder gemacht worden — die Regierungsparteien seien an der Weiterentwicklung der Altershilfe nicht mehr sonderlich interessiert.

Diese Meinung ist falsch! Sie kann weder aus der Rede des Herrn Bundesministers Ertl vom 26. Februar 1970 noch aus der Antragsbegründung meines Fraktionskollegen Schonhofen vom gleichen Tage herausgelesen werden. Ich stelle deshalb fest: Die (C) SPD-Bundestagsfraktion steht nach wie vor zu dem Grundsatz, daß die Altershilfe ein wichtiges sozial- und strukturpolitisches Instrument ist und bleiben muß.

Nach unserer Auffassung müßten deshalb auch so schnell wie möglich die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß auch die Altershilfe für Landwirte dynamisiert werden kann, sowie dies in der gesetzlichen Rentenversicherung schon seit Jahren der Fall ist und nunmehr auch endlich in der Kriegsopferversorgung durchgesetzt werden konnte. Das wäre im übrigen auch deshalb gut und nützlich, weil die Altershilfe dann nicht mehr bei jeder Landtags- und Bundestagswahl zum Wahlkampfthema gemacht und mißbraucht werden könnte.

Jede Leistungserhöhung, gleich ob sie in regelmäßigen oder unregelmäßigen Abschnitten vorgenommen wird, muß finanziell gedeckt und abgesichert werden. Bei dem jetzigen System der Finanzierung bedeutet eine Anhebung der Altershilfe für Landwirte, so wie sie von der Opposition gefordert wird, auch zwangsläufig eine Erhöhung der Beiträge und eine Erhöhung des Bundeszuschusses.

Dies weiß auch die Opposition. Es ist deshalb merkwürdig und unverständlich zugleich, daß sie die Bundesregierung unter Hinweis auf die Konjunkturlage laufend auffordert, die Ausgaben zu drosseln, den Umfang der Haushaltssperren zu überprüfen — so Herr Kollege Stoltenberg noch am 9. März vor der Presse —, gleichzeitig aber Anträge in diesem Haus einbringt, die höhere Bundesausgaben erforderlich machen als die Regierung (D) selbst vorgesehen hat.

Dieses widersprüchliche Verhalten läßt den Verdacht aufkommen, daß derartige Anträge möglicherweise doch mit den anstehenden Landtagswahlen im Zusammenhang stehen. Doch lassen wir das jetzt einmal beiseite.

In der Sache geht es darum, folgendes Problem zu lösen: Die Altershilfe muß zu gegebener Zeit aus sozial- und strukturpolitischen Gründen weiter erhöht werden und dies bei Abnahme der Beitragszahler und Zunahme der Leistungsempfänger.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich die Konsequenz, daß eine ständige Erhöhung der Altershilfe nur dann möglich sein wird, wenn auch die Beiträge und Bundeszuschüsse ständig, und zwar ständig stärker, aufgestockt werden.

Mit dieser Feststellung komme ich zu Punkt 2, der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Dazu kann ich mich kurz fassen, weil wir es fast mit der gleichen Situation zu tun haben. Auch hier nimmt die Zahl der Beitragszahler laufend ab, während die Leistungen der landwirtschaftlichen Unfallversicherung an die der übrigen Berufsgenossenschaften angeglichen werden sollen und müssen, und die liegen höher.

Wie bei der Altershilfe heißt das auch in diesem Bereich: ständig steigende Bundeszuschüsse, wobei auch Beitragserhöhungen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht ausgeschlossen werden

(A) können. Wie Herr Minister Ertl und mein Fraktionskollege Dr. Martin Schmidt (Gellersen) schon angedeutet haben, kann diese ständig zunehmende Belastung auf die Dauer weder dem Beitragszahler noch dem Staat zugemutet werden.

Deshalb regen wir an, daß die zuständigen Ressorts und Institutionen den ernsthaften Versuch unternehmen sollten, noch in dieser Legislaturperiode ein für alle Beteiligten vertretbares und tragbares Finanzierungssystem zu entwickeln, und dies sowohl für die landwirtschaftliche Altershilfe als auch die landwirtschaftliche Unfallversicherung.

Zum Schluß noch einmal kurz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU/CSU. Seit Sie in der Opposition sind, werden Forderungen von Ihnen aufgestellt, auch im Bereich der Agrarpolitik, von denen Sie in Ihrer langjährigen Regierungstätigkeit schon eine Anzahl selbst hätten erfüllen können. Sie treiben ein schlechtes Spiel, wenn Sie für diese Versäumnisse die jetzige Bundesregierung und die sie tragenden Parteien verantwortlich machen wollten. Das kommt draußen nicht mehr an.

Die Menschen auf dem Lande haben längst erkannt, daß Agrarpolitik und Agrarsozialpolitik alles andere, nur keine Erbhöfe der CDU/CSU sind. Auch daran mußten Sie bei dieser Gelegenheit wieder einmal erinnert werden.

(B)

Anlage 5

Schriftliche Erklärung

der Abgeordneten **Frau Griesinger** (CDU/CSU) zu Punkt 5 der Tagesordnung

Im Mittelpunkt Ihrer agrarpolitischen Bemühungen, Herr Minister, steht der Mensch auf dem Lande, wie Sie in Ihrer Einbringungsrede zum „Grünen Bericht" gesagt haben. Für Ihren Vorgänger, Herr Minister Höcherl, galt die agrarpolitische Zielsetzung: die Verbesserung der Einkommenssituation und des Sozialstatus der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Sie vertreten damit beide die gleichen Ziele.

Was bedeutet das Wort „Sozialstatus"? Nach meiner Auffassung wird der Sozialstatus von drei wesentlichen Komponenten bestimmt:

1. von der Höhe der Einkommen,
2. von dem Umfang der sozialen Sicherung,
3. von der Art der Einkommensverwendung,

und zwar für

a) Befriedigung der Primärbedürfnisse (Ernähren, Kleiden, Wohnen)
b) Befriedigung der Sekundärbedürfnisse (Bildung, Freizeit und Erholung)
c) den Umfang der Vermögensbildung.

In Ihrem „Grünen Bericht" ist mir aufgefallen, daß auf die **Beteiligung der Frauen an der Wertschöpfung in der Landwirtschaft** wenig eingegangen wird, (C) obwohl bekannt ist, daß 35 % des betrieblichen Aufwandes an Arbeit von weiblichen Arbeitskräften erledigt wird.

Hält man Umschau in der landwirtschaftlichen Praxis, möchte man annehmen, daß der Anteil der Arbeitsleistung der Frau im landwirtschaftlichen Betrieb höher ist als statistisch erfaßt. Verfolgt man die agrarpolitischen Diskussionen, so entsteht der Eindruck, daß man die Frau als mithelfende Arbeitskraft nicht mehr in das Kalkül einbezieht. Ich bezweifle, ob das möglich ist.

Zieht man einmal den Vergleich von der Landwirtschaft zu den übrigen Wirtschaftsbereichen, so stellt man fest, daß die Erwerbstätigkeit der Frau hier und dort — insbesondere auch der verheirateten Frau— zunimmt. Die Wirtschaft bietet Anreize dafür; gleichzeitig veranlassen die gehobenen Konsumwünsche der Bevölkerung die Erwerbstätigkeit der Frau. Ginge man davon aus, daß in Zukunft in den übrigen Wirtschaftsbereichen die Frauen nicht mehr erwerbstätig sind, bedeutete das für die Volkswirtschaft hohe finanzielle Anstrengungen, da bekannterweise Arbeitskraft nur über Kapitalinvestitionen ersetzt werden kann. Gleichzeitig müßten die Einkommen der im Erwerbsprozeß verbleibenden Personen erheblich steigen mit der Konsequenz, daß in allen arbeitsintensiven Bereichen, wie z. B. in den Dienstleistungsbereichen, erhebliche Verteuerungen entstehen. Ich glaube, u. a. würden die Krankenversicherungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten, wenn das weibliche Pflegepersonal durch männliches (D) Pflegepersonal mit Familien ersetzt würde, oder die Industrie und die Verwaltung würden sich wundern, wenn anstelle der Sekretärinnen verheiratete Sekretäre mit Familien den Dienst verrichten würden.

Vor einigen Tagen hat Herr Mansholt in einem Interview gesagt, daß Betriebe, die heute ein bereinigtes Betriebseinkommen je Arbeitskraft in Höhe von 13 000 DM haben, nur noch eine Entwicklungschance hätten, wenn sie bis zum Jahre 1980 über 26 000 DM Betriebseinkommen je Arbeitskraft verfügen können. Mich würde interessieren, an Hand welcher Daten Herr Mansholt zu dieser Aussage kommt. Mit welchen nichtlandwirtschaftlichen Einkommensschichten wird hier verglichen? Wirft man einen Blick auf die Einkommensstruktur bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, so kann man feststellen, daß nur ein Drittel der Lohnempfänger ein Jahreseinkommen von 13 000 DM und mehr hat und daß es bei den Gehaltsempfängern ca. 40 % sind.

Viele unserer landwirtschaftlichen Betriebe haben bereits ein Einkommen erzielt, das bei ca. 13 000 DM Betriebseinkommen je Arbeitskraft liegt. Aber die Betriebe haben nicht mehr die Chance, ihr Einkommen zu steigern, weil die ökonomischen Reserven erschöpft sind. Für diese Fälle kommt die **Umschulung** in Frage, wenn der Betriebsleiter sich noch in einem umschulungsfähigen Alter befindet. Die umgeschulten Landwirte finden in den technischen und handwerklichen Berufen durchaus nicht überall einen Arbeitsplatz, der ihnen die gleichen Verdienstchancen, wie sie im Augenblick im Betrieb gegeben

(A) sind, anbietet. In der Regel haben diese Landwirte zunächst Einkommensverluste, die sich nur über Lohnerhöhungen auf die Dauer beheben lassen. In dieser Situation müssen viele Landwirte ihren landwirtschaftlichen Betrieb als Nebenerwerbsbetrieb aufrecht erhalten, wenn sie Einkommensverluste vermeiden wollen. Wer aber führt den Erwerbsbetrieb? Die Frauen.

Damit erhebt sich für mich das Anliegen, einmal kritisch die **soziale Sicherung der Frauen in der Landwirtschaft** zu beleuchten. Die Frauen nehmen Teil an der Altershilfe sowie an der Unfallversicherung in ihrer Eigenschaft als mithelfende Familienangehörige teil. Die Krankenversicherung steht in der Diskussion, und hier möchte ich gleich einhaken. Auf Grund ihrer Tätigkeit im landwirtschaftlichen Betrieb ist die Frau gleichermaßen zu versichern wie der Mann. Ihre Versicherung muß aber so abgeschlossen sein, daß auch sie Anspruch auf Krankengeld bzw. Ersatzgeld hat. Dieser Anspruch wurde ihr bisher verwehrt, wenn sie in der Krankenversicherung ihres Mannes in ihrer Eigenschaft als Ehefrau mitversichert wird. Der geringe soziale Schutz der Hausfrauen ist ein warnendes Beispiel.

Ein Wort zur **Nachversicherung.** Ich bin mit Ihnen, Herr Bundesminister, völlig einig, daß Landwirten und mithelfenden Familienangehörigen eine Nachversicherung gewährt wird. Ich sehe aber ein Faß ohne Boden auf uns zukommen, wenn nicht von vornherein, und zwar ab sofort, gesetzlich geregelt wird, daß zwischen Betriebsleiter und mithelfenden Familienangehörigen Arbeitsverträge geschlossen (B) werden, die den Betriebsleiter verpflichten, für die soziale Sicherung der mithelfenden Familienangehörigen die entsprechende finanzielle Vorsorge durch Einzahlung in die allgemeinen Versicherungseinrichtungen zu treffen. Ich halte es für notwendig, diese Forderung zu erheben, da die in der Landwirtschaft tätigen Kräfte nicht wissen, ob sie ein Leben lang in der Landwirtschaft verbleiben können.

Nun zur Frage der **Einkommensverwendung in der Landwirtschaft.** Ich wiederhole noch einmal, ebenso wie die Einkommenserzielung ist die Einkommensverwendung ein Kriterium des Sozialstatus. Wir wissen aus Statistiken und Erhebungen, daß das Gefälle im Sozialstatus nicht nur durch die Einkommen, sondern auch durch die Lebensverhältnisse bedingt wird, in denen die bäuerlichen Menschen leben. Die mangelhafte Infrastruktur in rein ländlichen Gebieten kann nicht den einzelnen bäuerlichen Familien angelastet werden, sondern ist ein Versäumnis der Gesamtwirtschaft. Infolgedessen ist es durchaus gerechtfertigt, wenn der Staat Hilfen einleitet, die Wohnbedingungen der Menschen auf dem Lande zu verbessern, wie er dies auch bei allen anderen Bevölkerungsgruppen getan hat. Ich habe daher mit Befremden festgestellt, daß Sie, Herr Bundesminister, die **Förderungsmaßnahme zur Verbesserung landwirtschaftlicher Wohngebäude** im Rahmen der Althofsanierung einstellen wollten und das sogenannte **„Bäuerinnenprogramm"** finanziell stark gekürzt haben. Ich möchte Sie herzlich bitten, sich an Ihre eigenen Aussagen in den vergangenen Jahren zu erinnern, daß dieses Programm weiter (C) durchgeführt werden muß, weil es gut und nötig ist und nun mitzuhelfen, daß es kontinuierlich weitergeht ohne empfindliche Kürzung! 400 000 Wohnhäuser bedürfen noch der Sanierung. Im Verhältnis zu der Eigenleistung ist der Staatszuschuß sehr gering. Ich darf hierbei auf meine Ausführungen der vergangenen Jahre verweisen.

Mit ebenso großer Sorge stelle ich fest, daß die **ländlich-hauswirtschaftliche Beratung,** die einen erheblichen Anteil an der Verbesserung des Sozialstatus der bäuerlichen Bevölkerung hat, und gleichermaßen wie die Wirtschaftsberatung ein Bestandteil der sozialökonomischen Beratung ist, in Frage gestellt wird. Dies ist mir unverständlich in Anbetracht einer agrarpolitischen Zielsetzung, die das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt. —

Dies trifft gleichermaßen auch für den Komplex der **Erwachsenenbildung** zu, der mit großem Erfolg von der ländlich-hauswirtschaftlichen Beratung betrieben wird. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß es in keinem Fall zuträglich ist, die Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft aus dem Bereich des Bundes in den der Universität Hohenheim zu überführen. Gerade in dieser Zeit, wo es darauf ankommt, der landwirtschaftlichen Bevölkerung jede nur mögliche Hilfe zu gewähren, um ihren Sozialstatus zu verbessern, ist es nicht angängig, Einrichtungen, die mit dazu beitragen, abzugeben.

Herr Bundesminister, meine kritische Stellungnahme hätte sich sicherlich erübrigt, wenn in Ihrem (D) „Grünen Bericht" auch ein Kapitel über die Situation der Frauen in der Landwirtschaft, über die Lebens- und Wohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung enthalten wäre. Ich möchte Sie bitten, sich dieser Fragen um der Menschen willen mit aller Energie anzunehmen, um derentwillen wir heute in diesem Hohen Hause zusammengekommen sind — der Familien auf dem Lande.

Anlage 6

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Sander** (SPD) zu Punkt 5 der Tagesordnung

Bei allen Fachdiskussionen um eine zeitgemäße Agrarpolitik spielt die **Strukturpolitik** eine besondere Rolle. Wir können feststellen, daß auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Bedeutung der Agrarstrukturpolitik zunehmend erkannt wird. Viele halten sie für den Schlüssel zur Lösung der Agrarfrage überhaupt.

Es gab noch keine Debatte über den Grünen Plan in diesem Hohen Hause, die sich nicht ebenfalls diesem bedeutenden Teilstück der Agrarpolitik zugewandt hätte. Diese Tatsache kann nicht überraschen, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß z. B. im Jahre 1950 noch über 5 Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig waren und daß diese Zahl

(A) — nach dem uns heute vorliegenden Grünen Bericht — inzwischen auf 2,35 Millionen zurückgegangen ist. In einem Zeitraum von 20 Jahren sind also weit mehr als die Hälfte der ursprünglich in der Landwirtschaft Tätigen in andere Berufe übergewechselt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich im gleichen Zeitraum um rund 600 000 oder 31 % verringert. Die deutsche Landwirtschaft hat also seit zwei Jahrzehnten laufend Kräfte, und zwar in einem beträchtlichen Umfang, an die übrige Wirtschaft abgegeben. Ohne diesen ständigen Kräftezustrom wären die Leistungen unserer Volkswirtschaft nicht erzielt worden. Die von mir genannten Zahlen verdeutlichen zugleich den ungeheuren Strukturwandel, in dem sich die Landwirtschaft befindet. Er hat sich in der Vergangenheit zumeist lautlos vollzogen, was aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß er sehr oft mit sozialen Härten verbunden gewesen ist.

Wir alle wissen, daß dieser Prozeß des Strukturwandels noch nicht abgeschlossen ist, er wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Ja, er wird sich fortsetzen müssen. Ich darf ebenfalls in diesem Zusammenhang Bezug nehmen auf das erstmalig in einem Grünen Bericht enthaltene **Projektionsmodell.** Diese Projektion über die Zukunftsaussichten der deutschen Landwirtschaft ist angelehnt an ähnliche, zuvor stark umstrittene Vorschläge zur Strukturänderung aus der EWG-Kommission — ich meine den Mansholt-Plan — und an Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums, die der Wirtschafts- und insbesondere der Agrarpolitik Entscheidungsunterlagen liefern sollten. Daß die im Modell ge- (B) nannnten Daten einer möglichen Entwicklung bis zum Jahre 1980, in welchem nur noch 1,4 oder gar nur 1 Millionen Arbeitskräfte ein ausreichendes Einkommen aus landwirtschaftlicher Beschäftigung haben werden — gegenüber 2,35 Mio. heute — ohne größere Proteste der Landwirtschaft zur Kenntnis genommen wurden, hat seine Gründe wahrscheinlich in der Strukturentwicklung der letzten Jahre und der daraus abzuleitenden realistischeren Betrachtungsweise.

Es wird die Aufgabe der Agrarpolitik sein, diesen Anpassungsprozeß zu humanisieren und in eine Richtung zu lenken, die zukunftsträchtige Entwicklungen ermöglicht. Das Letztere stellt sich insbesondere der Agrarstruktur als Aufgabe.

Es hat in diesem Hohen Hause vielfältige Bemühungen und Ansätze für eine moderne Agrarstrukturpolitik gegeben, und ich darf hoffen, daß es sie weiter geben wird. Erinnern möchte ich an das von meiner Fraktion eingebrachte Agrarstrukturgesetz, an das Absatzfondsgesetz, an das Weingesetz, an die Förderungsprogramme für ländliche Räume und andere Regelungen. Sie alle verfolgten und verfolgen das Ziel, die Situation der Landwirtschaft und der in ihr tätigen Menschen auf Dauer zu verbessern.

Unsere gemeinsame Aufgabe wird es sein, die bereits vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und neue Möglichkeiten durch gesetzliche Maßnahmen zu eröffnen. Der Phantasie sind hier weiß Gott keine (C) Grenzen gesetzt. Wenn wir eine moderne Agrarstrukturpolitik wollen, dann müssen wir auch bereit sein, das dazu notwendige **Instrumentarium** zu schaffen und zu erweitern. Meine Fraktion fordert darum die Bundesregierung auf, dem Parlament so bald wie möglich geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Daß dabei der notwendige Zusammenhang zwischen der Wirtschaftspolitik im allgemeinen und der Agrarpolitik im speziellen beachtet und immer wieder hergestellt werden muß, ist selbstverständlich. Wir brauchen eine lückenlose Verzahnung zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Agrarpolitik.

Es kann nicht mein Anliegen sein, die Aufgabe der **Agrarpolitik** in einer Industriegesellschaft wissenschaftlich exakt und umfassend zu definieren. Ich möchte für meine Betrachtungen schlicht davon ausgehen, daß sie **zwei Aufgaben** hat:

erstens, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen sicherzustellen,

zweitens, die Teilnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu ermöglichen.

Der **Agrarstrukturpolitik** als integralem Bestandteil jeder **Agrarpolitik** stellt sich hierbei eine **dreifache Aufgabe:**

erstens die der optimalen Gesamtentwicklung ländlicher Räume, einschließlich der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur,

zweitens die der Schaffung lebensfähiger Betriebe durch Entwicklung sinnvoller, an be- (D) triebs und volkswirtschaftlichen Erkenntnissen orientierter Produktions- und Betriebsstrukturen,

drittens die der Erleichterung des Übergangs zu einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit bzw. des Ausscheidens älterer Landwirte.

Lassen Sie mich zum ersten Punkt folgendes sagen:

Aus der richtigen Erkenntnis, daß Agrarstrukturpolitik und **regionale Wirtschaftspolitik** nicht isoliert gesehen werden können, ist vom Bundeswirtschaftsminister das Programm „zur Intensivierung und Koordinierung der regionalen Wirtschaftspolitik" entwickelt worden. Die Zielsetzung des Programms brauche ich Ihnen nicht zu erläutern, sie ist hinreichend bekannt. U. a. sollen mit staatlicher Hilfe in ländlichen Entwicklungsschwerpunkten jährlich 20 000 außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Zielsetzung ist zunächst belächelt, dann später skeptisch beurteilt worden. Heute wissen wir, daß allein im Jahre 1969 durch den Einsatz von 2 Milliarden DM Förderungsmittel des Bundes, der Länder und der Gemeinden über 40 000 **neue Arbeitsplätze** geschaffen worden sind.

Es genügt aber nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir müssen auch die Menschen, die diese Arbeitsplätze einnehmen sollen, durch berufliche **Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen** auf ihre neue Tätigkeit entsprechend vorbereiten.

(A) Wir wissen, daß die regionale Strukturpolitik der Bundesregierung gerade im letzten Jahr zu einem **Integrationsfaktor** der Entwicklung ländlicher Räume geworden ist. Trotzdem dürften auch hier noch zahlreiche Möglichkeiten für eine bessere Effizienz vorhanden sein. Die Koordinierung der einzelnen Pläne und Programme könnte sicherlich ebenfalls noch verbessert werden.

In 12 Regionen sind inzwischen **Regionalprogramme** angelaufen. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Bundesregierung entschlossen ist, die Förderung wirtschaftsschwacher, ländlicher Räume auch in Zukunft fortzuführen. Dafür stehen im Jahre 1970 unter anderem zur Verfügung:

Steuerfreie Investitionszulagen, deren Inanspruchnahme auf vorläufig jährlich 270 Millionen DM geschätzt wird,

Investitionszuschüsse des Regionalen Förderungsprogramms; für das Jahr 1970 sind Haushaltsmittel in Höhe von rund 360 Millionen DM vorgesehen.

Diese Hilfen werden wie bisher durch zinsgünstige Kredite des ERP-Vermögens und der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ergänzt.

Die **Zusammenarbeit** in der regionalen Wirtschaftsförderung **zwischen Bund und Ländern** wird 1970 weiter verbessert. Nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" am 1. Januar 1970 wird sich nunmehr der Planungsausschuß unter dem Vorsitz des Bundeswirtschaftsministers (B) konstituieren und die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Rahmenplan schaffen, der ab 1971 bzw. 1972 Grundlage aller Maßnahmen sein wird. Bis dahin wird die Bundesregierung ihre regionale Wirtschaftsförderung im Rahmen regionaler Aktionsprogramme fortsetzen.

Lassen Sie mich diesen Punkt abschließen mit der Feststellung, daß es das Ziel aller Bemühungen sein muß, die Attraktivität der ländlichen Räume zu erhöhen und die soziale Sicherheit und die Lebenschancen der dort wohnenden Menschen zu vergrößern.

Zum zweiten Punkt der agrarstrukturellen Aufgabenstellung möchte ich folgendes bemerken:

Niemand kann heute mit absoluter Richtigkeit sagen, an welchen **Kriterien** sich eine **optimale Produktions- bzw. Betriebsstruktur** orientieren sollte. Der rasche Wandel läßt die Bestimmung unwandelbarer Normen nicht zu. Ich erinnere Sie an das Schicksal der von Mansholt entwickelten Produktionseinheiten und modernen landwirtschaftlichen Unternehmen. Mansholt selbst hat bereits eine Modifizierung angekündigt. Selbst eine betriebswirtschaftlich richtig gewählte Betriebsstruktur kann sich noch im Widerspruch befinden zu volkswirtschaftlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten.

Die Abnahme der Zahl der Vollerwerbsbetriebe und die **Zunahme der Nebenerwerbsbetriebe** scheinen einen Funktionswandel anzudeuten. In einer sich durch immer mehr Freizeit auszeichnenden Gesellschaft dürften die Neben- und Zuerwerbsbetriebe eine immer größere Rolle spielen. Daraus ergeben sich auch für die Bestimmung der Betriebsstruktur mannigfache Konsequenzen. (C)

In diesen Betrachtungskreis gehören auch die Auswirkungen einer verstärkten und verbesserten **Kooperation.** In diesem Zusammenhang möchte ich eines mit aller Deutlichkeit klarstellen: Aus der Praktizierung von Zusammenarbeit dürfen den Betroffenen keine rechtlichen und materiellen Nachteile erwachsen. Auf diesem Felde erwarten wir schon sehr bald die entsprechenden Vorschläge der Regierung. Juristische Hemmnisse dürfen politisches Wollen nicht ad absurdum führen.

Ich will diesen Fragenkreis nicht weiter ausdehnen. Daß zu ihm auch die Flurbereinigung, der freiwillige Landtausch, die freiwillige Landabgabe, die Aufstockung landwirtschaftlicher Betriebe und dergleichen mehr gehört, versteht sich von selbst. Für diese Maßnahmen hat die Bundesregierung 1970 nahezu 500 Millionen DM bereitgestellt.

Zum dritten Punkt der angesprochenen Aufgabenstellung möchte ich nur feststellen, daß die **landwirtschaftliche Sozialpolitik** in einem hohen Maße zugleich landwirtschaftliche Strukturpolitik ist. Die strukturpolitischen Effekte sind unübersehbar, ob es sich um die Altershilfe, die Landabgaberente oder um die demnächst zu schaffende Möglichkeit der Nachversicherung handelt. Mit all diesen Hilfen wird der landwirtschaftliche Strukturwandel gefördert und abgesichert. Die Bundesregierung hat allein für diesen Bereich 827 Millionen DM bereitgestellt. Für die Zukunft wird es darauf ankommen, die strukturpolitischen Effekte der landwirtschaftlichen (D) Sozialpolitik noch zu vermehren.

Ich habe deutlich zu machen versucht, daß die Agrarstrukturpolitik auch zukünftig ein Kernstück unserer nationalen Agrarpolitik sein muß und daß sie nicht losgelöst von den Zusammenhängen und Notwendigkeiten unseres gesellschaftlichen Lebens gesehen werden kann. Sie muß eingebettet sein in die große Politik. Die Bundesregierung hat dieser Erkenntnis dadurch Rechnung getragen, daß sie im Gegensatz zur früheren mehrjährigen Finanzplanung die **Mittel für die nationale Agrarstrukturpolitik** zusätzlich um 389 Millionen DM **aufgestockt** hat. Die Finanzierung der für notwendig erachteten agrarstrukturellen Maßnahmen dürfte damit gesichert sein. Weiter muß festgestellt werden, daß die Bundesregierung nach wie vor an dem Grundsatz festhält, daß die **Agrarstrukturpolitik weitgehend im nationalen Verantwortungsbereich** verbleiben muß. Damit sind die Verantwortlichkeiten klar abgesteckt. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion unterstreicht, daß sie die Auffassung der Bundesregierung in dieser Frage teilt.

Anlage 7

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Kiechla** (CDU/CSU) zu Punkt 5 der Tagesordnung

Im Mittelpunkt agrarpolitischer Überlegungen und Auseinandersetzungen steht unter den sogenann-

(A) ten Überschußprodukten die Milch. Prognosen des EWG-Ministerrates, die bereits von nicht mehr unterzubringenden Bergen sprechen — übrigens fleißig sekundiert von gewissen Politikern und auch Presseorganen dieses Landes —, haben sich allerdings nicht erfüllt. Statt prophezeiten 450 000 t gibt es zur Zeit 250 000 t oder auch knappe 300 000 t.

Die europäischen Bauern und hier besonders die deutschen haben also sehr wohl marktgerecht versucht zu handeln. Ein wenig mehr Unterstützung im Hinblick auf Verbrauchsförderung würde diese so oft zitierten Berge noch schneller verschwinden lassen.

Trotzdem nehmen die **Belastungen für die deutschen Milcherzeuger** laufend zu. Ich setze als bekannt voraus, daß gerade die kleinen und mittelgroßen Betriebe Milchproduzenten sind. In vielen Gebieten Deutschlands — Mittelgebirgslagen, Küstenländer und Voralpengebiet — sind andere Produktionszweige unmöglich. In diesen reinen Grünlandgebieten müssen bei eventuellen Kontingentierungen Präferenzen gewährt werden.

Diese Landwirte entziehen sich einem Strukturwandel keineswegs. Viele haben schon aufgestockt, investiert, modernisiert und viele stehen unmittelbar zwangsläufig davor. Dies sind im Regelfall die modernen, risikobereiten Betriebsleiter. Gerade sie stehen nun vor folgender Situation:

Jener Teil des **Kapitalbedarfs,** der auf dem freien Markt beschafft wurde — in vielen Fällen erhebliche Teile —, versteuert sich erheblich wegen der hohen (B) Zinsbelastungen.

Die bei der Kostenkalkulation zugrunde gelegten erzielbaren Betriebserlöse sind aufgebaut worden auf dem **Milchrichtpreis** von 39 Pfennig oder wenig darunter. Er wird aber seit geraumer Zeit nicht mehr erreicht.

Durch die **Aufwertung** hat sich die Situation noch verschärft, besonders da für umsatzstarke intensive Grünlandgebiete der vorgesehene Flächenschlüssel ungenügend ist.

Die auf dem Betriebsmittelsektor eingetretenen und laufend eintretenden **Preissteigerungen** treffen ganz allgemein die Landwirtschaft hart, im besonderen Umfang aber wieder alle intensiven Betriebszweige, zu denen die Milchproduktion zweifellos gehört. Die allgemeinen Kostensteigerungen bei den Lebenshaltungskosten sind dabei auch für die Bauern genauso wirksam wie für alle übrigen Mitbürger.

Durch Streichungen im Etat bei der **Unfallversicherung** erwartet die Landwirte eine Beitragserhöhung erheblicher Größenordnung dieses Jahr.

Die starke **Reduktion der Strukturmittel** beim Investitionssektor ist für reine Grünlandgebiete zusätzlich erschwerend, da diese Bauern keine Betriebsaufstockungen vornehmen können, ohne eine Erweiterung ihrer Betriebsgebäude und damit Investitionen zu tätigen. Damit sind sie ausgeschlossen aus den Entwicklungen hin zum größeren Betrieb einer rationalisierten Einheit.

Hinter all dem steht die **dauernde Drohung mit Preissenkungen,** die in ihren unmittelbaren Folgerungen weder sozial zu rechtfertigen noch wirtschaftlich zu vertreten noch gesellschaftspolitisch zu wünschen noch landschaftspflegerisch zu verantworten sind. Wer also dauernd davon spricht — und seine Politik auch danach ausrichtet —, daß noch mehr als bisher aus Drittländern eingeführt werden muß — so der Bundesaußenminister laut Bulletin vom 2. 12. 1969 — wer von „überhöhten" Preisen redet, wie der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, Mansholt und alle seine Sekundanten es tun, wer bewußt oder unbewußt zum Maßstab seiner Vergleiche den unzutreffenden und teils verlogenen Weltmarktpreis macht, der kann sich nicht gleichzeitig als Freund jener Menschen bezeichnen, die in Deutschland schließlich nichts anderes tun als Lebensmittel herstellen, unsere Landschaft kostenlos pflegen, die damit auch Naturkatastrophen verhindern helfen und den Wasserhaushalt mit in Ordnung halten. Dies gilt in besonderem Maße für Deutschlands schönste Gegenden, in denen meistens die Grünlandgürtel liegen. (C)

Die Antwort auf die seit der — ich zitiere — „Machtübernahme" der neuen Regierung sichtbaren Tendenzen in einer „neuen" Agrarpolitik werden nicht die derzeitigen deutschen Bauern geben — die sind ihrem Beruf zu sehr verhaftet —, sondern sie wird von der **Jugend** kommen. Jene, denen der sogenannte Strukturwandel ausschließlich Abwanderung aus der Landwirtschaft bedeutet, denen diese Entwicklung gar nicht schnell genug gehen kann, werden diese dann gegebene Antwort eines Tages bereuen. (D)

Alle, die diese sichtbare Entwicklung in vernünftige Bahnen zu lenken bereit sind, sind unsere Freunde und Verbündete.

Anlage 8

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Dr. Fischer** (SPD) zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Wenn man die Diskussion der letzten Wochen über die **EWG-Weinmarktordnung** verfolgt hat, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hierbei nicht allein die Existenz des deutschen Weinbaues und das Interesse der Verbraucher primär im Mittelpunkt der Argumentation gestanden haben.

Bei aller Schärfe der Auseinandersetzung müssen wir jedoch darauf achten, meine Damen und Herren, daß unsere Position für die weiteren Verhandlungen im EWG-Ministerrat nicht geschwächt wird. Denn dadurch würden wir unserer Weinwirtschaft mehr schaden als nützen. Und darüber besteht doch kein Zweifel: Bei den derzeitigen Verhandlungen in Brüssel wird weitgehend über die Zukunftschancen unseres deutschen Weinbaues entschieden und über die Menschen, die in der Weinwirtschaft ihre Existenz haben und behalten wollen.

(A) Neben dieser Feststellung muß ich aber auch — um nicht mißverstanden zu werden — eindeutig hervorheben, daß sich gegenüber der hier und dort hochgekommenen Polemik die beiden Entschließungen des deutschen Weinbauverbandes positiv abheben. Sie sind hart — sehr hart — und eindeutig in der Sachargumentation, aber fair und unpolemisch abgefaßt. Sie dienen der Zukunft des deutschen Weinbaues und der Existenz des Berufsstandes der Winzer und dem Interesse der Verbraucher. Dies ist das legitime Recht des deutschen Weinbauverbandes.

Diese Argumente und diese Zielsetzungen, eingeschlossen in dem großen Ziel, die Einigung Europas zu vollenden, vertreten auch wir grundsätzlich. Dabei dürfen wir nicht die Weinmarktordnung losgelöst von den Fragen der EWG-Finanzierung und der Erweiterung der EWG um die beitrittswilligen Länder sehen. Dies kann nur als Ganzes betrachtet, beurteilt und durchgeführt werden.

Die kurzfristige Einigung über die Weinmarktordnung wird deshalb erforderlich, weil der Rat bereits 1962 beschlossen hat — in der Verordnung Nr. 24 und in der Ratsentschließung von 1966 —, eine Marktorganisation zu schaffen, und die Übergangszeit am 1. Januar 1970 abgelaufen war.

Dies ist die Zwangsjacke, in der sich die Regierung und auch dieses Hohe Haus befinden, in der sich aber auch schon vorige Regierungen befunden haben, was in diesem Zusammenhang nicht ganz unerwähnt bleiben darf. Jedenfalls hat die jetzige
(B) Regierung die schwierige Aufgabe, diesen Leitlinien-Konfektionsanzug von damals nunmehr in einen Maßanzug — sprich EWG-Marktordnung — zuzuschneidern, wobei ich nicht unbedingt hervorheben möchte, daß die früheren Regierungen dazu viele Jahre Zeit gehabt hätten.

Im Gegensatz dazu hat die jetzige Bundesregierung im Rahmen der Entschließung des Ministerrates vom 6. Februar bereits einen großen Teil der deutschen Anliegen durchsetzen können. Hierzu zählt insbesondere die Anerkennung der unterschiedlichen Weinbereitungsmethoden, die durch die verschiedenen Naturgegebenheiten in den einzelnen Weinbaugebieten gegeben sind. Dazu gehören auch die Verbesserung der Einteilung der Weinbauzonen, die verbesserte Anreicherungsgrenze für Rotwein, das Verbot des Verschnitts von EWG-Wein mit Drittlandswein sowie des Verschnitts von Drittlandsweinen untereinander im Bereich der EWG.

Natürlich unterliegt es keinem Zweifel, daß der Anfang Februar vorgelegte Kommissionsentwurf viele Bestimmungen enthält, die für die deutsche Weinwirtschaft unannehmbar sind. Hierbei dürfen wir jedoch nicht in den Fehler verfallen, Forderungen zu erheben, die im Rahmen der Beratungen in Brüssel absolut nicht durchzusetzen sind. Vielmehr müssen wir gemeinsam versuchen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten, die Aussicht haben, bei den schwierigen Verhandlungen mit unseren Partnerländern durchzudringen.

Im Hinblick auf die schwierige Situation halte ich es für angebracht, den Katalog unserer Forderungen aufzuteilen, einerseits in solche, die für die (C) Durchsetzung wünschenswert sind, und andererseits in solche, die für uns hinsichtlich der Existenz weiter Teile unserer Winzerschaft unverzichtbar sind.

Als wünschenswert erscheint mir die Aufnahme aller deutschen Weinbaugebiete in die Zone A, um sicherzustellen, daß eine Aufsplitterung der deutschen Weinbaugebiete verhindert wird. Des weiteren halte ich für wünschenswert eine Verbesserung der Vorschriften über den Verschnitt mit dem Ziel, dies nur mit Weinen ausschließlich innerhalb der einzelnen Weinbauzonen zu gestatten.

Für unverzichtbar halten wir Sozialdemokraten vier Forderungen, die in Brüssel mit aller Härte vertreten und durchgesetzt werden müssen.

1. Die klare Trennung der Rechtsgrundlagen für Marktordnungs- und Weinrechtsfragen ist unbedingt erforderlich. Dabei sind Marktordnungsfragen gemäß Artikel 43 des EWG-Vertrages festzulegen. Alle Weinrechtsfragen dürfen nur auf Artikel 100 des EWG-Vertrages gestützt werden. Sie sind demnach durch eine EWG-Richtlinie zu regeln.

2. Marktregelung, Weinrechtsrichtlinie, Tafelwein- und Qualitätsweinregelung können nur als Ganzes behandelt und beschlossen werden. Es muß verhindert werden, daß durch getrennte Entschließungen Nachteile, z. B. für die Qualitätsweine, präjudiziert werden.

3. Sofern die Mindestwerte für den natürlichen Alkoholgehalt beibehalten bleiben, muß sichergestellt werden, daß neben den von der Kommission (D) vorgeschlagenen Verwertungsmöglichkeiten diese Erzeugnisse als Grundlagenweine für die Herstellung von Schaumwein zugelassen werden.

4. Unter Berücksichtigung der klimatischen Bedingungen einiger unserer Weinbaugebiete halten wir es für eine unabdingbare Forderung, daß für Schlechtwetterjahre eine Schutzklausel in die Weinrechtsrichtlinie aufgenommen wird, die bezüglich der Werte der Anreicherung den Bestimmungen des Paragraphen 87 unseres Deutschen Weingesetzes entspricht. Die Feststellung über die Auslösung dieser Bestimmung kann nach unserer Auffassung nicht gemäß Artikel 6 der Verordnung Nr. 24 in Verbindung mit dem Kommissionsentwurf dem Verwaltungsausschuß für Wein übertragen werden, sondern muß ausschließlich Sache der einzelnen Mitgliedstaaten sein.

Meine Damen und Herren, verkennen wir nicht, daß die Durchsetzung dieser wünschenswerten und unverzichtbaren Forderungen sehr schwierig sein wird und einer harten Verhandlungsführung bedarf. Zu dieser harten Verhandlungsführung brauchen wir diese Bundesregierung nicht besonders aufzufordern. Diese Bundesregierung hat in der Ministerratssitzung am 2. und 3. März dieses Jahres dem vorliegenden Kommissionsentwurf ihre Zustimmung versagt, und der Herr Landwirtschaftsminister hat ja deutlich genug zu erkennen gegeben, daß er bei den weiteren Verhandlungen die existenzwichtigen Interessen der deutschen Weinwirtschaft mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wahrnimmt.

(A)

Anlage 9

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Dr. von Nordenskjöld** (CDU/CSU) zu Punkt 5 der Tagesordnung

Mehrfach ist seitens der Bundesregierung geäußert worden, die Verbesserung der **Agrarstruktur** als einen wichtigen Bestandteil ihrer Politik anzusehen. In seiner Regierungserklärung sagte der Kanzler — ich zitiere —: „Es bleibt das Ziel der Bundesregierung, die nationale Verantwortung für die landwirtschaftliche Strukturpolitik zu erhalten. Bei der notwendigen Strukturverbesserung der Landwirtschaft muß vermieden werden, daß eine Politik des Preisdruckes betrieben wird."

Bei der Einbringung des Grünen Berichtes nannte der Bundesernährungsminister als Schwerpunktaufgabe der Agrarpolitik die Struktur- und Regionalpolitik als erstes. Er sagt wörtlich: „Diese Einordnung der Agrarstrukturverbesserung in die allgemeine Erschließung der ländlichen Räume wird auch in der Öffentlichkeit zu größerem Verständnis für diese zum Teil kostspieligen Maßnahmen führen. Es wird bisher in nicht landwirtschaftlichen Kreisen leider allzu wenig beachtet, daß agrarstrukturelle Maßnahmen in vielen Fällen Voraussetzung für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit der Lebensbedingungen im ländlichen Raum sind."

Man kann also sagen, daß nicht nur von seiten der Regierungsvertreter, sondern ganz allgemein (B) der Agrarstrukturverbesserung eine große Bedeutung, manchmal sogar eine zu große Bedeutung beigemessen wird, dies nämlich immer dann, wenn in ihr das Allheilmittel für die Gesundung der Landwirtschaft gesehen wird. Ich kann mich auch des Gefühls nicht erwehren, daß der Begriff Agrarstruktur allzuoft in verschiedener Richtung je nach der Tendenz des Betrachtenden ausgelegt wird. Der eine versteht darunter die Schaffung ländlicher Arbeitsplätze, um ausscheidenden Landwirten Arbeit zu geben. Der andere meint die Betriebsstrukturverbesserung, und es bleibt immer wieder festzustellen, daß übergeordnet die klassischen Agrarstrukturmaßnahmen sich in ihrer Zielrichtung auf die in der Landwirtschaft später verbleibenden Betriebe richten müssen. So sehr alle Maßnahmen der Sozialpolitik und der Regionalpolitik zu begrüßen sind, so muß ich nochmal betonen, daß die Strukturpolitik, die für die in der Landwirtschaft verbleibenden Betriebe wirksam wird, vorrangig ist.

Wir beraten zwar heute keinen Haushalt, aber ohne Geld läßt sich nun einmal auch die beste Politik nicht in die Tat umsetzen, und es ist deswegen ganz besonders gravierend, daß die Bundesregierung bei der Vorlage des Entwurfs des Bundeshaushaltsplans 1970 gerade bei der Verbesserung der Agrarstruktur gegenüber dem Jahre 1969 erhebliche Kürzungen vorgenommen hat. Insgesamt beträgt die Kürzung bei allen Maßnahmen 64 Millionen DM. Besonders gravierend sind die Kürzungen bei den Titeln Siedlung (14,3 Millionen DM), Flurbereinigung (14,0 Millionen DM), benachteiligte Gebiete (15,0 Millionen DM), Emslandprogramm (6,05 Millionen DM), Nordprogramm (4,0 Millionen DM), Landarbeiterwohnungsbau (7,0 Millionen DM), und bei der für die betriebliche Strukturverbesserung so wichtigen Investitionshilfe (71 Millionen DM). Über die Kürzungen kann auch die Verbesserung der Zinsverbilligung nicht hinweghelfen. (C)

Die Kürzung im Titel „Flurbereinigung", die ich nach wie vor überall da, wo sie angebracht ist, als die umfassendste und beste Agrarstrukturverbesserung halte, wirkt sich deswegen besonders nachteilig aus, weil die Teilnehmer der Flurbereinigungsgemeinschaften durch das ständig steigende Preisniveau kaum noch in der Lage sind, die von ihnen geforderte Eigenbeteiligung selbst aufzubringen. Ich muß hier fragen: „Wie sollen die Flurbereinigungsmaßnahmen überhaupt in Zukunft noch finanziert werden?"

Wenn also die Bundesregierung die Ansätze für die Flurbereinigung kürzt, so beeinträchtigt sie das vom früheren Bundesminister Höcherl bereits in die Wege geleitete Zusammenspiel von Flurbereinigung und regionaler Wirtschaftsstruktur, dessen Zusammenhänge auch Minister Ertl ausdrücklich betont hat. Die Flurbereinigung kann und muß entscheidend mit dazu beitragen, daß die Voraussetzungen für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen möglich gemacht werden. Die geringe Ausstattung des Titels „Flurbereinigung" bedeutet also einen absoluten Rückschritt im Zusammenspiel der Kräfte für die Neuordnung des ländlichen Raumes.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch die gravierenden Kürzungen bei den großen Strukturprogrammen Emsland und Nordprogramm erwähnen. (D) Sicherlich wird man am Emslandprogramm die eine oder andere Maßnahme monieren können. Das Programm im ganzen ist aber richtig und muß verstärkt zu Ende geführt werden.

Bedauerlich ist auch die Ausstattung der Finanzierungsquellen für die Eingliederung vertriebener und geflüchteter Landwirte. Die Bundesregierung hat hier an Mitteln für Nebenerwerbsstellen nur ganze 120 Millionen DM einkalkuliert. Wir haben am 26. 6. 1969 im Deutschen Bundestag einen einstimmigen Beschluß gefaßt, für die Jahre 1970 bis 1974 einen festen Finanzplan für die Schaffung und Übernahme von jährlich 4000 landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen aufzustellen, damit auf diese Weise die Eingliederung der aus Ost- und Mitteldeutschland geflüchteten Landwirte bis 1974 zu einem geregelten Abschluß gebracht wird. Abgesehen davon, daß heute schon erhebliche Eigenmittel von den Siedlungswilligen gefordert werden und damit für viele diese Möglichkeit des Wiederseßhaftwerdens ausscheidet, werden die Kosten bei den gestiegenen Preisen in Zukunft noch höher sein. Es dürfte jedenfalls kaum möglich sein, bei dieser Art von Finanzierungsplanung das Nebenerwerbsstellenprogramm bis Ende 1974 aus der Welt zu schaffen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der immer kleiner werdenden Decke für die zahlreichen Agrarstrukturmaßnahmen, deren Kalender andererseits immer größer wird, sich jeder an diesen Maßnah-

(A) men Interessierte nach anderen Finanzierungsquellen umsieht. So ist es nicht verwunderlich, daß in immer größerem Umfang das Zweckvermögen der Deutschen Siedlungsbank zur Verbesserung der Agrarstrukturmaßnahmen, soweit das nach den Richtlinien zulässig ist, herangezogen werden soll. Damit kommt es in echte Konkurrenz mit den Aufgaben der Schaffung von Nebenerwerbsstellen.

Wir haben bei dieser Unsicherheit, wie die einzelnen Maßnahmen finanziell geschafft werden sollen, zu bedenken, daß draußen im Lande eine große Zahl tüchtiger Beamter bei Behörden und Siedlungsgesellschaften vorhanden ist, die bei dieser Ungewißheit allmählich zu resignieren beginnen und zum Teil schon abwandern. Wenn jemand erst in einen anderen sicheren Beruf gegangen ist, werden wir ihn nicht wieder zurückgewinnen können. Auch dies ist ein Grund, sich ernstlich zu überlegen, wie die Finanzierung der Maßnahmen auf einen sicheren Boden, der eine kontinuierliche Durchführung gewährleistet, gestellt werden kann.

Es ist klar, daß die Kosten immer höher werden und die Ansätze ganz offensichtlich immer kleiner. Sie reichen heute schon nicht aus, die bisherigen Kosten zu decken, und es wird durch die Preissteigerungen die Kluft zwischen öffentlicher Hilfe und tatsächlichen Kosten in einer ganz bedenklichen Weise immer größer. Ich habe die Hoffnung, daß hier noch Mittel und Wege gefunden werden, diese Kürzungen wieder auszugleichen.

(B)

Anlage 10

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Klinker** (CDU/CSU) zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Die deutsche Landwirtschaft soll nach der wiederholten Zusage der Bundesregierung in vollem Umfang an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in der Bundesrepublik teilnehmen. Der Landwirtschaftsminister hat hervorgehoben, daß dieser Erklärung auch bereits Taten gefolgt seien, und dabei u. a. auf das Gesetz zum Ausgleich der DM-Aufwertungsverluste hingewiesen.

Namens meiner Fraktion stelle ich dazu fest, daß gerade unter dem Blickwinkel einer angemessenen **Beteiligung der Landwirtschaft am allgemeinen Einkommenswachstum** die mit dem Ausgleichsgesetz geschaffene Regelung die deutsche Landwirtschaft in keiner Weise zufriedenstellen kann. Sie ist vor allem deshalb mangelhaft, weil damit die **Kostensteigerungen**, denen die Landwirtschaft im Zuge der allgemeinen Teuerungstendenz in der Bundesrepublik in verstärktem Maße ausgesetzt ist, keine Berücksichtigung finden.

Ich bin deshalb nach wie vor der Auffassung, daß bis zur Schaffung einer gemeinsamen Währungspolitik in der **EWG** die **Wiedereinführung nationaler Preise** — auf Vorschlag der Kommission und mit Bestätigung des Ministerrates — entsprechend der nationalen Kostenentwicklung unumgänglich ist, (C) wenn der deutschen Landwirtschaft Gerechtigkeit widerfahren soll.

Für diese Auffassung gibt es darüber hinaus eine ganze Reihe von Gründen, die ich hier nicht aufführen kann. Ich erinnere jedoch an die weiterhin bestehende allgemeine **währungspolitische Unsicherheit** (Italien), die unter Umständen schon sehr bald zu erneuten Paritätsänderungen zwingt.

Sehr wesentlich ist für diesen Standpunkt jedoch auch die Tatsache, daß im Rahmen der EWG-Markt- und Preispolitik der deutschen Landwirtschaft erneut große Gefahren und einseitige Belastungen drohen. Ich verweise auf die **Vorschläge der Europäischen Kommission** zur Herstellung des **Gleichgewichts auf den Agrarmärkten.** Diese Vorschläge bringen, wenn sie verwirklicht würden, weitere empfindliche **Preiseinbußen** für die deutsche Landwirtschaft. So ist bei Getreide zum Abbau der Weizenüberschüsse eine Senkung des Grundinterventionspreises um 2 Rechnungseinheiten vorgesehen.

Auch die beabsichtigte **Veränderung der Regionalisierungsbestimmungen** führt vor allem in den marktfernen Erzeugungsgebieten zu weiteren beträchtlichen Preissenkungen. Die dafür als Äquivalent vorgesehene Anhebung der Futtergetreidepreise reicht zum Ausgleich dieser Preisverluste nicht annähernd aus. Bei Futtergetreide ist lediglich eine Anhebung der Richtpreise vorgesehen, die erfahrungsgemäß nicht bis zum Erzeuger durchschlägt.

(D) Von der Bundesregierung erwarten wir daher, daß sie sich einer derartigen Auflockerung mit aller Entschiedenheit widersetzt, zumal von einer Weizenpreissenkung in dem vorgesehenen Umfang keinerlei Wirkungen auf die Produktion ausgehen.

Der deutschen Landwirtschaft nicht zuzumuten ist ferner die vorgeschlagene Reduzierung der **Zuckerrüben**grundquote um 5 %. Auch diese Maßnahme trifft den deutschen Rübenerzeuger sehr einseitig, denn die Produktionsausweitung auf diesem Sektor erfolgt nachweislich in anderen Ländern. Die deutschen Rübenanbauer haben sich im Rahmen der Kontingentsregelung immer marktkonform verhalten. Ein Abbau der vorhandenen Überschüsse kann daher nur durch Herabsetzung der Quote für magere Rüben und Preissenkungen für diese Rüben erfolgen.

Von schwerwiegender Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft sind außerdem die Vorschläge der Kommission zur Herstellung des Gleichgewichts bei **Milch und Milchprodukten.** Die von der Kommission vorgeschlagene Beteiligung der Erzeuger an der Überschußbeseitigung in Höhe von 2 Pf/kg ist einerseits nicht geeignet, eine Produktionseinschränkung herbeizuführen. Sie führt andererseits nach der DM-Aufwertung zu einer erneuten unzumutbaren Einkommensminderung der deutschen Landwirtschaft, die ihr Einkommen immerhin zu etwa 30 % aus der Milchwirtschaft bezieht. Auch die gegenwärtig im Ministerrat diskutierte Beteiligung an der Überschußverringerung von 1 Pf ist für die deutschen Milcherzeuger unzumutbar. Der weitaus größte Teil

(A) der Milch stammt in der Bundesrepublik aus Werkmilchbetrieben, in denen eine solche Beteiligung zu zusätzlichen Einkommensminderungen führt. Diese trifft wiederum in existenzgefährdender Weise vor allem die Betriebe in den Grünlandgebieten, die keine Alternative zur Milcherzeugung haben. Ein solches Vorgehen ist für die deutsche Landwirtschaft, aber insbesondere auch gegenüber den französischen Bauern ungerecht, die infolge der Franc-Abwertung eine wesentliche Preisaufbesserung erfahren.

Zur Bewältigung des Milchproblems in der EWG hat die deutsche Landwirtschaft mit ihren Vorschlägen zur **Einführung handelsfähiger Milchlieferrechte** sehr konkrete Vorstellungen entwickelt. Ich halte diese Maßnahme im Zusammenwirken mit den weiteren Vorschlägen zur Absatzförderung und zur Veränderung der Preisrelationen, insbesondere durch stufenweise Anhebung des Rinderorientierungspreises, für durchaus geeignet, das Milchproblem in den Griff zu bekommen. Ich freue mich, daß Herr Minister Ertl diese Vorschläge in Brüssel auf den Tisch gelegt hat. Meine Freunde und ich erwarten, daß er in dieser Frage im Ministerrat eine ebenso feste Haltung einnimmt, wie er das bei den Verhandlungen um die Europäische Weinmarktordnung getan hat. Hier geht es um Entscheidungen, die zu weit größeren Auswirkungen für die deutsche Landwirtschaft führen.

Meine Freunde und ich fordern den Herrn Minister auf, im Sinne dieser Vorschläge im Ministerrat (B) sehr energisch für die Interessen der deutschen Landwirtschaft einzutreten, die bisher für das europäische Einigungswerk immer nur der gebende Teil gewesen ist.

Sollte er erneut Kompromissen zustimmen, die einseitig zu Lasten der deutschen Landwirtschaft erfolgen, dann begibt er sich in einen krassen Widerspruch zu den ihr gegenüber in der Regierungserklärung gemachten Zusagen.

Anlage 11

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Tobaben** (CDU/CSU) zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Ich habe nicht ums Wort gebeten, um hier einmal wieder reden zu können. Ich möchte aber trotzdem noch ganz kurz auf die besonders prekäre Lage im **deutschen Obstbau** aufmerksam machen, weil hier die Schwierigkeiten eine schnelle Hilfe erfordern!

Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig in unserem Berufsstand, in dem sich die Abwertung des Franc und die Aufwertung der DM so hart ausgewirkt hat wie im Obstbau.

Die zum Ausgleich des Verlustes in der Zeit des flexibleren Wechselkurses zugesagten 19 Millionen DM stehen meines Wissens immer noch nicht zur Auszahlung zur Verfügung, weil verwaltungsmäßige und EWG-Schwierigkeiten noch nicht überwunden sind. Dazu kommt als eine besondere Erschwerung, (C) daß, in der Hoffnung auf den deutschen Markt, besonders in den Partnerländern der EWG eine erhebliche Ausweitung im Obstanbau vollzogen wurde. Die stark gestiegenen Erträge streben jetzt auf den Markt und führen zu einem harten Verdrängungswettbewerb. In dieser Situation muß der deutsche Obstbauer erwarten, daß ihm die gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen eingeräumt wird wie in den Partnerländern.

Wir fordern in einem Antrag, daß der heute weit überhöhte Einheitswert im Obstbau um 50 % gesenkt wird. Man kann es den Obtsbauern nicht mehr zumuten, auf den Einheitswerten beruhende Steuern aus der Substanz zu bezahlen.

Der Obstbau ist besonders lohnintensiv. Die Löhne sind überdurchschnittlich gestiegen, ebenso die Sozialleistungen und die anderen Aufwendungen. Dabei sind die Erzeugerpreise gefallen, für Tafeläpfel bis zu 50 %. Daß sich die neuerlichen Zinserhöhungen in dieser Situation gravierend auswirken, bedarf kaum einer Erwähnung. Die zur Zeit doppelt so hohen Lagerbestände bei Tafeläpfeln wie im Vorjahr erfordern darum eine sofortige Ausnutzung aller Möglichkeiten, die uns im Rahmen der EWG gegeben sind. Jede Apfeleinfuhr aus Drittländern in die Gemeinschaft sollte nach der V.O. 2513 EWG verhindert werden. Auch eine Intervention in der Bundesrepublik nach Verordnung 2515/69 EWG sollte sofort in Erwägung gezogen werden.

In den Obstanbaugebieten gilt es der zunehmenden Hoffnungslosigkeit zu begegnen. Eine Umwandlung der kurzfristigen Kredite in tragbare längerfristige Verpflichtungen scheint mir dabei unerläßlich zu sein. (D)

Im größten zusammenhängenden Obstbaugebiet an der Niederelbe kommt durch die Wasserhypothek noch eine weitere Belastung hinzu, die die Wettbewerbsfähigkeit erheblich erschwert. In den übrigen Bereichen der Landwirtschaft haben wir im Küstenplan durch die Übernahme der Abgaben für den Lastenausgleich auf den Staat wenigstens einen gewissen Ausgleich zu schaffen versucht. Wegen der damals günstigeren Lage auf diesem Sektor wurde der Obstbau dabei ausgenommen. Was damals durchaus verständlich war, ist heute unter ganz veränderten Verhältnissen nicht mehr zu verantworten. Wir sollten im Ausschuß prüfen, ob nicht auch der Obstbau in diesem Gebiet den übrigen Zweigen der Landwirtschaft gleichgestellt werden kann.

Anlage 12

Schriftliche Erklärung

der Abgeordneten **Frau Klee** (CDU/CSU) zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Die Beratende Versammlung des Europarates hat in ihrer letzten Sitzungswoche in Straßburg am 22. Januar den Entwurf des **Statuts des europäischen Landwirts** einstimmig verabschiedet.

(A) Als Mitglied der Beratenden Versammlung geht nun meine Bitte dahin, Herr Minister, daß Sie sich doch im Ministerkomitee des Europarates mit aller Entschiedenheit dafür verwenden, damit auch dort dies so wichtige Dokument verabschiedet wird. Wie Sie wissen, messen die zuständigen Kreise der Landwirtschaft selber dieser Charta allergrößte Bedeutung bei und haben jahrelang Vorarbeit dafür geleistet. Sie ist in der Tat ein bedeutsames Dokument, das auf einer ausgezeichneten Analyse der jetzigen Situation beruht und zurecht darauf hinweist, daß diese erste Charta für Freie und Selbständige notwendig ist, weil sie aus eigener Kraft nicht mehr mit den unerhörten Anforderungen fertig werden können, die die Entwicklung an ihren Berufsstand stellt.

Durch den Strukturwandel allein wird die Landwirtschaft in Europa nicht am sozialen Fortschritt beteiligt. Zusätzliche Maßnahmen sind notwendig. Hier sind sie in übersichtlicher, knapper und doch erschöpfender Weise zusammengestellt worden. Es geht nicht nur um Fragen der sozialen Sicherung wie z. B. bei Krankheit, Unfall, Invalidität oder Alter, sondern auch um Maßnahmen der Selbsthilfe, um die Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung, Fortbildung und Umschulung.

Natürlich begrüße ich sehr, daß in einem besonderen Artikel auf die Probleme der Landfrau eingegangen wird. Gerade sie ist vom Strukturwandel in der Landwirtschaft besonders betroffen und muß sich, gerade wenn der Betrieb vollmechanisiert ist,
(B) häufig noch größeren Anforderungen stellen.

Diese Charta soll richtungweisend sein und Hilfe geben. Deshalb möchte ich Sie, Herr Minister, noch einmal eindringlich darum bitten, für eine baldige Verabschiedung durch das Ministerkomitee des Europarates Sorge zu tragen.

Anlage 13

Schriftliche Erklärung

des Abgeordneten **Schulhoff** (CDU/CSU) zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Seit mehr als vier Jahren schleppe ich den Gedanken an **Änderung des Gewerbesteuergesetzes** bzw. der Anpassung dieses Gesetzes an die wirtschaftlichen Verhältnisse mit mir herum. Immer wurde mir bedeutet, wenn ich den Gesetzantrag betreffend der Nullstufe einbringen wollte, daß jetzt gerade in dem Moment nicht der richtige Zeitpunkt wäre. Alle, die ich ansprach, auch die Kollegen anderer Parteien, haben mir in der Sache recht gegeben, nur sagten sie eben: nicht jetzt, sondern später. 1966 verwies man mich auf die damalige schlechte Finanzlage der Gemeinden. 1967 auf die kommende Finanz- bzw. Gemeindefinanzreform, und als ich während der Behandlung der Gemeindefinanzreform im Finanzausschuß die Erhöhung des Freibetrages verlangte, da wurde mir gesagt — Sie können es selbst im Protokoll nachlesen —, das sei eine durchaus berechtigte Forderung, aber

(C) das müsse man im Rahmen der Steuerreform erledigen. Zwar wurde bekanntlich im Rahmen der Gemeindesteuerreform eine Neuverteilung der Gewerbesteuer vorgenommen, aber die Nullstufe bzw. die Zwischenstufen blieben auf ihrem Stand unverrückt stehen.

In der Zwischenzeit, und zwar am Ende der vorigen Legislaturperiode, wurden von allen Parteien Anträge eingebracht, die zum Ziele hatten, den Freibetrag zu erhöhen oder, wie die SPD, zumindest die kleinen Steuerzahler, also die mit geringem Einkommen, zu entlasten. All diese Anträge sind, wie Sie wissen, nicht mehr zur Entscheidung gekommen.

Als ich nun Anfang dieses Jahres hörte, daß Herr Finanzminister Möller die Gewerbesteuerreform im Rahmen einer Finanzreform an letzter Stelle behandeln wollte, habe ich zusammen mit Kollegen diesen Ihnen vorliegenden Antrag am 20. Januar eingebracht, und gleichzeitig hat dann tatsächlich der Finanzminister ein Papier vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die Gewerbesteuerreform etwa im Jahre 1974, wie man so sagt, über die Bühne gehen soll.

Mancher von Ihnen wird natürlich jetzt wieder sagen oder denken: der Antrag kommt nicht zum richtigen Zeitpunkt; denn jetzt haben wir eine heiße Konjunktur, einen unerhörten Preisanstieg, und eben deshalb ist der Antrag nicht konjunkturgerecht. Nun, meine Kollegen, wann soll man eigentlich einen solchen steuermindernden Antrag einbringen, (D) wenn nicht zu einer Zeit, in der die Steuereinnahmen, insbesondere die Steuereinnahmen aus dem Gewerbeertrag geradezu übersprudeln?

Ich entnehme dem Statistischen Wochendienst, Heft 9 vom 6. März 1970, folgendes Zahlenspiel:

Gemeindesteueraufkommen 1969 = 18,8 Mrd. DM (+ 4,0 Mrd. DM oder 27,2 % gegenüber 1968);

Gewerbesteueraufkommen 1969 = 14,2 Mrd. DM (+ 3,7 Mrd. DM oder 34,9 % gegenüber 1968);

Gewerbeertragssteueraufkommen 1969 = 12,07 Mrd. DM;

Gemeindesteueraufkommen 4. Quartal 1969 = 6,7 Mrd. DM (+ 2,9 Mrd. DM oder 76,4 % gegenüber 4. Quartal 1968);

Gewerbesteueraufkommen 4. Quartal 1969 = 5,5 Mrd. DM (+ 2,8 Mrd. DM oder 102,2 % gegenüber 4. Quartal 1968).

Außerdem wird dieses Gesetz sicherlich nach Annahme — und ich hoffe, daß Sie mir am Ende alle Ihr Placet geben — zu einem Zeitpunkt verabschiedet, an dem die Konjunktur sich wieder in normalen Bahnen bewegt. Jedenfalls soll das Gesetz nicht rückwirkend in Kraft gesetzt werden. Man kann doch wohl annehmen, meine Damen und Herren, daß es dem Genie des Herrn Wirtschaftsministers mit Unterstützung des Finanzministers gelingen wird, in den nächsten Monaten die Preis-

(A) entwicklung in den Griff zu bekommen. Oder denken Sie anders? Übrigens — ich lehne mich da an den eben genannten Wirtschaftsminister Schiller —: Es ist doch durchaus möglich, daß eine gewisse Steuererleichterung auch in die heutige konjunkturelle Landschaft paßt. Prof. Schiller hatte doch vor, zum Zwecke der Preisstabilisierung eine Senkung der Mehrwertsteuer um 1 % herbeizuführen. Das hätte übrigens zu einem Steuerausfall von über 3 Milliarden DM geführt. Daß dieses Vorhaben von Herrn Schiller nicht zum Ziele geführt hat, lag bekanntlich nicht an ihm.

Entscheidend für die Beurteilung dieses Antrages aus konjunkturpolitischer Sicht ist doch die Frage, an welcher Stelle im Wirtschaftskreislauf die Mehr- oder Mindereinnahmen anfallen. Für den einzelnen Gewerbetreibenden bedeutet die Gesetzesänderung eine Ersparnis von maximal 915 DM, wenn man einen Hebesatz von 300 % zugrunde legt. Dieses Mehreinkommen wird nicht etwa, wie das wahrscheinlich bei einem Unselbständigen der Fall ist, dazu benutzt, durch zusätzlichen Konsum die Nachfrage anzuheizen. Vielmehr wird der kleine Gewerbetreibende, wie z. B. der Handwerker oder unser Einzelhändler an der Ecke, dem im Konkurrenzkampf gegen die Industrie oder die Supermärkte das Wasser bis zum Halse steht, den ersparten Betrag dazu benutzen, längst überfällige Investitionen zu verwirklichen. Außerdem, und das ist gerade in der jetzigen konjunkturellen Situation von Bedeutung, gibt ihm die sinkende Belastung durch eine (B) Kostensteuer viel eher die Möglichkeit, die Preise stabil zu halten, und das ist ihm wohl in den letzten Wochen durch die Kosten der Lohnfortzahlung und durch die Schwierigkeit der vollen Überwälzung der Mehrwertsteuer schwierig genug geworden.

Der Steuerausfall beträgt, wenn Sie dieses Gesetz annehmen, nach den mir gemachten Angaben eines Ministeriums brutto 650 Millionen DM. Durch die inzwischen erfolgte Gemeindefinanzreform partizipieren an diesem Ausfall Bund und Länder. Außerdem erhöht sich die Einkommensteuer entsprechend, da ja bekanntlich die gezahlte Gewerbesteuer vom Einkommen abzugsfähig ist. Per Saldo kommt auf die Gemeinden ein Ausfall von 358 Millionen DM. Das sind in etwa nach dem heutigen Stand 2½ % der Einnahmen aus Gewerbesteuerertrag.

Es ist mir bekannt — ich war selbst 12 Jahre Stadtverordneter in Düsseldorf —, daß Gesetze, die die Finanzen der Kommunen betreffen, immer ein heißes Eisen waren und noch sind. Jeder von uns kommt ja aus einer Stadt oder einem Landkreis und weiß, was für Vorwürfe ihn zu Hause erwarten, wenn er hier einer Einnahmensenkung der Kommunen seine Zustimmung gibt. Das sollte uns aber nicht daran hindern, etwas in die Tat umzusetzen, was wir als gerecht und notwendig ansehen.

Schließlich bleibt, und das kann dann im Finanzausschuß ja überlegt werden, die Möglichkeit, im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs den Einnahmeverlust ausgleichen.

Durch die Annahme des Gesetzes werden 345 000 (C) Betriebe entlastet, und nur noch 41 % aller gewerbesteuerpflichtigen Betriebe werden Gewerbesteuer zahlen. Das bringt auch eine erhebliche Einsparung an Verwaltungskosten. Im übrigen wissen Sie ja, daß der Löwenanteil der Gewerbesteuer von großen Gesellschaften, von Kapitalgesellschaften, aufgebracht wird, und die werden von diesem Antrag überhaupt nicht berührt, da Kapitalgesellschaften bekanntlich keinen Freibetrag in Anspruch nehmen können.

Nur am Rande darf ich darauf hinweisen, daß es Leute gibt, die behaupten, daß die Anheizung der Konjunktur hauptsächlich in den Gemeinden stattfinde und daß eine kleine steuerliche Bremswirkung der Volkswirtschaft sicherlich keinen Schaden zufügen werde.

Meine Damen und Herren, 1961 wurde die Null-Stufe auf 7 200 DM erhöht. Seither ist sie unverändert geblieben. Der Weg von 1961 bis heute ist nicht nur mit guten Vorsätzen, sondern auch mit Beteuerungen aller Parteien gepflastert, diesen Freibetrag den wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Es ist noch gar nicht lange her, daß in diesem Hause der Abgeordnete Kurlbaum von der SPD sagte — ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus dem Protokoll der sogenannten Mittelstandsdebatte vom 3. Juli 1969 —:

> Die derzeitige Gewerbeertragssteuer hat folgende entscheidende Nachteile, die die Reform geradezu herausfordern. Die Besteuerung ist, abgesehen von unzureichenden Freibeträgen und abgesehen von einer Steigerung der Sätze (D) im Rahmen eines noch relativ kleinen Einkommens, nicht progressiv, sondern wendet einen festen Steuersatz an. Sie widerspricht also in ihrer Grundkonzeption den modernen Vorstellungen einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

In diesem Zusammenhang weise ich auch auf eine Rede der Kollegin Funcke in der gleichen Debatte hin, in der sie ebenfalls von der Unzulänglichkeit des derzeitigen Freibetrages sprach.

Wenn Sie davon ausgehen, daß der Unternehmerlohn die Verzerrungen, die durch die unterschiedliche Behandlung der Geschäftsführergehälter bei Personengesellschaften bzw. Einzelunternehmern gegenüber Kapitalgesellschaften entstehen, wenigstens ein wenig ausgleichen soll, dann sollten Sie sich einmal das Gehalt eines Geschäftsführers vor Augen führen. Keiner in diesem Haus wird der Ansicht sein, daß ein Angestellter in dieser Position bereit ist, für 7200 DM pro Jahr zu arbeiten. Nehmen Sie als Vergleichsmaßstab nur die Gehälter eines gewerblichen Angestellten der Leistungsgruppe II, der im Jahre 1961 ca. 950 DM verdiente! Dann stellen Sie fest, daß dessen Einkommen von 1961 bis 1968 um rund 50 % gestiegen ist. Wir schreiben das Jahr 1970; in der Zwischenzeit dürfte sich das Gehalt noch weiter erhöht haben. Um zu einer realistischen Größenordnung zu kommen, müßten Sie das Gehalt eines solchen Angestellten um mindestens 25 % erhöhen, wenn Sie die höhere Verantwortung, die größere zeitliche Belastung und

(A) das zu tragende Risiko eines Unternehmers berücksichtigen wollen.

Der Betrag von 12 000 DM ist also wirklich eine Minimalforderung, und tatsächlich handele ich mir die Mißbilligung meiner eigenen Leute ein, denn der Zentralverband des Deutschen Handwerks fordert einen Freibetrag von 18 000 DM und der Deutsche Gewerbeverband spricht von 24 000 DM.

Aber selbst wenn Sie nicht bereit sind, den Begriff des Unternehmerlohns zu akzeptieren, dann bleibt doch unbestritten, daß ein Freibetrag, der seit 1961 unverändert geblieben ist, dringend einer Änderung bedarf, um seinen ursprünglichen Zweck überhaupt noch erfüllen zu können. Ich bin fast versucht zu sagen, daß in einer Zeit, in der die meisten Leistungen des Staates den veränderten Einkommensverhältnissen angepaßt werden, eine Dynamisierung des Freibetrags angebracht wäre. Aber so weit will ich natürlich nicht gehen. Eines bleibt doch unbestritten: eine Erhöhung der Null-Stufe ist zweifellos ein Akt der sogenannten sozialen Symmetrie, die in diesem Haus so oft beschworen wird. Ich habe im Vorblatt diesen Antrag als einen Einstieg in die Gewerbesteuerreform bezeichnet. Tatsächlich ist er allenfalls ein ganz kleines Schrittchen in die Richtung einer kommenden Reform. In seiner Konzeption ist er bewußt so abgefaßt, daß er den Charakter der Gewerbesteuer nicht ändert, eine solche tiefgreifende Reform soll der zuständigen Kommission des Finanzministers überlassen bleiben.

(B) Helfen Sie bitte mit, ein Stück Steuergerechtigkeit zu verwirklichen! Stimmen Sie dem Überweisungsvorschlag des Ältestenrates zu, den Antrag dem Finanzausschuß — federführend — und an den Haushaltsausschuß und den Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung zu überweisen!

Anlage 14 (C)

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Logemann vom 27. Februar 1970 auf die Zusatzfrage des Abgeordneten **Dr. Häfele** zu seiner Mündlichen Frage *)

Es muß grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß unsere **Landwirtschaft** bemüht ist, ihre gesamte Erzeugung unabhängig von der jeweiligen **Anbaumethode** auch **im Interesse der Volksgesundheit auszurichten.** Diese Bestrebungen werden durch gesetzliche und administrative Regelungen auf verschiedenen Gebieten, wie z. B. beim Pflanzenschutz und der Rückstandsbestimmung sowie bei Dünge- und Futtermitteln, unterstützt. In diesem Zusammenhang ist auch auf die gesetzliche Handelsklassenregelung hinzuweisen.

Spezielle Erzeugungsrichtungen, wie die von Ihnen angesprochene, verfolgen in der Regel das Ziel, besondere Marktchancen zu nutzen. Der Anreiz hierzu muß sich deshalb auch vom Markt her ergeben. Die Erfolge solcher Erzeugungsrichtungen in unseren Nachbarländern, wie z. B. in der Schweiz, beruhen auf der Eigeninitiative der Landwirtschaft.

Bei der Beantwortung Ihrer mündlichen Anfrage am 28. Januar 1970 hatte ich bereits ausgeführt, daß die Bundesregierung zwar keine Möglichkeit sieht, den **„biologischen Landbau"** durch spezielle Maßnahmen zu fördern, daß aber andererseits auch diese Wirtschaftsform in die allgemeinen Förderungsmaßnahmen des Bundes zugunsten der Landwirtschaft (D) einbezogen wird, sofern die in den einschlägigen Vergabebedingungen geforderten Voraussetzungen erfüllt sind.

*) Siehe 26. Sitzung Seite 1118 A